DER SPIEGEL

Nr. 45 | 6.11.2021
DEUTSCHLAND € 5,80
4 190700 705803 45

CLEMENS TÖNNIES
Der Fleischbaron über sein mieses Image

CORONA
Nutzen und Risiken der Kinderimpfung

ABBA-REVIVAL
Björn: »Das sind wirklich wir«

ERBSCHAFTEN
Streit vermeiden, Steuern sparen

OPERATION COMEBACK

Ein perfider Plan soll Donald Trump zurück ins Weiße Haus bringen

BeNeLux € 6,80 Dänemark dkr 64,95
Finnland € 8,70 Frankreich € 7,10
Griechenland € 7,30 Italien € 7,60
Norwegen NOK 92,– Österreich € 6,50
Portugal (cont) € 6,90 Schweiz sfr 8,50
Slowakei € 7,10 Slowenien € 6,90
Spanien € 7,10 Spanien/Kanaren € 7,30
Tschechien Kc 210,– Ungarn Ft 2990,–
Printed in Germany

Ab 13.11. bei Ihrem BMW Partner.

THE iX
#bornelectric
FREUDE AM FAHREN.
ELEKTRISCH.

Neu: mit Sky Q übers Internet fernsehen.*

Hol dir alle Sky Serien und Netflix.

€ 20 mtl.*

(im Jahres-Abo, danach € 25 im Monats-Abo*)

*Inklusive Free-TV in HD**

Apps & Mediatheken

sky

sky.de

*Angebot gilt mit einer Mindestlaufzeit von 12 Monaten (Monat der Freischaltung (anteilig) + 12 Monate) für Sky Entertainment Plus inkl. Free-TV-Sendern in HD für mtl. € 20 zzgl. einmaliger Gebühr i. H. v. € 29. Das Abonnement kann erstmals mit einer Frist von einem Monat zum Ablauf der Mindestvertragslaufzeit gekündigt werden. Das Abonnement verlängert sich ansonsten automatisch jeweils um einen weiteren Monat zu € 25 mtl., wenn es nicht jeweils mit einer Frist von einem Monat zum Ablauf der Laufzeit gekündigt wird. Sky Entertainment Plus: Das Sky Entertainment Plus Paket umfasst zusätzlich den Zugang zu Netflix Basis (beinhaltet aktuell SD und die gleichzeitige Nutzung von Netflix auf einem Gerät) des Anbieters Netflix International B.V. Voraussetzung für die Nutzung des Netflix Dienstes über die Sky Q Plattform im Rahmen des Pakets Sky Entertainment Plus ist eine Sky Q IPTV Box, welche mit dem Internet verbunden ist. Für die Internetverbindung anfallende Kosten sind kein Bestandteil des Sky Abonnements. Der Netflix Dienst steht auf Sky Go und der Sky Q App für Smart-TVs nicht zur Verfügung. Sobald der Netflix Dienst im Rahmen des Sky Entertainment Plus Abonnements aktiviert ist, kann er auch außerhalb von Sky Q über die Plattformen und Apps von Netflix genutzt werden. Das Sky Entertainment Plus Abonnement gewährt den Zugang zum Netflix Dienst wie oben näher beschrieben. Für Netflix Accounts, die mit Sky Entertainment Plus verbunden sind, gilt für die Dauer des Sky Entertainment Plus Abonnements Folgendes: Die Geschäftsbedingungen von Sky regeln das Abonnementverhältnis des Kunden mit Sky sowie das Sky Entertainment Plus Abonnement selbst, während die Nutzungsbedingungen von Netflix die Benutzung des Netflix Dienstes durch den Kunden regeln. Alle Ansprüche des Kunden im Hinblick auf das Entertainment Plus Abonnement müssen gegenüber Sky geltend gemacht werden. Sky erklärt hiermit im Namen von Netflix, dass die Netflix Nutzungsbedingungen in Bezug auf die Laufzeit, die Rechnungsstellung, den Preis, ausdrückliche Zusicherungen/Gewährleistungsansprüche/Garantien (soweit vorhanden), Probezeiträume und Kündigungen nicht anwendbar sind. Und Netflix wird in Bezug auf den jeweiligen Netflix Account keine Entgelte in Rechnung stellen. Free-TV: Die Verfügbarkeit der Sender kann unter der angegebenen URL eingesehen werden: sky.de/senderempfang. Die Sky Q IPTV Box wird leihweise für die Dauer des Sky Abonnements zur Verfügung gestellt. Mit der Sky Q IPTV Box können einzelne Inhalte des Sky Abonnements über das Internet auf einem TV-Gerät mit HDMI-Anschluss empfangen werden. Voraussetzung ist ein Sky Abonnement inkl. Sky Q sowie eine dauerhafte Internetverbindung. Empfohlene Bandbreite mindestens 3,5 Mbit/s für SD-Qualität, 6 Mbit/s für HD-Qualität. Für die Internetverbindung anfallende Kosten sind kein Bestandteil des Sky Abonnements. UHD-Inhalte sind über die Sky Q IPTV Box nicht verfügbar. Apps: Nicht enthalten ist die Nutzung von kostenpflichtigen Apps/Mediatheken wie z. B. Prime Video, DAZN etc. Hierfür ist ein separates Abonnement des jeweiligen Anbieters nötig. Alle Preise inkl. MwSt. Angebot gültig vom 9.11. bis 31.12.2021. Stand: Oktober 2021. Änderungen vorbehalten. Sky Deutschland Fernsehen GmbH & Co. KG, Medienallee 26, 85774 Unterföhring. Fotos: The White Lotus – S1 © Home Box Office, Inc. All rights reserved. HBO® and all related programs are the property of Home Box Office, Inc.; Greta Thunberg: Ein Jahr, um die Welt zu verändern – S1 © BBC Studios/Alex Board; Tatort © Das Erste HD

HAUSMITTEILUNG

Titel

| Seiten 10, 18

Scott McIntyre / DER SPIEGEL

Kommt Donald Trump zurück? Kaum eine Frage beschäftigt die USA so sehr wie die nach dem Ex-Präsidenten. Die SPIEGEL-Redakteure René Pfister und **Marc Pitzke** reisten durchs Land, um die Stimmung ein Jahr nach der Wahl Joe Bidens zu erkunden. Pitzke recherchierte um Mar-a-Lago herum, wo Trump residiert; Pfister folgte ihm zu Auftritten in Alabama und Iowa. Alles spricht dafür, dass Trump noch einmal ins Rennen ums Weiße Haus einsteigen will – und siegen könnte. Auch weil die Republikaner die Wahlgesetze zu ihren Gunsten verändern. Es handle sich um einen »der riskantesten und gefährlichsten Momente in der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaft«, sagt der Investigativjournalist Bob Woodward im Gespräch mit SPIEGEL-Redakteur Roland Nelles.

Quirin Leppert / DER SPIEGEL

Seehofer

| Seite 32

Um den Modelleisenbahnkeller von Bundesinnenminister **Horst Seehofer** ranken sich viele Mythen, vor Jahren durfte lediglich ein ARD-Team dort filmen. Zum Gespräch über seinen Abschied aus der Politik nach 50 Jahren lud der CSU-Politiker die SPIEGEL-Redakteurin **Melanie Amann** und ihren Kollegen **Martin Knobbe** jetzt in sein Ferienhaus im Naturpark Altmühltal ein. Ein Teil des Gesprächs fand im Keller statt, wo Seehofer eine Angela Merkel im Maßstab 1:87 präsentierte sowie die Stationen seines Lebens im Miniaturformat. Stolz zeigte er auch das selbst geschriebene Computerprogramm, mit dem die 18 Züge vollautomatisch gesteuert werden. Nur an grüner Landschaft fehle es noch, entschuldigte sich Seehofer. Die wolle er nun bald nachrüsten, demnächst habe er ja viel Zeit dafür.

Beziehungen

| Seite 62

Hannes Jung / DER SPIEGEL

Sebastian und Christiane sind seit fast 36 Jahren verheiratet, sie haben so manche Schlacht gemeinsam geschlagen. Doch in der Pandemie hat sich das Paar entfremdet. Er respektiert die Coronamaßnahmen, sie hat Angst vor einem übergriffigen Staat. Er ist geimpft, sie nicht, weil ihr der Piks riskanter erscheint als eine Erkrankung. Das Ehepaar aus der Nähe von Berlin ließ Reporterin **Frauke Hunfeld** in sein Leben, beide sprachen offen über ihre Beziehung und alles, was sie beschäftigt: Was bedeutet Solidarität? Unterdrückt der Mainstream die Minderheit? Manchmal, sagen sie, seien alle Argumente ausgetauscht, und es herrsche Schweigen. Nach den Gesprächen bedankten sich die Eheleute: So intensiv hätten sie schon lange nicht mehr miteinander diskutiert.

SPIEGEL GELD / »Dein SPIEGEL«

Mehrere Hundert Milliarden Euro vererben die Deutschen pro Jahr. In jedem fünften Erbfall kommt es zum Streit. Die neue Ausgabe von SPIEGEL GELD, die diesem Heft beiliegt, erklärt, wie sich Zoff um Nachlasse vermeiden lässt. Außerdem geht es darum, wie Immobilienbesitzer sich für Klimarisiken rüsten sollten und wie man zu Weihnachten Gold oder Aktien verschenken kann. Kinder hingegen müssen keine Geschenke kaufen, Selbstgemachtes bringt mehr Spaß und ist umweltfreundlicher. Das Kinder-Nachrichten-Magazin »Dein SPIEGEL« hat für seine Titelgeschichte Winterbasteleien getestet, die garantiert gelingen. Außerdem in der neuen Ausgabe: ein Besuch in Lützerath – dem Dorf, das dem Kohleabbau weichen soll. Das Heft erscheint am kommenden Dienstag.

INHALT

DER SPIEGEL 75. Jahrgang | Heft 45 | 6.11.2021

Octavio Jones / REUTERS

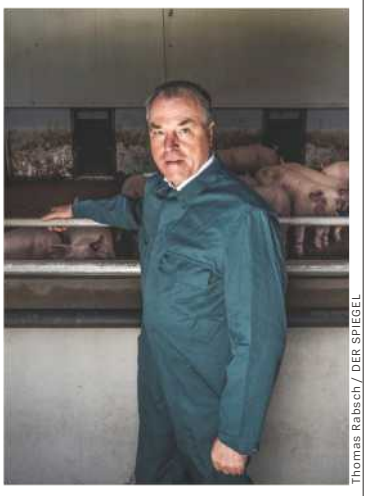
Sein Racheplan

USA Es gibt kaum Zweifel daran, dass Donald Trump eine zweite Amtszeit anstrebt und für die Präsidentschaftswahl 2024 erneut kandidieren will. Die Republikaner versuchen nun, in etlichen Bundesstaaten die Wahlgesetze so zu ändern, dass ein Sieg wahrscheinlicher wird. Über ein demokratiegefährdendes Experiment. | 10, 18

Silas Stein / dpa

Thomas Gottschalk

Der TV-Entertainer schreibt über das Ende der Leichtigkeit im Unterhaltungsfernsehen. | 122



Thomas Rabsch / DER SPIEGEL

Clemens Tönnies

Der Großschlachter spricht über eigene Fehler und seine Pläne für eine Agrarwende. | 80

Julia Steinigeweg / DER SPIEGEL

Marieke Lucas Rijneveld

Die niederländische Autorin erzählt begnadet von verstörenden Beziehungen. | 124

TITEL

10 | USA Wie die Republikaner versuchen, das Wahlsystem zu manipulieren

18 | Demokratie Die Journalisten Bob Woodward und Robert Costa im SPIEGEL-Gespräch über das Risiko einer zweiten Trump-Präsidentschaft

DEUTSCHLAND

8 | Leitartikel Die Politik trägt große Mitschuld an der vierten Coronawelle

22 | *Rätselhafter Todesfall eines russischen Diplomaten in Berlin / Parteiausschlussverfahren gegen Linkenpolitiker Lafontaine / Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Der beste Chef*

26 | Ampelgespräche SPD, Grüne und FDP streiten über eine gemeinsame Außenpolitik

30 | Koalitionsverhandlungen Wie die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt werden soll

32 | Karrieren SPIEGEL-Gespräch mit Horst Seehofer über sein Leben zwischen Politik und Hobbykeller

36 | Analyse Sind Mitgliederbefragungen wirklich geeignet, Parteivorsitzende zu finden?

38 | Extremismus Behörden gehen gegen Staatsdiener vor, die sich mit Coronaleugnern verbrüdern

40 | Pflege Wie das System reformiert werden kann

46 | Sicherheit So überführten Ermittler den mutmaßlichen Drohschreiber »NSU 2.0«

48 | Corona Juristin Frauke Rostalski und Mediziner Frank Ulrich Montgomery im SPIEGEL-Streitgespräch über die Impfpflicht

52 | Pandemie Neun Menschen erzählen, wieso sie sich erst jetzt gegen Corona impfen lassen

54 | Strafjustiz Eine Mutter tötete offenbar fünf ihrer sechs Kinder – warum?

DEBATTE

58 | **Die Zeit nach Merkel**
Der Konservatismus muss sich neu erfinden

REPORTER

60 | *Familienalbum / Was macht man, wenn einem der Hund geklaut wird?*

61 | **Eine Meldung und ihre Geschichte** Ein liberianischer Taxifahrer wird zum Helden

62 | **Beziehungen** Aus dem Alltag einer Ehe in Zeiten von Corona

68 | **Kolumne** Alles Gutsch

WIRTSCHAFT

70 | *Politik ignoriert EEG-Skandal / Kanülen werden knapp*

72 | **Energiewende** Die globale Gier nach Kohle

77 | Eine Renaissance der Atomkraft wäre schädlich für Deutschland

78 | **Koalitionspläne** Zerschlagen FDP und Grüne die Bahn?

80 | **Ernährung** Fleischbaron Clemens Tönnies im SPIEGEL-Gespräch über seine Ideen für nachhaltige Tierhaltung

84 | **Affären** Wie Daimler beim Dieselskandal getrickst hat

AUSLAND

86 | *Der lange Abschied von Österreichs Ex-Kanzler Kurz / Steht Äthiopien vor dem Zerfall?*

88 | **Algerien** SPIEGEL-Gespräch mit Präsident Tebboune über seinen Streit mit Frankreich

91 | **Belarus** Tausende Schutzsuchende sind in Minsk gestrandet

92 | **Hongkong** An Bord eines Kreuzfahrtschiffs suchen die Bürger Erholung von der Zero-Covid-Politik

94 | **Rumänien** Europas Corona-Katastrophengebiet

SPORT

97 | *Wo Frauen beim Preisgeld aufgeholt haben / Warum gibt es jetzt in Portugal Monsterwellen?*

98 | **Titelkampf** Schachweltmeister Magnus Carlsen gerät durch YouTube-Stars in Bedrängnis

100 | **Schach** Carlsen-Herausforderer Jan Nepomnjaschtschi über den Niedergang der russischen Schule

102 | **Sportmedizin** Mehr Kreuzbandrisse in der Pandemie

WISSEN

104 | *Walkot ist Turbodünger für die Meere / Analyse: Rangliste der Klimasünder*

106 | **Medizin** Wie sinnvoll ist die Coronaimpfung für Kinder?

110 | **Raumfahrt** Der Zwergstaat Liechtenstein greift nach den Sternen

112 | **Psychiatrie** Die total verrückte Familie Galvin

KULTUR

114 | *Nordamerikanische Fotografie / Ein neuer Tom-Hanks-Film / Gedanken zum Stadtleben nach Corona*

116 | **Karrieren** Abba sind zurück – mit neuer Musik und jüngeren Versionen ihrer selbst

119 | Die Macher der Abba-Show

122 | **Gastbeitrag** Thomas Gottschalk über den Verlust von Freiheit im Unterhaltungs-TV

124 | **Literatur** Die verstörenden Romane der Marieke Lucas Rijneveld

128 | **Kino** Ein Film porträtiert den wilden Autor Thomas Brasch

130 | **Serienkritik** »The Shrink Next Door« liefert abgründigen Humor

SPIEGEL-TV-Programm | **85** Bestseller | **123**
Impressum, Leserservice | **132**
Nachrufe | **133** Personalien | **134**
Briefe | **136** Hohlspiegel/Rückspiegel | **138**

Thilo Schmülgen / REUTERS

Kohle satt

Während die Politik in Glasgow über Klimaschutz redet, wird auf der Welt immer mehr Kohle verfeuert. Eine Reise zu den Schauplätzen eines gefährlichen Booms. | **72**

Michael Ciaglo / Getty Images

Warten auf die Kinderimpfung

Wann kommt die Coronaimpfung für unter Zwölfjährige? Besonders bei Kindern stiegen die Infektionszahlen zuletzt dramatisch. Auch die Kleinen können unter Langzeitfolgen leiden. | **106**

Photoshot / picture alliance

So gut wie neu

Abba sind mit einer neuen Platte zurück – nach fast 40 Jahren. Ein Treffen mit Björn Ulvaeus, der daran arbeitet, dass seine Band wirklich unsterblich wird. | **116**

Titelfotos [M]: Getty Images (3)

Die selbst verschuldete Welle

LEITARTIKEL Offenbar brauchen wir hier in Deutschland erst ein Trauma, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. So lange wird gestümpert und gespalten.

Daniel Biskup / laif

Coronaleugner bei einer CDU-Wahlkampfkundgebung in Stralsund

Ungeimpfte sind keine Opfer. In einer Gesellschaft der Freien hat jede und jeder das Recht, nach eigener Fasson glücklich zu werden. Oder eben unglücklich. Wenn sich die Politikerin Sahra Wagenknecht oder der Fußballer Joshua Kimmich nicht impfen lassen wollen, dann ist das ihre Sache. Nur müssen beide mit den Konsequenzen ihres Handelns leben.

Und die sind vielfältig: mangelnder Eigenschutz; der Vorwurf, sich auf Kosten anderer unsolidarisch zu verhalten; potenzielle Inanspruchnahme medizinischer Ressourcen, die etwa Unfallopfern fehlen könnten. Und natürlich kann es sein, dass Wagenknecht und Kimmich künftig an bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens nicht mehr teilhaben dürfen. Dass sie nicht mehr ins Kino oder ins Restaurant gehen können, weil dort die 2G-Regel gilt. Auch das ist ihre Wahl, kein Schicksal. Willkommen in der freiheitlichen Demokratie.

Der Druck auf die Ungeimpften wird wachsen. Je höher sich die vierte Welle aufbaut, desto lauter werden die Rufe nach Einschränkungen für jene rund neun Millionen Erwachsenen, die sich impfen lassen könnten, es aber wider alle Vernunft nicht tun.

In Baden-Württemberg gelten für Ungeimpfte bereits neue Kontaktbeschränkungen – und das ist gut so. Allerdings zeugen solche Einschränkungen nicht von klugem, vorausschauendem politischem Handeln, sie sind nur das letzte Mittel in höchster Not. Weil die Krankenhäuser wieder viel zu voll sind.

Zwangsmaßnahmen sind häufig ein Eingeständnis der eigenen Hilflosigkeit. Sie polarisieren und spalten eine Gesellschaft. All das wäre in diesem Herbst vermeidbar gewesen, wenn, ja wenn die Politik aus ihren Fehlern und Patzern gelernt hätte. Hat sie aber nicht. Nach wie vor nutzen wir die technischen, wissenschaftlichen, organisatorischen und finanziellen Fähigkeiten dieses Landes nicht aus. Statt die Menschen zu motivieren, werden sie verunsichert.

Die Politik handelt nicht vorausschauend, sie reagiert bestenfalls hektisch. So lässt sich diese Krise nicht bekämpfen.

Bislang ist noch jede neue Coronawelle von einem Steuerungsversagen der Politik mit angeschoben worden. Seit Monaten gelingt der Regierung keine funktionierende Impfkampagne.

Die schlechten Impfquoten werden mit einem traurigen Schulterzucken hingenommen, der Gesundheitsminister übte sich eine Zeit lang lieber in PR-Sprech zum baldigen »Auslaufen der epidemischen Lage« und suggerierte damit einen Freedom Day. Hinter der schönen Fassade verbarg sich – wieder mal – nichts.

Wo ist denn die massive Aufklärungskampagne auf allen Kanälen? Es gibt kein Aufbäumen gegen diese Krise. Jüngstes Beispiel: Es war absehbar, dass mindestens die Älteren ab Herbst mit einer Drittimpfung geboostert werden müssen. Man hätte das planen, gezielte Angebote machen, vielleicht sogar die Impfzentren rechtzeitig wieder hochfahren können. Geschehen ist nichts. Die Politik handelt nicht vorausschauend, sie reagiert bestenfalls hektisch. So lässt sich diese Krise nicht bekämpfen.

Im vergangenen Jahr wurde die Beschaffung des vor allem in Deutschland entwickelten Impfstoffs nicht energisch genug vorangetrieben. Wir setzten lieber auf Desinfektionsspender. Es gibt in diesem Land Kommunalpolitiker, die die Anschaffung von Luftfiltern für Kitas behindern und bereitgestellte Fördergelder nicht nutzen. Bis heute.

Schon die zweite und dritte Welle führte durch unentschlossenes politisches Handeln und bleiern-infantile Ministerpräsidentenkonferenzen zur Erosion staatlicher und politischer Autorität. Ein nicht enden wollender Dämmershutdown war das Ergebnis. Statt nur einmal gegen die damaligen Virusvarianten eine Niedriginzidenzstrategie auszuprobieren, um in der Folge wieder mehr Freiheiten zu ermöglichen.

Das Virus mag gefährlich und heimtückisch sein, die Krise, die es ausgelöst hat, ist allerdings menschengemacht und selbst verschuldet. Die geschlossenen Schulen, die leidenden Familien, die Freiheitseinschränkungen, die Langzeitfolgen, das Sterben – alles nicht zwingend. Die vierte ist die erste Welle, bei der wir mit dem Impfstoff das beste Instrument im Kampf gegen Corona zur Verfügung haben – und es nicht ausreichend einsetzen.

Es geht auch anders. In Spanien besteht laut Wissenschaftlern Hoffnung auf Herdenimmunität, rund 80 Prozent der Bevölkerung sind vollständig geimpft, die Inzidenz liegt unter 30.

Viele Spanier waren infiziert, es sind ähnlich viele Menschen gestorben wie in Deutschland, obwohl das Land kleiner ist. Dieses Trauma hat sicher dazu beigetragen, dass sich die Spanier aus der Krise herausimpften. Hoffentlich kommen wir auch ohne Trauma zur Vernunft.

Sebastian Fischer ■

TISSOTWATCHES.COM

Der gefährlichste Rentner der Welt

USA Donald Trump lässt kaum einen Zweifel daran, dass er noch einmal als Präsidentschaftskandidat antreten will. Geänderte Wahlgesetze sollen seine Rückkehr ins Weiße Haus garantieren. Es wäre nichts anderes als: ein Staatsstreich mit legalen Mitteln.

Ex-Präsident Trump vor Anhängern in Florida im Juli: »Hier wird euch euer Land weggenommen!«

Eva Marie Uzcategui / Getty Images

Muss man sich vor diesem Mann wirklich fürchten? Vor einem Pensionär, der die rote Krawatte immer noch ein bisschen zu lang gebunden trägt und sich das dünne, inzwischen deutlich grauer gewordene Resthaar so kunstvoll über den Schädel frisieren lässt?

Er zieht jetzt wieder über die Bühnen von Arizona, Alabama, Iowa, und wie jeder Veteran der Unterhaltungsbranche kennt er die Hits, die seine Fans in Ekstase versetzen. Er muss nur ein paar Akkorde anspielen, und die Menge tobt. Ein kurzes »Hillary« genügt, und die Fans schreien: »Lock her up!« Wenn er den Finger hebt und auf die Kameras zeigt, die seinen Auftritt filmen, erhebt sich der heilige Zorn der Zuhörer: »CNN sucks«, brüllen sie, CNN kotzt uns an.

Und doch liegt über Donald Trumps Auftritten eine seltsame Mischung aus Weinerlichkeit und Nostalgie. Er spricht von den großen Tagen, als er noch im Weißen Haus saß und anwies, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen zu lassen. »Damals hieß unser Motto noch: ›Amerika zuerst!‹ Jetzt heißt es: ›Amerika zuletzt!‹«

Trump ist an diesem warmen Oktobertag nach Iowa gekommen, um zu jammern: über die Trickser und Gauner bei den Demokraten, die ihn angeblich um den Wahlsieg betrogen haben. Über die Verräter in den eigenen Reihen, die nicht den Mumm besaßen, sich dagegen zu wehren. »Hier geht es nicht nur darum, dass mir die Wahl gestohlen wurde«, ruft Trump seinen Fans zu, »hier wird euch euer Land weggenommen!«

Wie jeder entmachtete Patriarch sieht sich Trump umzingelt von Schwächlingen und Duckmäusern, die er gepäppelt und gepflegt hat und die ihm dann in einem Augenblick der Schwäche das Messer in den Rücken rammen. Er lästert über den Gouverneur von Georgia, der nur mit seiner Hilfe ins Amt gekommen sei und dann nicht den Mut gefunden habe, ihm die nötigen Stimmen zum Wahlsieg in dem Bundesstaat zu besorgen. Er klagt über den Supreme Court, der sich weigerte, die Beschwerden über die Wahl auch nur anzuhören, obwohl er, Trump, doch selbst drei konservative Richter berufen habe. »Jetzt haben sie die schlechtesten Umfragewerte, soweit man zurückdenken kann.« Er beschimpft die Schwächlinge im Justizministerium: »Sie waren verängstigt und impotent.«

So geht es fast eine halbe Stunde lang. Trump klingt, als läse er die Timeline eines Verschwörungstheoretikers auf Facebook vor: Es geht um sinistre Mächte, die heimlich Wahlbriefe verschickt hätten, um Kisten mit gefälschten Stimmzetteln, die nachts unter Tischen hervorgezogen worden seien. Es ist, man muss es so deutlich sagen, absoluter Unsinn.

Es hat schon häufiger Debatten über die mentale Verfassung Trumps gegeben. Nach

MediaPunch / IMAGO

Bestimage

Luxusklub Mar-a-Lago, Pensionär Trump, Fans: Das Establishment huldigt ihm wie einem Guru

»Trump liegt in den Umfragen vorn. Er ist derjenige, der im Moment das Sagen hat.«

Bill Kristol, Kolumnist

dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar rief Nancy Pelosi, die Chefin der Demokraten im US-Repräsentantenhaus, den US-Generalstabschef Marc Milley an und nahm ihm das Versprechen ab, dass er interveniert, falls Trump in einem letzten Akt der Verzweiflung einen Atomkrieg anzetteln sollte.

Der Präsident sei verrückt, sagte Pelosi in dem Telefonat. »Er ist seit langer Zeit verrückt. Also erzählen Sie mir nicht, Sie wüssten nicht, wie es um seinen Geisteszustand bestellt ist.« Milley, über ein Jahr Trumps engster militärischer Berater, erwiderte: »Madame Speaker, ich stimme Ihnen voll zu.«

Muss man sich vor so einem fürchten? Einem Mann, der so lächerliche Lügen über die Wahl verbreitet, dass kein Gericht in den USA ihnen Glauben geschenkt hat? Einem Immobilienjongleur, dem die Steuerfahndung auf den Fersen ist und der im Jahr 2024 bei der nächsten Präsidentschaftswahl 78 Jahre alt sein wird? Einem Loser, der für die Republikaner nicht nur das Weiße Haus verspielte, sondern auch die Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus?

Wenn den Republikanern etwas an ihrem Überleben liegt, müssten sie eigentlich auf maximalen Abstand zu ihrem ehemaligen Präsidenten gehen. Und doch elektrisiert die Partei und das Land kaum etwas mehr als die Frage, ob Trump vor einem Comeback steht. Seine Abwahl am 3. November 2020 jährt sich gerade zum ersten Mal, der Moment seines Machtverlusts. Noch hat er sich nicht zu einer erneuten Kandidatur erklärt, aber alle Indizien deuten darauf hin, dass der ehemalige Präsident die verbleibenden Jahre nicht damit verbringen wird, sein Golfhandicap zu verbessern. »Es gibt wenig Zweifel, dass er noch einmal antreten will«, sagt Bill Kristol, der seit Jahrzehnten eine feste Größe in der konservativen Szene Washingtons ist und einst als Stabschef Dan Quayles diente, des Vizepräsidenten von George H. W. Bush. »Trump liegt in den Umfragen vorn, er hat das Geld und Einfluss auf Wähler. Er ist im Moment derjenige, der das Sagen hat.«

Trump arbeitet systematisch daran, Gefolgsleute in den Kongress zu bugsieren und sich die Loyalität der alten Garde zu sichern. In Iowa ruft er Chuck Grassley auf die Bühne, ein Urgestein der US-Politik. Der 88-Jährige sitzt seit 40 Jahren im US-Senat, er hat sieben Präsidenten kommen und gehen sehen. Eigentlich muss er vor niemandem mehr einen Bückling machen. Aber selbst ein Veteran wie Grassley mag es sich lieber nicht mit dem Ex-Präsidenten verscherzen. »Ich wäre nicht besonders schlau, wenn ich die Unterstützung eines Mannes ablehnen würde, der 91 Prozent der republikanischen Wähler in Iowa hinter sich hat«, sagt er.

Noch hoffen viele Republikaner darauf, dass der Partei der Albtraum einer zweiten Trump-Kandidatur erspart bleibt. »Kein ernst zu nehmender Republikaner in Washington will, dass Trump zurückkehrt«, sagt ein intimer Kenner der Partei, der aus Furcht vor dem langen Arm des Ex-Präsidenten lieber anonym bleiben will. Interessenten für die Präsidentschaftskandidatur gäbe es genügend: Ted Cruz, der Senator aus Texas, gehört genauso dazu wie der ehemalige Vizepräsident Mike Pence oder Floridas Gouverneur Ron DeSantis, der im Moment noch die besten Aussichten hätte, Trump zu schlagen. Doch fast niemand wagt, Trump offen anzugreifen – im Gegenteil: Das Establishment der Partei, für das Trump nur Verachtung übrig hat, huldigt dem Pensionär in Florida wie einem Guru.

Trump hat nicht nur die Grenzen zwischen Wahrheit und Lüge eingerissen – er hat auch dafür gesorgt, dass die Republikaner zu einer Partei der Demokratiefeinde mutiert sind. Eine Handvoll republikanische Senatoren und mehr als 100 Kongressabgeordnete stimmten am 6. Januar dafür, Joe Biden nicht als Sieger der Präsidentschaftswahl anzuerkennen – und das, obwohl ein wütender Mob von Trump-Anhängern zuvor durch das Kapitol gezogen war und bei den Unruhen fünf Menschen ums Leben kamen. »Er spürt die Macht«, sagt Trumps Nichte Mary. Und er wisse, dass er sich nur dann vor seinen juristischen Problemen schützen kann, wenn er noch einmal den Sprung ins Weiße Haus schafft.

In vielen Bundesstaaten haben die Republikaner damit begonnen, die Wahlgesetze zu ihren Gunsten zu verändern. Dazu gehören unter anderem Regelungen, wonach es künftig verboten ist, Wahlberechtigten Wasser zu reichen, die vor einem Wahllokal Schlange stehen – aber noch viel gravierender ist, dass künftig Parlamente in den Bundesstaaten das letzte Wort über die Wahlleute haben sollen, die dann den Präsidenten der USA bestimmen. Hier liegt der Keim für einen Coup, den Trump schon einmal versucht hat und der 2024 Realität werden könnte.

Trump hat sich ein sehr eigenwilliges Hauptquartier für seinen Rachefeldzug ausgesucht – einen Ort, der ihn in seiner Illusion unterstützt, im Grunde nie abgewählt worden zu sein. Seit ihn Biden im Januar aus dem Weißen Haus vertrieben hat, lebt er die meiste Zeit des Jahres in seiner Residenz in Palm Beach, die in den Zwanzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts von einer reichen Erbin an der Atlantikküste Floridas erbaut worden war und die er 1985 zu einem Spottpreis von rund zehn Millionen Dollar kaufte.

Trump ließ das Anwesen in einen exklusiven Privatklub umwandeln, und als er es Anfang des Jahres zu seiner neuen Heimat machte, gab es Gemurre unter den Nachbarn. Laut den Statuten des Klubs darf dort niemand seinen Hauptwohnsitz haben. Aber Trump behauptete einfach, er sei kein Gast, sondern ein Angestellter. Damit war die Sache erledigt. Die Mitglieder der feinen Gesellschaft von Palm Beach, die ohnehin zu Trump neigen, hießen den neuen Mitbürger herzlich willkommen: »Wir sind extrem glücklich, Trump wieder hier zu haben«, erzählte Toni Holt Kramer, eine führende Society-Lady von Palm Beach, dem SPIEGEL. »Er hat eine große politische Zukunft vor sich, und die beginnt jetzt bei uns.«

Rund um Mar-a-Lago entwickelte sich innerhalb weniger Monate ein eigenwilliges politisches Soziotop. Sean Hannity, Trumps treuester Knappe im Sender Fox News, kaufte sich ein 5,3 Millionen teures Anwesen, das nur rund vier Kilometer von Mar-a-Lago entfernt liegt; ihm folgte der konservative Moderator Neil Cavuto, der sich eine Villa für 7,25 Millionen zulegte. Auch Trumps Kinder rückten in die Nähe des Vaters: Ivanka und ihr Mann Jared Kushner kauften auf einer Privatinsel bei Miami ein 32 Millionen Dollar teures Grundstück vom spanischen Schmachtsänger Julio Iglesias. Donald Jr und seine Freundin Kimberly Guilfoyle sicherten sich ein knapp zehn Millionen Dollar teures Haus in Jupiter, nur 30 Autominuten nördlich von Palm Beach.

In Mar-a-Lago empfängt der Patriarch Gäste und ehrgeizige Jungpolitiker, die aus Washington, D. C., und allen Teilen des Landes kommen, um seinen Segen für ihre weitere politische Karriere zu empfangen. »Kiss the ring« heißt die Zeremonie in republikanischen Kreisen. Im März sprach der Autor J. D. Vance dort vor, der Senator in Ohio werden möchte und auf Empfehlung des Internetmilliardärs und Trump-Freunds Peter Thiel vorgelassen wurde. Kevin McCarthy, der Chef der Republikaner im Repräsentantenhaus, ist in Mar-a-Lago ebenso regelmäßiger Gast wie der Unternehmer Mike Lindell – ein ehemaliger Junkie, der mit Bettwaren zu einem Vermögen gekommen ist und der eine Prämie von fünf Millionen Dollar für jeden ausgelobt hat, der die Behauptung widerlegen kann, Trump sei die Wahl gestohlen worden.

Wer in Mar-a-Lago eingelassen werden will, muss entweder viel Geld haben – die Aufnahmegebühr für den Klub wurde im Jahr 2017, kurz vor Trumps Amtsübernahme, von 100 000 auf 200 000 Dollar erhöht – oder seine unbedingte Loyalität zu Trump unter Beweis stellen. Der Kissenproduzent Lindell zum Beispiel schämt sich nicht zu bekennen, dass er Trump für einen Gesandten Gottes hält. »Das kann man schon an den Wundern erkennen, die geschahen, als Trump ins Weiße Haus eingezogen ist«, sagt er.

Reporter haben in Mar-a-Lago keinen Zutritt – es sei denn, Trump glaubt, sie könnten seine Prominenz noch steigern. Im Frühjahr gewährte der Hausherr dem Autor Michael Wolff eine Audienz, der schon in Trumps erstem Amtsjahr einen Bestseller über den Präsidenten veröffentlicht hatte. Trump habe ihn im Foyer von Mar-a-Lago empfangen, erzählt Wolff. Der Ex-Präsident nenne den Ort seinen »Thronsaal« und sitze »teils als Zeremonienmeister, teils als Gastgeber« dort auf einem breiten Stuhl, während Bittsteller und Journalisten auf einem Sofa daneben Platz nehmen müssten. Als er Trump besuchte, sei gerade ein republikanischer Senator aus Kansas zu Besuch gewesen, der ihn aber kaum interessiert habe. Irgendwann, so Wolff, habe Trump einfach ein Telefonat des Fox-News-Moderators Hannity angenommen und jeden an dem Gespräch teilhaben lassen.

Es gibt viele Theorien, welchen Typus Politiker Trump repräsentiert. Einen Populisten des postfaktischen Zeitalters? Einen Autokraten wie Victor Orbán oder Jair Bolsonaro? Gar einen Faschisten, wie manche Demokraten meinen? Wolff, der Trump in den vergangenen Jahren immer wieder aus der Nähe beobachtet hat, hält nichts von solchen Erklärungsversuchen. Trump sei ein verrückter Egomane und wisse nur eines: dass er zurück möchte ins Weiße Haus. »Ich bin mir sicher, dass Trump 2024 wieder für das Präsidentenamt kandidieren wird«, sagt Wolff. »Er muss der einstige und auch der künftige König sein, um Donald Trump zu bleiben und sich die Anbetung der Republikaner zu bewahren.«

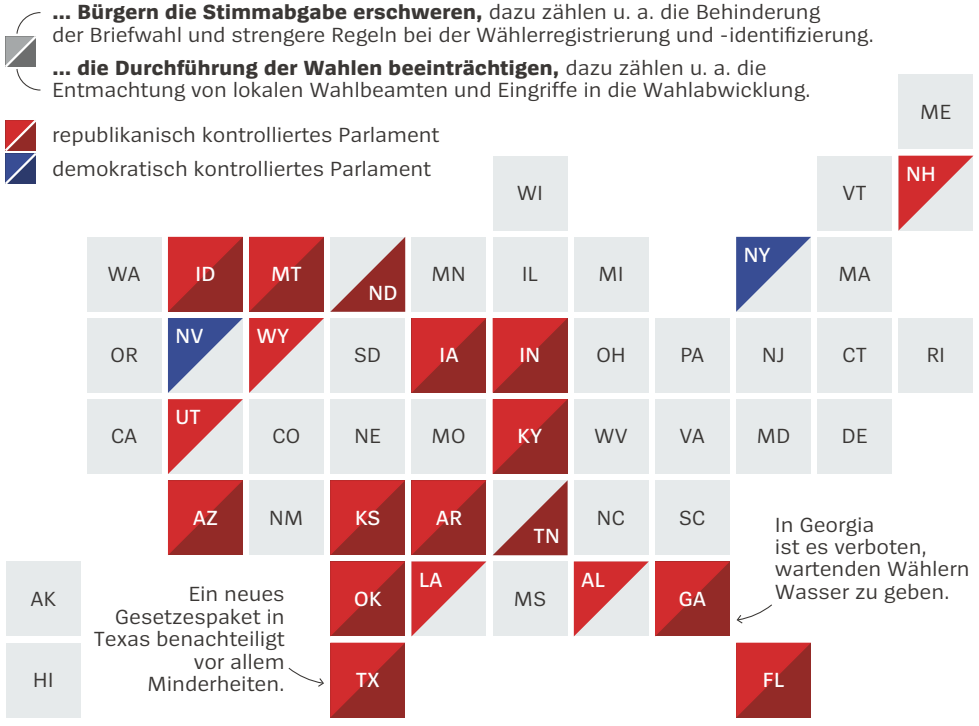
Eigentlich müsste es für die Demokraten ein Kinderspiel sein, Trump von der Macht fernzuhalten. Als er aus dem Amt schied, glaubten nur noch 34 Prozent der Amerikaner, er mache einen guten Job; es war ein – auch in historischen Maßstäben – desaströser Wert. Die Universität Quinnipiac hat im Oktober eine Umfrage veröffentlicht, nach der 58 Prozent der Amerikaner nicht möchten, dass er noch einmal antritt. Das Problem ist nur: Präsident Biden ist nach einem Anfangshoch kaum beliebter als sein Vorgänger.

Der Demokrat war eine Notlösung, ein Verlegenheitskandidat, der vor allem deshalb das Rennen um die Präsidentschaftskandidatur gewann, weil er die Extreme vermied. Er war nicht so unerfahren wie Pete Buttigieg, nicht so links wie Bernie Sanders, nicht so unverschämt reich wie Michael Bloomberg. Biden versprach, die Nation nach der Dauerhysterie der Trump-Jahre wieder in den Normalmodus zurückzuführen, und die Rechnung ging auch auf – der Demokrat gewann gegen Trump mit einem Vorsprung von rund sieben Millionen Stimmen.

Doch die Zahl war nur scheinbar ein komfortabler Sieg. In den entscheidenden Swing States holte Biden nur hauchdünne Mehrheiten: In Arizona hatte er 10 457 Stimmen mehr als die Republikaner, in Georgia 11 779, in Wisconsin 20 682. »Joe Biden hat insgesamt 51,3 Prozent der Stimmen erhalten«, sagt der demokratische Datenanalyst David Shor. »Wären es 51 Prozent gewesen, hätte

Angriff auf die Demokratie

Neue Wahlgesetze in den US-Bundesstaaten seit Januar 2021, die ...



S • Quellen: Gesetze zur Wahlbehinderung nach Brennan Center for Justice, Stand: 4. Oktober 2021; Gesetze zur Wahldurchführung nach States United Democracy Center, Stand: 6. Juni 2021

er die Wahl verloren.« Mit anderen Worten: Die Demokratie in den USA hängt am seidenen Faden.

Biden wird die Mehrheit im Kongress und das Weiße Haus nur verteidigen können, wenn er Erfolge vorweisen kann. Doch über dem Präsidenten braut sich gerade ein perfekter Sturm zusammen: Rekordinflation, eine Migrationskrise an der Südgrenze, dazu der Streit mit der eigenen Partei. Bidens fast fünf Billionen Dollar teure Reformpakete hängen schon seit Monaten in der Luft. Selbst wenn der Präsident bald einen Kompromiss zimmern sollte – es wird ihm schwerfallen, daraus noch eine Erfolgsgeschichte zu machen.

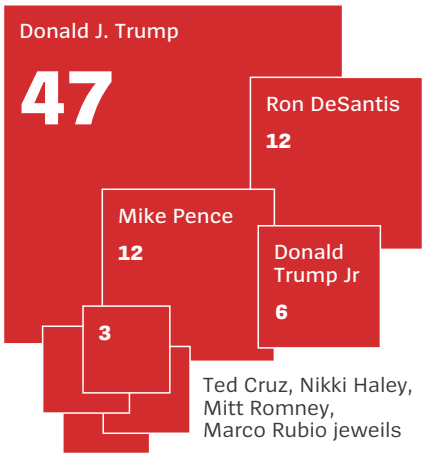
Biden war mit der Zusage angetreten, ein anderes Amerika zu schaffen, ein Land, das sich wieder um den Stahlarbeiter in Ohio kümmert und die Walmart-Verkäuferin in Michigan. Trump hatte 2016 auch deshalb die Wahl gewonnen, weil er all jene enttäuschten Arbeiter einsammelte, die sich unter den Demokraten Bill Clinton und Barack Obama dem eisigen Wind der Globalisierung ausgesetzt sahen. Biden, der im Gegensatz zu Clinton und Obama nie eine Eilteuniversität besucht hat und in dem Städtchen Scranton in Pennsylvania aufgewachsen ist, versprach, dass sich die Demokraten wieder um ihre Stammwählerschaft bemühen würden; dass ihre Sorge die Main Street sei, nicht die Wall Street.

Für ein paar Monate sah es so aus, als könnte Biden ein neuer FDR werden, ein Nachfolger des legendären Franklin Delano Roosevelt, der die USA in den Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts mit dem New Deal aus der Großen Depression geführt und das Fundament für den modernen amerikanischen Sozialstaat gelegt hatte. Bidens Programm klang ähnlich ambitioniert. Er brachte ein knapp zwei Billionen Dollar teures Konjunkturprogramm in den Kongress und schnürte ein Infrastruktur- und Sozialpaket, das die USA ein wenig europäischer und sozialdemokratischer machen sollte: mit einer staatlichen Kitaplatzgarantie, zwei kostenfreien Studienjahren an »community colleges« und einer bezahlten dreimonatigen Elternzeit. Um das Klima zu schonen, wollte Biden das Eisenbahnnetz ausbauen und ein mehr als 500 Milliarden Euro teures Programm unter anderem zur Förderung erneuerbarer Energien auflegen.

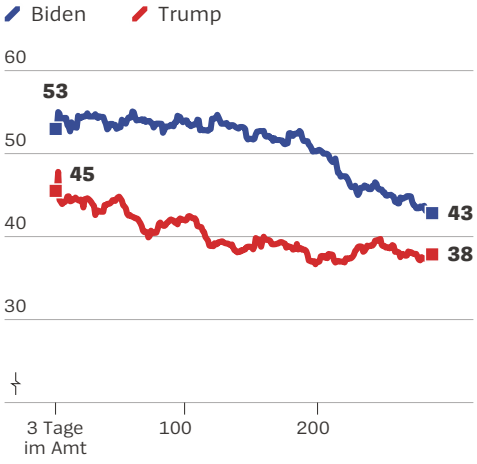
Aber kaum hatte Biden seine ambitionierten Ideen angekündigt, wurden sie im Kongress von Lobbyinteressen und ängstlichen Senatoren geschreddert. Es ist nicht die Schuld des Präsidenten, dass die Demokraten im Senat nur über eine hauchdünne Mehrheit verfügen. Doch im Wahlkampf hatte er damit geworben, mit seiner jahrzehntelangen Erfahrung auch in schwierigen Situationen Kompromisse zwischen den gegnerischen Lagern schmieden zu können. Nun aber steht er als ein Mann da, der nicht einmal seine eigenen Leute überzeugen kann. Auf Druck

Gespaltenes Land

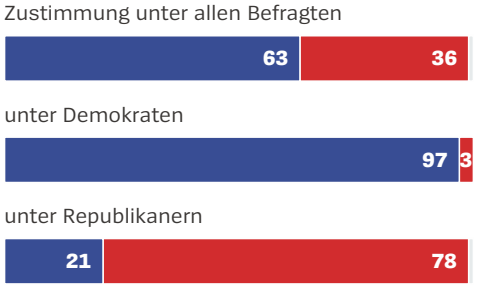
»Wen würden Sie wählen, wenn heute die **republikanische Präsidentschaftsvorwahl** 2024 wäre?«, Zustimmung unter Republikanern in Prozent



Zustimmung zu US-Präsidenten nach jeweils 288 Tagen im Amt, in Prozent



Umfrage zur **Legitimität der Präsidentschaftswahl 2020,** Angaben in Prozent



S • Quellen: Morning Consult/Politico vom 8. bis 11. Oktober 2021, Befragte: 803 registrierte Republikaner, an 100 fehlende Prozent: »einen anderen Kandidaten«, »würde nicht wählen«; FiveThirtyEight, Stand: 3. November 2021; CNN/SSRS vom 3. August bis 7. September 2021, Befragte: 1838 registrierte Wähler, an 100 fehlende Prozent: »weiß nicht«, »unentschieden«, keine Angabe

der beiden demokratischen Senatoren Kyrsten Sinema und Joe Manchin wurde Bidens Sozialpaket von 3,5 auf 1,75 Billionen Dollar halbiert. Und obwohl er vergangene Woche vor seinem Abflug nach Europa den Eindruck erweckt hatte, er sei mit Manchin so gut wie einig, gab es bis zum Donnerstagabend immer noch keine Einigung bei den Demokraten.

Es ist ein Spektakel, wie es sich die Republikaner nicht schöner malen könnten. Eine Regierungspartei, die ihren Wählern eine Karotte nach der nächsten vor die Nase hält, nur um sie dann schnell wieder wegzuziehen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es keine kostenfreie College-Ausbildung für junge Amerikaner geben wird. Die fiel nicht etwa den Forderungen herzloser Republikaner zum Opfer, sondern wurde insbesondere auf Wunsch der Demokraten Manchin und Sinema gestrichen. Das Sozialpaket kann sich zwar immer noch sehen lassen – aber wird das Biden nach diesen chaotischen Verhandlungen noch nutzen?

Er hat weder das Charisma Clintons noch das rhetorische Talent Obamas. Bidens Versprechen war, dass nach dem Wüterich Trump wieder ein solider Handwerker ins Weiße Haus einzieht, der vielleicht nicht sonderlich unterhaltsam ist, aber das Land so professionell regiert, dass die Amerikaner ruhig schlafen können. Schon zu Beginn seiner Amtszeit hatte Biden keine überragenden Umfragewerte, aber er genoss zumindest einen gewissen Vertrauensvorschuss.

Dann kam der Sommer und mit ihm der chaotische Abzug aus Afghanistan. Die meisten Amerikaner teilten den Wunsch Bidens, nach 20 endlosen Kriegsjahren endlich einen Schlussstrich unter das unselige Militärabenteuer am Hindukusch zu ziehen. Aber es ist eine Sache, einen Krieg zu verlieren – und eine ganz andere, nach so langer Zeit schmachvoll von den Taliban aus dem Land geworfen zu werden, die amerikanisches Kriegsgerät in den Händen halten, das gekauft worden war, um die Islamisten zu bekämpfen.

Das Debakel war mehr als nur ein Managementfehler – es zerstörte das Vertrauen vieler Amerikaner in einen Präsidenten, den sie wegen seiner ständigen Versprecher und seines hohen Alters von 78 Jahren ohnehin misstrauisch beäugen. Seit dem desaströsen Rückzug sind Bidens Umfragewerte konstant im negativen Bereich, nur zwei Nachkriegspräsidenten waren nach rund einem Amtsjahr noch unbeliebter als Joe Biden: Gerald Ford und Donald Trump.

Was Biden fehlt, ist die Dynamik, die viele Amerikaner von einem Präsidenten erwarten. »Sleepy Joe« nannte Trump seinen Herausforderer im Wahlkampf, und das Gemeine an dem Schmähwort ist, dass es ein Korn Wahrheit enthält. Vielleicht würden die Amerikaner Biden noch verzeihen, wenn er vor laufender Kamera einnickt wie offenbar zuletzt in Glasgow während des Klimagipfels;

aber dann müsste er wenigstens das Gefühl vermitteln, sich jenen Aufgaben zu widmen, die im Moment so drängend sind: der galoppierenden Inflation und der Krise an der mexikanischen Grenze, wo in den vergangenen zwölf Monaten bereits mehr als 1,7 Millionen Migranten aufgegriffen worden sind – der höchste je erhobene Wert.

»Bei den Demokraten macht sich Panik breit«, sagt ein westlicher Diplomat, der häufig auf dem Capitol Hill unterwegs ist. Am Dienstag verlor Terry McAuliffe die Gouverneurswahl in Virginia klar gegen den Republikaner Glenn Youngkin; es war mehr als nur eine Schlappe für die Partei des Präsidenten – es war eine Katastrophe. Zuletzt hatten die Republikaner vor zwölf Jahren den Gouverneursposten in dem Staat für sich geholt, bei der Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr gewann Biden Virginia mit einem Vorsprung von mehr als zehn Prozentpunkten. Dass die Demokraten innerhalb eines Jahres so eingebrochen sind, lässt sie nichts Gutes für die Zukunft ahnen. Wenn sie nicht einmal Virginia halten können – einen Staat, den sie eigentlich auf ihrer Seite wähnten –, wie wollen sie dann im Herbst 2022 die knappe Mehrheit im Kongress verteidigen, in dem sich traditionell immer die Partei schwertut, die zwei Jahre zuvor die Präsidentschaftswahl gewonnen hat?

Biden, das wird der Partei immer klarer, hat aller Voraussicht nach nicht die Kraft, sich 2024 noch einmal um das Präsidentenamt zu bewerben. Zugleich fehlt es an einer überzeugenden Alternative. Vizepräsidentin Kamala Harris, die natürliche Kronprinzessin, ist ebenso unbeliebt und ungeschickt in der Führung ihres Stabes im Weißen Haus. Bisher ist niemand zu erkennen, der die Autorität hat, eine Partei hinter sich zu versammeln, die – bezogen auf Deutschland – in ihrer ideologischen Spannweite von der CSU bis zur Linkspartei reicht.

Zugleich ist Trump so agil wie eh und je. Er stellt Biden als einen Präsidenten dar, der das Ansehen der USA ruiniert hat und das Land im Chaos versinken lässt. »Illegale Migranten und tödliche Drogenkartelle kontrollieren unsere Grenzen«, schreit Trump seinen Fans in Iowa zu. »Die Inflation bestimmt die wirtschaftliche Entwicklung. China nimmt uns die Arbeitsplätze weg, und die Taliban haben Afghanistan übernommen.«

Es ist maßlos übertrieben, aber genau der Ton, der so gut wie überall in der Republikanischen Partei angeschlagen wird. Auf der anderen Seite stehen nicht Politiker mit einer anderen Meinung – sondern Verräterinnen und Verräter, die mit allen Mitteln von der Macht vertrieben werden müssen. »Wenn wir unser Land retten wollen, gibt es nur eine Chance«, sagt Trump. »Wir müssen starke und unerschrockene Republikaner auf jeder Ebene installieren, und wir brauchen eine Generalüberholung unseres gesamten Wahlsystems.«

Genaro Molina / Los Angeles Times / Polaris / laif

»Es erinnert mich an das, was im Deutschland der Dreißigerjahre geschehen ist.«
Bill Gates, Republikaner

Adriana Zehbrauskas / DER SPIEGEL

Trump-Unterstützer, Lokalpolitiker Gates: »Beispiellos in der Geschichte unserer Demokratie«

Der Satz klingt harmlos, aber im Kern bedeutet er nichts anderes als die Vorbereitung des nächsten Staatsstreichs. »Die größte gegenwärtige Bedrohung für die amerikanische Demokratie ist das Risiko einer gestohlenen Präsidentschaftswahl im Jahr 2024«, sagt der Harvard-Politologe Daniel Ziblatt, der ein Standardwerk über den Angriff von Autokraten auf westliche Demokratien geschrieben hat. Laut einer Übersicht des Brennan Center in New York haben seit Jahresbeginn 19 republikanische Bundesstaaten Gesetze auf den Weg gebracht, die es insbesondere für schwarze Amerikaner schwerer machen sollen, ihre Stimme abzugeben.

Unter anderem wollen Republikaner die Antragsfristen für die Briefwahl verkürzen und schärfere Auflagen bei der Identifizierung im Wahllokal durchsetzen – was dazu führen könnte, dass bestimmte Wählergruppen ausgeschlossen werden. Aber im Kern, so Ziblatt, wollen die Republikaner das Fundament dafür legen, die Legitimität eines Wahlsiegs der Demokraten bei der Präsidentschaftswahl 2024 grundsätzlich infrage zu stellen. »Meine Sorge ist nicht, dass die Republikaner das Recht brechen. Sondern im Gegenteil: dass sie sehr genau den Buchstaben des Gesetzes folgen und dennoch eine Wahl stehlen.«

Das Drehbuch für den Coupversuch am 6. Januar hatte der konservative Jurist John Eastman geschrieben. In einem Memo für das Weiße Haus schlug er vor, dass Vizepräsident Pence einfach die Stimmen jener Wahlleute ignorieren solle, in deren Bundesstaaten der Ausgang der Wahl umstritten war. Pence lehnte ab – er wollte nicht als Abrissbirne der US-Demokratie in die Geschichte eingehen.

Doch ein zweites Mal soll ein Staatsstreich nicht scheitern, dafür sorgen die Republikaner gerade. In mehr als einem Dutzend Bundesstaaten haben sie Gesetze auf den Weg gebracht oder bereits verabschiedet, die die Kontrolle über die Wahl in Richtung der Parlamente verschiebt. In Arizona zum Beispiel liegt ein Gesetzentwurf vor, wonach künftig Senat und Repräsentantenhaus mit einfacher Mehrheit darüber entscheiden können, welche Wahlleute sie bestimmen – und sich damit zur Not über den Willen des Volkes hinwegsetzen.

Richard L. Hasen, ein führender Wahlrechtsexperte der USA, hat dieses Szenario in einem Aufsatz ausgeführt. »Der mögliche nächste Coup wird in sorgfältig argumen-

Doug Mills / The New York Times / Redux / laif

Präsident Biden: Ein Spektakel, wie es sich die Republikaner nicht schöner malen könnten

tierten juristischen Schriftsätzen daherkommen, die Thomas Jefferson zitieren und historische Präzedenzfälle anführen«, schreibt Hasen. Tatsächlich lässt die mehr als 230 Jahre alte US-Verfassung zumindest theoretisch die Möglichkeit zu, dass die Landesparlamente die Wahlleute aussuchen – eine Regelung allerdings, die schon seit vielen Jahrzehnten keine Anwendung mehr gefunden hat.

»Die Bühne für ein neues Chaos ist schon gebaut«, schrieb Robert Kagan vor sechs Wochen in einem Beitrag für die »Washington Post«. Kagan ist eine Institution in Washington – ein ehemaliger Neokonservativer, der über Jahre die Republikaner beraten hat, sich dann aber von Trump abwandte. Seine Frau Victoria Nuland ist eine der einflussreichsten Beamtinnen im State Department.

Kagans Essay zeichnet eine US-Demokratie, die kurz vor dem Kollaps steht. Es sei naiv zu glauben, ein Tag wie der 6. Januar könne sich nicht wiederholen, schreibt er. »Die Vereinigten Staaten bewegen sich auf die größte politische und verfassungsrechtliche Krise seit dem Bürgerkrieg zu – mit der durchaus denkbaren Möglichkeit, dass es in den nächsten drei oder vier Jahren zu Fällen von Massengewalt kommt, dem Zusammenbruch der bundesstaatlichen Ordnung und einer Spaltung des Landes in republikanische und demokratische Enklaven, die sich gegenseitig bekämpfen.«

Wer dies für ein etwas zu apokalyptisches Szenario hält, dem empfiehlt sich ein Besuch in Maricopa County, das neben Mar-a-Lago zu einer zweiten Pilgerstätte für Trump-Jünger und Verschwörungstheoretiker geworden ist. Es liegt im Herzen von Arizona und zählt rund viereinhalb Millionen Einwohner, mehr als die Hälfte des gesamten Bundesstaates im Südwesten der USA.

Fast 70 Jahre lang war Arizona fest in republikanischer Hand. Der einzige Demokrat, der es nach dem Zweiten Weltkrieg bei einer Präsidentschaftswahl geschafft hat, sich dort eine Mehrheit zu sichern, war Bill Clinton. Aber in den vergangenen Jahren sind immer mehr junge Familien nach Arizona gezogen, die das warme Wetter im Winter schätzen und sich die horrenden Immobilienpreise in Kalifornien oder an der Ostküste der USA nicht mehr leisten wollen.

So wurde Maricopa County zu einem Labor für die demografische Veränderung, die in den gesamten Staaten vor sich geht und die es für die Republikaner immer schwerer macht, Wahlen zu gewinnen. In der Nacht zum 4. November geschah dann das Unvorstellbare: Ausgerechnet der konservative Fernsehsender Fox News meldete als erstes Medium, dass Biden die ehemalige Republikaner-Hochburg Arizona geknackt habe.

Im Weißen Haus schlug die Nachricht wie eine Bombe ein. Trump, der bis dahin davon überzeugt war, die Wahl gewonnen zu haben, weil er Florida geholt hatte und in Pennsylvania vorn lag, wies seinen Schwiegersohn Jared an, den Medienmogul Rupert Murdoch anzurufen, damit dieser in der Redaktion von Fox News interveniere – vergebens. Trump begann, getrieben von seinem Anwalt Rudy Giuliani, noch in der Wahlnacht, die große Lüge vom Wahlbetrug zu stricken. Er trat vor die Kameras und sagte: »Ganz ehrlich: Ich habe diese Wahl gewonnen.«

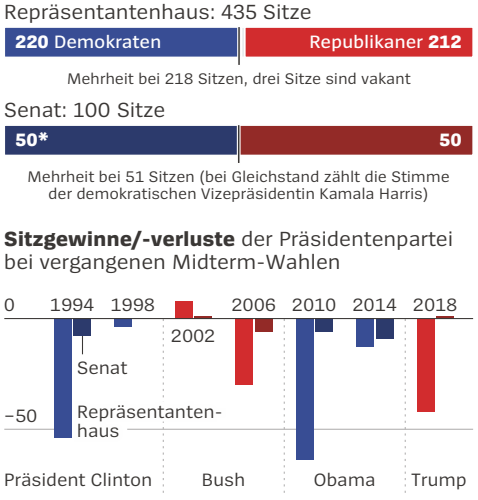
Er setzte damit seine Fußtruppen in Marsch. In Pennsylvania heizte der Kongressabgeordnete und Trump-Jünger Jim Jordan eine Menge an, die vor dem Parlament des Staates die Parole »Stop the Steal« schrie. Richard Grenell, Trumps ehemaliger Botschafter in Deutschland, flog nach Nevada und behauptete, es würden illegale Stimmen gezählt: »Das gibt rechtschaffenen Menschen das Gefühl, das System sei korrupt.« Aber nirgendwo sonst nahmen die Dinge einen so irrwitzigen Verlauf wie in Maricopa County.

»Was wir erleben, ist beispiellos in der Geschichte unserer Demokratie«, sagt der Lokalpolitiker Bill Gates, der als eines von fünf Mitgliedern des Maricopa County Board of Supervisors für die Zertifizierung des Wahlergebnisses verantwortlich war. »Es erinnert mich an das, was im Deutschland der Dreißigerjahre geschehen ist.« Gates ist ein Mann, der noch vor kurzer Zeit in der Mitte der Republikaner stand, ein durch und durch solider Konservativer. Der Jurist glaubt an den Kapitalismus und an den Freihandel und findet, dass der Staat sich aus dem Leben der Bürger so weit wie möglich heraushalten sollte. Gates' persönlicher Held heißt Ronald Reagan, den er bewundert, weil er als Präsident in den Achtzigerjahren Autokratien in der ganzen Welt bekämpft hat und schließlich den Kommunismus in die Knie zwang.

Als junger Student in Harvard schloss sich Gates der republikanischen Studentenverbindung an und trat der Federalist Society bei, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, konservative Juristen zu fördern. Doch seit der Wahl ist Gates für viele Parteifreunde Verbrecher und Staatsfeind zugleich. Im Senat von Arizona berieten die Republikaner allen Ernstes darüber, ob sie Gates und seine Kollegen im Board of Supervisors festnehmen lassen

Prekäre Mehrheit

Bei den Midterm-Wahlen 2022 werden alle Sitze im Repräsentantenhaus und 34 Sitze im Senat neu gewählt, **aktuelle Sitzverteilung**



* inkl. zwei Unabhängige

S • Quelle: Brookings Institution

sollten. Danach mussten Polizisten vor seinem Haus aufziehen, um ihn und seine Familie zu bewachen. »Gott sei Dank waren die Beamten da«, sagt Gates. »Wir hatten Angst, dass die Leute das Recht in die eigene Hand nehmen.« Eine berechtigte Sorge: Am 6. Januar, als der Mob von Trump-Anhängern in Washington das Kapitol stürmte, hatten Fans des Präsidenten in der Nähe des Parlaments von Phoenix eine Guillotine errichtet. »Es war offensichtlich, dass dies ein Zeichen für uns war«, sagt Gates.

Gates ist ein gewissenhafter Mann und war offen für jeden seriösen Hinweis auf mögliche Betrügereien bei der Wahl. »Ich wäre der Erste gewesen, der das Ergebnis infrage gestellt hätte«, sagt er. »Aber die Hinweise gab es einfach nicht. Wir hätten es uns natürlich einfach machen und auf Zeit spielen können. Der Druck auf uns war enorm. Aber das wäre nicht richtig gewesen.« Also beschlossen Gates und seine Kollegen, den Wahlsieg Bidens zu zertifizieren – was genügte, sie zu Hassfiguren in der eigenen Partei zu machen.

Ende Mai statteten Marjorie Taylor Greene und ihr Kollege Matt Gaetz Maricopa County einen Besuch ab – zwei republikanische Kongressabgeordnete aus Georgia und Florida, deren Verehrung für Trump nur noch von ihrer zweifelhaften Reputation übertroffen wird. Taylor Greene wurde bekannt durch ihre Behauptung, jüdische Weltalllaser hätten Waldbrände in Kalifornien ausgelöst. Gegen Gaetz läuft ein Ermittlungsverfahren, weil er ein 17-jähriges Mädchen auf Reisen eingeladen und Sex mit ihr gehabt haben soll.

Als Taylor Greene die Bühne eines Hotels in einem Vorort von Phoenix betrat, fragte sie: »Lasst mich nur zur Sicherheit noch einmal fragen: Wer hat am 3. November die Wahl in Arizona gewonnen?« Die Menge antwortete wie aus einer Kehle: »Trump, Trump, Trump.« Genau, antwortete Greene, »wir in Georgia sehen die Sache genauso«. Taylor Greene trug an diesem Abend noch ein Spottgebet auf Anthony Fauci vor, Bidens medizinischen Chefberater. Es begann mit den Worten: »Gegrüßet seist du, heiliger Fauci voller Masken, der Covid-Impfstoff ist mit dir.« Sie kündigte außerdem ein Impeachment-Verfahren gegen Biden an und erklärte, der Präsident werde in Wahrheit von radikalen Linken im Keller des Weißen Hauses gefangen gehalten.

Aber der eigentliche Clou des Abends bestand darin, dass sie wie keine andere Trump und seinen Stil imitieren kann. Wie der Ex-Präsident denkt sich Taylor Greene Spottnamen für ihre Gegner aus. Ihren demokratischen Kollegen David Cicilline bezeichnet sie als »Abgeordneten Mussolini«; Nancy Pelosi, die Chefin der Demokraten im Repräsentantenhaus, nennt sie »Speaker Maskhole«, ein Ausdruck, der absichtlich wie »asshole« klingen soll.

Wenn man so will, ist Taylor Greene die logische Folge der Trump-Revolution. Die Republikanische Partei hatte immer einen extremen Flügel. Sie beheimatete Paranoiker wie Joseph McCarthy, der in den Fünfzigerjahren Jagd auf angebliche und echte Kommunisten machte, und förderte Figuren wie Sarah Palin, deren Qualifikation in ihrer offen zur Schau gestellten Ignoranz bestand. Aber mit Trump hat sich diese Melange aus Wissensverachtung und Gossenstolz an die Spitze der Partei gesetzt.

Dabei hätten die Republikaner etliche Gelegenheiten gehabt, Trump nach der Wahl abzuschütteln. Sie hätten Biden zur Präsidentschaft gratulieren können, als Trump zu behaupten begann, er sei um seinen Wahlsieg betrogen worden. Sie hätten den Präsidenten einen Verbrecher nennen können, als dieser am 6. Januar einen Mob anstachelte, der in Sprechchören verlangte, Vizepräsident Pence aufzuknüpfen. Es hätte die Möglichkeit gegeben, mit den Demokraten für eine Amtsenthebung zu stimmen und ihn für alle öffentlichen Ämter zu disqualifizieren.

Wären die Republikaner vernünftig gewesen, hätten sie einen Schlussstrich unter das Kapitel Trump gezogen – allein deshalb, weil der Ex-Präsident eine tickende Zeitbombe ist. Die New Yorker Justiz hat Ende Juli Anklage wegen des Verdachts auf Steuerbetrug gegen die Trump-Organisation erhoben. Vier Wochen später wies das amerikanische Justizministerium die Steuerbehörde an, Trumps Finanzunterlagen an den US-Kongress zu leiten – dort wollen die Demokraten unter anderem herausfinden, ob Trump als Präsident indirekt Geld von ausländischen Unternehmen oder Regierungen erhalten hat. Und auch Trumps Wahllüge könnte noch ein Nachspiel vor den Gerichten haben.

Im Sommer wurde ein Memo publik, aus dem hervorgeht, dass Trump Spitzenbeamte zu Falschaussagen drängen wollte. »Sagen Sie einfach, die Wahl war korrupt, und überlassen Sie den Rest mir und den republikanischen Abgeordneten«, sagte Donald Trump laut Aufzeichnungen in einem Telefonat am 27. Dezember zu Jeffrey Rosen, der in den letzten Tagen der Trump-Administration das Department of Justice kommissarisch leitete.

Es gäbe genügend Gründe, Trump loszuwerden – auch deshalb, weil sich viele Frauen und Männer in der Republikanischen Partei für qualifiziert halten, nach der Wahl im November 2024 das Oval Office zu übernehmen. Aber dafür müssten sie erst einmal den Mut finden, Trump aus dem Weg zu räumen.

Traditionell ist die Konferenz der evangelikalen Faith and Freedom Coalition das erste große Schaulaufen des republikanischen Bewerberfelds. Das ist in diesem Jahr nicht anders. Als die Konferenz im Juni in Orlando stattfindet, sind fast alle versammelt, die sich Hoffnungen auf eine große Zukunft machen: der texanische Senator Cruz, Floridas Gouverneur DeSantis, der ehemalige Vizepräsident Pence.

Noch vor Kurzem wäre ein Event wie die Faith and Freedom Coalition ein Heimspiel für Pence gewesen. Aber als er an diesem Freitagmorgen ans Rednerpult tritt, kommt es zu Tumulten. Im Publikum erhebt sich ein halbes Dutzend Männer und Frauen und schreit: »Verräter, Verräter!« Pence muss sich Mühe geben, nicht aus dem Konzept zu kommen, während die Störer abgeführt werden.

Seit sich Pence am 6. Januar dem Willen von Trump widersetzte und mit der Zertifizierung der Wahlleutestimmen den Weg für die Präsidentschaft Bidens frei gemacht hat, gilt er im Trump-Lager als Schwächling und Versager. In seinen vier Jahren im Weißen Haus war Pence loyal bis zur Selbstverleugnung, das Duo Trump/Pence wirkte immer ein bisschen so, als hätte sich der Teufel einen Trappistenmönch als Stellvertreter gewählt. Auch an diesem Morgen in Florida müht sich Pence brav durch sein Manuskript, und obwohl sich Trump inzwischen fast bei jedem Auftritt über seinen ehemaligen Vize lustig macht (»Ihm fehlt einfach die Courage«), verliert Pence kein böses Wort über den Ex-Boss.

»Ich glaube, dass niemand die Kraft hat, Trump aufzuhalten«, sagt der konservative Autor Bill Kristol. Der Ex-Präsident sei im Grunde nur noch durch ein äußeres Ereignis zu stoppen. Eine Anklage wegen Steuerdelikten zum Beispiel oder eine politische Krise. Aber Kristol weiß, dass

Trumps Verbündete

Abgeordnete Taylor Greene: QAnon-Anhängerin und Frau für die Basis

Gouverneur DeSantis: Bindeglied zum Partei-Establishment

Senator Cruz: Ex-Feind, der zum Verbündeten wurde

Tochter Ivanka: Chefdiplomatin und -beraterin

Sohn Donald Jr: Einpeitscher und Beißhund der Familie

Fotos: Elizabeth Frantz / REUTERS; Calvin Knight / AP; Saul Loeb / REUTERS; Atef Safadi / epa; Douglas P. DeFelice / Getty Images

dies womöglich Wunschdenken ist: »Ich bin sehr pessimistisch.«

Viel spricht im Moment dafür, dass die Republikaner sich ihrem Schicksal ergeben und Trump kampflos das Feld überlassen. 2016 war fast das gesamte republikanische Establishment zunächst gegen Trump. Damals hatten seine Gegner noch den Mut, ihn offen anzugreifen. »Was ich von Donald Trump denke? Dieser Mann ist ein pathologischer Lügner. Er kennt nicht den Unterschied zwischen Wahrheit und Unwahrheit, praktisch jedes Wort, das aus seinem Mund kommt, ist eine Lüge«, sagte Ted Cruz im Mai 2016. »Ich glaube, Trump hat von nichts eine Ahnung«, zürnte auch Lindsey Graham, der Senator aus South Carolina. »Er ist ein Mann, der Rassismus schürt, ein fremdenfeindlicher, religiöser Fanatiker.«

Auf der Bühne in Orlando nun schwärmt Graham von seinem Freund Trump, mit dem er so gern Golf spielt. »Alles lässt sich auf einen Punkt zurückführen«, sagt er: »Trump hat geliefert.« Er spricht von den 200 konservativen Richtern, die der Präsident nominiert habe; er lobt die Entscheidung des Präsidenten, die US-Botschaft in Israel nach Jerusalem zu verlegen. Graham betont, wie wichtig es sei, dass die Republikaner die Kongresswahlen im kommenden Jahr gewinnen. »Denn das bedeutet, dass die Partei Trumps nicht tot und begraben ist.«

Trump, das hat er schon durchblicken lassen, könnte nach den Kongresswahlen im November 2022 verkünden, ob er tatsächlich antreten wird. Der Zeitpunkt wäre günstig, weil die Republikaner gute Chancen haben, das Repräsentantenhaus wieder zurückzuerobern, und Trump den Sieg als seinen Erfolg verkaufen könnte – es sei denn, jemand fasst sich doch ein Herz und meutert gegen den Patriarchen. In Orlando lässt Ted Cruz kurz aufhorchen. In seiner Rede sagt er, die Demokratie in den USA sei so gefährdet wie nie zuvor. Der Feind sei wie der Terminator: »Er schläft nicht und hat keine Seele.« Aber klar, er meint nicht Trump, sondern »die Linke«.

Trump hat die Republikaner nicht einfach unterworfen. Er hat sie dazu gebracht, seine Realität als die einzig gültige anzuerkennen. Wer ihm folgen will, muss nicht nur seine Glaubenssätze akzeptieren, sondern auch seine alternativen Fakten. Trump verlangt totale Gefolgschaft.

Schon für die Philosophin Hannah Arendt, die in Deutschland den Aufstieg der Nationalsozialisten erlebte und in den Vierzigerjahren in die USA floh, war das Wechselspiel aus Wahrheit und Lüge ein wichtiges Machtinstrument von Politikern. »Der ideale Untertan totalitärer Herrschaft ist nicht der überzeugte Nazi oder engagierte Kommunist«, schrieb sie 1951, »sondern es sind Menschen, für die der Unterschied zwischen Fakten und Fiktion, zwischen wahr und falsch, nicht länger existiert.«

Trump hat die idealen Untertanen längst gefunden.

René Pfister, Marc Pitzke ■

»Unsere Demokratie brennt«

SPIEGEL-GESPRÄCH Die beiden US-Journalisten Bob Woodward und Robert Costa über Donald Trumps Versuch, die Wahl 2020 zu stehlen. Und warum die Gefahr real ist, dass er damit bei der nächsten Wahl erfolgreich sein könnte.

Woodward, 78, ist der unermüdliche Enthüller unter Amerikas Journalisten. Seit er Anfang der Siebzigerjahre den Watergate-Skandal mit seinem damaligen Kollegen Carl Bernstein von der »Washington Post« ans Licht brachte und Präsident Richard Nixon daraufhin zurücktreten musste, ist er zum politischen Chronisten der US-Hauptstadt geworden. Woodward ist ein hartnäckiger, in Washington bestens vernetzter Rechercheur, der noch immer neue Skandale und Affären aufdeckt. Der Präsidentschaft von Donald Trump hat Woodward gleich drei Bücher gewidmet, das jüngste, »Peril«, erschien Ende September auf Englisch. Er schrieb es zusammen mit dem »Post«-Journalisten Costa, 36. Am 24. Januar wird das Buch auf Deutsch bei Hanser unter dem Titel »Gefahr« erscheinen.

SPIEGEL: Herr Woodward, Herr Costa, wie wahrscheinlich ist es, dass Donald Trump zur Präsidentschaftswahl im Jahr 2024 antritt?

Woodward: Laut den Umfragen ist es ganz klar, dass er die Nominierung der Republikaner gewinnen kann, zumindest im Moment, aber alles ändert sich ständig.

SPIEGEL: Trumps frühere Pressesprecherin Stephanie Grisham sagte kürzlich, sie glaube, wenn Trump zurückkomme, werde er auf Rache aus sein. Denken Sie das auch?

Costa: Es ist klar, dass Trump nicht nur an einer Rückkehr ins Präsidentenamt interessiert ist, sondern dass er auch die Republikanische Partei davon überzeugen will, dass sie seine Behauptung verbreitet, die Wahl sei vor einem Jahr gestohlen worden. Wenn er erneut kandidiert, dann aus Rache und wegen der Lüge, er habe die Wahl gewonnen, nicht Joe

Ken Cedeno / UPI / ddp

Trump-Anhänger beim Sturm auf das Kapitol am 6. Januar: »Eine sehr koordinierte Kampagne«

Biden. Republikaner auf höchster Ebene fühlen sich nicht in der Lage, diese Lüge zu entkräften. Trump ist auf dem Weg in den Wahlkampf, auch wenn er noch nicht offiziell seine Kandidatur angekündigt hat. Er hält Kundgebungen ab und wettert gegen Biden. Trump ist in keiner Weise verschwunden. Er schwebt wie ein Schatten über der politischen Szene, und alle erwarten seine Rückkehr.

SPIEGEL: Die Republikaner bringen derzeit in mehreren Bundesstaaten neue Wahlgesetze auf den Weg, die es ihnen leichter machen könnten, die Wahl zu manipulieren. Bereiten sie damit die Bühne für Donald Trumps Comeback vor?

Costa: James Clyburn, der Bürgerrechtler und führende schwarze Demokrat im Kongress, hat gesagt, dass die Demokratie in Flammen stehe. Unsere Demokratie brennt, weil die Republikaner all diese Wahlgesetze im ganzen Land verabschieden. Doch in Washington streiten sich die Demokraten nach wie vor darüber, wie sie die Republikaner daran hindern könnten, diese Gesetze zu ändern. Sie sind uneins, ob sie den Filibuster im Senat abschaffen sollen, um so eigene Regelungen verabschieden zu können, die das Treiben der Republikaner stoppen würden. Es gibt also eine echte Spaltung in der Demokratischen Partei in der Frage, wie weit man gehen soll, um den Republikanern entgegenzutreten.

SPIEGEL: Tun die Demokraten und Joe Biden genug, um das Comeback von Trump und dem Trumpismus zu verhindern?

Woodward: Es ist noch nicht klar, wohin die Biden-Präsidentschaft führt, was ihre legislative Agenda ist. Politik wird an Erfolg und Misserfolg gemessen. Kann Biden die Demokratische Partei zusammenhalten? Vieles deutet darauf hin, dass er damit große Schwierigkeiten hat. Aber wenn er es schafft, sie zusammenzuhalten, wird ihm das eine gewisse Glaubwürdigkeit verleihen, die er im Moment nicht hat.

SPIEGEL: Was würde passieren, wenn Trump tatsächlich zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt würde? In Ihrem Buch beschreiben Sie ihn als eine Bedrohung für die nationale Sicherheit, in seinen letzten Monaten im Amt dachten führende Militärs sogar, er würde verrückt werden.

Woodward: General Mark Milley, der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, glaubte wirklich, dass Trump geistig verwirrt sei. Trump wütete im Oval Office gegen alle möglichen Leute, er war außer Kontrolle. Eine Woche nach seiner Wahlniederlage im vergangenen November sagte die von Trump ernannte CIA-Direktorin Gina Haspel, das Land sei auf dem Weg zu einem rechten Putsch. Trump verhielt sich wie ein Sechsjähriger, der einen Wutanfall hat.

SPIEGEL: General Milley verglich Trumps Ausbrüche sogar mit Szenen aus dem Kriegsfilm »Full Metal Jacket«.

Costa: Milley erlebte hautnah die Wut des Präsidenten und den Zerfall seiner Präsidentschaft. Nach dem Tod von George Floyd wollte Trump Kampftruppen nach Washington holen, um gegen die »Black Lives Matter«-Bewegung vorzugehen. Trumps militärische Führer wehrten sich dagegen, und er ging auf sie los. Er war so unzufrieden mit Milley und Verteidigungsminister Mark Esper, dass er auf sie wie der völlig durchgeknallte Marine-Ausbilder von »Full Metal Jacket« wirkte.

SPIEGEL: Erst im Nachhinein stellte sich heraus, wie nahe die USA und China in dieser Zeit einem bewaffneten Konflikt gekommen sind. General Milley musste seinen chinesischen Amtskollegen beruhigen, weil die Chinesen dachten, Trump würde einen Angriff anordnen. Wie kam es dazu?

Woodward: Es gab zwei Anrufe von Milley bei den Chinesen. Vor der Wahl hatten die USA Geheimdienstinformationen, die zeigten, dass die Chinesen dachten, wir würden sie angreifen. Milley rief seinen Amtskollegen in Peking an, General Li, den er seit fünf Jahren kannte, um ihm zu versichern, dass dies nicht geschehen werde.

SPIEGEL: Der zweite Anruf erfolgte nach dem Angriff auf das Kapitol im Januar – warum?

Woodward: Der Aufruhr im Kapitol am 6. Januar war ein ungeheuerliches Ereignis. So etwas haben wir in den Vereinigten Staaten noch nie erlebt, die ganze Welt fand das unglaublich. Damals dachten die Chinesen wirklich, dass die USA kollabieren könnten. China, Russland und Iran waren in militärischer Alarmbereitschaft. In einer solchen Situation kann es zu Fehlern und Fehlinterpretationen kommen, und die Dinge können schnell eskalieren. Milley sprach erneut mit General Li, um ihn zu beruhigen.

SPIEGEL: Nancy Pelosi, die führende Demokratin und Sprecherin des Repräsentantenhauses, rief Milley nach dem Sturm auf das Kapitol an, weil sie besorgt war, dass Trump Atomwaffen einsetzen könnte.

Costa: Dieser Anruf ist ein historischer Moment. Der ranghöchste Offizier des Militärs und die Sprecherin des Repräsentantenhauses machen sich Sorgen um den Oberbefehlshaber. Was wird er tun, was könnte er tun? Pelosi ist eine erfahrene Gesetzgeberin, die sich in Fragen der nationalen Sicherheit gut auskennt. Ihr Anruf diente dazu sicherzugehen, dass der Präsident nicht verrücktspielt und Atomwaffen abfeuert oder einen anderen Militärschlag startet.

SPIEGEL: Wäre das möglich gewesen?

Costa: Pelosi weiß so gut wie alle in den höchsten Rängen der US-Regierung, dass es eigentlich bestimmte Verfahren und Prozeduren für den Einsatz militärischer Mittel gibt. Zugleich hat der Präsident aber laut Verfassung das Recht, das Militär direkt anzuweisen, Atomwaffen einzusetzen.

Woodward: Wir haben eine Abschrift des Telefonats zwischen Pelosi und Milley bekommen. Es ist eines der außergewöhnlichsten Gespräche, die ich als Reporter je gesehen habe, in mancher Hinsicht sogar noch mehr als die geheimen Aufnahmen von Richard Nixon aus dem Watergate-Skandal. Pelosi sagt zu Milley: Der Präsident ist verrückt. Wir können ihm nicht trauen. Wir brauchen die Zusicherung, dass es Verfahrenskontrollen für den Einsatz von Atomwaffen gibt. Und Milley sagt: Ich stimme Ihnen 100-prozentig zu.

SPIEGEL: Was tat der General dann?

Woodward: Milley rief die Wachkommandanten aus dem War Room im Pentagon zusammen. Er ordnete an, dass er immer dann, wenn ein Befehl für eine militärische Aktion oder den Einsatz von Atomwaffen kommt, mit am Tisch sitzen muss. Und er ging durch den Raum, zeigte auf jeden dieser Offiziere und bat sie im Wesentlichen um einen Eid: Haben Sie es verstanden? Jawohl, Sir. – Verstanden? Ja, Sir. – Verstanden? Jawohl,

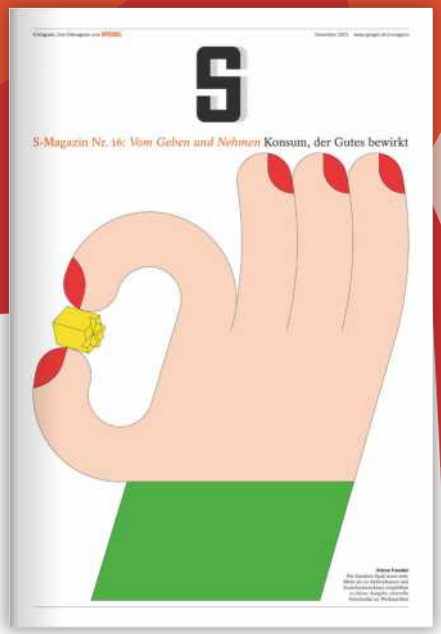
MediaPunch / IMAGO

Reporter Woodward, Costa

»Wir erleben gerade einen der riskantesten Momente in der amerikanischen Präsidentschaft.«

Bob Woodward

Das Gespräch führte der Redakteur Roland Nelles.



Nächste Woche im SPIEGEL:

S-Magazin
Das Stilmagazin vom SPIEGEL

Themen der Ausgabe:

Gute Gaben
Aktivistinnen und Sozialunternehmer empfehlen faire und nachhaltige Weihnachtsgeschenke

Kulinarische Weltreise
Drei Restaurant-Initiativen bieten Geflüchteten Jobs und Perspektiven

Außerdem:
Das fotografierte Interview mit Designer Mark Braun

Sir. Er zieht so eine zusätzliche Sicherung in das Verfahren zum Abfeuern der Atomwaffen ein.

SPIEGEL: Nachdem Sie dies aufgedeckt hatten, wurde Milley vor allem von Republikanern hart angegriffen. Sie sagten, er untergrabe die Befehlskette. Einige warfen ihm sogar Verrat vor.

Woodward: Milley hat vor dem Kongress unter Eid ausgesagt und alles bestätigt, was wir berichtet hatten. Er sah es als seine Pflicht an, das Land zu schützen.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass Trump und seine Kumpane den Mob am 6. Januar zum Kapitol lenkten? Wollten sie eine Situation schaffen, in der sie einen Notstand erklären konnten, um die Kontrolle über das Land zu erlangen?

Costa: Auf jeden Fall gab es eine sehr koordinierte und intensive Kampagne, um Bidens Sieg zu kippen. Trump nutzte verschiedene Taktiken, um zu versuchen, seine eigene Präsidentschaft zu sichern. Er übte Druck auf das Justizministerium aus, auf Vizepräsident Mike Pence, auf Abgeordnete und auf Beamte in verschiedenen Bundesstaaten. Es ging ihm nur darum, an der Macht zu bleiben. Unser Buch enthüllt, dass John Eastman, ein konservativer Anwalt, damals ein zweiseitiges Memo verfasste, das viele Leute inzwischen als Entwurf für einen Staatsstreich bezeichnen. Eastman skizziert, wie Vizepräsident Mike Pence als Präsident des Senats versuchen könnte, Bidens Wahlsieg zu annullieren. Es ist ein windiger Plan, aber Präsident Trump verfolgt ihn mit Nachdruck, und er drängt seinen Vizepräsidenten, ihm zu folgen.

SPIEGEL: Aber Mike Pence wehrte sich dagegen.

Costa: Pence, dieser konservative Republikaner aus Indiana, war hin- und hergerissen. Er wollte dem Präsidenten gegenüber loyal sein, aber auch das Gesetz respektieren. Letztendlich hat er sich auf die Seite der Rechtsstaatlichkeit gestellt. Er musste sich mit vielen Leuten beraten, mit seinen Anwälten, sogar mit dem früheren Vizepräsidenten Dan Quayle, der unter George H. W. Bush diente. Und das alles zeigt, dass das amerikanische System, die amerikanische Demokratie auf eine harte Probe gestellt wurde, von einem Präsidenten, der alles tat, um an der Macht zu bleiben.

SPIEGEL: Trump traf Pence am 5. Januar, kurz bevor Pence als Präsident des Senats offiziell verkünden sollte, dass Biden die Wahl gewonnen hatte. Was wollte Trump?

Costa: Es ist eine aufschlussreiche Szene. Trump übt maximalen Druck auf Pence aus. Einen Tag vor dem Sturm auf das Kapitol versammelt sich der Mob bereits draußen auf der Pennsylvania Avenue, nicht weit vom Weißen Haus entfernt, wo sich Trump und Pence treffen. Die Straßen sind voll von Trump-Anhängern, überall sind rote Mützen zu sehen. Sie wollen am kommenden Tag gegen die offizielle Verkündigung von Bidens Wahlsieg im Kongress protestieren.

SPIEGEL: Trump empfängt Vizepräsident Pence im Oval Office …

Costa: … und er bietet ihm die Verlockung der Macht an. Der Moment hat fast etwas Biblisches. Trump deutet auf den Mob draußen und sagt: Wenn diese Leute sagen, sie hätten die Macht, würden Sie dann nicht gern den Sieg Bidens annullieren? Pence wehrt sich, Trump lässt den Sirenengesang des Mobs ins Oval Office wehen. Trump öffnet die Tür, er will dem Pöbel draußen zuhören. Der Präsident ist in völligem Einklang mit seinem Mob auf der Straße.

SPIEGEL: Halten Sie es für möglich, dass der 6. Januar nur die Generalprobe für weitere politische Unruhen, weitere Aufstände ist?

Woodward: Das ist durchaus möglich. Sollte Trump die Nominierung seiner Partei erhalten, würde die nächste Präsidentschaftswahl ein Wettstreit werden, wie wir ihn noch nie gesehen haben. Wir wissen nicht, was in Trumps Kopf vorgeht, aber schauen Sie sich an, was er immer wieder sagt. Schon vor der vorigen Wahl hat er behauptet: Wenn ich verliere, wurde die Wahl gestohlen. Bis heute wiederholt er diese Formel. Millionen Menschen scheinen ihm zu glauben, obwohl es keinerlei Beweise für seine Behauptungen gibt. Was wir in den Vereinigten Staaten erleben, ist einer der riskantesten und gefährlichsten Momente in der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaft.

SPIEGEL: Wird der Ausschuss, der im Kongress eingerichtet wurde, um den 6. Januar zu untersuchen, mehr herausfinden als Sie?

Costa: Reporter haben Notizbücher, Stifte und Aufnahmegeräte; der Kongress dagegen kann Vorladungen aussprechen. Der Ausschuss will herausfinden, was die Leute im Weißen Haus unter Trump konkret getan haben. Das Justizministerium hat bereits Hunderte Personen im Visier, die an dem Aufstand beteiligt waren, aber die Frage, die sich aufdrängt, lautet: Was ist damals im Weißen Haus passiert? Wie viel davon wurde von Trump gesteuert, von oben koordiniert? Aus diesem Grund verschickt der Ausschuss diese Vorladungen an ehemalige Trump-Helfer wie Steve Bannon, seinen einstigen Wahlkampfchef Dan Scavino oder den früheren Stabschef Mark Meadows.

Woodward: Ich gebe ein Journalismusseminar, und wir haben mit den Studierenden darüber diskutiert, was vor sich geht und wie Journalismus funktioniert. Einer sagte: Was bringt es eigentlich, nachträglich die Wahrheit herauszufinden?

SPIEGEL: Was war Ihre Antwort?

Woodward: Ich glaube, dass die Wahrheit eine ganze Menge bewirkt. Unser ganzes Regierungssystem ist in der Verfassung und in den Gesetzen auf der Prämisse aufgebaut, dass die Wahrheit mehr erreicht als alles andere, aber man muss sie finden. Man muss ihr Gewicht verleihen. Wenn sie nicht in beiden politischen Parteien dasselbe Gewicht hat, bleibt die Gefahr von Instabilität bestehen.

SPIEGEL: Herr Woodward, Herr Costa, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

ANZEIGE

SKL

75 JAHRE GLÜCK

Tolle Jubiläumschancen bei den SKL-Lotterien: 75 x 1 Million €, 6 x 10.000 €-Sofort-Renten für 75 Monate sowie einen TESLA Model S im Wert von 100.000 €*.

MEIN TIPP: SPIELEN SIE MIT!

75 JAHRE SKL

Euphorie, Ungläubigkeit, Freiheit. Das sind nur einige Empfindungen, die den glücklichen Gewinnerinnen und Gewinnern beim Öffnen der Gewinnbenachrichtigungen durch den Kopf geschossen sein müssen. Seit 75 Jahren sorgt die SKL mit ihren Gewinnen für pure Glücksgefühle und zum Start in das Jubiläumsjahr geht es weiter. Das Jubiläum feiern beim SKL-Millionenspiel die Millionen-Montage, bei denen es im Verlauf der Lotterie 75 x 1 Million € zu gewinnen gibt. Ein Grund mitzuspielen, aber nicht der einzige:

- Jeden Tag die Chance auf einen Millionengewinn!
- Das SKL-Millionen-Event: Millionärin/Millionär garantiert!
- Gesamtgewinnsumme: 1.273.012.000 €
- Jedes zweite Los ist ein Treffer: Trefferchance 52,9 % bei Teilnahme an der gesamten Lotterie

Alles was Sie für die Teilnahme benötigen, ist ein Los, das vor dem Lotteriestart am 1. Dezember 2021 zu erwerben ist. Bereits ab 15 € pro Monat, also rund 0,5 € pro Tag, warten in der Lotterie Gewinne von 20 € bis zu 2 Millionen €.

Aber nicht nur das SKL-Millionenspiel (1. Dezember 2021 bis 31. Mai 2022) auch der SKL EURO-JOKER und der SKL TRAUM-JOKER feiern das Jubiläum.

Beim SKL EURO-JOKER gibt es jeden Monat eine 10.000 €-Rente für 75 Monate zusätzlich, neben den 10-Jahres-Sofort-Renten von bis zu 10.000 €* und bis zu 100.000 € in bar! Der Loseinsatz beträgt 10 €. Lotteriestart ist jeweils am 1. eines Monats.

Ebenfalls am Monatsanfang startet der SKL TRAUM-JOKER. Für nur 5 € Loseinsatz haben Sie dort die tägliche Chance auf Sachgewinne im Wert von bis zu 50.000 € – 10.000 Gewinne täglich. Im Dezember warten außerdem 112 x 10.000 € extra sowie der Jubiläumsgewinn:

Ein Tesla Model S im Wert von 100.000 €* – wenn das kein Grund zum Feiern ist!

Abb. ähnlich

Die SKL-Lotterien können zwar kein Glück garantieren, aber eins ist sicher: Die Lotterien werden im Auftrag der 16 Bundesländer durchgeführt. Diese garantieren dafür, dass alle Gewinne in voller Höhe und Anzahl mit Sicherheit ausgezahlt werden.

Jörg Pilawa, den neuen Markenbotschafter der SKL, haben die Spielangebote bereits überzeugt. Und so wundert es nicht, dass er sich seine Chance auf die vielen Gewinne bereits gesichert hat. Und Sie? Spielen Sie mit? Nur wer mitspielt, kann auch gewinnen.

Lose und weitere Informationen gibt es auf skl.de, unter 089 97903-810 und bei allen Staatlichen Lotterie-Einnahmen.

Die **SKL-Lotterien** sind ein Spielangebot der **GKL** Gemeinsame Klassenlotterie der Länder.

Verantwortungsbewusst spielen. Wenn Spielen zum Problem wird, sind wir für Sie da. Hilfe unter skl.de oder 0800 2468135. Spielteilnahme ab 18 Jahren.

*Chance auf den Höchstgewinn mind. 1:3 Millionen. Maximales Verlustrisiko ist der Loseinsatz.

STAATLICH GARANTIERT

SKL DAS MILLIONENSPIEL

SKL EURO JOKER

SKL TRAUM JOKER

Rolf Zöllner / epd

Mit Schutzanzug, Atemmaske und viel Fingerspitzengefühl reinigt eine Expertin eine Passionsdarstellung aus dem 18. Jahrhundert. Das Werk gehört zum Kunstschatz des Klosters Neuzelle in Brandenburg, der seit mehr als 20 Jahren restauriert wird. 2025 sollen die Arbeiten beendet sein.

Russischer Diplomat tot aufgefunden

GEHEIMDIENSTE Unter ungeklärten Umständen ist in Berlin ein 35-jähriger Botschaftssekretär der russischen Auslandsvertretung ums Leben gekommen. Offenbar hatte er Verbindungen zum Nachrichtendienst FSB.

An der russischen Botschaft in Berlin hat sich ein ungeklärter Todesfall ereignet. Nach Informationen des SPIEGEL entdeckten Objektschützer der Berliner Polizei am 19. Oktober gegen 7.20 Uhr einen leblosen Körper auf dem Gehweg vor einem Botschaftsgebäude in Berlin. Reanimierungsversuche durch herbeigerufene Rettungskräfte blieben erfolglos. Offenbar war der Mann aus einem oberen Stockwerk des Botschaftskomplexes an der Behrenstraße im Bezirk Mitte gestürzt. Der 35-Jährige war laut einer offiziellen Diplomatenliste seit Sommer 2019 als Zweiter Botschaftssekretär in Berlin akkreditiert. Den deutschen Sicherheitsbehörden galt er allerdings als getarnter Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB. Zudem soll er mit einem hochrangigen Beamten des zweiten Direktorats des FSB verwandt gewesen sein. Die Abteilung ist in Russland unter anderem für Terrorismusbekämpfung zuständig und wird von westlichen Nachrichtendiensten mit dem sogenannten Tiergartenmord in Verbindung gebracht, bei dem im Sommer 2019 in Berlin ein Exil-Georgier erschossen worden war. Im Fall des tot aufgefundenen Diplomaten stimmte die russische Botschaft nach SPIEGEL-Informationen einer Obduktion der Leiche nicht zu. Aus Sicherheitskreisen hieß es, die Umstände des mutmaßlichen Sturzes und die Todesursache seien »unbekannt«. Da der Tote Diplomatenstatus besaß, habe die Staatsanwaltschaft kein Todesermittlungsverfahren durchführen können. So sei auch unklar geblieben, ob es Hinweise auf ein Fremdverschulden gab. Nach SPIEGEL-Informationen ist der Leichnam des Diplomaten inzwischen nach Russland überführt worden. Die russische Botschaft sprach auf Anfrage von einem »tragischen Unfall«, der aus »ethischen Gründen« nicht kommentiert werde. FIS, KNO, MGB, SRÖ

Bescheidener Zapfenstreich

REGIERUNG Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird ihren Abschied von der politischen Bühne bescheidener gestalten als ihre Vorgänger. Die internen Planungen sehen vor, dass Merkel am 2. Dezember mit einem Großen Zapfenstreich der Bundeswehr auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums geehrt wird. Zunächst hatte die Kanzlerin für einen Festakt auf dem Ehrenhof des Kanzleramts votiert. Das dortige Areal ist aber zu klein für Fackelträger, das Stabsmusikkorps der Bundeswehr und die zu erwartenden Ehrengäste. Merkels Vorgänger hatten ihre Zapfenstreiche pompöser zelebriert. CDU-Altkanzler Kohl ließ die Bundeswehr 1998 vor der Kulisse des Kaiserdoms in Speyer aufmarschieren. Für Gerhard Schröder (SPD) organisierte die Bundeswehr eine Zeremonie mit rund 800 geladenen Gästen, bei der auf Bitten Schröders »My Way« von Frank Sinatra angestimmt wurde. Merkels Musikwünsche werden derzeit noch als Geheimsache gehandelt. Nach dem Abschied für die Kanzlerin hat das Protokoll der Bundeswehr noch gut zu tun: Eine Woche später soll Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer mit einem Großen Zapfenstreich geehrt werden. MGB

Ausschlusskampf um Lafontaine

LINKE Im Parteiausschlussverfahren gegen den früheren Bundeschef der Linken und saarländischen Landtagsfraktionschef Oskar Lafontaine kommt es am 14. November zu einer mündlichen Verhandlung. Das geht aus einem Ladungsschreiben der zuständigen Landesschiedskommission hervor. Linken-Mitglieder hatten den Parteiausschluss beantragt, weil Lafontaine im Bundestagswahlkampf explizit dazu aufgerufen hatte, im Saarland mit der Zweitstimme nicht die Linke zu wählen. Die Antragsteller sehen darin einen Schaden für die Partei und eine Verletzung der Grundsätze. »Es ist in keiner Weise, vor allem als Mandatsträger, solidarisch oder loyal, zur Nichtwahl der eigenen Partei aufzurufen«, heißt es im Ausschlussantrag. Im Saarland tobt ein heftiger Machtkampf zwischen Lafontaine und dem Landesvorsitzenden Thomas Lutze. Vor einigen Monaten hatte die Landesschiedskommission entschieden, die Lafontaine-Unterstützerin Astrid Schramm aus der Partei auszuschließen, die sich gegen die Entscheidung wehrt. Im Gegenzug wurde die linke Landtagsvizepräsidentin Barbara Spaniol kürzlich aus ihrer Fraktion ausgeschlossen. Ihr wird vorgeworfen, mit dem Landesvorsitzenden Lutze paktiert zu haben. TIL

Nachgezählt

Förderung von Schwimmbädern durch den Bund, in Mio. €

2018 **8**

2020 gab es nur noch **4700** für die Schwimmausbildung nutzbare Bäder. 20 Jahre zuvor waren es **6700.** Nur noch **40 Prozent** der unter Zehnjährigen in Deutschland gelten als sichere Schwimmer.

2019 **126**

2020 **179**

2021 **229**

S • Quellen: Bundesministerium des Innern, DLRG

DER GESUNDE MENSCHENVERSTAND

Das Gaus-Prinzip

Vor Jahre musste die damalige »taz«-Journalistin Bettina Gaus von Berlin nach Köln fliegen, der ARD-Presseclub hatte sie und mich eingeladen. Wir lernten uns am Flughafen kennen. »Darf ich gleich Ihre Hand halten?«, war einer der ersten Sätze, die sie sagte. »Ich habe furchtbare Flugangst.« Und so griff sie beim Start meine Hand und hielt sie so fest, wie noch nie jemand meine Hand gehalten hat. Ich war beeindruckt von dieser Offenheit. Selbst im Umgang mit den eigenen Ängsten war sie furchtlos.

In der vorigen Woche ist Bettina Gaus gestorben, sie wurde nur 64 Jahre alt. Ihr Tod ist ein schwerer Verlust, nicht nur für die, die ihr nahe waren. Sie stand für etwas, das rar geworden ist, ich will es das Gaus-Prinzip nennen.

Bettina war eine engagierte Linke, sie hatte ein feines Gespür für Ungerechtigkeit. Aber sie war keine Ideologin, das unterschied sie von vielen. Sie vertrat eine Position weder aus Prinzip, noch weil es sich in ihren politischen und publizistischen Kreisen so gehörte. Sie leistete sich den Luxus, die eigene Position jedes Mal neu zu erarbeiten. Frei von der Erwartungshaltung ihrer vermeintlichen Schwestern und Brüder im Geiste. Auch frei von Angst vor deren Reaktionen. So ragte Gaus mit der Zeit immer weiter heraus aus einem gesellschaftlichen Diskurs, der zunehmend schablonenhaft, reflexartig und verbohrt geworden ist.

Als Hengameh Yaghoobifarah in einer »taz«-Kolumne Polizisten auf »die Mülldeponie« wünschte, »nur von Abfall umgeben. Unter ihresgleichen« hatte die linke »taz«-Autorin Gaus als Erste den Mut, den Text als das einzuordnen, was er war: eine Verletzung der Menschenwürde. Als die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock, die Kurzzeithoffnung vieler Linker, im Wahlkampf einen vermeidbaren Fehler nach dem anderen machte, war Gaus eine der Ersten, die sich traute, die Lage nüchtern zu beschreiben: »Das war's!« Wenn die Grünen ins Kanzleramt wollen, müssten sie Baerbock gegen Robert Habeck tauschen, schrieb Gaus, diesmal für den SPIEGEL. Wenige Tage vor ihrem Tod kommentierte sie den Fall des »Bild«-Chefredakteurs, der Sex mit jüngeren Untergebenen hatte. Sie geißelte den »merkwürdig prüden Ton« gerade linker

Die Fähigkeit, frei von Schablonen zu denken, frei von der Erwartung des eigenen Lagers, dieses Prinzip ist ihr Vermächtnis.

Moralistinnen und Moralisten, durch den der falsche Eindruck entstehe, Frauen seien »stets und grundsätzlich die Opfer in Beziehungen mit männlichen Vorgesetzten«. Dem sei aber nicht so. Gaus, die selbst mal eine Affäre mit einem älteren Vorgesetzten hatte, schrieb auch hier aus Erfahrung: »Ich fand den Mann halt toll.«

Bei Bettina Gaus wusste man vorher nie genau, zu welchem Schluss sie kommen würde. Weil sie jedes Mal aufs Neue abwog, furchtlos und unbefangen, waren ihre Beiträge zum Zeitgeschehen so anregend. Die Fähigkeit, frei von Schablonen zu denken, frei von der Erwartung des eigenen Lagers. Dieses Prinzip ist ihr Vermächtnis. Wir alle, die wir diese zunehmend polarisierte Gesellschaft bilden, sollten es annehmen.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

CHAPPATTES WELT

Argumente ignoriert?

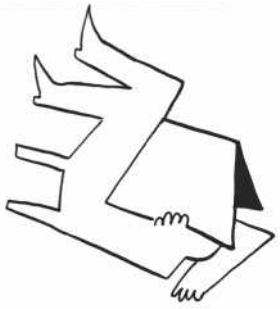
GASVERSORGUNG Im Verfahren für die Zertifizierung des Gaspipelinebetreibers Nord Stream 2 AG hat das Bundeswirtschaftsministerium offenbar Argumente der zuständigen polnischen Regulierungsbehörde ignoriert. Das Ministerium hatte Ende Oktober mitgeteilt, dass eine Zertifizierung des Unternehmens als unabhängiger Transportnetzbetreiber die »Sicherheit der Gasversorgung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union nicht gefährdet«. Dabei hatte in dem noch laufenden Zertifizierungsverfahren der Präsident des polnischen »Energy Regulatory Office« just die Unabhängigkeit des Pipelinebetreibers angezweifelt: Dass die Nord Stream 2 AG vom russischen Staatskonzern Gazprom kontrolliert werde, stelle »besonders hohe Risiken für die Versorgungssicherheit dar«, heißt es in einem Schreiben der polnischen Behörde. Mit seiner Marktmacht sei Gazprom in der Position, »im Alleingang die Sicherheit der Gasversorgung bestimmter Mitgliedstaaten, Regionen oder sogar der gesamten EU zu gefährden«. Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, fordert deshalb einen Stopp des Pipelineprojekts: »Die alte Bundesregierung ignoriert die berechtigten Bedenken unserer Nachbarn.« Es sei offensichtlich, dass Nord Stream 2 die Energiesicherheit in Europa bedrohe und die Einhaltung der Klimaziele gefährde. CSC

Polens Polizei als Internetwächter

SOZIALE MEDIEN Die Regierungen von Ungarn, Polen und Tschechien versuchen in Brüssel, das Gesetz über digitale Dienste zu verwässern, mit dem Techkonzerne wie Facebook, Amazon und Google stärker reguliert werden sollen. Sie befürchten, dass die Netzwerke mit dem »Digital Services Act« nicht mehr in ihrem Sinne funktionieren würden, Minderheiten oder politische Gegner sie danach besser nutzen könnten, um sich gegen Kampagnen oder Repressalien zu wehren. Um die anderen Staaten unter Druck zu setzen, haben laut EU-Diplomaten nun polnische Vertreter einen Vorschlag zu den sogenannten »trusted flaggers« eingebracht. So werden in dem Gesetzentwurf unabhängige und vertrauenswürdige Personen oder Organisationen genannt, die besondere Expertise besitzen und deren Meldungen über illegale Inhalte von Plattformbetreibern mit Priorität bearbeitet werden sollen. Die nationalkonservative polnische Regierung, die die Justiz ihres Landes weitgehend unter ihre politische Kontrolle gebracht hat, soll gefordert haben, dass auch die Polizei ein solcher »trusted flagger« werde. Andere EU-Staaten befürchten, dass Polens Regierung so mitentscheiden könnte, welche Posts in sozialen Netzwerken erlaubt sind – und welche nicht. AKM, MBE

Der beste Chef

SO GESEHEN Wie die CDU ihren neuen Vorsitzenden findet



Auf der Suche nach einem neuen Parteichef hat sich die CDU nun auf ein Verfahren geeinigt. Ein Teil der Partei hatte bisher eine Mitgliederbefragung befürwortet, während ein anderer Teil Delegierte auf einem Parteitag über den Vorsitz abstimmen lassen wollte. Die einen wollten, dass es unbedingt der an der Basis populäre Friedrich Merz wird, die anderen wollten das unbedingt verhindern. Die überraschende Lösung: Jetzt macht es die CDU doch ganz anders.

Der neue Vorsitzende soll nun mithilfe eines aufwendigen Assessmentverfahrens ermittelt werden. In einem eigens in der Brandenburger Cargolifter-Halle aufgebauten Parcours werden Aspiranten mit typischen Vorsitzendensituationen konfrontiert:

▶ Vor einer Trümmerkulisse werden ihnen von Michael »Bully« Herbig Witze ins Ohr geflüstert. Wer lacht, fliegt raus.

▶ Nach Betrachtung eines Schmähvideos eines blauhaarigen YouTube-Stars müssen sie auf einer simulierten Pressekonferenz glaubhaft die Meinungsfreiheit im Internet verteidigen. Wer zuckt, ist gescheitert.

▶ Vor 200 CSU-Mitgliedern müssen sie eine Rede halten, in der ironiefrei die Wörter »Augenhöhe«, »Freundschaft« und »Gemeinsamkeit« vorkommen. Bonuspunkte gibt es für die korrekte Aussprache der Vokabel »Oachkatzlschwoaf«.

Die bisherige Parteispitze gibt sich gewillt, das Ergebnis ohne Ansehen der Person zu akzeptieren. Der Beste solle gewinnen. Nur eine einzige Zulassungsvoraussetzung hat man sich ausbedungen: Der Nachname des Kandidaten muss mindestens fünf Buchstaben lang sein. Stefan Kuzmany

Kahrs schweigt

CUM-EX-SKANDAL In der Steueraffäre um die Privatbank Warburg will der Ex-SPD-Politiker Johannes Kahrs nicht vor dem Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft aussagen. Das teilte er dem Gremium mit. Kahrs kann sich auf ein Auskunftsverweigerungsrecht berufen, weil die Staatsanwaltschaft Köln gegen ihn ermittelt. Der Ausschuss will klären, ob die Hansestadt der Bank zu Unrecht ein Steuergeschenk machte. Dabei geht es auch um die Rollen des heutigen Bürgermeisters Peter Tschentscher und seines Vorgängers Olaf Scholz (beide SPD). Beide bestreiten, auf Entscheidungen des Finanzamts Einfluss genommen zu haben. Die Kölner ermitteln gegen Kahrs wegen des Verdachts der Begünstigung. Er könnte der Warburg-Bank geholfen haben, eine Steuerrückzahlung zunächst zu verhindern. Kahrs' Anwalt wollte sich zu den Vorwürfen nicht äußern. SMS

»Fragen von Leben und Tod«

Bafa / picture alliance / dpa

Der Ex-Chef des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Arnold Wallraff, 72, fordert von den Ampelparteien ein Gesetz zur Beschränkung von Rüstungsexporten.

SPIEGEL: Herr Wallraff, im ersten Halbjahr 2021 ist die Zahl der deutschen Rüstungsexportgenehmigungen weiter gesunken. Eine gute Nachricht?
Wallraff: Das ist für den Moment eine gute Nachricht, aber wir müssen abwarten. Traditionell werden im zweiten Halbjahr immer mehr Rüstungsgüter genehmigt als im ersten. Außerdem wirken die massenhaften Genehmigungen der Jahre 2015 bis 2019 nach, damals gingen mehr als 50 Prozent der deutschen Kriegswaffen an problematische Drittländer wie Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate, alles Parteien im Jemenkrieg.
SPIEGEL: Was würden Sie den Ampelparteien raten?
Wallraff: Wenn sie es ernst meinen, sollten sie sich auf ein scharfes Rüstungsexportkontrollgesetz einigen. Es braucht zwingende Rechtskriterien, die für einen Export erfüllt sein müssen. Sonstige Rüstungsgüter werden zum Teil bislang wie normale Waren behandelt und unterliegen der Handelsfreiheit. Der grundsätzliche Anspruch auf eine Genehmigung sollte abgeschafft werden. Auch sollte die Regierung sich verpflichten, Rüstungsexporte politisch zu begründen.
SPIEGEL: Greenpeace hat einen Gesetzentwurf vorgeschlagen.
Wallraff: Innovativ daran ist das Verbandsklagerecht. Derzeit können nur die im Ausland von deutschen Kriegswaffen bedrohten Menschen klagen, aber wer macht das schon? Diese Menschen brauchen Vertreter, die ihre Interessen wahrnehmen. Was im Umweltschutz gilt, sollte auch bei Fragen von Leben und Tod gelten.
SPIEGEL: Sollten Auslandstätigkeiten deutscher Rüstungsfirmen besser kontrolliert werden?
Wallraff: Ja, denn die jetzige Rechtslage bietet große Schlupflöcher. Derzeit sind nur technische Unterstützungstätigkeiten untersagt, wenn es um Massenvernichtungswaffen geht. In Zukunft sollte jede Art von technischer Unterstützung genehmigungspflichtig werden, egal ob es sich um Blaupausen, Ausbildung oder Wartung handelt. Auch die Beteiligung an ausländischen Rüstungsfirmen sollte genehmigungspflichtig werden.
SPIEGEL: Die Haltung der Ampelparteien ist nicht schlüssig. Einerseits will man Rüstungsexporte einschränken, andererseits europäisch abstimmen.
Wallraff: Nach dem Lissabon-Vertrag sind allein die Mitgliedsländer für Fragen nationaler Sicherheit zuständig. Eine einheitliche europäische Rüstungspolitik, noch dazu eine restriktive, würde schon an Frankreich scheitern. Es ist immer gut, sich europäisch abzustimmen, aber die Koalitionspartner sollten dies nicht als Ausrede nehmen, die Gesetze in Deutschland nicht zu verschärfen. CSC

Mario Mommens

»Skurrile Aktion«

DER AUGENZEUGE Kitesurfer Adrian Grünau, 32, hilft der Freiwilligen Feuerwehr Sankt Peter-Ording aus einer misslichen Lage.

»Der Tag war ziemlich wild, wie von der Wettervorhersage angekündigt. Wir hatten Windstärke 9, und durch eine Sturmflut stand der Strand in Sankt Peter-Ording teilweise hüfthoch unter Wasser. Zum Kiten ist das ein Highlight, aber wassersporttechnisch war nicht viel los. An solchen Tagen surfen nur die, die es wirklich beherrschen. Fußgänger waren viele da, deshalb war auch die Freiwillige Feuerwehr unterwegs. Durch die Flut wurden Menschen auf Sandbänken eingeschlossen und mussten gerettet werden.

So eine Aktion habe ich beobachtet. Die Feuerwehrleute haben ein Luftkissenboot eingesetzt, konnten die Rettung damit aber nicht zu Ende bringen, weil es eine Panne hatte. Deshalb haben sie das Boot an einen Pfahl im Wasser angebunden und mussten dann auch schon zu einem anderen Einsatz. Das Wasser stieg höher, das Boot löste sich und trieb samt Pfahl ab.

Mit meinen Kumpels Stephan Meier und Mario Mommens habe ich das gesehen und das Luftkissenboot am Rand der Dünen auf den Sand gezogen, da war es kurz sicher. Dann habe ich mich reingesetzt und es mit dem Kite zurück zur Strandauffahrt gebracht.

Ich hatte kurz Sorge, dass das Ärger gibt. Leichtsinnige Kiter müssen oft aus dem Wasser gerettet werden, deshalb haben wir hier und da einen schlechten Ruf. Wenn dann auch noch ein Kiter ein Feuerwehrboot klauen würde, wäre das blöd. Ich musste mich ein bisschen eingewöhnen, weil das Boot schwer zu lenken war. Kleine Sandbänke musste ich umfahren, einmal hat mich der Wind mit dem Kite rausgehoben.

Das war nicht meine erste Rettungsaktion. Ich habe schon Kanufahrer oder andere Kitesurfer aus dem Wasser geholt. Als ich vor 17 Jahren angefangen habe, musste ich noch erklären, was Kiten für eine Sportart ist. Jetzt ist es ein Trend, dadurch fehlt vielen das nötige Bewusstsein für die Risiken.

Wenn ich einen Einsatz bemerke, schaue ich noch aufmerksamer hin als sowieso schon. Vor allem weil ich gesehen habe, dass auch bei der Feuerwehr nicht immer alles glattläuft und die Technik nicht immer zu 100 Prozent funktioniert. Für mich war das eine skurrile Aktion, aber die Leute von der Freiwilligen Feuerwehr sind die wahren Helden, die jeden Tag Leben retten.«

Aufgezeichnet von Anika Freier

Wenn drei sich streiten

AMPELGESPRÄCHE Nach außen hin wollen die Verhandler ein Bild der Harmonie vermitteln. Doch tatsächlich herrscht Misstrauen, die Differenzen sind groß. Ein Stimmungsbild am Beispiel der Arbeitsgruppe Außenpolitik.

Der Unterhändler geht ans Telefon. Immerhin. »Hallo«, meldet er sich, »hier ist das Trappistenkloster.« Offenbar will er das Schweigegelübde brechen, das sich die Verhandler von SPD, Grünen und FDP für die Ampelgespräche auferlegt haben. Hoffnung keimt auf, der Unterhändler redet. Und redet. Exakt 21 Minuten lang. Schließlich legt er auf. Wirklich gesagt hat er nichts.

Sein Kollege meldet sich per SMS und hat einen Tipp. »Schreiben Sie doch mal, wie die Verhandler es schaffen, die Koalitionsverhandlungen wochenlang geheim zu halten«, sagt er, »das ist doch eine super Story.«

Unterhändlerin Nummer drei gehört, wie ihre beiden Kollegen, zur Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik. Hier werden viele strittige Themen verhandelt: Verteidigungsausgaben, Rüstungsexporte, Chinapolitik. »Die Stimmung ist gut«, sagt die Unterhändlerin. »Alles konstruktiv. Es geht voran.« Und wie löst man die Streitpunkte? Es tue ihr so leid, dazu könne sie nichts sagen.

Auch Unterhändler Nummer vier bis sechs versichern: Es gehe voran, Gespräche konstruktiv, Stimmung gut.

Auftritt Unterhändlerin Nummer sieben. Gute Stimmung? Na ja, sagt sie. Und plötzlich klingt das alles etwas anders. Am vergangenen Freitagmorgen etwa kamen die Außenpolitikerinnen und -politiker zu ihrer dritten Runde im Jakob-Kaiser-Haus zusammen. SPD-Verhandlungsführer und Noch-Außenminister Heiko Maas leitete das Gespräch und fertigte einen Vorschlag der Grünen mit einer wegwerfenden Handbewegung ab. Als wollte er sagen: Könnt ihr vergessen.

Reinhard Bütikofer, Europaparlamentarier und früher einmal Grünenvorsitzender, habe es da kaum noch auf seinem Stuhl gehalten. »So nicht, Heiko«, fuhr er den Außenminister an, »nicht so von oben herab!«

Es ist ein gigantisches politisches Experiment. Fast 300 Fachleute der drei Parteien sitzen seit zehn Tagen in 22 Arbeitsgruppen zusammen, um die Politik der Ampelregierung festzulegen. Nichts soll nach außen dringen. Nur so, glauben die künftigen Koalitionäre, könne man verhindern, dass über die Öffentlichkeit Druck aufgebaut wird und die Gespräche am Ende scheitern. Nach außen bemühen sich die Verhandlerinnen und Verhandler um Harmonie. Doch tatsächlich ist man bei vielen Streitpunkten noch weit von einer Einigung entfernt.

Es geht nicht nur um inhaltliche Differenzen. Gerade die Grünen reagieren empfindlich auf alles, was sie als Arroganz des sozialdemokratischen Wahlsiegers wahrnehmen, Bütikofers Ausbruch ist durchaus sympto-

Axel Heimken / AFP

Rückkehr deutscher Soldaten aus Afghanistan: Ein Untersuchungsausschuss soll Abzugsdebakel aufarbeiten

matisch. Und sie misstrauen Olaf Scholz und seinen Verhandlern. Die Sondierungen haben das eher verstärkt. Während die FDP danach als Punktsieger dastand, mussten die Grünen sich dafür rechtfertigen, nicht mehr herausgeholt zu haben. Das darf ihnen beim Koalitionsvertrag nicht noch einmal passieren.

Die Sozialdemokraten wollen das Werk knapphalten. Es reiche doch, wenn man sich auf die Grundlinien verständige. So unter Freunden. Detaillierte Vereinbarungen? Die waren, heißt es bei den SPD-Verhandlern, nur in der Großen Koalition nötig. Da kam man aus unterschiedlichen politischen Lagern und hatte es mit der gewieften Taktikerin Merkel zu tun, die noch jeden Koalitionspartner kleinregierte. Damals sei der Koalitionsvertrag ein »notariell beglaubigtes Zeugnis des Misstrauens« gewesen.

Jetzt sei die Lage aber eine andere, im Grunde wollten alle drei Partner das Gleiche: Fortschritt, Modernisierung, Klimaschutz.

Für die Grünen klingt das zu schön, um wahr zu sein. Sie befürchten, dass auch Scholz nach der Merkel-Methode vorgehen wird, wenn er erst einmal Kanzler ist. Sie wollen deshalb alles so genau wie möglich ausbuchstabieren. Wenn man das nicht tue, heißt es, werde man am Ende über den Tisch gezogen.

Das gilt auch für die Außenpolitik. In der Arbeitsgruppe wird das Programm für drei Ressorts verhandelt: Auswärtiges Amt, Verteidigung und Entwicklungspolitik. Im Wahlkampf wurde über diese Themen wenig gestritten, in den Sondierungsgesprächen kleisterte man die Differenzen zu, jetzt müssen die großen Fragen geklärt werden. Das Verhältnis zu den USA, zu China und Russland, die Zukunft der Nato, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Deutschlands Rolle in der Welt.

Der Streit beginnt schon bei der Länge des gemeinsamen Papiers. Maximal fünf Seiten darf das Verhandlungsteam aufschreiben. Das haben die Parteispitzen verfügt. Schriftgröße elf, Schriftart Calibri, Zeilenabstand 1,5. Zeit zum Nachverhandeln soll es nicht geben, nächsten Mittwoch um 18 Uhr ist Abgabe.

Auf der Arbeitsebene rebellieren die Grünen gegen diese Vorgabe. Es sei unmöglich, die künftige Politik dreier Ressorts auf fünf Seiten abzubilden, argumentieren sie. Widerspruch bei der SPD: Die Vorgabe sei klar. »Daran wird nichts geändert. Man kann darüber lamentieren, aber das ist für die Galerie«, sagt einer der Beteiligten.

Gerade in der Außenpolitik müsse nicht alles detailliert festgehalten werden, argumentieren die Sozialdemokraten. Es gehe darum, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, um Leitplanken, um einen Rahmen – »und nicht um zehn Gesetzesvorhaben«.

Bislang wimmelt es im Text der AG vor roter, grüner und gelber Farbe bei den Passagen, über die man sich noch nicht einig ist. Jede Partei macht ihre eigenen Vorschläge, erst wenn sie sich einigen, wird der Passus schwarz. Wird eine Formulierung an die Presse durchgestochen, wird sie gestrichen.

Dominik Butzmann

Rolf Mützenich (SPD): Der Parteilinke ist ein Gegner der nuklearen Teilhabe und will, dass die Atombomben aus Deutschland abgezogen werden.

Nils Stelte / OSTKREUZ

Agnieszka Brugger (Grüne): Die Verteidigungsexpertin gehört zu den Parteilinken und tritt mit Omid Nouripour als Verhandlungsführerin auf.

Martin Lengemann / WELT / ullstein bild

Alexander Graf Lambsdorff (FDP): Der gelernte Diplomat führt das außenpolitische Team der Liberalen und gilt als Kritiker von Außenminister Maas.

Die Frontlinien verlaufen nicht nur quer durch die AG, sondern auch durch die Parteien. Bei den Grünen sind Realos und Linke nicht immer einig, bei der SPD liegen Pazifisten wie Fraktionschef Rolf Mützenich mit den Pragmatikern aus dem Scholz-Lager über Kreuz. Die SPD-Delegation wird angeführt von Heiko Maas, dessen Amtsführung in der letzten Legislaturperiode von Grünen und FDP scharf kritisiert wurde.

Die Zitrusparteien setzten bereits im Sondierungspapier durch, dass in dieser Wahlperiode ein Untersuchungsausschuss das Debakel des Rückzugs aus Afghanistan aufarbeitet. Das richtet sich auch gegen den geschäftsführenden Außenminister Maas.

Der wiederum kniet sich nach Wahrnehmung anderer Verhandler voll in die Gespräche rein, obwohl er doch eigentlich schon mit seiner Ministerkarriere abgeschlossen hatte. Er wirke keineswegs lustlos oder desinteressiert, wie es ihm als Minister oft vorgeworfen wurde. Womöglich hofft er, dass das Außenministerium doch wieder an die Sozialdemokraten fällt. Auch als Verteidigungsminister ist Maas im Gespräch.

Das FDP-Team führt Alexander Graf Lambsdorff, bei den Grünen ist formal Außenexperte Omid Nouripour zuständig, doch Liberale und Sozialdemokraten haben eher den Eindruck, dass die Delegation der Grünen faktisch von einer Doppelspitze geführt wird. Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger trete sehr bestimmt auf und halte Vorträge über feministische Außenpolitik.

Immerhin konnten sich die drei Teams auf einen Verhandlungsort einigen. Nachdem sie am ersten Tag im Willy-Brandt-Haus und an den Folgetagen im Jakob-Kaiser-Haus getagt hatten, lud Maas die Unterhändler am Montag ins Auswärtige Amt. Man versammelte sich im Konrad-Adenauer-Saal, dort gefiel es allen so gut, dass man beschloss, bis auf Weiteres dort zu tagen.

Die SPD-Verhandler betonen vor allem Kontinuität. Die Grundzüge der deutschen Außenpolitik seien – anders als in den USA, Polen oder Frankreich – nicht umstritten. Grüne und FDP wollen dagegen vor allem im Umgang mit autoritären Staaten wie China und Russland eine deutliche Kurskorrektur.

Grünenchefin Annalena Baerbock hat vollmundig einen harten Kurs gegenüber China angekündigt. Aber was genau soll das heißen? Wie buchstabiert man eine wertebasierte Außenpolitik im Koalitionsvertrag aus? Die Passage, in der vom »Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen« die Rede ist, sei besonders schwer in das außenpolitische Kapitel des Sondierungspapiers hineinzuverhandeln gewesen, heißt es bei den Grünen.

Denn in der SPD will vor allem das Scholz-Lager keine echte Korrektur. Langjährige Wegbegleiter von Scholz gehen davon aus, dass er im Wesentlichen an Merkels außenpolitischem Kurs festhalten will. Die

Daniel Hofer

Omid Nouripour (Grüne): Der Realo hat mitunter Mühe, sich als Chef der grünen Verhandlungsgruppe zu behaupten.

Goetz Schleser / laif

Nils Schmid (SPD): Der Außenpolitikexperte will am Abschreckungspotenzial der Nato festhalten.

Peter Rigaud / DER SPIEGEL

Annalena Baerbock (Grüne): Die Ex-Kanzlerkandidatin fordert ein Ende der Ostseepipeline Nord Stream 2.

Peter Rigaud / DER SPIEGEL

Heiko Maas (SPD): Der Außenminister wirbt in den Verhandlungen für eine pragmatische Außenpolitik.

beiden kleineren Koalitionspartner, heißt es in der SPD, hätten eben lange nicht regiert, und in der Opposition könne man zugespitzter formulieren. Sie würden, in der Wirklichkeit angekommen, schon einsehen, dass man auch gegenüber China vor allem deutsche Interessen im Auge behalten müsse. Und genau das werde ein Kanzler Scholz tun. Veränderungen werde es nur in Nuancen geben, mehr nicht.

Zu den heikelsten Streitpunkten gehört die Zukunft der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen, der sogenannten nuklearen Teilhabe. Als Teil der atomaren Abschreckung der Nato lagern im rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel US-Atombomben, die im Ernstfall von Bundeswehrpiloten mit deutschen »Tornado«-Kampfjets zu ihren Zielen gebracht werden können.

Doch die Flugzeuge sind uralt und müssen dringend ersetzt werden. In der Luftwaffe heißt es, dass von 85 »Tornados« im Moment nur noch 15 einsetzbar seien. Und es wird nicht besser. Es gibt kaum noch Ersatzteile, und die Struktur der Jets ist so marode, dass selbst neue Teile nicht mehr helfen würden.

Das Verteidigungsministerium hat im vergangenen Jahr eine Vorentscheidung über die Nachfolge getroffen. Danach sollen die »Tornados« für die nukleare Teilhabe ab Mitte des Jahrzehnts durch amerikanische F-18-Jets ersetzt werden, andere »Tornados« durch den »Eurofighter«. Doch den endgültigen Kaufbeschluss muss die neue Regierung fällen, und zwar spätestens Anfang 2023.

Verzögert sie die Entscheidung, riskiert sie, dass die »Tornados« außer Dienst gestellt werden müssen, bevor neue Flugzeuge verfügbar sind. Es wäre der kalte Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe. Die außenpolitischen Verwerfungen im Bündnis wären unübersehbar. Vor allem mit den Amerikanern, aber auch mit Partnern wie etwa den Niederländern oder Italienern, die ihre Kampfflugzeugflotten gerade mit erheblichem finanziellen Aufwand modernisieren.

In ihren Wahlprogrammen fordern Grüne und SPD ein Deutschland ohne Atomwaffen, während die Liberalen das Thema in ihrem Programm überhaupt nicht erwähnen. Pragmatiker wie Scholz und Baerbock beteuern, sie wollten eine Änderung der nuklearen Abschreckungsstrategie nur gemeinsam mit allen Bündnispartnern erreichen. Keiner dürfe einseitig vorgehen. De facto ist das eine Absage an ein atomwaffenfreies Deutschland.

Das will SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich verhindern. Der Parteilinke ist ein entschiedener Gegner der nuklearen Teilhabe. Am vergangenen Wochenende warb er in einem Interview mit dem Deutschlandfunk für ein Entscheidungsmoratorium – »Wir wollen jetzt mal vier Jahre Ruhe, fünf Jahre Ruhe haben« –, um in dieser Zeit über die Atomwaffen zu verhandeln: »Vielleicht kriegen wir dann diese Dinger ja auch letztlich raus – am liebsten so schnell wie möglich.«

Man konnte die Äußerung als ein Plädoyer für einen kalten Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe verstehen. Mützenich weiß, dass sein Kurs von vielen Grünen geteilt wird, etwa dem Parteilinken Jürgen Trittin. Mit welcher Formulierung man den Konflikt im Koalitionsvertrag auflösen will, ist unklar.

Auseinandersetzungen zwischen SPD und Grünen gab es schon am ersten Tag der Verhandlungen. Auch da ging es um das transatlantische Bündnis. Der sozialdemokratische Unterhändler Nils Schmid schlug die Formulierung »Abschreckungspotenzial« der Nato vor. Doch das lehnten die Grünen sofort ab. »Ihr habt ein Problem mit dem Wort Abschreckungspotenzial?«, fragte Schmid nach. Ja, lautete die Antwort, man verstehe die Verteidigungsallianz als »Dialogforum«.

Ein zentrales Problem wird die Arbeitsgruppe ohnehin nicht lösen können: die Frage des zukünftigen Verteidigungshaushalts. Eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr wollen alle drei Parteien, doch was genau das heißt, werden wohl die Finanzpolitiker entscheiden müssen.

In einem vertraulichen Papier für die Unterhändler schlägt die Haushaltsabteilung des Verteidigungsministeriums vor, per Gesetz ein »Sondervermögen Bundeswehr« einzurichten, »mit dem Planungs- und Finanzierungssicherheit für langfristige multinationale Kooperationsprojekte sowie hochkomplexe Großprojekte mit großen Finanzvolumina gewährleistet« werden könne. Aber auch der Verteidigungshaushalt selbst müsse kontinuierlich steigen. So könne »Deutschland ebenfalls das vereinbarte Zwei-Prozent-Ziel der Nato erreichen«.

Rechne man alle Projekte zusammen, die bisher durch den Verteidigungshaushalt nicht finanziert werden könnten, komme man auf eine Summe von circa 40 Milliarden Euro, rechnen die Haushaltsexperten des Ministeriums vor. Die Unterhändler haben das Papier aus dem Ministerium interessiert zur Kenntnis genommen. Im Koalitionsvertrag wollen sie es nicht berücksichtigen.

Ein besonders plakatives außenpolitisches Streitthema wird gar nicht von den Außenpolitikern verhandelt: die Ostseepipeline Nord Stream 2. Das Projekt gehört zum Portfolio der AG Energie. Dort ist allerdings zu hören, dass selbst die Grünen, die die Gasleitung aus Russland ablehnen, nicht über dieses Thema reden wollen. Man werde das Fass nicht noch einmal aufmachen, heißt es.

Wie werden die Außenverhandler am Ende ihre Konflikte lösen? Ein beliebter Ausweg ist, die besonders schwierigen Passagen den Parteispitzen zur Entscheidung weiterzureichen. Doch ein Verhandler warnt: Zu lange Textpassagen oder ungelöste Konflikte würden auf der nächsthöheren Ebene einfach gestrichen, ohne dass die Fachpolitiker noch einmal mitreden können. »Die Gruppe muss ein Interesse daran haben, möglichst alles selbst zu einen«, sagt er.

Mit substanziellen Ergebnissen ist nicht zu rechnen. »Bei den Koalitionsverhandlungen wird man sich auf Kompromissformeln einigen«, sagt Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz. Er erwarte die eigentlichen Konflikte erst nach den Verhandlungen: »Den Koalitionsvertrag zu schreiben ist das geringere Problem. Die Probleme beginnen mit dem Regieren.«

Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christiane Hoffmann, Christoph Schult, Severin Weiland ■

FEELS GIANT.

Der neue Mercedes-Benz Citan.
Außen kompakt, innen überraschend groß.
Gebaut für einen gigantischen Arbeitsalltag. #FeelsGiant
Mehr erfahren unter mercedes-benz.de/citan

Finanzieller Bypass

KOALITIONSVERHANDLUNGEN Sondervermögen, Nebenhaushalte, Schattenetats: wie die Ampel Milliarden am Bundeshaushalt vorbei mobilisieren will

Schon vor seinem möglichen Amtsantritt als Finanzminister befallen Christian Lindner Zweifel. »Bei dem, was man gelegentlich hören kann zu großen Investitionsgesellschaften und -fonds, habe ich ordnungspolitische Bedenken«, gesteht der FDP-Chef.

Seine künftigen Partner SPD und Grüne hegen weniger Skrupel. In der Koalitionsarbeitsgruppe 22 zu Steuern und Finanzen spielen die von Lindner gefürchteten Vehikel eine zentrale Rolle. Sie bieten den künftigen Koalitionären einen unschätzbaren Vorteil: Mit ihnen ließen sich teure Vorhaben am Bundeshaushalt vorbei finanzieren, die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einfacher einhalten.

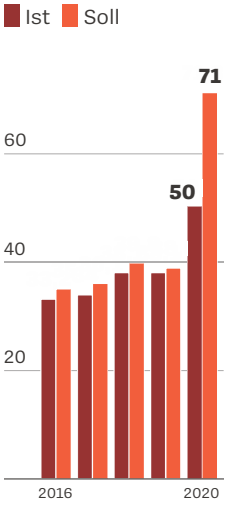
Die Neukoalitionäre stehen vor einer großen Aufgabe: 50 Milliarden Euro wollen sie Jahr für Jahr zusätzlich aufbringen für Investitionen in Klimaschutz und Infrastruktur. Das Problem: Kredite in diesem Ausmaß dürfen sie im Bundeshaushalt nicht aufnehmen, weil sie sich ab 2023 wieder an die Schuldenbremse halten wollen. Sie erlaubt dem Bund nur eine eng begrenzte Neuverschuldung. Höhere Steuern kommen auch nicht infrage, die FDP will sie nicht.

Jetzt ist Kreativität gefragt. Der künftige Kanzler und Noch-Finanzminister Olaf Scholz (SPD) beauftragte vor Monaten seine Fachleute, Ideen zu entwickeln, wie künftig Milliarden aufzutreiben wären für Vorhaben aller Art. Ihre Ergebnisse fließen nun ein in die Koalitionsgespräche.

Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen Umwegfinanzierungen über Nebenhaushalte, Sondervermögen und Schattenetats. Sie haben den Vorteil, dass sie den traditionellen Haushalt unberührt lassen. Als Vorbild dient dabei ausgerechnet ein umstrittenes Staatsunternehmen: die Bahn.

Geld übrig

Investitionen des Bundes in Mrd. €



S • Quelle: BMF

Wenn sich das Monopolunternehmen Milliarden am Finanzmarkt leiht, um damit sein Schienennetz zu modernisieren, dann nimmt es staatliche Investitionen vor, ohne dass die neuen Kredite dem Bund als Neuverschuldung angerechnet werden.

So ähnlich könnte es auch im Wohnungsbau laufen, lautet ein Vorschlag der Scholz-Leute. Dazu würde die öffentlich-rechtliche Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu einem staatlichen Wohnungsbauunternehmen mutieren. Als GmbH dürfte sie sich Milliardensummen leihen, um damit die von Scholz anvisierten 400 000 neuen Wohnungen im Jahr zu bauen.

»Die BImA könnte sich das Geld zu sehr günstigen Konditionen leihen«, beschreibt Jens Südekum, Wirtschaftsprofessor an der Universität in Düsseldorf, die Vorteile. »Sie würde von der hervorragenden Bonität des Bundes profitieren.« Südekums Urteil hat Gewicht, er unterhält gute Kontakte ins künftige Regierungslager.

Scholz hegt große Sympathien für den finanziellen Bypass, mit dem sich der Etat umgehen lässt. Mit einer ähnlichen Konstruktion sorgte er als Erster Bürgermeister Hamburgs für Tausende neue Wohnungen.

Auch mit der Förderbank KfW haben die künftigen Koalitionäre Neues vor. Deren Kreditprogramme wollen sie massiv ausbauen, um den Wandel zur klimaneutralen Wirtschaft zu befördern. Weil die KfW Geld nur verleiht, eignet sie sich besonders für solche Projekte, bei denen Erlöse erwirtschaftet werden, mit denen die Kredite zurückbezahlt werden können. Als Beispiele nennt ein Unterhändler Offshore-Windparks oder ein bundesweites Stromladenetz für E-Autos. Auch der schon bestehende Energie- und Klimafonds soll deutlich aufgestockt werden.

Solche Sondertöpfe haben eine willkommene Nebenwirkung: Sie machen Mittel im regulären Haushalt frei, die die neue Regierung für andere Vorhaben, wie Subventionen für den Klimaschutz, nutzen kann.

Derartige staatliche Zuschüsse sind nichts anderes als Geldgeschenke der Regierung. Profitieren würde zum Beispiel ThyssenKrupp, wenn das Unternehmen seinen Stahl künftig mit Wasserstoff herstellen würde, was viel teurer ist als mit Koks. Damit Stahl aus Deutschland weiterhin wettbewerbsfähig wäre, könnte der Staat den Preisnachteil ausgleichen. Für solche Maßnahmen eignen sich Konstruktionen à la BiMA oder KfW nicht. Sie dürfen kein Geld verschenken.

Doch selbst für diese Variante kursieren in den Verhandlungsgruppen Fondskonstruktionen. Eine sieht vor, dass der Wirtschaftsstabilisierungsfonds, mit dem die Regierung während der Pandemie viele Unternehmen rettete, umgebaut wird zu einem Transformationsfonds, der den Wandel zur klimafreundlichen Wirtschaft begleitet. Die Idee stammt aus dem Wirtschaftsministerium.

Funktionieren würde sie so: Im Gegenzug für das Geld, das der Staat an ThyssenKrupp zahlt, bekäme er Anteile an der Stahlsparte. Willkommener Nebeneffekt: »Wenn der Staat statt Subventionen Eigenkapital zur Verfügung stellt, zählen diese Summen bei der Berechnung der Schuldenbremse nicht mit, selbst wenn das Geld über neue Kredite beschafft wurde«, sagt Ökonom Südekum. Der Grund: Die Regierung erwirbt in gleicher Höhe Vermögenswerte.

Für die Liberalen stellen die Pläne eine Breitseite an Zumutungen dar. Sie fürchten, dass sich SPD und Grüne zusammentun, um den Einstieg in die Staatswirtschaft zu planen. Dennoch werden sie nicht alle Überlegungen ablehnen können – oder auch nur wollen, vor allem nicht, wenn ihr Vorsitzender tatsächlich das Amt des Finanzministers anstrebt.

Lindner stünde dann vor einem noch viel größeren Problem. Schwieriger, als frisches Geld aufzutreiben, ist, es tatsächlich auszugeben. Bislang verwaltete Scholz die im Vergleich überschaubare Investitionssumme von rund 40 Milliarden Euro. Jedes Jahr hatte er Reste übrig. Bei mehr als doppelt so viel Geld fällt das Problem nicht geringer aus.

Christian Reiermann ■

FDP-Chef Lindner

Daniel Hofer / laif

ANZEIGE

Nachhaltiger Stil

Mantel, Pulli und Cordhose sind modisch das richtige Investment für kühles Wetter und Klassiker für entspannte Wintertage. Mehr unter c-a.com

Rollkragenpullover in der Trendfarbe Dunkelgrün, € 29,99, Artikel-Nr. 2154282

Gerippter Schal, € 14,99, Artikel-Nr. 2155680

Lässig geschnittene Cordhose, € 34,99, Artikel-Nr. 2144667

Mantel mit gesteppter Innenjacke, € 99,99, Artikel-Nr. 2148846

Rollkragenpullover im Norweger-Look, € 29,99, Artikel-Nr. 2154361

Hergestellt mit recyceltem Polyester.

C&A

T_005626 – C&A Mode GmbH & Co. KG, Wanheimer Straße 70, 40468 Düsseldorf. Keine Mitnahmegarantie. Die Artikel sind ab dem 28.10. in unseren Filialen oder im Onlineshop erhältlich.

Quirin Leppert / DER SPIEGEL

Christsozialer Seehofer im Modelleisenbahnkeller: »Einfach abschalten geht nicht, sonst macht man Fehler«

»Ich baue da mein Leben nach«

SPIEGEL-GESPRÄCH Bundesinnenminister Horst Seehofer, 72, hört nach 50 Jahren in der Politik auf. Zum Abschluss hat der CSU-Politiker in seinen Modelleisenbahnkeller eingeladen, in dem auch die Kanzlerin eine bedeutende Rolle spielt.

Vom Balkon ihres Ferienhauses in Schamhaupten im bayerischen Naturpark Altmühltal öffnet sich für Horst und Karin Seehofer ein Panoramablick auf die sanften Hügel des Schambachtals. Kein Nachbargebäude ragt ins Bild, und doch stört etwas die Aussicht: eine Reihe mannshoher Scheiben aus Panzerglas vor der Balustrade.

»Unsere Obama-Platten«, sagt Seehofer. Die Glasscheiben wurden 2015 zum Schutz von Barack Obama gekauft, als er den G-7-Gipfel in Elmau besuchte. Als Horst Seehofer 2018 zu seiner eigenen Überraschung Bundesinnenminister wurde, verfrachtete das Technische Hilfswerk die Scheiben auf seinen Balkon. »Die ganze Prozedur hat nur 800 Euro gekostet«, sagt Seehofer. Viel billiger als alle Fenster zu verstärken. Jetzt ist der Minister gegen Scharfschützen abgeschirmt. Dafür fühlt sich sein Balkon so gemütlich an wie der Zeugenstand in einem Mafiaprozess.

Karin Seehofer hasst die Obama-Platten, aber wird sie nicht mehr lange sehen müssen. Ihr Mann wird wohl nur noch wenige Wochen geschäftsführend im Amt sein. Danach will Horst Lorenz Seehofer, 72, nach 50 Jahren die Politik verlassen.

Die Familie Seehofer kommt dreimal im Jahr nach Schamhaupten, an Ostern, Weihnachten und in den Sommerferien. Horst Seehofer kaufte das Ferienhaus Mitte der Neunzigerjahre von seinen Schwiegereltern, weil er es satt hatte, an den Urlaubsstränden von Portugal oder Mallorca von deutschen Touristen angesprochen zu werden. Er überlegt, bald ganz hierherzuziehen.

In dem Ferienhaus fand Seehofer Raum für seine Leidenschaft: eine Modelleisenbahn. Seit mehr als 25 Jahren baut er an seiner

Das Gespräch führten die Redakteurin Melanie Amann und der Redakteur Martin Knobbe in Seehofers Ferienhaus.

Anlage, die sein Leben nachzeichnet. Sie erstreckt sich über 20 Quadratmeter auf Holzgestellen in einem Kellerraum. Hier hat er kilometerlang Stromkabel verlegt, zwei Bahnhöfe gebastelt und Schienen für 18 Züge gebaut. Auch Angela Merkel spielt eine bedeutende Rolle.

Seehofer lädt zunächst zum Gespräch ins Wohnzimmer, er trägt Pantoffeln.

SPIEGEL: Herr Minister, wann haben Sie angefangen mit dem Bau Ihrer Modelleisenbahn?
Seehofer: Daheim in Gerolfing hatte ich schon eine, aber nur in ganz kleiner Norm. So richtig ging mein Projekt erst los, als ich wusste, dass wir dieses Haus bekommen. Und als ich erfahren habe, dass es Computerprogramme gibt, mit denen man alles, was man im Kopf hat, maßstabsgerecht planen kann.
SPIEGEL: Liegt die Begeisterung dafür bei Ihnen in der Familie?
Seehofer: Meine Heimat Ingolstadt ist eine Eisenbahnerstadt, das Betriebswerk dort hat mich schon als Kind fasziniert. Aber vor allem war mein Vater ein begnadeter Bastler. Der hat für meine zwei Schwestern ein Kettenkarussell gebaut, alles im originalgetreuen Maßstab. Und für uns Söhne hat er eine Eisenbahn gebaut, die fuhr einfach im Kreis, das war fantastisch. Irgendwann gab es dann auch eine Weiche, sodass es nicht immer der gleiche Kreis war, dann kam ein Tunnel dazu. So entwickelte sich diese Bahn immer weiter. Im Sommer stand sie auf dem Speicher, im Winter wurde sie runtergeholt. Irgendwann stand sie mal wieder da zum Abtransport, jemand aus der Familie ging nachts auf die Toilette und stieg auf die Eisenbahn drauf. Da war die Landschaft kaputt.
SPIEGEL: Was macht Ihnen so viel Spaß am Modellbau?
Seehofer: Früher habe ich immer schon jeden Amiga-Computer aufgeschraubt, weil ich kapieren wollte, wie der funktioniert. Heute ist das anders, die meisten Leute wissen nicht, was eine Platine ist, manche können nicht mal einen Fahrradreifen flicken. Bei der Eisenbahn haben Sie alles auf einmal: Sie bauen mit Holz. Sie haben mit Elektrik zu tun. Sie können programmieren.
SPIEGEL: Verarbeiten Sie beim Basteln, was Ihnen in der Politik passiert? Oder schalten Sie einfach ab?
Seehofer: Einfach abschalten geht nicht, sonst macht man Fehler. Ich baue da ja mein Leben nach. Zum Beispiel den Bahnhof Bonn, wo ich 18 Jahre lang immer ausgestiegen bin. Wenn Sie da das Dach zu früh aufkleben, haben Sie später keine Chance, noch die Beleuchtung anzubringen, denn der Kleber ist so stark, dass Sie das Plastik beschädigen. Da können Sie nur alles neu kaufen.
SPIEGEL: Aber entspannend ist Ihr Hobby für Sie schon?
Seehofer: Es war ja immer mein Ding anstelle des Urlaubs. Ich habe da manchmal gesessen, bis es hell wurde. Man verliert jede Vorstellung von Zeit.
SPIEGEL: Sind Sie auch mal verzweifelt an Ihrem Mammutprojekt?
Seehofer: Natürlich gab es Momente der Verzweiflung. Finden Sie mal auf so einer Anlage die Ursache für einen Kurzschluss. Es reicht, wenn eine kleine Schraube blöd aufs Gleis fällt. Solange das Ding da liegt, können Sie den Stromkreis nicht einschalten. Und dann suchen und suchen Sie und gehen nicht ins Bett, bevor der Fehler gefunden ist.
SPIEGEL: Gibt es andere Politiker, die Ihre Leidenschaft teilen?
Seehofer: Kurt Biedenkopf war so einer …
SPIEGEL: … der langjährige und mittlerweile verstorbene CDU-Ministerpräsident in Sachsen.
Seehofer: Den habe ich mal in seinem Ferienhaus am Chiemsee besucht, dessen Anlage war auch grandios.

Karin Seehofer serviert Weißwürste und alkoholfreies Bier. Seehofer trinkt seit seiner Herzmuskelentzündung, die ihn 2002 beinahe das Leben kostete, keinen Alkohol mehr. Seehofers gehen nach langer Zeit wieder öfter aus, auf Geburtstagsfeiern, zu Freunden. Politische Freunde habe er keine gehabt, sagt Seehofer, bis auf seinen Förderer Theo Waigel. In der Politik konkurriere man doch ständig mit allen, auf jeder Ebene. Und Zoff hatte Seehofer auch mit fast allen an irgendeinem Punkt. Mit Helmut Kohl über den Zahnersatz, den Seehofer »zusammenstreichen« sollte. Mit Edmund Stoiber über die Kopfpauschale in der Krankenversicherung, über die er seinen stellvertretenden Fraktionsvorsitz aufgab. Und natürlich mit Angela Merkel über seinen »Masterplan Migration«, die Obergrenze und seine Forderung, Flüchtlinge an der deutschen Grenze zurückzuweisen.

»Merkel wusste genau, dass ich diese Koalition nicht in die Luft jagen wollte.«

Kanzlerin Merkel im Maßstab 1:87

Quirin Leppert / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Sie waren hier, als die Kanzlerin am 4. September 2015 versuchte, Sie auf dem Handy zu erreichen, um über den Umgang mit den Flüchtlingen aus Budapest zu beraten.
Seehofer: Ich habe mein Handy an diesem Abend zur Seite gelegt, wie ich es öfter im Urlaub mache. Aber wer mich finden will, der findet mich. Ich habe auch schon einmal die Polizei zu Gerd Müller geschickt, als ich ihn fragen wollte, ob er mit ins Kabinett kommt. Er ging damals auch nicht ans Handy.
SPIEGEL: Am nächsten Morgen haben Sie dann mit Merkel telefoniert.
Seehofer: Da war die Entscheidung gefallen. Ich habe ihr gesagt, dass das ein großer Fehler war, dass wir den Korken nicht mehr auf die Flasche bekommen. Sie hat das zur Kenntnis genommen.
SPIEGEL: Haben Sie damals Fehler gemacht, die Sie bereuen?
Seehofer: Meine Überzeugung war damals: Wenn jemand als Asylbewerber in Europa schon registriert ist, dann kann man ihn an der Binnengrenze zurückweisen. So habe ich das im »Masterplan Migration« beschrieben, aber das war für die Kanzlerin vollkommen indiskutabel. Mein Fehler war, dass ich diesen Punkt damals in der Fraktion nicht zur Abstimmung gestellt habe. Das habe ich versäumt, und die Fraktion ist Frau Merkel gefolgt, die gesagt hat: Gebt mir vier Wochen Zeit für eine europäische Lösung. Die ist bekanntlich nie gekommen. Wegen des Egoismus einiger EU Staaten wie Bulgarien, Rumänien, Ungarn, auch Österreich.
SPIEGEL: Der Streit mit Merkel 2018 gipfelte in Ihrem Satz: »Ich lasse mich nicht von einer Kanzlerin entlassen, die nur wegen mir Kanzlerin ist.« Das klang sehr überheblich.
Seehofer: Das Zitat betraf die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin. Für mich, der als CSU-Chef im Kabinett saß, war unvorstellbar, dass eine Kanzlerin mir gegenüber diese Karte ziehen würde. Das hätte sie auch nie gegenüber der SPD getan. Diese Klarstellung war mir wichtig, aber Angela Merkel ist damit professionell umgegangen.

SPIEGEL: Damals setzten Sie die Koalition aufs Spiel.
Seehofer: Nein! Angela Merkel wusste genau, dass ich diese Koalition nicht in die Luft jagen wollte, kein Vierteljahr, nachdem wir sie mühsam gebildet hatten. Völlig abstrus! Es gab dann einen fast schon historischen Moment: Die CDU saß in einem Raum, wir saßen im anderen, und die Kanzlerin pendelte zwischen den Räumen, immer wieder mit neuen Vorschlägen, wie wir das jetzt in der Migrationsfrage formulieren. Und wir haben einen Kompromiss gefunden, keinen idealen, aber so ist das in der Politik. Das werden Sie mit der Ampel noch mehr erleben.
SPIEGEL: Sie spielen diesen Streit herunter. Wie hält man es in der Politik miteinander aus, wenn man sich so in die Haare bekommen hat?
Seehofer: Viele dachten damals, Frau Merkel und ich könnten uns nicht ertragen. Das ist alles Käse, wir hatten doch täglich miteinander zu tun. Kann ja sein, dass Angela Merkel mal zu ihrem Büro sagt: »Muss das sein, dass der jetzt kommt?« Aber das verbuche ich als Normalität im menschlichen Umgang. Wer anders denkt, kennt auch das Wesen der Angela Merkel nicht. Sie will ihren Job als Kanzlerin gut machen, da ist sie wie eine preußische Soldatin, die lässt sich nicht von Stimmungen aus der Spur bringen.
SPIEGEL: Ohne Merkel an der Spitze hat die Union die Wahl verloren.
Seehofer: Es fehlte uns die personelle und die inhaltliche Breite, vor allem auf dem Gebiet, das für uns als CSU immer essenziell war: die Sozialpolitik für die kleinen Leute. Manchmal hätte ich vor Ärger am liebsten den Fernseher zum Fenster rausgeworfen. Olaf Scholz sprach von Rentengarantie, von Mindestlohn, von Respekt. Und was kam von uns? Nichts.
SPIEGEL: Das Thema steuerliche Entlastung hat die CSU schon beharrlich gespielt.
Seehofer: Entlastung, na schön. Was soll man bei dem Wort denken? Die Abschaffung der kostenlosen Coronatests ist jedenfalls für viele keine Entlastung. Oder dass Mieter die höheren Heizkosten wegen des höheren CO_2-Preises selbst zahlen sollen – auch keine Entlastung. Es scheint, als wüssten viele unserer Leute nicht mehr, wie es ist, die Hälfte des Einkommens für Miete auszugeben. Wer nur als Lobbyist unterwegs ist, wird auf diesem Feld für die Leute im Land nichts erreichen.
SPIEGEL: Manche Unionsleute fragen: Wo war eigentlich unser Innenminister im Wahlkampf?

Quirin Leppert / DER SPIEGEL

Quirin Leppert / DER SPIEGEL

1 | Politiker Seehofer mit Ehefrau Karin im Ferienhaus
2 | Als Torwart bei lokalem Promifußballturnier **3 |** Geschenk eines Freundes zur ersten Wahl in den Bundestag

Seehofer: Ich hatte Markus Söder im letzten Herbst in einem Vieraugengespräch angeboten, mein Amt aufzugeben. Er hatte ja immer von einer Kabinettsumbildung und von Verjüngung gesprochen. Aber dann wollte er doch Kontinuität. Trotzdem war klar, dass ich in meinem Alter keine zentrale Figur in diesem Wahlkampf sein konnte. Oder hätten Sie mich in ein Zukunftsteam gesteckt?
SPIEGEL: Aber von Ihnen hat man, wenn überhaupt, Kritik an der eigenen Fraktion gehört.
Seehofer: Es ist kein Geheimnis, dass ich auf den letzten Metern nicht unbedingt in einem Liebesverhältnis zur Fraktion stand. Wir hatten viele Vorhaben, die nach meiner Überzeugung für unsere Gesellschaft und die innere Sicherheit wirklich essenziell gewesen wären, die allesamt vom Bundeskabinett beschlossen waren, aber dann nicht kamen.
SPIEGEL: Welche meinen Sie?
Seehofer: Die Kinderrechte sollten ins Grundgesetz, der unselige Begriff Rasse dafür endlich verschwinden – das wurde blockiert. Ein schärferes Waffenrecht ist gescheitert und das Demokratiefördergesetz für den Kampf gegen den Rechtsextremismus. Dabei waren all diese Projekte fix und fertig, bis ins Detail abgeklärt, mit der SPD, die Kanzlerin hat sich zweimal wegen der Demokratieförderung eingeschaltet, die wollte das unbedingt. Nur unsere Abgeordneten haben sich gesperrt. Da braucht jetzt niemand jammern, dass die Menschen uns nicht wegen der inneren Sicherheit gewählt haben.
SPIEGEL: Sind Sie deshalb so selten in der Fraktionssitzung aufgetaucht?
Seehofer: Ich bin immer hingegangen, wenn meine Themen auf der Tagesordnung standen. Dass das so selten geschah, lag sicher nicht an mir. In der Fraktion hat sich ein anderer Stil entwickelt. Da herrschte manchmal ein Ton, auch gegenüber der Kanzlerin, das wäre früher undenkbar gewesen.
SPIEGEL: Sie selbst haben den Ton der politischen Debatte aber mit verschärft: Sie haben über die Abschiebung von 69 Afghanen an Ihrem 69. Geburtstag gescherzt, die Migration als »Mutter aller Probleme« bezeichnet und die Flüchtlingspolitik als »Herrschaft des Unrechts«. Und da war Ihr Kampf »bis zur letzten Patrone« gegen Zuwanderung in die Sozialsysteme.
Seehofer: Für die Patrone habe ich mich mehrfach entschuldigt, das war ein Fehler. Wir müssten jetzt eigentlich jede Aussage durchgehen, mit ihrer speziellen Situation, ihrem Kontext und ihren Gründen. Aber ich

möchte hier nur sagen: Man kann ein Zitat oder eine Idee noch so oft vorbesprechen. Wie sie ankommen, ist eine ganz andere Geschichte.
SPIEGEL: Es hat Sie aber nicht ernsthaft überrascht, dass der Satz mit der Patrone damals viele Menschen entsetzt hat?
Seehofer: Der Satz fiel auf einem Politischen Aschermittwoch. Da herrscht Volksfeststimmung, bei der die Leute auf den Bänken stehen und schunkeln. In dieser Atmosphäre sind die Worte gefallen. Das passiert nicht, wenn man abends im Wohnzimmer vor dem Fernseher sitzt.
SPIEGEL: Sie selbst sind nicht wieder zur Wahl angetreten. Hat Ihnen das die bittere Niederlage leichter gemacht?
Seehofer: Wie bitte? Muss ich das noch extra sagen? Wenn Sie 32 Jahre lang regiert haben, und dann treten Sie mit so einem Desaster ab? Das hat mich wahnsinnig geärgert.

Jetzt zeigt Seehofer seine Eisenbahn, es geht zwei Treppen hinab in den Keller, vorbei an einem Modell des Gebäudes der CSU-Landesleitung, das Seehofer zu seinem Abschied als Parteichef bekommen hat. Viel wurde über die Eisenbahn bereits geschrieben, auch im SPIEGEL. *Sehen durfte sie bislang nur ein Fernsehteam für eine ARD-Sendung von Reinhold Beckmann, zusammen mit dem damaligen Bahn-Chef Rüdiger Grube.*

SPIEGEL: Das ist ja riesig.
Seehofer: Der Bau ist fertig, aber alle Gleise, die jetzt noch nicht so schön mit Schotter versehen sind, liegen künftig unter der Oberfläche. Hier auf der rechten Seite habe ich schon zwei Schattenbahnhöfe im Untergrund, da kommen noch mehr dazu. Und die ganze Landschaft, das Grüne fehlt.
SPIEGEL: Haben Sie extra für uns aufgeräumt?
Seehofer: Nein, das ist immer so: Eine Werkstatt muss sauber sein.
SPIEGEL: Wo beginnt Ihr Leben?
Seehofer: Also, die Seite hier rechts, das ist die weltpolitische. Hier der Bahnhof Bonn, der schaut wirklich so aus. Da hinten ist das Eisenbahnbetriebswerk von Ingolstadt, das kann ich von hier vorne steuern.

Am vorderen Ende der Eisenbahnanlage steht ein großer Bildschirm, auf dem der Standort eines jeden Zugs zu sehen ist. Seehofer erklärt, er habe alles selbst programmiert, über Monate. Jetzt suche sich jeder Zug beim Fahren automatisch ein Gleis, das frei sei.

SPIEGEL: Was würden Sie als Heimat in dieser Anlage bezeichnen?
Seehofer: Hier links ist mein bayerisches Leben, wir haben unser Wohnhaus in Gerolfing nachgebaut. Der Bahnhof Schwarzburg, ein ans Fränkische erinnernde Fachwerkhaus, das ist die CSU. Sie liegt zwischen dem Hoch- und dem Mittelgebirge.
SPIEGEL: Auf diesem Bahnhof bewegen Sie sich mit gemischten Gefühlen, oder? Schließlich war die CSU nicht immer freundlich zu Ihnen.

»In entspannten Zeiten stelle ich die Kanzlerin auf den größten Bahnhof, also nach Bonn.«

Seehofer: Hauptsache, der Erfolg war da. Wir regieren seit 70 Jahren.
SPIEGEL: Einer Ihrer Züge wird von einer Dampflok gezogen.
Seehofer: Die habe ich noch selbst erlebt, und in diesem Schienenbus hier bin ich als junger Handballer zu den Auswärtsspielen gefahren. Den habe ich von Annette Widmann-Mauz bekommen …
SPIEGEL: … der Integrationsbeauftragten der Kanzlerin.
Seehofer: Dass sie mir mal eine Lok schenkt, hätte ich nie gedacht. Unser Verhältnis war nicht störungsfrei.
SPIEGEL: Ihr erstes Ministeramt war das des Gesundheitsministers.
Seehofer: Dafür steht das St.-Marien-Krankenhaus, mit Notaufnahme und Telefonzelle. Und für den Landwirtschaftsminister dieser Bauernhof hier. Der sieht jetzt kleiner aus als er ist, es fehlt noch die Natur drum herum.
SPIEGEL: Wo lebt der Innenminister Seehofer?
Seehofer: Der bekommt eine Polizeistation, die muss ich aber noch besorgen. Die steht dann an der Hauptstrecke, weil die Bundespolizei die Hauptstrecken betreut.
SPIEGEL: Der Bonner Bahnhof ist dominant, war es damals eine gute Zeit?
Seehofer: Das war die Zeit mit Helmut Kohl, mit Strauß, Waigel, am Ende dann der fulminante Wahlsieg 1990, verantwortlich war die CSU. Und acht Jahre später hat trotz der Wahlniederlage Kohls der Stoiber in Bayern gesiegt.

Seehofer war mehr als 10 Jahre lang CSU-Vorsitzender, fast 33 Jahre lang Abgeordneter im Bundestag und im Bayerischen Landtag, er saß in sechs Regierungen. Zwei davon führte er selbst an, als Ministerpräsident von Bayern. In der jetzigen Bundesregierung ist er mit 13 Amtsjahren der dienstälteste Minister.

SPIEGEL: War die Politik früher besser?
Seehofer: Wir hatten zumindest Typen in der CSU: Günther Beckstein, Barbara Stamm, Alois Glück, Otto Wiesheu, Hans Zehetmair und Hans Maier, dieser Professor, der bayerischer Kultusminister war. Diese Typen gibt es heute nicht mehr. Und ich frage mich schon, woran das liegt.
SPIEGEL: Heute gibt es Markus Söder. Haben wir im Wahlkampf den Söder erlebt, vor dem Sie immer gewarnt haben?
Seehofer: Dazu hören Sie von mir nichts.
SPIEGEL: Wir sehen nirgends einen Bahnhof für Berlin.
Seehofer: Das ist ein Riesenproblem: Zwei Großbahnhöfe kriege ich nicht unter. Ich überlege, ob ich Berlin auf ein großes Plakat an die Wand hänge. Aber ich habe schon einen Zug aus Berlin, mit Graffiti besprüht.
SPIEGEL: »Don't use ticket«, steht drauf.
Seehofer: Die Stimmung einer Hauptstadt …
SPIEGEL: Und hier ein Langnese-Aufkleber. weil Sie so gern Eis essen?
Seehofer: Ja, während der Coronazeit war ich oft zum Essen im Kanzleramt. Angela Merkel wusste, dass ich Eis liebe, also gab es das oft als Nachtisch.
SPIEGEL: Wo ist denn die Kanzlerin?
Seehofer: Ich hatte bei einem Besuch eines Spielzeugherstellers in der Nähe von Nürnberg Angela Merkel mit Pagenfrisur und rotem Janker bekommen. Die war dominant, überdimensioniert, größer als die Lok. Deshalb habe ich sie ausgetauscht, als mir Leute, die ich gar nicht kenne, Frau Merkel im richtigen Maßstab zugeschickt haben, 1:87.

Seehofer holt fünf kleine Schachteln hervor, eine winzige Merkel, die eine Raute macht, gibt es zweimal, eine andere Merkel trägt Handtasche und Handy. Auch ihn selbst gibt es als Figur und Sigmar Gabriel, den damaligen SPD-Vorsitzenden und Wirtschaftsminister.

SPIEGEL: Wo steht die Kanzlerin üblicherweise?
Seehofer: In entspannten Zeiten stelle ich sie auf den größten Bahnhof, also nach Bonn. Dann ist sie die Chefin der Anlage, und ich stehe neben ihr, der Gabriel steht dann mit großem Abstand daneben. Ich würde eine zweite Merkel auch nach Schwarzburg stellen, zur CSU. Aber da brauche ich erst noch mich selbst ein zweites Mal.
SPIEGEL: Und wo steht die Kanzlerin in weniger entspannten Zeiten?
Seehofer: Dann kommt sie auf die Fensterbank.
SPIEGEL: Wenn es bald vorbei ist mit der Politik, können Sie hier jeden Tag basteln. Haben Sie Sorge, dass es dann vielleicht weniger Freude machen könnte?
Seehofer: Ich weiß schon, was Sie denken. Jetzt wird er in ein Loch fallen. Ständig höre ich das von Freunden: Was machst du jetzt nur? Wie schlägst du die Zeit tot? Ich verstehe diese Fragen nicht. Ich gehe leidenschaftlich gerne spazieren. Ich fahre auf meinem E-Bike. Ich spiele Keyboard. Ich lese furchtbar viel, meist fünf bis sechs Bücher parallel. Dann das ganze Internet. Und dann sind da die Familie, meine Enkel und die vielen Freundschaften, die ich so lange nicht pflegen konnte. Da soll meine Freizeit nicht gut gefüllt sein?
SPIEGEL: Es gibt also nichts, wo Sie sich jetzt umstellen müssen?
Seehofer: Beim Autofahren wird es schwierig. Ich werde seit Jahrzehnten von anderen Leuten gefahren. Ich muss mich erst wieder daran gewöhnen, eine rote Ampel zu sehen und selbst zu bremsen. Das macht ja dann niemand mehr für mich.
SPIEGEL: Herr Seehofer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Die Mär vom guten Mitgliederentscheid

ANALYSE Die Urwahl gilt als Königsweg innerparteilicher Willensbildung. Die Erfahrung zeigt, dass das ein Irrtum ist.

Wenigstens einmal in diesen schweren Zeiten marschiert die CDU an der Spitze. Die drei größten Parteien Deutschlands suchen neue Vorsitzende. Die SPD, weil sich eine Hälfte des Führungsduos zurückziehen wird. Die Grünen, weil die Amtsinhaber nach Ministerämtern streben und laut Satzung ihr Parteiamt niederlegen müssen. Und die CDU, weil Armin Laschet gescheitert ist.

Aber einzig die Christdemokraten wollen ihre neue Führung per Mitgliederbefragung bestimmen. So hat es vor zwei Jahren auch die SPD gemacht. »Wer kein Vertrauen in seine Mitglieder hat, der kann auch kein Vertrauen beim Wähler gewinnen«, sagt Tilman Kuban, der Chef der Jungen Union.

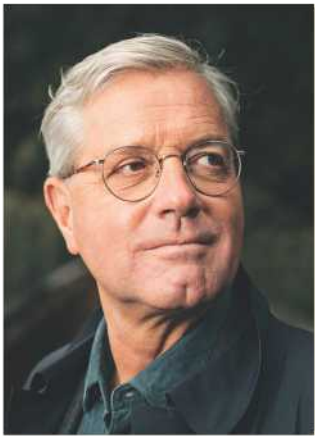
Die Mitgliederbefragung gilt als Goldstandard innerparteilicher Demokratie. Sie soll die wahre Stimmung an der Basis besser widerspiegeln als andere Verfahren, zur Befriedung beitragen und zu besseren Ergebnissen führen.

Leider leistet sie nichts von alledem.

Vor allem der erste Punkt wirkt zunächst plausibel. Warum eine kleine Elite entscheiden lassen, wenn man den Willen der gesamten Partei ermitteln kann? Genauso argumentieren auch Befürworter von Volksentscheiden: Direkte Demokratie ist demokratischer.

Doch das Delegiertenprinzip in Parteien ist keine demokratisch minderwertige Form politischer Organisation – genauso wie die parlamentarische Demokratie keine moralisch defizitäre Form der Herrschaftsausübung ist.

Beim Mitgliederentscheid über den Vorsitz der SPD beteiligten sich nur 54 Prozent aller Parteimitglieder. Von diesen stimmten am Ende 53 Prozent für das neue Vorsitzendenduo. Die Mehrheit kam zustande, weil der damalige Juso-Chef Kevin Kühnert einen überproportionalen Einfluss auf das Wahlergebnis nehmen konnte. Seine Jugendorganisation war straff organisiert, motiviert, und sie setzte ihre Ressourcen zielgerichtet ein.



Andreas Chudowski / DER SPIEGEL; Julia Steinigeweg (r.)

CDU-Politiker Röttgen, Merz

Was basisdemokratisch daherkommt, ist oft nur Aktivistenherrschaft.

Kühnert hat deshalb jetzt auch eine Mitgliederbefragung über die neue Koalition ins Spiel gebracht. So sichert man Macht. Was basisdemokratisch daherkommt, ist oft nur Aktivistenherrschaft.

Das führt zu einem weiteren Problem der Mitgliederentscheide: Sie tragen wenig zur Befriedung bei. Sie fördern eher die Polarisierung.

Der Niedergang der einst unantastbaren baden-württembergischen CDU begann, als die Partei 2004 den Nachfolger von Parteichef Erwin Teufel per Urwahl suchte. Der damals entstandene Riss konnte nie gekittet werden. Heute regiert in Stuttgart ein Ministerpräsident der Grünen.

Generell gilt, dass die Anhänger der Parteien moderater sind als ihre Mitglieder. Die Wahl eines Friedrich Merz zum Vorsitzenden würde die Hundertprozentigen in der CDU jubeln lassen. Ob das auch bei den Wählern gut ankäme, ist fraglich.

Bei der SPD hat die Wahl eines dezidiert linken Vorsitzendenduos nicht zur weiteren Spaltung beigetragen, weil die beiden Sieger nach der Wahl ihre inhaltlichen Forderungen umstandslos ad acta legten. Die Große Koalition arbeitete wie zuvor, Olaf Scholz durfte seine Rolle als Wiedergänger Angela Merkels unbehelligt durch die Parteichefs spielen.

Man kann darin einen Sieg der politischen Vernunft sehen, aber sicher kein Argument für einen Mitgliederentscheid.

Womit wir beim stärksten Einwand gegen ein solches Auswahlverfahren wären: Es produziert keine guten Ergebnisse. Aus dem ersten SPD-Mitgliederentscheid im Jahr 1993 ging Rudolf Scharping als Sieger hervor. Es dauerte fünf Jahre, bis die SPD sich davon erholte und der seinerzeit unterlegene Gerhard Schröder Kanzler wurde.

Aus diesem Debakel hat die SPD gelernt. Die beiden Vorsitzenden, die es mit Kühnerts Hilfe an die Spitze geschafft hatten, wollte man dem Wähler nicht präsentieren. Diesmal bestimmten die Sozialdemokraten den Verlierer der Urwahl zum Spitzenkandidaten. Das Votum der Mitglieder war deshalb ein Erfolg, weil die Partei es konterkarierte.

Man muss sich nur das Verhalten von Parteien anschauen, die die Mitgliederbefragung bereits ausprobiert haben. Die Grünen, bei denen die Basisdemokratie zur politischen DNA gehört, haben in diesem Jahr ihre Spitzenkandidatin anders als beim letzten Mal nicht per Urwahl bestimmt. Sie wurden mit dem besten Ergebnis ihrer Geschichte belohnt.

Die SPD wird die neuen Vorsitzenden wieder in bewährter Manier auskungeln, ohne die Mitglieder zu befragen. Die Partei hat Wichtigeres zu tun, als sich über die Parteispitze zu zerlegen.

Selbst die CDU, die ihr Herz für die Basisdemokratie entdeckt hat, geht den Schritt zur Urwahl nur halbherzig. Die Mitglieder dürfen abstimmen, aber formal entscheidet der Parteitag. Die Satzung wird nicht geändert. So ganz traut die Führung der eigenen Basis dann doch nicht. Bei der SPD war es ähnlich.

Das heißt nicht, dass der Mitgliederentscheid sinnlos ist. Er hat eine wichtige Funktion: Er ist der perfekte Krisenindikator. Wenn eine Partei ganz unten ist, dann lässt sie ihre Basis über den Vorsitz abstimmen. Es ist nur folgerichtig, dass die CDU sich für diesen Weg entschieden hat.

Ralf Neukirch ■

WAS PASSIERT, BEVOR SIE AUF PLAY KLICKEN?

WIR ARBEITEN UNERMÜDLICH DARAN, DASS SIE SICH AUF YOUTUBE SICHER FÜHLEN.

Jeder kann Videos auf YouTube hochladen und sie mit der Welt teilen. Das macht YouTube zu einem Ort, an dem man Neues lernen, sich inspirieren lassen und Spaß haben kann. Wir sind der Überzeugung, dass dieser besondere Ort auch besonders geschützt werden muss. Wir halten uns dabei an vier Prinzipien, die ein Gleichgewicht zwischen kreativem Ausdruck und unserer Verantwortung für den Schutz der Community herstellen:

1 ENTFERNEN
Wir entfernen Videos, die gegen unsere Richtlinien verstoßen. Wir arbeiten mit Wissenschaftlern, Regierungspartnern und NGOs zusammen, um unsere Richtlinien zu entwickeln. Wir setzen dann auf eine Kombination aus Nutzern und automatischen Systemen, um unzulässige Inhalte zu melden. Geschulte Teams überprüfen Meldungen und entfernen Videos, die gegen die Richtlinien verstoßen.

2 REDUZIEREN
Wir reduzieren die Verbreitung von grenzwertigen Inhalten, bei denen nicht viel für einen Verstoß gegen die Richtlinien fehlt. Dabei setzen wir spezielle Teams und maschinelles Lernen ein, um diese Inhalte in den Empfehlungen einzuschränken.

3 SICHTBAR MACHEN
Wir machen Inhalte aus zuverlässigen Quellen sichtbarer, zum Beispiel indem wir bei informativen Inhalten wie Nachrichten, Gesundheit und Wissenschaft vertrauenswürdige Kanäle zu Ihren Empfehlungen hinzufügen.

4 BELOHNEN
Wir belohnen Creator, die einen hohen Qualitäts- und Zuverlässigkeitsstandard erfüllen, mit der Möglichkeit mit ihren Videos Geld zu verdienen. Viele dieser Creator schaffen Arbeitsplätze und tragen zur lokalen und globalen Wirtschaft bei. In 2019 hat das YouTube Ecosystem einen Beitrag von 775 Mio. Euro zum deutschen BIP geleistet, was etwa 25.000 Vollzeitarbeitsplätzen entspricht.*

*Oxford Economics Case Study 2021

Erfahren Sie mehr:
youtube.com/howyoutubeworks

YouTube

Querdenker vom Amt

EXTREMISMUS Ein Maulwurf in der Berliner Justiz soll den antisemitischen Hetzer Attila Hildmann vor Ermittlungen gewarnt haben. Es ist nicht der einzige Fall von Staatsdienern, die zu Coronaleugnern überliefen.

Anfang des Jahres, Deutschland steckte gerade im zweiten Shutdown, tobte im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine Protestparty. Gefeiert wurde in der Wohnung von Michael B., einem bekannten »Querdenker« der Hauptstadt. Bei Demos verkleidet er sich als »Captain Future«, mehrfach zogen er, seine Anhängerinnen und Anhänger ohne Mund-Nasen-Schutz durch Bahnen oder versuchten, vor einem Impfzentrum Menschen von einer Spritze abzubringen.

Bei Captain Futures Party rückte schließlich die Polizei an. Dabei trafen die Beamten auch eine Frau an, die wie sie für den Staat arbeitete: Efstathia M., 32, IT-Administratorin bei der Berliner Generalstaatsanwaltschaft.

Im Mai schließlich erreichten auch die Generalstaatsanwaltschaft Hinweise, dass sich Mitarbeiterin M. in der Szene der Coronaleugner herumtreibe. Die Behörde war alarmiert, doch da war es bereits zu spät: Eine Überprüfung ergab, dass M. offenbar heimlich auf interne Akten über Querdenker und Rechtsextremisten zugegriffen hatte – darunter war auch ein Holocaust-Leugner, der als »der Volkslehrer« durchs Land tingelt.

Wie der SPIEGEL und die ARD in dieser Woche enthüllten, soll die Frau auch Attila Hildmann, der in der Pandemie vom Vegankoch zum antisemitischen Hetzer geworden ist, vor einem Haftbefehl gewarnt haben. Unmittelbar nachdem das Dokument im Februar von einer Richterin unterschrieben worden war, hatte Efstathia M. offenbar einen Weg gefunden, darauf zuzugreifen.

Interne Unterlagen, die SPIEGEL TV und der SPIEGEL auswerten konnten, zeigen, dass Hildmann über Fotos den Haftbefehl in voller Länge durchgestochen bekommen hatte. Bereits im November 2020, wenige Wochen bevor er sich in die Türkei absetzte, hatte er zudem per Telegram Details zu laufenden Ermittlungen erhalten. So erfuhr Hildmann, dass die Berliner Strafverfolger sein Handy zu diesem Zeitpunkt nicht abhörten. »Wenn ich mehr erfahre, geb ich dir natürlich Bescheid«, schrieb der mutmaßliche Maulwurf und fügte zwei Herzen an.

Ob auch dieser Hinweis von Efstathia M. stammte, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Allerdings meldete sich bereits im Juni 2020 eine Frau unter diesem Namen bei der Chatgruppe von Attila Hildmann, der damals schon Verschwörungsmythen verbreitete, und bat um Aufnahme. »Ich bin Demokratin und gegen den Zionismus«, schrieb sie in der Mail. »Danke für alles und weiter so.«

Gegen die offenbar ins Querdenkerlager übergelaufene IT-Expertin laufen Ermittlungen wegen des Verdachts des Geheimnisverrats und der versuchten Strafvereitelung. Ihren Job ist die Frau bereits los, ihre Wohnung wurde durchsucht. Zu den Vorwürfen nahmen sie und ihr Anwalt keine Stellung.

In Berlin sind die Behörden alarmiert. »Einen vergleichbaren Fall hat es in der Berliner Justiz nach meiner Erinnerung noch nicht gegeben«, sagt Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne). Nun werden die IT-Systeme der Staatsanwaltschaft umgebaut, um missbräuchliche Zugriffe zu verhindern. »Ein solcher Vorgang darf sich nicht wiederholen«, sagt Behrendt.

Der Fall von Efstathia M., so er sich bewahrheitet, wäre allerdings nicht der einzige, in dem Staatsdiener ins Querdenkerlager übergelaufen sind. Verlässliche Zahlen gibt es nicht, aber die Beispiele häufen sich. Der FDP-Innenexperte Benjamin Strasser fordert deshalb »Wachsamkeit innerhalb der Behörden und eine Kultur des Hinsehens« sowie strenge Sanktionen.

Auf der Seite der »Polizisten für Aufklärung« ist ein Video von einem Oberkommissar aus Siegen zu sehen. Zu sphärischen Klängen läuft er durchs Berliner Regierungsviertel. Als er am Bundestag vorbeikommt, hört man ihn aus dem Off sagen: »Mit Beginn dieser Krise wurde mir klar, dass ich diesen Weg so nicht mitgehen kann. Nicht solange diejenigen, die gemeinhin Volksvertreter genannt werden, sich dazu aufschwingen, selbst die größten Verbrecher zu werden.«

Der Oberkommissar ist vom Dienst suspendiert, gegen ihn läuft ein Disziplinarverfahren. Der Grund: Bei einer Berliner Demo der Partei »Die Basis«, die Coronaleugner und Verharmloser der Pandemie versammelt, trat er in Uniform auf, in der Hand ein Schild: »Beim Faschismus mache ich nicht mit«. Gemeint waren offenbar die Anti-Corona-Maßnahmen.

Politiker sind für den pensionierten Polizisten »Hochverräter«, Söder ist ein »Kriegsverbrecher«.

Bei den »Polizisten für Aufklärung« sind gleich mehrere Beamtinnen und Beamte aktiv, die sich in der Pandemie radikalisiert haben. Der Verein vertrete »Positionen der Coronaleugner und Querdenker« und werbe »in aggressiver Weise um aktive und pensionierte Polizeibeamte«, heißt es in einem Schreiben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, das vor der Truppe warnt. Eine Anfrage ließ der Verein unbeantwortet.

Vorsitzender des Ende 2020 in einem Autobahnhotel an der A9 gegründeten Vereins ist der pensionierte Polizeibeamte Karl Hilz, 64. Auf Demonstrationen tritt der Bayer mit Cowboyhut auf. Die derzeitigen Politiker sind für ihn »Hochverräter«, Markus Söder gehöre »festgenommen, eingesperrt und vor das Kriegsverbrechertribunal geschickt«, skandierte er. Inzwischen beobachtet der bayerische Verfassungsschutz Hilz – wegen »sicherheitsgefährdender demokratiefeindlicher Bestrebungen«.

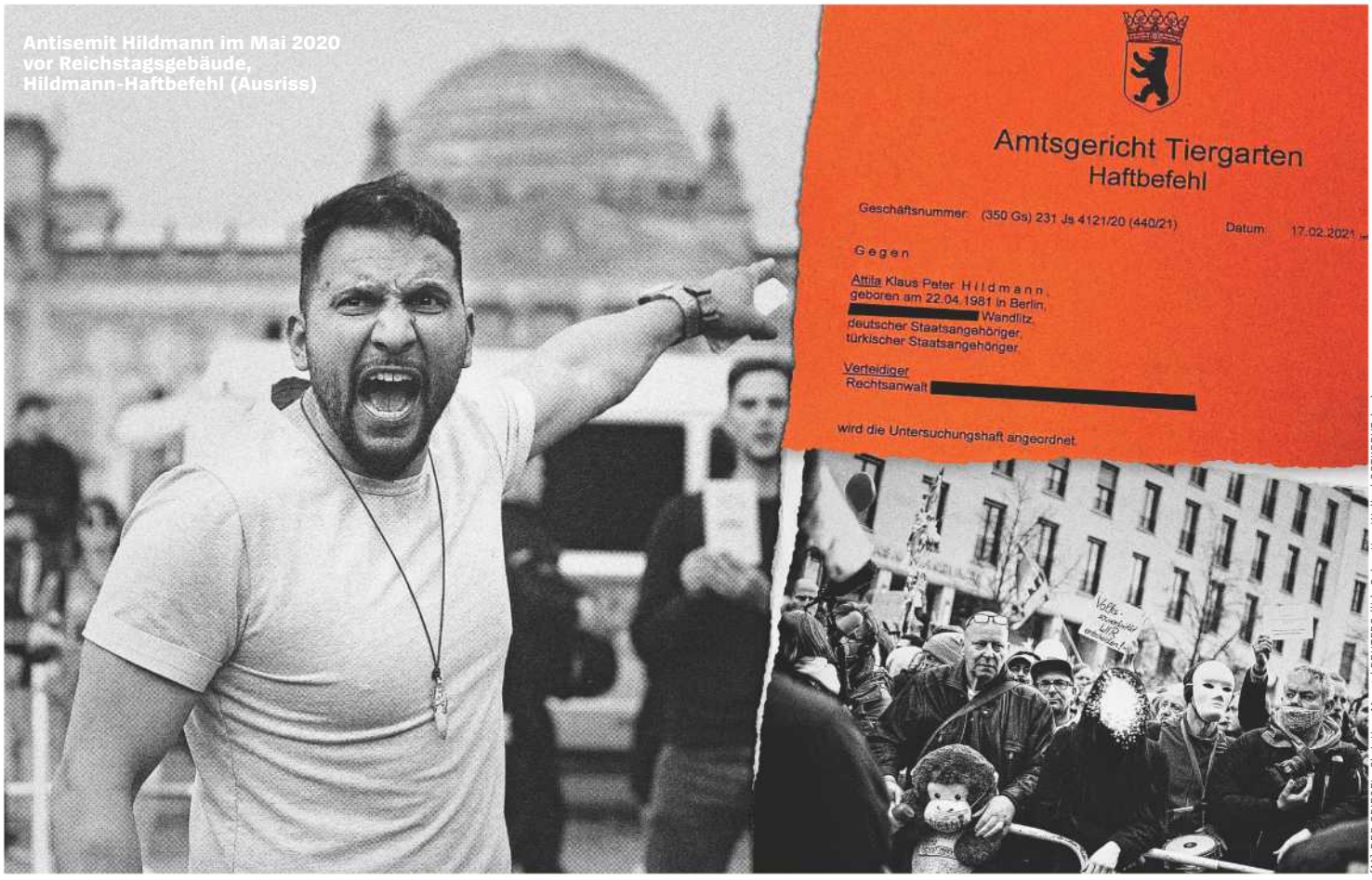
Ähnlich radikal tritt ein vom Dienst suspendierter Kriminalhauptkommissar aus Niedersachsen auf. In der Querdenkerszene gibt Michael Fritsch den »Schutzmann mit Herz und Hirn«, bei der Bundestagswahl kandidierte er erfolglos für »Die Basis«. Öffentlich beklagt der Beamte den angeblichen Verlust der Demokratie in Deutschland oder vergleicht die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden mit dem Terrorregime des NS-Staats.

Fritschs Dienststelle, die Polizei Hannover, hat Klage auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis gegen ihn eingereicht. Unter anderem wirft sie Fritsch die Verbreitung von Verschwörungserzählungen vor. Über einen Anwalt ließ der Polizist mitteilen, dass er die Vorwürfe »vollumfänglich« bestreite.

Sollten Beamte über eine legitime Kritik an den Coronamaßnahmen hinausschießen, drohten »harte disziplinarrechtliche Konsequenzen, bis zur Entfernung aus dem Dienst«, sagte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) dem SPIEGEL: »Polizisten, die gegen unsere obersten Grundsätze der Demokratie arbeiten, haben bei der Polizei nichts verloren.«

Im Internet und den sozialen Netzwerken fordern Coronaleugner teils unverhohlen Beamte dazu auf, Dienstinterna an die Szene durchzustechen. »Du möchtest endlich deinem Gewissen folgen und bisher unbekannte Fakten (Insiderwissen) in die Öffentlichkeit bringen?«, heißt es etwa auf der Seite des Vereins »Mutigmacher«, der mit mehreren Gruppen der Querdenkerszene verbunden ist. Für Polizistinnen und Polizisten ist ein eigener Kontaktbutton eingerichtet.

Zumindest in einem Fall hat der Verein ein als »Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch« eingestuftes Dokument bereits veröffentlicht, ein Papier des Bundeskriminalamts (BKA) zu den Coronaprotesten. Wie es bei den Querdenkern landete, ist unklar. Nachdem das



Antisemit Hildmann im Mai 2020 vor Reichstagsgebäude, Hildmann-Haftbefehl (Ausriss)

[M] DER SPIEGEL; Christian Mang / REUTERS (li.); Sebastian Wells / OSTKREUZ (re.)

BKA mit Konsequenzen gedroht hatte, nahmen die »Mutigmacher« es wieder aus dem Netz.

Besonders heftig geht es in Querdenkergruppen auf Telegram zu, die sich an Bundeswehrangehörige richten. Sorgen bereitet den Behörden neben dem Kanal »Soldaten & Reservisten« der »Veteranen-Pool«. Dort wird kaum ein Blatt vor den Mund genommen. »Kommt man hier vom Labermodus der Demos endlich in einen Kampfmodus des wirklichen Widerstandes?«, fragt einer. Ein anderer behauptet: »Wir sind im Krieg.«

Die Gruppe entstand im Frühjahr und beschreibt sich als Zusammenschluss von »Veteranen aus Bundeswehr und ehemaliger Nationaler Volksarmee«. Das Vorbild kommt aus den Niederlanden, wo sich Ex-Militärangehörige bei Coronademos vor die Protestierenden und gegen Polizisten stellten.

Laut Bundesregierung weist sie »Bezüge zur Querdenker-, Coronaleugner- sowie Reichsbürgerszene auf«. Ein genaues Bild, wie viele der dort Aktiven tatsächlich Soldaten, Polizistinnen oder Reservisten sind, hat sie allerdings nicht, wie aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkenpolitikerin Martina Renner hervorgeht.

Einige Dutzend der Ex-Militärs versuchten im Sommer, sich im Hochwassergebiet an der Ahr als Helfer in Szene zu setzen. Angeführt wurden sie von Oberst a. D. Maximilian Eder, einem Ex-KSK-Soldaten. Auch er ist inzwischen ein Fall für den Verfassungsschutz, bei einer Demo forderte er, KSK-Kämpfer sollten in Berlin »ordentlich aufräumen«. In Ahrweiler errichtete die Truppe in einer Grundschule eine »Kommandozentrale«. Mit führenden Köpfen der Querdenkerbewegung verfasste Eder zackig klingende Befehle und rief alle »verfügbaren Kräfte« zum Einsatz. Am Ende ließ die Stadt die Schule räumen – statt zu helfen, störte die Truppe nur.

»Wir müssen bei solchen Umtrieben nicht nur auf Polizisten und Soldaten achten, sondern auch auf die Justiz«, sagt Thüringens Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer. »Auch manche Staatsanwälte und Richter sind anfällig für Querdenkerthesen.«

Das zeigt wohl auch der Fall des Weimarer Familienrichters Christian Dettmar. Unter dem Aktenzeichen 9 F 148/21 sprach er im April einen mehr als 170 Seiten langen Eilbeschluss und untersagte zwei Schulen die gängigsten Coronamaßnahmen: Das Tragen von Masken dürfe ebenso wenig vorgeschrieben werden wie Schnelltests und das Einhalten von Mindestabständen. Die Coronaleugner jubelten. Dettmar wurde zu ihrer Ikone.

In Weimar hatte die Mutter zweier Schulkinder durch die Maskenpflicht das Wohl ihres Nachwuchses gefährdet gesehen – und fand in Dettmar einen derart verständnisvollen Richter, dass schnell Zweifel aufkamen, ob alles mit rechten Dingen zuging.

Dass Dettmar Masken in seinem Gerichtssaal nicht sonderlich mochte, war in Justizkreisen bekannt. Womöglich deshalb wurde er für die Coronakritiker interessant. Auf Telegram suchte laut der »Thüringer Allgemeinen« eine in dem Verfahren beteiligte Anwältin gezielt nach Eltern, die sich an einer Klage beteiligen wollten. Einzige Bedingung: Der Nachname müsse mit einem bestimmten Buchstaben anfangen – für diese Fälle war, Zufall oder nicht, Dettmar zuständig.

In seinem Beschluss tauchten Gutachter auf, deren Thesen in Kreisen von Coronaleugnern gern gehört werden. Sie zweifelten die Übertragung von Corona durch Aerosole und die Aussagekraft von PCR-Tests an. Im Mai hob das Thüringer Oberlandesgericht den Beschluss auf, im Oktober stellte auch der Bundesgerichtshof klar: Es gebe »keine Befugnis des Familiengerichts«, gegenüber Schulen so etwas anzuordnen.

Richter Dettmar brachte die Aktion Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Erfurt ein – wegen des Verdachts auf Rechtsbeugung. Mehrfach gab es Hausdurchsuchungen, auch bei den Sachverständigen und der Mutter der zwei Kinder. Dettmars Rechtsanwalt Gerhard Strate hält den Vorwurf der Rechtsbeugung für »abwegig«. Er sieht in dem Verfahren den Versuch der »Einschüchterung einer unabhängigen Richterschaft«.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt indes weiter. Bis zum Jahresende will sie das Verfahren abschließen. Dann wird sie über eine mögliche Anklage gegen den Richter entscheiden.

Adrian Altmayer, Maik Baumgärtner, Roman Höfner, Max Hoppenstedt, Sven Röbel, Wolf Wiedmann-Schmidt, Steffen Winter ■

Die Vergessenen

PFLEGE In kaum einem Politikbereich sind Reformen so nötig wie bei der Betreuung von Alten und Schwachen. Die Beispiele von drei Familien zeigen, was sich jetzt ändern muss.

Von Milena Hassenkamp und Cornelia Schmergal

Es ist zwecklos, Buletten zu pürieren. Beatrice Winkler hat das versucht. Die kleinen Fleischbröckchen passen nicht durch den Schlauch, dessen Ende im Bauch ihres Mannes steckt. Hühnerfrikassee dagegen rutscht schnell durch, auch zermatschter Kartoffelsalat ist eine gute Wahl für Patienten, die im Wachkoma liegen.

An diesem Novembertag drückt Beatrice Winkler mit einer dicken Spritze eine dunkle Pampe in die Magensonde: Schokoladentorte, fein püriert. 15 Uhr, Kaffeezeit. Ihren Mann hat sie im Rollstuhl in die Küche geschoben.

Warum sollte er sich von künstlichem Nährstoffbrei ernähren, den es abgepackt zu kaufen gibt – bloß weil er nicht schlucken kann? »Mein Mann hat gern und gut gegessen«, sagt sie, »und ich habe immer frisch gekocht.«

Sie ist dabei geblieben, auch in den acht Jahren, die ihr Mann in einer Art Schlaf verbracht hat. Nur dass der Pürierstab jetzt ihr wichtigstes Küchenutensil geworden ist.

Frank Winkler ist rund um die Uhr auf Pflege angewiesen. Oder besser gesagt: auf seine Frau. Sie weckt ihn um Viertel nach sechs, sie rasiert und wäscht ihn, sie wechselt seine Windeln, hievt ihn mit einem elektrischen Lift in den Rollstuhl und bringt ihn mittags wieder zu Bett, sie streichelt ihn um halb drei wach, um ihn erneut in den Rollstuhl zu wuchten und später eine Runde durch den kleinen Ort in der Lausitz zu schieben. Am Abend, wenn sie ihren Mann gegen 22 Uhr für die Nacht fertig gemacht hat, legt sie sich auf eine schmale Schlafstätte neben seinem Pflegebett.

Sie führt ein Leben, das kaum Raum für anderes lässt. Den gesetzlichen Kassen ist das genau 901 Euro pro Monat wert. So hoch ist das Pflegegeld in der höchsten Stufe, Pflegegrad fünf. Mit mehr finanzieller Anerkennung kann niemand rechnen. Und Beatrice Winkler findet, es wäre an der Zeit, das zu ändern.

In den Nachrichten verfolgt sie genau, wie in Berlin über die Pflege gesprochen wird. Die 53-Jährige wird das Gefühl nicht los, man habe sie vergessen, sehr lange schon. »Wir werden nicht wahrgenommen«, sagt sie.

Der scheidende Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nannte die Pflege »die soziale Frage« des Jahrzehnts. Doch ausgerechnet bei der Betreuung von Senioren und Schwerstkranken hinterlässt die schwarz-rote Koalition eine Großbaustelle. Die versprochene Erhöhung der Pflegeleistungen fiel aus. Wer sich mit einer 24-Stunden-Pflegekraft aus Osteuropa behilft, muss fürchten, dass das Arbeitsverhältnis nicht legal ist. Und Heimbewohner wissen noch immer nicht, ob sie sich die explodierenden Kosten für ihren Platz auf Dauer leisten können. Als Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) jüngst gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland vor einer »humanitären Katastrophe« warnte, klang das, als wären die Regierenden in den vergangenen Jahren nicht dabei gewesen.

Umso erstaunlicher ist, dass auch die angehende Ampelkoalition bemerkenswert ambitionslos bleibt. Im Sondierungspapier tauchte das Wort »Altenpflege« gar nicht auf. Erst als die Arbeitsgruppe Gesundheit sich am Dienstag im Raum »Baden« in der Baden-Württembergischen Landesvertretung traf, zeigte sich leiser Ehrgeiz. Auf der Tagesordnung zum Thema Pflege standen auch die Heimkosten, die verworrenen Leistungen – und die Lage der pflegenden Angehörigen wie Beatrice Winkler. Immerhin: SPD, Grüne und FDP haben sich jetzt vorgenommen, einiges besser zu machen. Wie konkret sie dabei werden, ist offen.

In Deutschland gibt es 4,6 Millionen Pflegebedürftige, und weil die meisten von ihnen alt sind, steigt ihre Zahl mit der demografischen Entwicklung. Rund 80 Prozent werden daheim umsorgt, meist von Frauen, doch von diesem größten Pflegedienst der Nation ist nur selten die Rede.

Die häusliche Pflege gerate an ihre Belastungsgrenze, schimpft Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK. »Es darf darum keinen Koalitionsvertrag ohne die Stärkung der Angehörigenpflege geben. Sonst werden wir als Sozialverband mit und für unsere über zwei Millionen Mitglieder auf die Straße gehen.«

Die letzte große Reform liegt mehr als eine Legislaturperiode zurück. Damals definierte Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) die Pflegegrade neu. Seit 2017 sind diese Regeln in Kraft. Doch noch immer fühlen sich viele Angehörige übersehen.

Oft beginnt die Pflege mit einem Schock. Einem Schlaganfall. Einem Sturz. Oder einem Auto, das auf der Bundesstraße wendet. Im Juni 2013 rasten Beatrice und Frank Winkler mit ihrem Motorrad frontal in das Fahrzeug vor ihnen. Sie hatten keine Chance zu bremsen. Es dauert ziemlich lange, bis Beatrice Winkler alle Knochen aufgezählt hat, die sich das Paar damals gebrochen hat.

Ihr Mann musste in den folgenden Monaten mehrmals operiert werden. Am Tag nachdem man die letzten Schrauben aus seinem Knie geholt hatte, gab sein Herz auf. Er wurde reanimiert, doch sein Gehirn war zu lange nicht durchblutet. »Hypoxischer Hirnschaden«, sagten die Ärzte.

In der Reha realisierte Beatrice Winkler, dass ihr Mann nie mehr der sein würde, der er einmal war. Dass er nie wieder würde sprechen können, nie lächeln. Wie es ihm geht, kann sie seither nur erahnen: Liegt er entspannt da, oder verzieht er sein Gesicht?

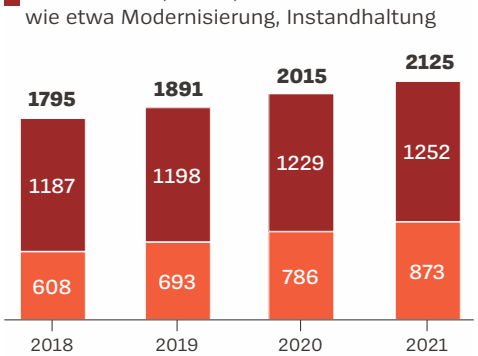
Beatrice und Frank Winkler sind seit der Schule befreundet und inzwischen seit 23 Jahren verheiratet. Sie ist gelernte Krankenschwester, es wäre ihr nie in den Sinn gekommen, sich nicht um ihren Mann zu kümmern.

Sie riss die Wand aus dem Wohnzimmer, um sein Pflegebett hineinzuschieben, und stritt mit den Kassen über den passenden Rollstuhl. Berufstätige Angehörige haben im Notfall Anspruch auf nur 10 bezahlte Tage »kurzzeitige Arbeitsverhinderung«, wie es offiziell heißt, wegen der Pandemie sind es derzeit ausnahmsweise 20 Tage. Danach können sie sich in der Regel ein halbes Jahr von ihrem Arbeitgeber freistellen lassen, unbezahlt. »Viel zu wenig«, findet Beatrice Winkler, die nie wieder berufstätig war.

Hätte Frank Winkler, der früher als Schweißer gearbeitet hat, keine private Berufsunfähigkeitsversicherung und keine kleine Erwerbsminderungsrente, käme die Familie

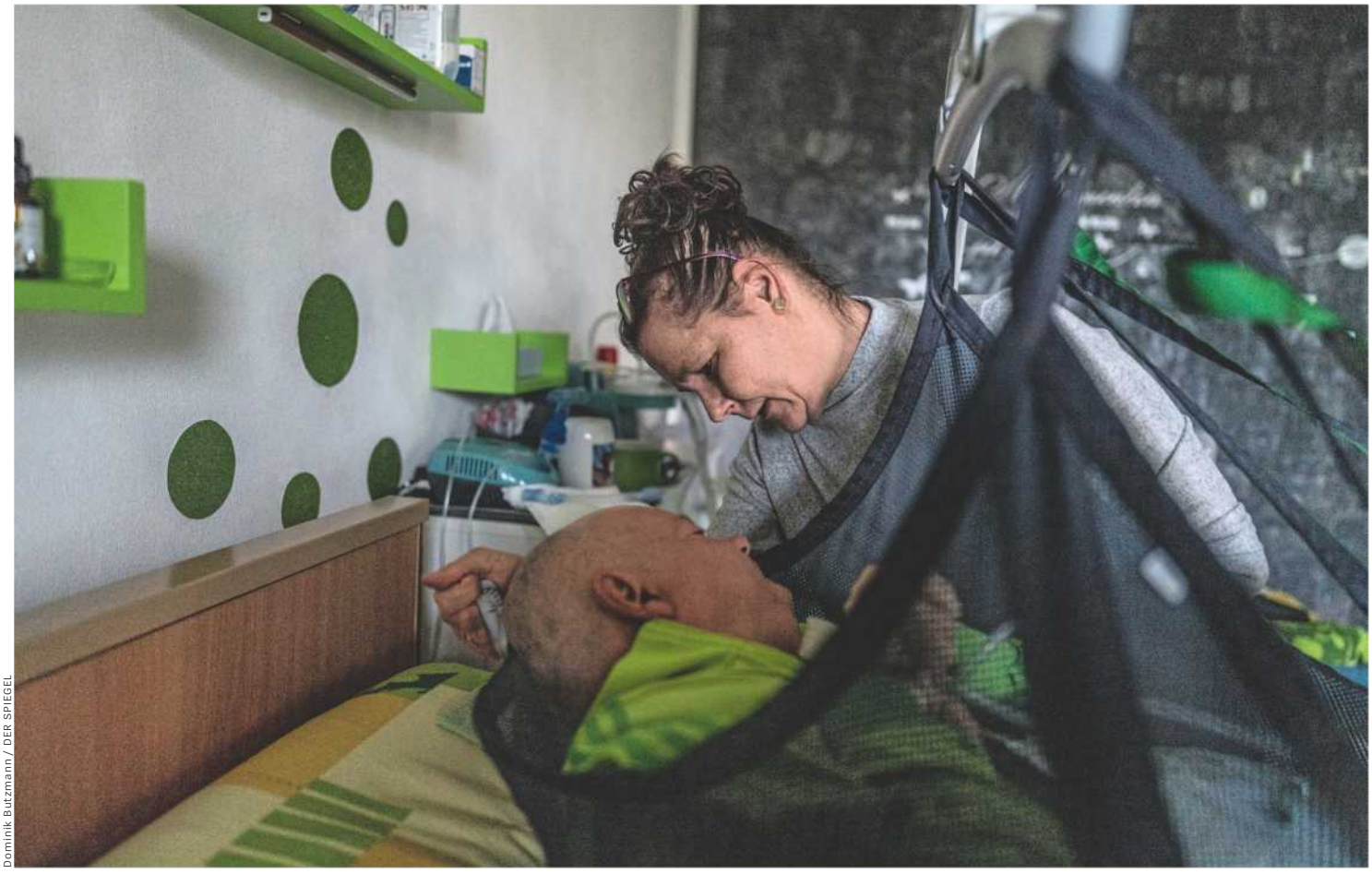
Teure Pflege

Monatliche Kosten*, die Pflegebedürftige bei Heimunterbringung in Deutschland selbst übernehmen müssen, in Euro



* Durchschnitt; ** einrichtungseinheitlicher Eigenanteil ab Pflegegrad 2

§ ▪ Quelle: vdek, Stand: Juli 2021, Daten jeweils zum 1. Juli



Dominik Butzmann / DER SPIEGEL

Wachkomapatient Winkler, Ehefrau Beatrice: »Wir werden nicht wahrgenommen«

heute mit dem Geld nicht aus. Mit 901 Euro Pflegegeld, sagt Beatrice Winkler, könne sie keine großen Sprünge machen.

Verbraucherschützer und Pflegeexperten halten es für einen Skandal, dass die Große Koalition die Zahlungen nicht erhöht hat. Noch Ende 2020 hatte das Gesundheitsministerium festgestellt, die Leistungen müssten um fünf Prozent steigen. Erwartete Kosten: 1,8 Milliarden Euro.

Zu der Erhöhung kam es nie, weil Spahn andere Schwerpunkte setzte. Er kündigte öffentlichkeitswirksam an, vor allem Heimbewohner finanziell entlasten zu wollen. Für die Pflege zu Hause reichte dann das Geld nicht mehr: Das 1,8-Milliarden-Euro-Versprechen wurde zur Gegenfinanzierung der Heimreform gestrichen.

Der Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Klaus Müller, sprach von einem »bösen Foul«. VdK-Präsidentin Bentele mahnt: »Angehörigenpflege darf nicht zur Armuts- und Krankheitsfalle werden.« Allerdings scheint die Ampelkoalition nun für eine Erhöhung durchaus offen.

Pflegeexperten fordern schon lange, den Wirrwarr an Leistungen zu entschlacken – von der Kurzzeit- und Verhinderungspflege bis zur Tages- und Nachtpflege, für die je eigene Anträge nötig sind. Einfacher wäre es, ein Guthaben einzuführen, über das die Menschen frei verfügen könnten – auch, um sich eine Auszeit zu verschaffen. So ein »Entlastungsbudget« hatte die Große Koalition versprochen, umgesetzt hat sie es nie.

Beatrice Winkler sagt, sie halte sich mit den kleinen Fortschritten aufrecht, die ihr Mann mache. Dass er sich heute von der Seite auf den Rücken drehen kann. Dass er im Rollstuhl sitzen kann. Und dass er es offensichtlich genießt, wenn sie in der Küche Musik aufdreht, um seinen Rollstuhl trippelt und vorsichtig seinen Arm schwenkt. »Wir tanzen«, sagt sie dann. »Das haben wir früher so gern gemacht.«

Auf externe Hilfe hat sie nur kurz vertraut. Einmal habe eine Pflegekraft ihren Mann fallen lassen, erzählt sie. Seitdem kümmert sich die Familie ausschließlich selbst. Nur einmal in der Woche kommt ein Pflegedienst, der die Kanüle in Frank Winklers Hals wechselt.

Weil es Deutschland seit Jahren nicht schafft, die Probleme zu lösen, suchen viele Betroffene Hilfe in Osteuropa. Rund 250 000 Privathaushalte sind nach Schätzungen des Bremer Gesundheitsökonomen Heinz Rothgang auf Betreuer aus dem Ausland angewiesen, die sogenannte Live-in-Pflege. Agenturen vermitteln die Arbeitskräfte für ein paar Monate nach Deutschland. In Broschüren und im Internet werben sie mit: »Hausengel«, »Helfer aus Polen« oder »Omas neue Polin«.

Allerdings ist an dem Deal oft vieles faul. Die Laien erhalten einen Lohn, der zwar um einiges höher liegen mag als in ihrer Heimat, aber offiziell nur für 30 bis 40 Wochenstunden berechnet wird. Meist sind die Helferinnen jedoch 24 Stunden in Bereitschaft.

Das Bundesarbeitsgericht hat diese Praxis kürzlich erschwert. Eine bulgarische Betreuerin erstritt, dass auch ihre Bereitschaftszeit bezahlt werden muss – zum Mindestlohn. Der Fall zeigte, was seit Jahren in der Pflege stillschweigend geduldet wird: Arbeitsverhältnisse am Rande der Ausbeutung.

Doch das Urteil stellt viele Haushalte vor ein Problem. Die wenigsten Pflegebedürftigen könnten die Kosten für eine 24-Stunden-Betreuung zum Mindestlohn aufbringen. Auch für die Pflegekassen wäre der Aufwand immens, wenn für die Sorge im eigenen Haushalt künftig gleich mehrere Personen eingesetzt werden müssten. »Wenn fünf bis sechs Pflegekräfte vernünftig bezahlt werden sollen, einen Mindestlohn von elf Euro vorausgesetzt, landet man bei Beträgen von mehr als 10 000 Euro pro Monat – viel mehr, als ein Heim kostet«, sagt Rothgang. »Das kann man der Solidargemeinschaft nicht zumuten.« Und auch keinem privaten Haushalt. Doch weil die Lösung des Problems kompliziert wird, hat die Politik sich bislang weggeduckt.

Menschen wie Elisabeth Müller stehen nun vor einem Dilemma. Ihren richtigen Namen möchte sie nicht nennen, denn was sie in ihrem Haus in Unterfranken macht, ist eigentlich nicht mehr legal.

In ihrem Wohnzimmer hängen die Bilder einer glücklichen Familie: Hochzeiten, Ge-

burtstagsfeiern, Neugeborene. Ihr altes Leben endete vor 16 Jahren, als ihr Mann beim Joggen mit einem Herzstillstand umfiel. Er wurde wiederbelebt, blieb aber ein schwerer Pflegefall, der rund um die Uhr auf Hilfe angewiesen ist.

Für Elisabeth Müller ist klar, dass sie ihren Mann nicht in ein Pflegeheim geben will. »Jemand, der sich nicht selbst äußern kann, ist im Heim verloren«, sagt sie.

Heute denkt sie manchmal darüber nach, was gewesen wäre, wenn der Rettungsdienst früher gekommen wäre. Oder noch später. Wie ihr Leben wäre, wenn Herbert nicht überlebt hätte. Es sind dunkle Gedanken. Aber wer jemanden zu Hause pflegt und solche Gedanken noch nie hatte, meint Müller, der lüge.

Unter Müllers Füßen, in einer Einliegerwohnung im Souterrain, lebt jetzt die Lösung des Problems. Seat kommt aus Montenegro, seit sieben Jahren arbeitet er in deutschen Familien, um seine eigene daheim zu finanzieren. Seat hat vier Kinder und eine Frau. Elisabeth Müller möchte nicht, dass er bei dem Gespräch dabei ist. Es gehe hier schließlich um sie und ihren Mann, nicht um den Pfleger, sagt sie. Sie kann sehr resolut sein.

Lange Zeit hat sie Herbert selbst betreut, auch ein ambulanter Pflegedienst half, aber als sie selbst ins Krankenhaus musste, war damit Schluss. »Meine einzige Sorge war: Wenn ich jetzt sterbe, was ist dann mit meinem Mann?«, sagt Müller. Seitdem hat sie verschiedene Vermittlungsdienste von 24-Stunden-Kräften ausprobiert. Binnen eines Jahres arbeiteten in ihrem Haus sechs Menschen aus Polen, Bosnien-Herzegowina und Montenegro.

So viel lässt sich sagen: Vermutlich hatten es nicht alle mit Elisabeth Müller leicht, und umgekehrt hatte auch sie nicht immer Glück. Da war der Mann aus Montenegro, der im Sommer als Baggerfahrer in Polen arbeitete und im Winter in der Pflege, da war der Kriegstraumatisierte aus Bosnien, der täglich schrie, ein anderer, der nur dann bleiben wollte, wenn sie schwarz 200 Euro mehr bezahlte. So erzählt Müller das. Es klingt nach verzweifelten Menschen, die in einem verzweifelten System arbeiten.

Manche wurden Freunde. Patrick aus Polen zum Beispiel oder Dana aus Sarajevo. »Es ist immer eine Glückssache, wen man bekommt«, sagt Elisabeth Müller, und es klingt, als spräche sie über eine Lotterie. Nur dass es bei der Lotterie um Menschen geht.

Fotos: Dominik Butzmann / DER SPIEGEL

Ehepaar Winkler am Hauslift, pürierte Schokoladentorte, Ordner mit Schriftverkehr mit der Pflegekasse: Ein Leben, das kaum Raum für anderes lässt

Irgendwann kommt Seat aus seiner Souterrainwohnung nach oben. Der Mann aus Montenegro trägt einen Trainingsanzug und lächelt zurückhaltend. Drei Monate will er bei den Müllers bleiben, so lange gilt sein Visum.

Seat nimmt Herberts Arme und legt sie vorsichtig um seinen Hals. Dann zieht er ihn mit Elisabeth Müller gemeinsam aus dem Sessel hoch. Seat sei stark wie »Batman«, sagt sie anerkennend, die Hände sanft auf den Rücken ihres Mannes gelegt. Während Seat Herbert Schritt für Schritt durchs Wohnzimmer zieht, beobachtet Müller die beiden Männer. Als sie im Flur verschwinden, läuft sie hinterher. Auf ihren Mann hat sie am liebsten selbst ein Auge.

Schon heute überweist sie jeden Monat 2800 Euro an Seats Agentur. Wie viel davon an den Mann aus Montenegro selbst geht, kann sie nicht sagen. Sicher ist nur: Wenn eine legale Rund-um-die-Uhr-Pflege künftig dreimal so teuer wäre, könnte Elisabeth Müller sie nicht bezahlen.

Manchmal wünsche sie sich, dass es einfach zu Ende gehe, sagt Müller, »weil ich mich alleingelassen fühle!« Sie meint, der Politik seien Angehörige und Pflegebedürftige wie sie und ihr Mann egal: »Bei den vielen Problemen, die wir im Land haben – wo sollen wir denn da noch mit rein?«

Der BIVA-Pflegeschutzbund appelliert an die Politik, das Problem zu lösen. Ansonsten sei das Modell für die meisten nicht mehr bezahlbar, »oder der Schwarzmarkt floriert«. Pflegeökonom Rothgang sieht eigentlich nur eine legale Lösung, die den wenigsten gefallen dürfte: »Wenn pflegebedürftige Personen wirklich Beaufsichtigung brauchen rund um die Uhr, dann müssen sie im gemeinschaftlichen Wohnen oder im Heim versorgt werden.« Dafür gibt es aber nicht genug Plätze. Ein Teufelskreis.

Anfangs hat auch Heiner Gerdes noch versucht, das Leben seiner Eltern mit einem ambulanten Pflegedienst zu organisieren. Als der Vater bettlägerig und blind wurde, siedelte

er Anfang 2019 in ein Heim um. Für die Mutter organisierte Gerdes eine ebenerdige Wohnung. Eine Studentin zog mit ein, um ein Auge auf die Mutter zu behalten. Es ging eine Weile gut. So lange, bis die Seniorin stürzte. Seit einem Jahr lebt auch sie im Heim.

Für zwei Plätze in zwei nahe gelegenen Häusern in Baden-Württemberg müssen die Senioren nun insgesamt 6100 Euro aus eigener Tasche zuzahlen – jeden Monat. Ihre Rente reicht gerade mal für die Hälfte, die Eigentumswohnung ist bereits verkauft, und auch die bescheidenen Einnahmen daraus gehen bald zur Neige.

Gerdes heißt in Wahrheit anders. Weil es um das Innenleben seiner Familie geht, hat der 54-Jährige gebeten, seinen richtigen Namen nicht zu nennen. Er sagt, es gehe für ihn völlig in Ordnung, dass die Pflegekosten seine Erbschaft aufzehren. Die Frage ist nur, wer danach für die Plätze seiner Eltern zahlt.

Es ist ein Problem, dass alle knapp 900 000 Heimbewohner und deren Angehörige umtreibt. Eine Statistik der Pflegekassen belegt, dass jeder von ihnen im Bundesschnitt derzeit 2125 Euro monatlich selbst für seinen Platz zuschießen muss. In Baden-Württemberg oder NRW erreichen die Kosten leicht 2500 Euro, in einzelnen Städten liegen sie um die 3000 Euro, so wie auch Familie Gerdes das erlebt. Tendenz steigend. Doch während die Eigenanteile explodieren, blieben die Leistungen der Pflegekasse konstant.

Von Januar 2022 an wird es einen neuen Zuschlag für Heimbewohner geben, aber das Projekt hat viele Tücken. Der sogenannte Eigenanteil für die eigentliche Pflege soll im ersten Heimjahr um 5 Prozent sinken, im zweiten um 25, im dritten um 45 und erst ab dem vierten Jahr um 70 Prozent.

Die bittere Wahrheit ist: Nur die wenigsten Bewohner werden von den höheren Stufen profitieren, die Mehrheit erlebt das zweite Jahr im Heim ohnehin nicht mehr, wie Patientenschützer schimpfen. Und die prozentuale Entlastung bezieht sich nicht auf die gesamten Kosten, sondern nur auf die Pflegeleistung. Für Unterkunft, Verpflegung oder ihren Anteil an Umbaumaßnahmen müssen die Betroffenen weiterhin allein aufkommen.

Dabei ist fast jeder dritte Heimbewohner schon heute auf Unterstützung vom Sozialamt angewiesen. Im vergangenen Jahr gab der Staat mehr als vier Milliarden Euro für die »Hilfe zur Pflege« aus. Keine andere Sozialleistung ist derart gestiegen. Und Wissenschaftler prophezeien, dass der Trend nach der Reform anhalten wird.

Auch erwachsene Kinder werden für den sogenannten Elternunterhalt zur Kasse gebeten – jedenfalls dann, wenn ihr jährliches Bruttoeinkommen die gesetzte Marke von 100 000 Euro übersteigt. Vom kommenden Jahr an wird daher auch Heiner Gerdes für die Heimkosten seiner Eltern zahlen.

Er arbeitet als Unternehmensberater, beim Gespräch sitzt er mit Brille und akkurat gebügeltem Hemd vor dem Bildschirm. Ihm sei bewusst, dass er privilegiert sei, sagt er. Er wolle nicht kleinlich sein, es gehe ihm nicht um sein Geld, sondern das Prinzip.

Gerdes hat zwei Geschwister, die – so erzählt er das – weitaus weniger verdienten als er. Daher sei es selbstverständlich, dass nur er die Heimkosten für seine Eltern übernehme. »Wir verstehen uns sehr gut, wir teilen auch die Besuche im Heim auf«, sagt er. Vor allem der Vater ist auf tägliche Hilfe angewiesen. Weil er nicht sehen kann, braucht er jemand, der ihm beim Essen den Löffel zum Mund führt. Nur fragt sich Gerdes, wie sich das Verhältnis zwischen Geschwistern verändert, wenn der eine für die Pflege zahlt, weil er muss, und die anderen nicht können, selbst wenn sie wollten.

Vor allem: Warum müsse ein erwachsenes Kind für seine Eltern aufkommen – unabhängig davon, wie es seine Kindheit erlebte? Die Elternbeihilfe könne man nur ablehnen, wenn man nachweisen könne, dass man misshandelt worden sei, sagt er. Er hat das bereits nachgelesen.

»Was eine Misshandlung ist, ist sehr subjektiv«, findet Gerdes. Und das Verhältnis zu seinen Eltern sei, nun ja, nicht immer das Beste gewesen. Sein Vater habe »sich den Arsch aufgerissen für Gott und die Welt«, jedenfalls außerhalb der Familie. Seine eigenen Kinder sahen ihn nur selten.

Für seine Kinder müsse jeder Verantwortung übernehmen, auch finanziell, so sieht Gerdes das. »Aber niemand kann sich seine Eltern aussuchen.« Er findet, die Pflegeversicherung solle neu gedacht werden. Für die Betreuung am Bett müsse die Allgemeinheit aufkommen. »Das sollte die Verantwortung der Pflegekassen sein.«

Was klingt wie die spezielle Sicht eines Privilegierten, ist eine Forderung, die viele Pflegeexperten teilen. Seit ihrer Gründung vor einem Vierteljahrhundert folgt die Versicherung dem Teilkaskoprinzip. Sie deckt also nicht alle Leistungen ab, sondern nur einen Teil. Ein Grund war, die Beitragslast überschaubar zu halten. Ein anderer, dass Familien einen Teil der Verantwortung für die Bedürftigen tragen – und es keinen Anreiz geben sollte, Senioren oder Schwerstkranke vorschnell ins Heim abzuschieben.

Was aber, wenn die Pflegekosten so explodieren wie derzeit und auch Normalverdiener überfordern? Schließlich möchten alle Parteien bessere Löhne in der Altenpflege durchsetzen. Steigen die Personalausgaben und bleiben zugleich die Leistungen der Pflegekasse konstant, zahlen im Teilkaskomodell die Pflegebedürftigen selbst – und nicht etwa die gesetzliche Versicherung.

Um das Problem zu lösen, gibt es viele Vorschläge. Sozialverbände wie der VdK fordern, die Pflegeversicherung zum Vollkaskosystem umzubauen.

Die gesetzlichen Pflegekassen wiederum wollen die private Konkurrenz anzapfen. Weil diese eine Kundschaft mit höheren Einkommen und geringeren Gesundheitsrisiken absichere, solle sie einen milliardenschweren Ausgleich zahlen. Auch der SPD schwebte so etwas bereits vor. Doch bei den Koalitionsverhandlungen ist der Vorschlag bislang vermintes Gelände. Er erinnert entfernt an die Bürgerversicherung, die Grüne und SPD dringend wollten, die FDP aber ebenso dringend ablehnt.

Allerdings drängt die Zeit, und die Gesellschaft muss sich bald klar entscheiden, was sie bereit ist, in die Pflege ihrer schwächsten Mitglieder zu investieren. Sollen nur die Beitragszahler aufkommen – und will die neue Bundesregierung damit Gefahr laufen, Klein- und Mittelverdiener überproportional zu belasten? Oder soll es künftig einen dauerhaften Steuerzuschuss geben? Um diese Gerechtigkeitsfragen auszuloten, sind Koalitionsverhandlungen kein schlechter Ort.

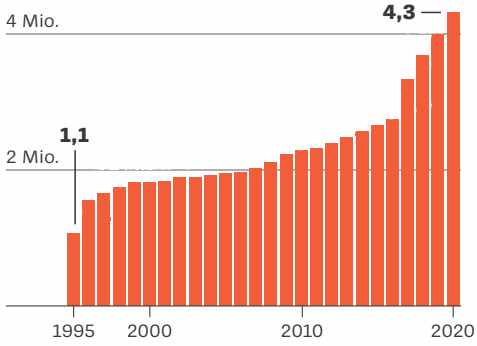
Beatrice Winkler ist bald selbst auf Hilfe angewiesen. Sie braucht ein neues Hüftgelenk. Die Tage übersteht sie nur mit Schmerztabletten, die Operation hat sie seit Jahren vor sich hergeschoben, um ihren Mann nicht alleinzulassen.

Jetzt steht der Termin. Noch in diesem Monat soll es so weit sein, wenn die Kasse ihr Okay für einen ambulanten Dienst gibt, der sich für einige Zeit um ihren Mann kümmert.

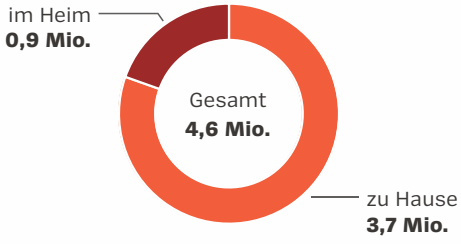
Beatrice Winkler hat schon vorgekocht, der Gefrierschrank in der Küche ist gefüllt mit 42 Plastikdöschen. »Nudeleintopf« steht darauf, »gebratener Fisch« oder »Frikassee«. Alles so fein püriert wie möglich. ■

Gepflegtes Wachstum

Leistungsbezieher aus der sozialen Pflegeversicherung



Pflegebedürftige in Deutschland, 2021



S • Quellen: Geschäftsstatisik der Pflegekassen, BMG

DER SPIEGEL

Wunschprämie für Sie

Jetzt eine neue Leserin oder einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!

TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT
DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.

Wagenfeld-Tischleuchte WG 24
Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 199,–.

€ 110,– Prämie
Bei Bestellung bis 15.11.2021 erhalten Sie € 110,– als Prämie. Schnell sichern!

110 € Amazon.de Gutschein
Bei Bestellung bis 15.11.2021 erhalten Sie einen Gutschein über € 110,– für Bücher, DVDs und mehr.

Samsung Galaxy Watch Active black
Sportliche Smartwatch mit vielen Fitnessfunktionen.
Bis zu 45 Stunden Akkulaufzeit. Ohne Zuzahlung.

Apple iPad der 9. Generation – 64 GB
Neues iPad mit 10,2" Retina-Display und A13 Bionic Chip.
Laufzeit: ca. 10 Std., Farbe: Space Grau. Zuzahlung: € 229,–.

Thule Revolve 55-cm-Bordtrolley
Hartschalen-Handgepäckkoffer mit TSA-Schlössern.
In Schwarz. Maße: 55×35×23 cm. Ohne Zuzahlung.

Einfach jetzt bestellen:
abo.spiegel.de/p21

oder telefonisch unter: 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur € 5,60
statt € 5,80 je Ausgabe.

SP21-101

Schachmatt für »Beaker«

SICHERHEIT 33 Monate brauchten Ermittler, um jenen Mann zu fassen, der hinter den Hassmails des »NSU 2.0« stehen soll. Sein entscheidender Fehler war wohl, dass er beim Schachspiel nicht verlieren wollte.

Als ein mobiles Einsatzkommando der Polizei am Abend des 3. Mai seine Wohnung im Berliner Wedding aufbrach, war Alexander M. wohl gerade auf dem Weg in die Küche. Ein Beamter stürmte an ihm vorbei ins Wohnzimmer, in dem der Computer lief. Die Polizisten wollten unbedingt verhindern, dass der Rechner sich abschaltete. Sie fürchteten, dass sie dann nicht mehr auf die Daten hätten zugreifen können, nach denen sie seit fast drei Jahren fieberhaft gesucht hatten.

Am Ende wunderten sich die Fahnder, wie dürftig der Computer gesichert war, stationärer PC, älteres Modell, ohne große Finessen. Mit diesem Gerät also soll ein mehrfach vorbestrafter und arbeitsloser IT-Techniker 33 Monate lang Angst und Schrecken unter Politikerinnen und Politikern, Künstlerinnen, Publizisten und Juristinnen verbreitet haben.

Alexander M., 53, ist nach Überzeugung der Ermittler jener Mann, der hinter 116 rechtsextremen Drohschreiben mit dem Absender »NSU 2.0« steht. Unter der Bezeichnung »SS Obersturmbannführer« soll er mehr als 30 Personen beleidigt oder mit Mord bedroht haben. Fragmente dieser Schreiben konnten die Beamten auf der Festplatte seines Computers sichern. Zudem hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main in einer 120-seitigen Anklageschrift viele andere Vorwürfe gegen M. zusammengetragen: Volksverhetzung, versuchte Nötigung, illegaler Waffenbesitz, Besitz von Kinderpornografie.

M. bestreite die Tatvorwürfe, so Nadja Niesen, Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Allerdings habe er sich bisher nicht zu den erdrückenden Beweisen geäußert, sagen Ermittler. In der gerade erhobenen Anklage heißt es, dass M. als Einzeltäter gehandelt habe, ohne erkennbares Netz von Unterstützern. Und ohne konspirative Hilfe von Polizisten, wie lange vermutet worden war. Wann der Prozess gegen M. beginnt, ist noch unklar.

chess.com

Boris Roessler / dpa

Clemens Bilan / epa

Profilbild des mutmaßlichen Täters auf einer Schach-Seite, Betroffene Başay-Yıldız, Wissler: Ihre Tochter werde man »schlachten«

Mithilfe von Details aus den Ermittlungen lässt sich nun nachzeichnen, wie die Polizei Alexander M. als mutmaßlichen Täter identifizierte. Es deutet vieles darauf hin, dass er zwei entscheidende Fehler machte: Er war als Hobby-Schachspieler zu ehrgeizig. Und er rechnete nicht mit der Hartnäckigkeit eines Frankfurter SEK-Beamten, der zufällig seine Schach-Leidenschaft teilte.

Der Fall beginnt am 2. August 2018 mit einem Fax, das in der Kanzlei der Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız eingeht. Die Juristin wird in dem Schreiben als »miese Türkensau« beschimpft, die sich »verpissen« solle, »solange du hier noch lebend rauskommst«. Ihre Tochter werde man »schlachten«. Darunter steht der Name des toten Terroristen Uwe Böhnhardt aus der Mördertruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU). Unterzeichnet ist das Fax mit dem Kürzel »NSU 2.0«.

Das Fax stürzt die hessische Polizei und Innenminister Peter Beuth (CDU) in eine schwere Krise. Denn es enthält Daten, die nicht öffentlich zugänglich waren. Staatsschützer finden heraus, dass Informationen über Başay-Yıldız kurz vor dem Verschicken des Faxes von einem Computer im 1. Frankfurter Polizeirevier abgerufen worden waren. Und auf dem Smartphone jener Beamtin, von deren Gerät aus die Abfrage erfolgte, stoßen die Ermittler auf eine rechtsextreme Chatgruppe hessischer Polizisten.

Der Verdacht lag nahe, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen den Hassmails des »NSU 2.0« und einem möglichen rechten Netzwerk bei der Polizei gab. In den folgenden Jahren tauchten immer mehr Drohschreiben auf, von denen einige diese Hypothese stärkten. Auch sie standen in zeitlichem Zusammenhang mit Abfragen an Polizeicomputern.

Geschickt wurden die Pamphlete in erster Linie an Frauen, neben Başay-Yıldız auch an die Kabarettistin Idil Baydar und an die Linkenpolitikerinnen Janine Wissler und Martina Renner. Die Suche nach den Absendern führte zum russisch-niederländischen Mailanbieter Yandex und dem dort geführten Account »tuerkensau«. Doch dann verlor sich die Spur in den Tiefen des Darknets.

Hessens Innenminister Beuth, in der Affäre zunehmend unter Druck, setzte schließlich einen Sonderermittler ein. Zwei Sprachwissenschaftlerinnen des Bundeskriminalamts erstellten ein linguistisches Gutachten, das erstaunliche Parallelen zwischen den Drohschreiben und verschiedenen Kommentaren im rechtsextremen Blog »PI-News« aufzeigte.

Auffällig häufig tauchten in beiden Fällen einige sonst eher selten verwendete Wörter wie »kongenial« auf. Auch Zitate aus einem Liedtext, in dem ein Serienmörder aus dem vergangenen Jahrhundert besungen wird, fanden sich sowohl in Drohmails als auch in Blog-Kommentaren. Und mitunter bezogen sich Kommentare und Drohschreiben auf dieselben lokalen Geschehnisse aus dem Soldiner Kiez in Berlin.

Die BKA-Expertinnen hatten aufgrund sprachlicher Merkmale ohnehin auf Berlin als Wohnort des Drohschreibers getippt. Ihre Analyse legte nahe, dass es vermutlich dieselbe Person war, die sich auch unter Nutzernamen wie »Elefant im Porzellanladen«, »Gomorrha« oder »Obersimulant« auf »PI-News« austobte.

Doch selbst dieser Hinweis brachte noch keinen Durchbruch. Alle Versuche scheiterten, über technische

Lösungen und Fallen an die Namen oder Adressen der Kommentatoren zu gelangen. Alexander M. benutzte den Tor-Browser, der die IP-Adressen seines Anschlusses verschleierte. Allerdings nicht immer und überall: Beim Schach im Netz vernachlässigte er seine Sicherheitsvorkehrungen. Und zu seinem Pech spielte ein Polizist des Frankfurter Spezialeinsatzkommandos (SEK), der zufällig ins Landeskriminalamt abgeordnet war, auch gern digital.

Der Beamte wühlte sich durch die Akten und verfolgte die Idee, dass der mutmaßliche Täter seine Internet-Pseudonyme womöglich auch auf anderen Plattformen verwenden könnte. Einen Nutzer mit dem Profilnamen »Obersimulant« fand der SEK-Mann etwa auf der Website Chess.com. Was aber noch wichtiger war: Das dazugehörige Profilbild dieses Nutzers war eine Figur aus der »Muppet Show«, der rothaarige »Beaker«. Und als »Beaker von der Muppetshow« hatte auch ein »Obersimulant« auf »PI-News« schon einmal Grüße verschickt.

Bei seinen aufwendigen Recherchen im Netz stieß der Ermittler auf weitere einschlägige Profile, hinter denen sich vermutlich immer derselbe Mensch versteckte: »Ernst Blausaeufer« oder »Wumme« zum Beispiel. Menschen mit diesem Profilnamen waren seit Jahren auch auf Chess.com aktiv. Sie hatten sich dort offenbar mit erfundenen Klarnamen wie »Ernst Möller« oder »Frank Dietrich« angemeldet. Und sie waren, wie der Ermittler herausfand, noch nie zur selben Zeit eingeloggt gewesen.

Eines aber hatten diese Nutzerprofile gemeinsam: Wer auch immer sie nutzte, war ein überdurchschnittlich guter und ehrgeiziger Spieler mit einer Vorliebe für Blitzschach: nur drei Minuten Bedenkzeit pro Partie. Wer dabei gewinnen will, darf keine Sekunde verschwenden. Mit einem langsamen Tor-Browser, der erst einen zeitraubenden Umweg über ein Anonymisierungsnetzwerk nimmt, hat man keine Chance. Alexander M. wollte aber nicht verlieren, spielte nach den Erkenntnissen der Fahnder mit einem regulären Browser im offenen Netz und riss damit wohl die entscheidende Lücke in seine Tarnung.

Über Abfragen bei Chess.com und einem Telekommunikationsanbieter stießen die Staatsschützer des hessischen Landeskriminalamts schließlich erst auf die IP-Adresse seines Computers und dann auf seine Anschrift in Berlin. M. hauste dort in einer weitgehend vermüllten Einzimmerwohnung, kaum mehr als 30 Quadratmeter groß. In seiner Küche entdeckten die Polizisten zwei tote Mäuse. M. sei ein Einzelgänger, der von Hartz-IV-Leistungen lebte und an der Bushaltestelle manchmal Selbstgespräche führte, so sagen es Ermittler.

Chronische Geldnot, ein aufbrausender Charakter und tote Mäuse in der Küche.

Vor der Erstürmung seiner Wohnung wurde M. überwacht. Er verbrachte die Tage wohl meist nach demselben Muster: Nachmittags kaufte er ein, dann setzte er sich, eingedeckt mit alkoholischen Getränken, bis spät in die Nacht vor seinen Computer. Die Fahnder wollten ihn überraschen, während das Gerät angeschaltet war.

Sie waren überzeugt, den Richtigen gefunden zu haben. M. hatte bereits mehrere Verurteilungen und Freiheitsstrafen hinter sich. Beleidigung und Bedrohung, Urkundenfälschung, Störung des öffentlichen Friedens, Besitz von Kinderpornografie. Das Berliner Amtsgericht Tiergarten bescheinigte ihm 2006 »chronische Geldnot« und einen »impulsiven und aufbrausenden Charakter«. M. sei »auf der steten Suche nach Anerkennung und Aufmerksamkeit«.

Vor allem aber verfügte er offenbar über das rhetorische Talent, sich bei Anrufen in Behörden Respekt zu verschaffen und Auskünfte herauszulocken. Schon 1992 soll er sich als Polizist ausgegeben haben, 1994 wurde er wegen Amtsanmaßung verurteilt.

Die hessischen Ermittler glauben, dass M. auf diesem Weg auch an einige der Informationen gekommen sein muss, die er für seine Drohschreiben verwendet habe. Vermutlich habe er auf Polizeirevieren und in Meldeämtern angerufen, sich als Kollege ausgegeben, der dringend eine Personenabfrage machen müsse. Da er wegen eines Systemversagens gerade nicht an die Daten komme, bitte er um eine telefonische Übermittlung.

In mehreren Fällen habe das wohl funktioniert, weil M. nach den Erkenntnissen der Ermittler das sogenannte Spoofing beherrschte: Auf dem Display der Angerufenen erschien die Rufnummer einer Polizeibehörde, die M. in seinem Computer erzeugen konnte. Andere Informationen, etwa Handynummern von Politikerinnen, habe er sich vermutlich aus dem Internet zusammengesucht.

Einige Betroffene zweifeln indes, dass sich das so abgespielt haben könnte. Der »NSU 2.0« sei nach ihrem Umzug auch an ihre neue Adresse gekommen, obwohl diese sogar im Polizeicomputer gesperrt gewesen sei, sagt die Anwältin Başay-Yıldız. Ein Einzeltäter wäre von Berlin aus dazu wohl kaum in der Lage gewesen, glaubt die Juristin.

Die Frankfurter Ermittler halten ihre Anklage dennoch für plausibel. Vor einigen Jahren, sagen sie, habe M. mit dem Berliner Einwohnermeldeamt darüber gestritten, ob seine eigene Adresse für Abfragen gesperrt werden müsse, weil er sich bedroht fühle. M. habe argumentiert, es sei doch ein Leichtes, eine Behörde anzurufen, sich als Beamter auszugeben und an fremde Adressdaten zu kommen. Das habe er schließlich auch selbst schon so gemacht.

Matthias Bartsch ■

SPIEGEL Buchverlag

Achtung, Fernweh!

256 Seiten mit Abb. | 14,00 € | Auch als E-Book erhältlich

Träumen Sie auch vom mobilen Home Office am anderen Ende der Welt? Wie wäre es, da neu anzufangen, wo es schön ist? Die Menschen in diesem Buch haben sich ihre Träume erfüllt. Vom Bed & Breakfast unter Palmen, davon, jeden Tag barfuß zu gehen – und vom schwimmenden Büro auf dem Mittelmeer. Ihre Geschichten inspirieren. Und wer nun selbst die Koffer packen will, findet zahlreiche Tipps sowie den ultimativen Selbsttest, um herauszufinden, ob das eigene Glück in der Ferne winkt!

PENGUIN VERLAG

»Der Mensch darf irrationale Entscheidungen treffen«

»Wir müssen der Unvernunft eine Grenze setzen«

SPIEGEL-STREITGESPRÄCH Die Juristin Frauke Rostalski, Mitglied im Deutschen Ethikrat, und der Mediziner Frank Ulrich Montgomery, Chef des Weltärztebundes, diskutieren über die Impfpflicht, einen Lockdown für Ungeimpfte und die Frage, ob man in der Pandemie den Menschen vor sich selbst schützen muss.

Strafrechtlerin Rostalski

Dominik Asbach / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Frau Rostalski, Herr Montgomery, Deutschland steht vor dem zweiten Coronawinter, die vierte Welle ist da. Die Inzidenzen sind so hoch wie nie, Mediziner warnen vor einer Überlastung der Intensivstationen. Das liegt vor allem daran, dass nur knapp 67 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft sind. Brauchen wir doch eine Impfpflicht?

Montgomery: Aus medizinischer Sicht wäre eine Impfpflicht unbedingt zu wünschen. Dann hätten wir weniger Tote, weniger schwere Verläufe und könnten früher auf Kontaktbeschränkungen verzichten. Es ist der Schlüssel zur Rückkehr in die Normalität für uns alle. Dass Gesundheitsminister Jens Spahn und die Bundeskanzlerin eine Impfpflicht früh ausgeschlossen haben, war voreilig und falsch.

Rostalski: Ob eine Impfpflicht gerechtfertigt ist, ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit. Sie muss einem legitimen Zweck dienen, in dem Fall, die Gesundheit der Menschen zu schützen und das Gesundheitssystem vor einem Kollaps zu bewahren. Da sich mit einer Impfung inzwischen jeder besonders Gefährdete selbst schützen kann, kann er den Staat nicht mehr in Anspruch nehmen. Es geht nun um das Gesundheitssystem. Steht es wirklich vor dem Kollaps? Und welche Gruppen belasten die Intensivstationen besonders?

Montgomery: Sie wollen also in erster Linie nur möglichen Opfern die Pflicht auferlegen, sich zu impfen, und nicht denjenigen, die sie potenziell anstecken? Da gehe ich als Arzt nicht mit. Wir brauchen eine Impfpflicht vor allem für die, die andere gefährden. Ich dachte, nach unserer Verfassung hört meine Freiheit auf, wo die des anderen anfängt.

Rostalski: Ich finde es nicht gut, wenn Sie hier von Opfern und Tätern sprechen. Wer sich nicht impfen lässt, ist kein Täter. Auch jemand aus einer Risikogruppe muss sich weder schuldig fühlen noch schämen, wenn er sich angesteckt hat. Wenn wir schon von Opfern sprechen, dann sind es doch die Kinder, die extreme Einschränkungen hingenommen haben, was ihre Freiheit und Bildung angeht. Das wurde bisher nicht ausgeglichen.

Montgomery: Ja, wir haben einen ganzen Jahrgang um seine Bildungschancen betrogen. Ich habe übrigens nicht von Tätern gesprochen, den Begriff haben Sie eingeführt. Ich mache mir aber Sorgen, wenn unter dem Schlagwort Verhältnismäßigkeit der absolute Lebensschutz in eine Abwägung gerät.

Rostalski: Es ist aber nun einmal so, dass Gesundheit und das Leben in unserer Rechtsgemeinschaft gegen andere Freiheitsrechte abgewogen werden. Es gibt keinen absoluten Lebensschutz. Wir fahren auch Auto, obwohl das lebensgefährlich ist. Dieses Risiko nehmen wir als Gesellschaft hin für die Freiheit, sich schnell fortzubewegen.

SPIEGEL: Ich darf aber nicht mit Tempo 100 durch die Innenstadt fahren.

Das Gespräch moderierten die Redakteurin Annette Großbongardt und der Redakteur Maik Großekathöfer.

Rostalski: Ja, um andere zu schützen, die das dort selbst nicht tun können. Gegen Covid-19 kann ich mich aber impfen lassen.
Montgomery: Mich würde interessieren, Frau Rostalski, was Sie zur Verhältnismäßigkeit sagten, wenn wir ein Virus hätten, das so ansteckend ist wie die Delta-Variante und so tödlich wie Ebola.
Rostalski: Dann wäre eine Impfpflicht unter Umständen zu rechtfertigen. Aber bei Corona ist das eben derzeit nicht der Fall.
Montgomery: Ich bin Arzt, ich will Leben retten, wo immer es geht.
Rostalski: Das widerspricht nicht meinem Anliegen. Aber eine Impfpflicht wäre ein erheblicher Eingriff in die Körperintegrität, in die Intimität einer Person sozusagen. Der Körper ist in unserem Rechtssystem eine so bedeutsame Grenze, die nur unter besonderen Umständen überschritten werden darf. Daher darf der Staat uns auch nicht zwingen, Blut zu spenden, auch wenn wir damit Leben retten würden. Eine Impfpflicht ist ein wesentlich stärkerer Eingriff als ein Lockdown. Die staatliche Schutzpflicht endet bei der Eigenverantwortung. Die habe ich auch, wenn ich in einen Wald gehe, wo mir ein Ast auf den Kopf fallen könnte. Da kann ich nicht vom Staat verlangen, dass er den Wald abholzt.
SPIEGEL: Ungeimpfte gefährden nicht nur sich, sondern auch andere. Das ist dann so, als liefe ich durch einen Wald, an dessen Bäumen gesägt wird.
Rostalski: Wenn der Einzelne mit dem Impfen in der Lage ist, sich selbst zu schützen, wird der Staat aus seiner Verantwortung entlassen.
Montgomery: Das Problem ist nur, dass sich zu wenige Menschen impfen lassen, dadurch bleibt ein Risiko für die Gesamtheit, auch weil sich in nicht verhinderten Infektionen neue Mutationen entwickeln können.
Rostalski: Zum Selbstschutz darf aber keiner gezwungen werden. Auch wenn wir das als unvernünftig beurteilen, in einem freiheitlichen Rechtsstaat darf der Mensch auch irrationale Entscheidungen treffen – solange er dadurch nicht andere gefährdet.
Montgomery: Ich finde, wir machen es uns zu einfach, wenn wir sagen, der Mensch darf halt unvernünftig sein. Wir brauchen da irgendwann auch ein bisschen Führung. Sonst habe ich die doch auch, warum nicht bei dieser tödlichen Krankheit?
Rostalski: Paternalismus ist hier fehl am Platze, in unserer Verfassung ist die Eigenverantwortung zentral.
Montgomery: Bei psychiatrisch Erkrankten mit Selbstgefährdungspotenzial haben wir erhebliche Eingriffsrechte bis hin zu der Frage, welche Medikamente wir ihnen verabreichen dürfen. Einen offen Tuberkulosekranken darf ich zwangsbehandeln. Als Arzt muss ich mich gegen Hepatitis B impfen lassen, wenn ich mit Blut zu tun habe. Hier handelt der Staat, aber in so einer Pandemie, die unsere Wirtschaft gefährdet, die Versorgung in den Krankenhäusern, ja, das Leben der Menschen,

Peter Rigaud / DER SPIEGEL

Mediziner Montgomery

da leisten wir uns eine akademische Debatte über Verhältnismäßigkeit.
Rostalski: Es geht hier nicht um eine akademische Debatte, sondern um handfeste, harte Maßnahmen, die der Bevölkerung auferlegt werden. Ihre Beispiele passen nicht. Ein psychisch Kranker kann eben nicht für sich selbst entscheiden. Und ein Arzt dient dem Gesundheitsschutz, er steht in Kontakt zu kranken Menschen. Bei manchen Erkrankungen kann Schutz geboten sein.
Montgomery: Das heißt, Sie sind für eine Impfpflicht für Ärzte und Pflegepersonal?
Rostalski: Sicher muss man über Ärztinnen und Ärzte und Pflegepersonal besonders nachdenken. Aber wir müssen auch fragen, ob es nicht ebenso effektive mildere Alternativen gibt. Etwa tägliche Tests.
Montgomery: Mit dem Testen komme ich doch immer zu spät. Wenn ich Glück habe, kann ich vielleicht die eine oder andere Infektion erwischen. Viel klüger ist es doch, die Infektion von vornherein zu verhindern.
Rostalski: Aber da wollen Sie wieder paternalistisch den Einzelnen vor sich selbst schützen. Wir sagen doch auch nicht: Du darfst nicht rauchen, du darfst nicht an einem Gummiseil von einer Brücke springen! Obwohl das alles hochgefährlich ist. Der Test ist eine gute Möglichkeit, weil ich dann weiß, an diesem Tag habe ich das Virus nicht in mir. Das weiß ich nicht, bloß weil ich geimpft bin.
Montgomery: Ach, entschuldigen Sie, diese Selbsttests sind ja nett gemeint, aber die haben eine relativ hohe Fehlerquote. Sie müssen dann schon PCR-Tests machen, dafür brauchen Sie medizinisches Personal. Ist da die Impfung nicht der einfachere Weg? Ich kann diese Überhöhung des Rechts auf Unvernunft nicht nachvollziehen. Wenn einer über den Ku'damm in Berlin rast, ist er unvernünftig. Wenn er dabei jemanden tötet, werten Gerichte das mitunter als Mord. Da wird der Unvernunft eine Grenze gesetzt. Warum nicht auch bei Corona?
Rostalski: Ku'damm-Raser werden nicht wegen ihrer Unvernunft bestraft, sondern weil sie andere verletzen – die sich dagegen nicht schützen können.
Montgomery: Dann möchte ich, dass derjenige, der sich nicht impfen lassen will, immer eine Maske trägt. Masken halten 95 bis 98 Prozent der Infektionen ab, wenn man sie richtig trägt. Oder leiten Sie aus der Unvernunft einiger weniger ab, dass alle immer Maske tragen müssen?
Rostalski: Eine Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln ist ein vergleichsweise gerin-

ger Eingriff in die Freiheit des Einzelnen. Für die Dauer der Pandemie erscheint mir das zumutbar auch gegenüber bereits Geimpften.

SPIEGEL: Hinter der Frage von Herrn Montgomery steckt doch: Wir haben knapp 70 Prozent Erstgeimpfte in Deutschland, somit sind 30 Prozent noch nicht geimpft. Nimmt da nicht, wie der ehemalige Bundesrichter Thomas Fischer gesagt hat, eine Minderheit die Mehrheit in Geiselhaft und erpresst sie?

Rostalski: Von einer Erpressung würde ich hier unter keinen Umständen sprechen. Die Minderheit der Ungeimpften löst keinen Druck auf andere aus, solange die sich effektiv selbst schützen können. Der Staat soll das Gesundheitssystem schützen. Anfangs gingen wir von einem Kollaps aus, wenn Triage-Situationen drohen. Wenn Ärzte entscheiden müssen, wer das lebensrettende Beatmungsgerät erhält und wer nicht. Derzeit geht es um eine Überlastung von Pflegern und das Verschieben von Operationen. Wann genau liegt der Kollaps vor? Darüber müssen wir uns als Gesellschaft noch klar werden.

Montgomery: Lassen Sie mich Ihre Argumente abräumen. Wir erleben bereits einen medizinischen Kollaps. Covid-19-Patienten liegen im Schnitt 18 Tage auf der Intensivstation, zwei Drittel von ihnen sterben. Andere Patienten bleiben im Schnitt drei bis vier Tage und verlassen die Station zu einem viel höheren Prozentsatz lebend. Das ist eine unbeschreibliche Belastung für das Personal, das es auch satthat, sich wegen der Unvernunft der Unwilligen abzurackern. Sie wollen nicht mehr auf der Intensivstation arbeiten. Und wir können 20 Prozent der Betten gar nicht belegen, weil uns die Leute fehlen. Und Sie werden verstehen, dass ich als jemand, der in seinem Leben Tausende Spritzen in alle möglichen Körperteile versenkt hat, das nicht als den großen Eingriff ansehe.

Rostalski: Ich bin überzeugt, dass die Pflegekräfte erschöpft sind, aber nicht nur wegen Corona. Ich kann aber nur davor warnen, Herr Montgomery, hier pauschal ein Bild vom Pflegepersonal zu zeichnen, das Ungeimpfte abschätzig behandelt. Einem Raucher mit Lungenkarzinom sollte auch nicht vorgehalten werden, dass er selbst schuld ist.

Montgomery: Die Pflegekräfte behandeln sie nicht abschätzig – sie gehen schlicht aus dem Beruf, weil sie einfach nicht mehr können.

SPIEGEL: Nach einem Coronaausbruch in einem Seniorenheim in Brandenburg sind 11 Menschen gestorben, 44 weitere Bewohner sind an Covid-19 erkrankt. Nur die Hälfte des Pflegepersonals war geimpft.

Montgomery: Das ist furchtbar. Für Menschen, die im Gesundheitssektor arbeiten, gibt es eine moralische Pflicht, sich impfen zu lassen, um die uns anvertrauten Personen nicht anzustecken und in Gefahr zu bringen. Da sollte die Politik jetzt handeln und eine rechtliche Pflicht wagen.

SPIEGEL: Und was ist mit Kassiererinnen und Kellnern? Oder Eltern kleiner Kinder?

Montgomery: Ich wünsche mir aus medizinischer Sicht eine allgemeine Impfpflicht. Aber ich fürchte einen langwierigen Rechtsstreit, der mit ethischen Argumenten verbrämt wird. Dass wir eine Herdenimmunität erreichen, sehe ich nicht. Deswegen brauchen wir auch die Booster. Und zwar nicht nur für die über 60-Jährigen, sondern für jeden, bei dem die Immunität nachlässt.

SPIEGEL: Ärztepräsident Klaus Reinhardt hat einen Lockdown für Ungeimpfte gefordert, wenn die stationäre Versorgung gesichert werden müsse. Österreich hat so einen Lockdown bereits angekündigt. Was halten Sie davon?

Rostalski: Es kommt darauf an, das Gesundheitssystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Man müsste schauen, welche Personen die Intensivstationen am stärksten belasten – und diesen Menschen notfalls besondere Einschränkungen auferlegen.

Montgomery: Wen wollen Sie wegsperren, die Älteren mit den Impfdurchbrüchen, die eh schon am meisten unter der Pandemie leiden? Auf den Intensivstationen liegen derzeit eher die 30- bis 69-Jährigen, in der Altersklasse sind viele Menschen nicht geimpft.

Rostalski: Wir müssen mit der Impfpflicht vorsichtig sein, denn sie ist ein hoher Eingriff, vor allem wenn Berufsfreiheit von der Impfung abhängig gemacht wird. Ein Lockdown nur für eine bestimmte Gruppe in der Zeit, in der eine Gefahr für das Gesundheitssystem besteht, könnte daher eine weniger eingriffsintensive Maßnahme sein.

SPIEGEL: Ließe sich eine Ausgangssperre für Ungeimpfte eines bestimmten Alters wirklich begründen?

Rostalski: Maßnahmen gegen bestimmte Gruppen lassen sich rechtfertigen, wenn Sie begründen können, dass es sich um »Störer« handelt, wie man im Gefahrenabwehrrecht sagt. Wir waren lange Zeit alle Störer, aber wenn es jetzt um den Schutz des Gesundheitssystems geht, kann man es auf diejenigen begrenzen, die die Intensivstationen voraussichtlich besonders belasten.

Montgomery: Ich bin nicht sicher, ob das der richtige Weg ist.

Rostalski: Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ist es der bessere Weg, als zu sagen, ich impfe jetzt zwangsweise die ganze Bevölkerung durch.

Montgomery: Das Impfen ist kein dramatischer Eingriff, es birgt kein hohes gesundheitliches Risiko.

Rostalski: Es ist ein erheblicher Eingriff in die Integrität des Körpers. Und der muss gut begründet werden.

Montgomery: Aber ich kann ihn doch begründen. Mit der Impfung schließe ich aus, dass ein Mensch sich selbst und andere gefährdet. Selbst wenn ein Geimpfter erkrankt, wird er einen leichteren Verlauf haben.

Rostalski: Noch einmal: Jeder kann sich selbst schützen. Es kann valide Gründe für einen Einzelnen geben, sich nicht impfen zu lassen, die wir akzeptieren müssen. Zum Beispiel, wenn jemand für sich das Risiko, an Corona zu erkranken, nicht als so hoch einschätzt. Mit jeder Impfung können Nebenwirkungen einhergehen oder das sehr seltene Ereignis eines Impfschadens. Wenn jemand das für sich ausschließen möchte und eine persönliche Risikoentscheidung trifft, müssen wir diese akzeptieren, solange das Gesundheitssystem nicht kollabiert.

Montgomery: Und wenn dieser Mensch klug wäre, ließe er sich impfen und könnte sein Leben genießen. Das Risiko einer Impfung ist geringer als das einer Nichtimpfung.

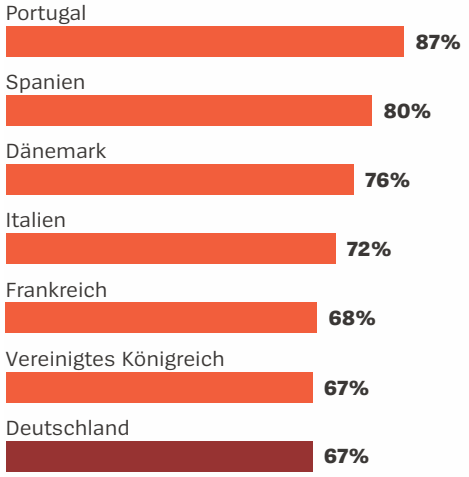
SPIEGEL: Dass der Fußballer Joshua Kimmich nicht geimpft ist, hat für ziemliche Aufregung gesorgt. Hat er das Recht, sich so zu entscheiden, auch in seiner Vorbildfunktion?

Rostalski: Ich werde mich nicht daran beteiligen, ein moralisches Urteil über Herrn Kimmich zu fällen. Ich beobachte aber mit Schrecken, wohin wir uns in der öffentlichen Debatte bewegen – dass wir Menschen nach ihrem Impfstatus bewerten und über sie den Stab brechen.

Montgomery: Auf die Person Kimmich bezogen, sehe ich das genauso. Aber in vielen Stadien müssen Menschen, die ihm zugucken, zujubeln und sein Gehalt mitfinanzieren, geimpft oder genesen sein. Ich erkenne da einen

Deutsche Impfskepsis

Bevölkerungsanteil, der vollständig gegen Covid-19 geimpft ist; ausgewählte europäische Länder



S • Quelle: Our World in Data; Stand: 4. November

»Man muss auch manchmal auf die Weisheit der Ärzte vertrauen.«

Frank Ulrich Montgomery

»Ich beobachte mit Schrecken, dass wir Menschen nach ihrem Impfstatus bewerten.«

Frauke Rostalski

Widerspruch, den sollte die Bundesliga auflösen und ungeimpfte Spieler dort nicht spielen lassen.

SPIEGEL: Warum ist eine Impfpflicht bei Masern möglich, aber nicht bei Covid-19?

Rostalski: Ich bin gespannt, wie das Bundesverfassungsgericht über die anhängigen Klagen urteilt. Der Masernimpfstoff ist jedenfalls länger erprobt als der gegen Covid-19, und die Kinder haben einen großen Eigennutzen. Eine Masernerkrankung verläuft in der Regel schwer, es gibt keine Therapie. Bei Corona bekommen die Kinder vielleicht nur leichten Schnupfen.

Montgomery: Die Abwägung von Nutzen und Risiko ist tatsächlich entscheidend. Für die über Zwölfjährigen wissen wir, dass der Nutzen einer Coronaimpfung höher ist als das Risiko. Ob wir eine Impfung für jüngere Kinder kriegen? Da bin ich mir nicht sicher, weil die Krankheit bei ihnen in der Regel mild verläuft. Und der Impfstoff mag neu sein, er baut aber auf etwas auf, das über Jahre in der Krebstherapie entwickelt wurde. Die Nebenwirkungen sind zu vernachlässigen, es gibt keine Langzeitfolgen. Und wenn mir Juristen ständig mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit kommen, da muss ich sagen: Wenn ich mir manche Tätowierung oder manches Piercing ansehe, dann wüsste ich, womit man die Haut besser hätte perforieren können.

SPIEGEL: Das Bundesgesundheitsministerium hat 3000 Menschen befragen lassen, wieso sie eine Impfung bislang abgelehnt haben. Eine Antwort lautet: Die Impfstoffe seien nicht ausreichend sicher und erprobt, sie fürchteten Impfschäden. Was sagen Sie diesen Leuten, Herr Montgomery?

Montgomery: Neulich hat mich ein amerikanischer Journalist gefragt, ob mir eigentlich klar sei, dass in den USA rund 6200 Menschen an der Coronaimpfung gestorben sind.

SPIEGEL: Und?

Montgomery: Stimmt. Knapp 192 Millionen Amerikaner wurden vollständig geimpft. Wenn die alle Covid-19 bekommen hätten, wären – bei einer Sterblichkeit von einem Prozent – 1,92 Millionen Menschen gestorben. Da kann ich den Leuten nur sagen: Lasst euch impfen! Unsere Aufgabe ist auch, etwas zu schützen, das in Deutschland begrifflich verpönt ist: die Volksgesundheit. Wir müssen an alle denken. Jetzt kann mir Frau Rostalski wieder Paternalismus vorwerfen, aber man muss auch manchmal auf die Weisheit der Ärzte vertrauen.

SPIEGEL: 68 Prozent der Befragten sagen, Corona sei häufig ein Vorwand für mehr staatliche Kontrolle, 79 Prozent halten die Grundrechtseingriffe für gravierender als die Gefahr durch das Virus. Und 84 Prozent meinten, der Druck sei zu groß. Wie kommt das?

Rostalski: Da kann ich nur mutmaßen. Menschen könnten sich nicht ernst genommen fühlen als mündige Bürgerinnen und Bürger. Druck erzeugt Gegendruck. Mich überrascht daher nicht, dass mehr Druck auf Ungeimpfte nicht zu mehr Impfungen geführt hat.

Montgomery: Wir erleben eine Distanz zum Staat. Das hat nichts mit der Medizin zu tun. Manche Menschen leiten aus ihren vielen Rechten ab, sich absolut unsozial und gegen den Staat verhalten zu dürfen. Sie greifen sogar Rettungskräfte und Feuerwehrleute an, die ihnen helfen wollen. Ich glaube, diese generelle Staatsverdrossenheit beeinflusst die Impfdebatte. Manche denken: Da ist eine Obrigkeit, die mir den Impfstoff einflößen will. Und wir beschäftigen uns mit diesem Unsinn.

Rostalski: Ich gebe Ihnen recht, eine allgemeine Politikverdrossenheit und mehr Populismus in unserer Gesellschaft können eine Ursache sein. Ungeimpfte pauschal als »absolut unsozial« zu bezeichnen, finde ich aber mehr als schwierig.

SPIEGEL: Spanien, Portugal und Italien haben eine höhere Impfquote als wir. Was ist in Deutschland schiefgelaufen?

Rostalski: In Italien gibt es einen indirekten Impfzwang, der ist supereffektiv. Am Arbeitsplatz gilt 3G, sogar im Homeoffice. Ich sehe das aber sehr kritisch, wie gesagt.

Montgomery: Ich war gerade in Rom, auf der Piazza Navona und am Petersdom standen die Leute dicht an dicht, ohne Maske. Die Menschen haben dort die Freiheiten wieder, von denen wir noch träumen.

Rostalski: Unsere Impfkampagne steht in der Kritik, weil wir auf viele Bevölkerungsgruppen nicht in dem Maße zugegangen sind, wie man es hätte tun müssen. Mit niedrigschwelligen Impfangeboten haben wir erst relativ spät begonnen.

Montgomery: Es hat anfangs gar keine zentral gesteuerte Impfkampagne gegeben. Und dann natürlich das Debakel rund um AstraZeneca, um die Nebenwirkungen. Die Kakofonie der unterschiedlichen Einschätzungen hat die Leute verunsichert. Je transparenter wir sind, je weniger wir beschönigen, desto mehr bestärken wir leider auch diejenigen, die sowieso schon widerwillig sind. Das ist das Dilemma einer Demokratie.

SPIEGEL: 2G gilt inzwischen vielerorts – eine Impfpflicht durch die Hintertür?

Rostalski: Ich finde es jedenfalls problematisch von der Politik, erst zu sagen, es solle keine Impfpflicht geben. Und dann schränkt man mit 2G die Freiheit in bestimmten Teilen doch ein. Das ist ein indirekter Impfzwang. Der andere Weg, die Impfpflicht, wäre dann nicht der bessere, aber der ehrlichere gewesen. Die Politik hat ein Versprechen gegeben, und das kann und sollte sie jetzt nicht brechen.

SPIEGEL: Was können wir jetzt tun, um die vierte Welle möglichst gut zu überstehen?

Montgomery: Impfen, impfen, impfen! Wir haben es selbst in der Hand.

Rostalski: Es ist wichtig, dass wir als Gesellschaft im Gespräch bleiben, aufeinander zugehen. Wir sollten alles versuchen, um das Freund-Feind-Schema aufzubrechen.

SPIEGEL: Frau Rostalski, Herr Montgomery, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Schleim raus
LUFT rein

Befreit die Atemwege – verkürzt die Krankheitsdauer.

GeloMyrtol® forte. Anw.: Zur Schleimlösung u. Erleichterung des Abhustens b. akuter u. chron. Bronchitis. Zur Schleimlösung b. Entzündungen der Nasennebenhöhlen (Sinusitis). Z. Anw. b. Erwachsenen, Jugendlichen u. Kindern ab 6 Jahren. Enth. Sorbitol. Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. Pohl-Boskamp (11)

»Der Druck macht mich skeptisch«

PANDEMIE Neun Menschen erzählen, was sie bislang abgehalten hat – und wieso sie sich nun doch gegen Corona impfen lassen.

Joshua Kimmich ist der bekannteste Ungeimpfte der Republik: Er wolle noch auf Studien zu Langzeitfolgen warten, hat der Fußballnationalspieler gesagt. Seither steht er in der Kritik. Was aber hat andere Menschen bislang davon abgehalten, sich impfen zu lassen? Und warum tun sie es jetzt doch? Der SPIEGEL *hat sich bei Impfaktionen in Bremen, Stuttgart und im sächsischen Wurzen umgehört.*

Sarah May Simon, 41
»Ich habe mich seit 1991 nicht impfen lassen und habe auch sonst kein großes Bedürfnis, zu Ärztinnen zu gehen, ich bin gesund. Als die Impfstoffe gegen Corona rauskamen, dachte ich: Das geht aber ganz schön schnell. Sonst werden Impfstoffe über Jahre getestet. Jetzt komme ich mir vor wie in einem Versuchslabor. Es heißt, geimpft würde ich Corona mit einem glimpflichen Verlauf überstehen. Aber ob ich daran kaputtgehe oder nicht, das kann mir auch niemand sagen. Ich bin keine Verschwörungstheoretikerin, ich bin auch nicht grundsätzlich gegen Impfen. Nur der Druck, der für die Impfung aufgebaut wird, macht mich skeptisch. Aber das Leben kann jeden Tag vorbei sein. Deshalb habe ich keine Lust, mich ständig aussperren zu lassen, mich immer wieder erklären zu müssen oder 20 Euro für einen Schnelltest zu zahlen, das kann ich mir auch gar nicht leisten. Auch logistisch ist das schwierig: Ich denke ja nicht, dass ich morgen eine Cola trinken gehen will. Das ist eine Entscheidung in dem Moment. Da ist es dann schon netter, einen QR-Code im Handy zu haben. Das Impfzentrum an der Messe schließt jetzt, und die zweite Impfung ist am anderen Ende der Stadt. Den Organisatoren ist völlig egal, ob die Menschen damit Probleme haben. Aber ein bisschen gut fühlt es sich auch an: Ich kann dann wieder frei über mein Leben bestimmen.«

Rojhat Dur, 26
»In 15 Tagen fliege ich in die Türkei und besuche meine Verwandten, wir haben uns seit 15 Jahren nicht gesehen. Ich habe mich mit Johnson & Johnson impfen lassen, damit die Impfung anerkannt ist, wenn ich fliege. Vorher habe ich keinen Grund gesehen, mich impfen zu lassen. Bei der Arbeit musste ich mich alle zwei Tage testen, aber das war okay. Ich hatte auch keine Angst vor Corona und keine Berührung damit im Freundes- oder Familienkreis. Die 3G-Regel hat mich nicht beeinflusst, weil ich sowieso nicht viel weggehe und mein Arbeitgeber die Tests bezahlt hat. Die ganzen Maßnahmen werden gemacht, damit die Leute sich impfen lassen, so wie ich jetzt. Wenn ich vor einem halben Jahr geflogen wäre, hätte ich noch einen kostenlosen PCR-Test machen können. Jetzt würde mich der pro Flug 60 Euro kosten, und ich müsste danach in Quarantäne. Die Impfung gibt mir keine Sicherheit, ich habe jetzt einen Aufkleber im Impfpass und fertig.«

Marius Mateiciuc, 20
»Meine Mutter hat die Falschnachrichten gelesen, dass man mit der Impfung einen Chip eingesetzt bekommt. Sie wusste, dass das nicht stimmen kann, aber die Nachrichten haben sie verunsichert. Deshalb hat sie sich nicht impfen lassen und wollte auch nicht, dass ich es mache. Inzwischen hat sie mit mehreren Leuten gesprochen, sich informiert und sich dann doch für die Impfung entschieden. Ich wollte mich von Anfang an impfen lassen, das macht den Alltag gerade viel einfacher. Aber meiner Mutter zuliebe habe ich gewartet.«

Wasim Allo, 25
»Ich wurde stigmatisiert, weil ich mich nicht impfen lassen wollte. Die Leute reagierten mit Unverständnis und wollten wissen, ob ich Angst vor der Impfung habe. Wenn meine Freunde was unternehmen wollten, haben sie mich gar nicht mehr gefragt. Oder sie haben aus Nettigkeit gefragt, aber eigentlich nicht gewollt, dass ich mitkomme. Ich habe bisher einfach keinen Sinn in der Impfung gesehen. Ich bin jung, fit und gehöre nicht zur Risikogruppe. Ich habe Corona auch gar nicht so mitverfolgt, weil ich der Meinung bin, dass man sowieso nichts machen kann und es nichts bringt, sich da zu viele Gedanken zu machen. Zu gewissen Themen habe ich mich dann ganz zurückgehalten, weil ich die Informationen gar nicht hatte und man schnell zu einer Gruppe gezählt wird, wo man gar nicht reingehört. Auf meine Freunde bin ich nicht sauer, aber auf die Gesetzgebung. Die 3G- und 2G-Regeln sind besser, als wenn alles schließen müsste. Dennoch ist man ja gezwungen, sich impfen zu lassen. Ich mache das jetzt nur, um es hinter mir zu haben.«

Juliane, 31
»Als die Impfungen gegen Corona angefangen haben, war ich schwanger. Ich wollte mich die ganze Zeit impfen lassen, aber es gab erst keine Empfehlung von der Impfkommission für Schwangere. Und als die da war, war ich schon so weit, dass ich beide Impfungen nicht mehr vor der Geburt geschafft hätte. Dann habe ich entschieden, mich direkt impfen zu lassen, wenn meine Tochter auf der Welt ist. Heute ist sie drei Wochen alt. Die Impfung gibt meinen Kindern und mir Sicherheit: Auch mein Sohn kann sich noch nicht impfen lassen, er ist erst drei. Während der Schwangerschaft war ich deshalb sehr vorsichtig. Am Anfang war noch Lockdown, da war das nicht so schwer. Dann bin ich immer wieder zur Arbeit nach Leipzig gependelt. Ich habe versucht, mich an meinen Kaffeebecher oder mein Handy zu klammern, um möglichst nichts sonst anzufassen. Wenn ich mit der Zweitimpfung durch bin, sind alle im nächsten Umfeld unserer Kinder geimpft. Ich bin froh, dass das bald abgehakt ist.«

Eren Gökdemir, 33
»Ich war Proband in der Curevac-Studie in Tübingen. Auf Reddit, einem Onlineforum, hatte ich einen Post zu der Studie gesehen und mich dort gemeldet. Eine Hälfte der Probanden hat den Wirkstoff bekommen und die andere Hälfte eine Kochsalzlösung. Was ich bekommen habe und ob es mich geschützt hat, weiß ich nicht. Aber ich dachte: Das ist eine Gefahr, der ich mich gern aussetze. Ich habe kein besonderes Risiko, schwer zu erkranken. Und weil ich kein Risikopatient bin, wollte ich dann mit einem zugelassenen Impfstoff warten und andere vorlassen. Aber jetzt sind alle Risikopatienten durchgeimpft, zumindest hoffe ich das. Als die 2G-Regel eingeführt wurde, habe ich entschieden, mich auch richtig impfen zu lassen.«

Fotos: Anika Freier / DER SPIEGEL

Steffen Herrmann, 50
»Eigentlich bin ich dem Ganzen gegenüber skeptisch eingestellt. Ich kritisiere den Druck, der da gemacht wird. Letzte Woche bin ich 50 geworden und wollte mit meiner Familie essen gehen. Wir haben ein Restaurant gesucht, das wir gut kannten und wo ich bisher das Gefühl hatte, dass die nicht so streng mit den Maßnahmen sind. Das hat dieses Mal nicht geklappt, wir mussten wieder gehen. Aber ich sehe es nicht ein, für einen Test quer durch die Stadt zu laufen und 15 Euro zu bezahlen, um zu beweisen, dass ich gesund bin. Ich wohne in einem Dorf und arbeite von zu Hause aus. Die Wahrscheinlichkeit, mich oder andere zu infizieren, ist da nicht groß. Außerdem habe ich eine Autoimmunerkrankung, die ich gerade halbwegs im Griff habe. Ich hatte Angst, was eine neue Impfung da auslösen könnte. Mittlerweile haben mir aber einige, die die gleiche Erkrankung haben, erzählt, dass sie damit keine Probleme hatten. Ich habe einfach dem Druck, der von außen gemacht wurde, nachgegeben. Jetzt ist es so – und ich kann auch wieder in die Sauna gehen.«

Dominic Machule, 17
»Für viele Attraktionen, zum Beispiel fürs Kino, braucht man eine Impfung oder einen Test. Hier in Wurzen ist das nicht so ein Problem, in Leipzig schon. Es nervt einfach, sich jedes Mal testen zu lassen, und wenn man keinen Ausweis dabeihat, kann man sich nicht mal testen lassen. Ich wurde von meinem Vati zu der Impfung überredet. Er hat sich schon sehr früh impfen lassen, weil er das für die Arbeit brauchte. Er hat alles gut vertragen, mal sehen, wie das bei mir ist. Es ist einfach viel praktischer, wenn man den Impfausweis vorzeigen kann. Und die Impfung ist nicht so schmerzhaft, wie immer einen Test zu machen. Viele meiner Freunde sind nicht geimpft, weil sie nicht wissen, was genau in dem Impfstoff drin ist. Ich habe auch Angst vor der Impfreaktion, aber ich lasse es einfach zu.«

Elke Arnold, 59
»Ich habe mich impfen lassen, weil man so gut wie gezwungen wird. Nur Geimpfte und Genese dürfen überall rein, das ist schon wie eine Pflicht geworden. Auch an der Arbeit war das ein Thema, außer mir sind fast alle geimpft. Als die Impfstoffe rauskamen, dachte ich: Das lasse ich nie machen. Es gibt keine Langzeiterfahrung, und die Impfung ist nicht gut getestet. Was ist in einem halben Jahr oder in einem Jahr? Das weiß man alles nicht. Ich habe immer noch ein bisschen Angst.«

Aufgezeichnet von Anika Freier ■

Flexibel bleiben.
Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Frei Haus.
Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause

Über 3 % sparen.
Für nur € 5,60 pro Ausgabe statt € 5,80 im Einzelkauf

Ohne Risiko.
Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich

Vergünstigte Tickets.
Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf www.spiegel-live.de

Einfach jetzt anfordern:
abo.spiegel.de/flexibel

oder telefonisch unter 040 3007-2700
(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)

Keine Mindest-laufzeit

Sascha Steinbach / epa

Wut, Rache, Verzweiflung

STRAFJUSTIZ Christiane K. hat offenbar fünf ihrer sechs Kinder getötet. Wie kann eine Mutter so etwas tun? Im Prozess hat das Landgericht Wuppertal nach Erklärungen für das Unfassbare gesucht. *Von Beate Lakotta*

Am Ende des neunten Verhandlungstags, es ist Anfang Juli, sitzt Christiane K. wie immer schweigend und äußerlich unbewegt auf der Anklagebank des Wuppertaler Landgerichts hinter ihren Verteidigern. Eine kleine Frau mit langem, blondem Haar im rot karierten Holzfällerhemd, die Augen sorgfältig mit Kajal umrandet, fast wirkt sie wie ein Teenager.

Jochen Kötter, der Vorsitzende Richter, hat soeben aus Briefen vorgelesen, die sie aus dem Gefängnis nach Hause geschrieben hat: »Ich wüsste mal gerne, was ich verbrochen habe, dass mein Leben so ein Trümmerhaufen ist«, schreibt sie da. Und: »Nebenan sitzt eine, die hat ihre Tochter fast verhungern lassen. Und mit solchen Leuten sitzt man hier!«

Christiane K., 28 Jahre alt, ist angeklagt, am 3. September 2020 in ihrer Wohnung in Solingen fünf ihrer sechs Kinder ermordet zu haben. Am Morgen des Tattages hatte ihr Noch-Ehemann, Vater von vieren ihrer Kinder, das endgültige Aus der Beziehung bestätigt – mit einem WhatsApp-Profilfoto, das ihn mit seiner neuen Freundin zeigte. Christiane K. hat behauptet, ein maskierter Fremder sei in ihre Wohnung eingedrungen, habe sie gefesselt und ihre Kinder in der Badewanne ertränkt. Vor Gericht schweigt sie.

Die fünfte Strafkammer gibt sich alle Mühe, K. gerecht zu werden – nur wie, wenn sie nicht spricht? Die Beweisaufnahme hat bis dahin nicht den kleinsten Hinweis auf einen Fremden in der Wohnung erbracht.

Christiane K. vor dem Landgericht Wuppertal: War es Rache? Ein Mitnahmesuizid? Oder einfach nur Überforderung?

»Frau K., Sie sollten darüber nachdenken, ob Sie mit dieser Lebenslüge leben wollen oder ob Sie noch was klären können«, wendet sich Richter Kötter an die Angeklagte.

Bei dieser Beweislage könnte die Kammer eine lebenslange Haftstrafe gegen sie verhängen und die besondere Schwere der Schuld feststellen. »Das andere Ende wäre ein Freispruch mit Einweisung in eine psychiatrische Klinik«, erläutert Kötter. Zwei Gutachter hat das Gericht beauftragt, den Psychiater Pedro Faustmann und die Rechtspsychologin Sabine Nowara, sie sehen dafür keinen Anlass.

»Aber Psychiater könnten Dinge übersehen, weil nur *Sie* mitteilen können, wie furchtbar verletzt Sie in Ihrem Leben sein mögen.« Kötter sucht den Blick der Angeklagten: »Gehen Sie in sich, ob Sie noch was sagen wollen.«

Christiane K. schaut zurück, mit großen Augen, wortlos.

Morgens zwischen 7.20 Uhr und 11.30 Uhr, so steht es in der Anklageschrift, habe sie Melina, 19 Monate alt, Leonie, 2, Sophie, 3, Timo, 6, und Luca, 8, einen betäubenden Medikamentencocktail in die Trinkbecher und Fläschchen gemischt. Als sie eingeschlafen waren, habe sie das Badewasser eingelassen und die Kinder nacheinander unter Wasser gedrückt. Ein fünffacher heimtückischer Mord, so bewertet Staatsanwalt Heribert Kaune-Gebhardt die Tat. Bis zum Todeseintritt, hatte eine Rechtsmedizinerin vor Gericht erklärt, müsse es bei jedem Kind drei bis fünf Minuten gedauert haben.

Nur ihr Ältester blieb verschont. Der Elfjährige war zur Tatzeit in der Schule. Am Vormittag hatte sie dort angerufen und ihn unter einem Vorwand aus dem Unterricht nehmen lassen. Die Geschwister seien bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen, erzählte sie ihm. Zusammen nahmen sie die Bahn zum Düsseldorfer Hauptbahnhof. Dort stellte sie ihn vor die Alternative, ob er mit ihr vor den Zug springen wolle oder weiterfahren zur Oma nach Mönchengladbach. Der Junge wollte zur Oma, Christiane K. warf sich vor einen einfahrenden Zug, überlebte jedoch und kam verletzt ins Krankenhaus.

Eine Mutter, die ihre Kinder tötet – wie kann das sein? War es Rache? Ein gescheiterter Mitnahmesuizid? War die sechsfache Mutter, von den Vätern der Kinder im Stich gelassen, emotional überfordert?

Am dritten Verhandlungstag zeigt der Vorsitzende auf dem Saalbild-

schirm Fotos: den grauen Wohnblock von außen, die vielen Briefkästen an der Tür, im Hausflur vor der Wohnung ein Regal mit Kinderschuhen, drinnen ein helles, freundliches Wohnzimmer, an den Wänden Geburtsfotos der Kinder und Kinderzeichnungen. Ein Kriminalbeamter erinnert sich: Es habe unordentlich ausgesehen, aber nicht schmutzig oder verwahrlost – »für einen Haushalt mit sechs Kindern okay«.

Nächstes Foto: »Hier haben wir das Etagenbett«, sagt Kötter. »Das war das Kind, so wie ich es abgedeckt habe«, kommentiert der Beamte die Aufnahme, sie zeigt einen nackten Jungen mit feuchtem Haar. So hätten sie alle fünf Kinder gefunden – in die Betten gelegt, wie zum Schlafen. Auf dem Bildschirm ist nun der Kopf eines Mädchens zu sehen, gebettet auf eine gelbe Kuschelente. Christiane K. hatte schon bei den ersten Bildern den Blick abgewendet, Tränen laufen ihr übers Gesicht.

Am Morgen nach dem Tod der Kinder erklärte sie im Krankenhaus einer Kriminalbeamtin, sie wisse nur noch, dass die Kinder Schnupfen gehabt hätten und nicht zur Schule gegangen seien. Danach sei alles schwarz. Erst Wochen später erzählte sie der Gefängnispsychologin und später auch den Gutachtern von dem maskierten Mann.

Er habe gesagt, er werde ihr Leben zerstören, so wie sie seines zerstört habe. Dabei habe er sie mit »Nele« angesprochen, einem Namen, den sie vor Jahren auf einem Erotikportal benutzt habe, wo sie und ihr Mann selbst gemachte Aufnahmen hochgeladen hätten. In einem unbeobachteten Moment habe sie aus der Wohnung flüchten können.

Eine abstruse Geschichte, die Ermittler haben nichts gefunden, was für ihren Wahrheitsgehalt spricht. Dafür haben sie Chatverläufe vom Tattag sichergestellt. Demnach ist Christiane K. vom frühen Morgen bis zum Mittag beinahe ununterbrochen in Kontakt mit ihrer Mutter und ihrem Mann Pascal. Es stellt sich heraus: Am Abend zuvor hat sie in ihrem WhatsApp-Status einen Fake-Chat mit einem anderen Mann gepostet, um seine Eifersucht zu wecken, ein geübtes Beziehungsmuster. Doch diesmal läuft es nicht wie erwartet – und das Unheil nimmt seinen Lauf.

Als Antwort postet Pascal am nächsten Morgen das Kussfoto mit seiner neuen Freundin. Er schreibt: »Ich liebe dich nicht mehr. Ich fange neu an mit einer neuen Beziehung.« – Sie: »Dann mach. Die Kinder siehst du nicht mehr.« Und an die Mutter: »Er hat eine Neue. Ich kann echt nicht mehr.«

Zwischen 9.15 und 10.37 Uhr schreibt sie wenig – ein mögliches Zeitfenster für die Tat. Nur ihre Mutter meldet sich aus dem Supermarkt: Welche Limonadensorte sie kaufen solle? Antwort: »Nimm mal nur Zitrone, Orange und Waldmeister.« Später sucht Christiane K. auf dem Bahnportal nach Zugverbindungen, aber da sind die Kinder wohl schon tot. Zweimal telefoniert sie mit der

»Die Kinder sind schon da oben. Ich gleich auch.« Dann springt sie vor den Zug.

Schule ihres ältesten Sohns und lässt ihn zu einem Treffpunkt am Rathaus schicken. Dort holt sie ihn ab. Von unterwegs überweist sie noch Geld für den Jungen an ihren Bruder.

Um 13.34 Uhr schreibt sie an Pascal: »Die Kinder sind schon da oben, ich gleich auch.« – Er: »Hör auf mit diesem Scheiß, lass es.« – »Die Kinder sind tot. Ruf die Polizei«– »Nein, verdammt« – »Ich meine es ernst, die Kinder leben nicht mehr.«

Dann springt sie.

Was der Prozess über Christiane K. zutage gefördert hat: Sie wächst mit Mutter, Vater, jüngerem Bruder auf, in äußerlich geordneten, bürgerlichen Verhältnissen. Der Gutachterin erzählt sie, sie sei der »Sonnenschein der Familie« gewesen. Ihrem Verteidiger Thomas Seifert vertraut sie an, der Vater, ein Supermarkt-Filialleiter, habe sie und den Bruder gedrängt, nackt im Garten zu spielen, er habe von ihr entsprechende Fotos gemacht. Jahre später, 2013, wird der Vater wegen Besitzes von Kinderpornografie verurteilt.

Christiane K. sagt, sie sei im Alter von zwölf Jahren vergewaltigt worden, von einem Bekannten der Großeltern. Damals habe sie sich geritzt, Tabletten geschluckt. Ein Aufenthalt in der Kinder- und Jugendpsychiatrie dauerte drei Monate. Seifert stellt in den Raum, sie sei auch vom Vater missbraucht worden, das bestreitet sie.

Eine ehemalige Klassenlehrerin aus der Hauptschule sagt aus: Christiane K. sei eine »gute Schülerin gewesen, unauffällig«, bis zur siebten Klasse. »Da hat sie uns erzählt, sie würde von einem schwarzen Mann mit Kapuze verfolgt. Er würde sie mit einem Messer bedrohen. Sie hyperventilierte, weinte, aber sie hat sich nicht geöffnet. Ich habe öfter den Krankenwagen geholt.« Als sie Christiane K.s Mutter danach fragte, habe die nichts von dem schwarzen Mann gewusst.

2009 bekommt Christiane ihr erstes Kind, von einem Jungen aus der Nachbarschaft. Er will, dass sie abtreibt, aber sie will es behalten. In der 10. Klasse bricht sie die Schule ab, hat kaum Kontakte, will sich nur um ihren Sohn kümmern. Von ihrem 18. Geburtstag an bekommt sie Hartz IV.

Den Vater ihres zweiten Kindes lernt sie auf einem Sexportal namens Kaufmich.de kennen. Der Mann erscheint als Zeuge: Beim ersten Mal habe er gezahlt, danach nicht mehr. Auch er drängt auf Abtreibung, aber sie entscheidet sich wieder für das Kind. Erst mit Pascal K. wird alles anders: Er freut sich über ihre zwei Kinder, bald ist sie von ihm schwanger mit dem dritten, sie heiraten 2013.

Bald darauf verliert Pascal seinen Job bei der Bundeswehr, leidet unter Depressionen, hat keine feste Arbeit. Zeugen beschreiben ihn als liebevollen Vater, doch immer wieder läuft er für Wochen aus der gemeinsamen Wohnung fort, trinkt, lebt auf der Straße oder wohnt bei seiner Mutter.

Christiane K. sagt, er sei wie ihr »siebtes Kind«. Mal will sie ihn loswerden, reicht die Scheidung ein, zieht sie wieder zurück. Im September 2020 sind sie und Pascal seit einem Jahr auseinander – eigentlich. Aber noch im August haben sie Sex miteinander. Sie habe noch ein siebtes Kind gewollt und Pascal »wie einen Samenspender« betrachtet, sagt sie der Gutachterin.

Aus dem Gefängnis schreibt sie an ihre Mutter: »Ich habe ihm vorgespielt, dass ich ihn wieder vollständig in mein Leben lassen würde. Aber das war mein Racheplan. Immer wenn er nicht in meiner Nähe war, habe ich

Sascha Steinbach / epa-EFE / Shutterstock

Blumen und Kerzen vor dem Tatort in Solingen: In die Betten gelegt wie zum Schlafen

hinter seinem Rücken mein Leben neu geplant und mit anderen Männern geschrieben.«

Verteidiger Thomas Seifert versucht Zweifel an der Schuld seiner Mandantin zu säen: Hätte nicht auch der Kindsvater ein Motiv gehabt? Der Hartz-IV-Empfänger, so stellt es Seifert in den Raum, könnte ja einen Auftragskiller engagiert haben, um Unterhaltszahlungen zu entgehen.

Seifert mutmaßt, Christiane K. leide an einer dissoziativen Persönlichkeitsstörung, als Folge des Missbrauchs. Grob gesagt, bedeute das, »dass sie körperlich die Tat begangen hat, aber psychisch nicht dabei war«. Oder ihr Gehirn könnte als Frühchen im Brutkasten mit zu wenig Sauerstoff versorgt worden sein. Ein radiologisches Gutachten könne dies belegen.

Die vom Gericht bestellten Gutachter winken ab: Nichts von alldem habe sich vor der Tat gezeigt.

Der Verteidiger bestellt einen Privatgutachter, den Münchner Psychiater Thomas Schwarz. Der attestiert Christiane K. nach einem dreistündigen Gespräch eine »gemischte Persönlichkeitsstörung mit eingeschränkter sozialer Kompetenz«, als Folge des möglichen frühkindlichen Hirnschadens oder der Vergewaltigung in der Jugend. »Vollkommen überfordert« sei sie in eine »akute Verzweiflungssituation« geraten. Sie sei vermindert schuldfähig, ihre »psychopathologische Grundstruktur« sei »am besten in einem psychiatrischen Krankenhaus zu behandeln«.

Doch selbst Schwarz muss einräumen, dass die Angeklagte im Alltag »tadellos funktionierte«. Zeugen geraten über ihre freundlichen, gut geratenen Kinder ins Schwärmen, Christiane K. pocht gegenüber den Gutachtern darauf, ihr Kühlschrank sei immer voll gewesen, jedes Jahr ein Urlaub mit allen Kindern, teures Spielzeug. Sie erwähnt ein Modellauto für 300 Euro, nicht ohne Stolz. Das Haushaltsbuch: tipptopp. Die Kredite konnten bedient werden, niemals habe sie sich überfordert gefühlt.

»Wenn sie Dinge aufbaut, meint sie, das Recht zu haben, diese zu zerstören.«

Am 18. Verhandlungstag erstellen die vom Gericht bestellten Experten ihre Gutachten. Der Vorsitzende erkundigt sich bei Psychiater Faustmann nach der dissoziativen Störung: »Eine Art Autopilot, der normale Alltagshandlungen verrichtet, und darunter irrlichtert eine zweite Persönlichkeit, die diese Tötungen vornimmt – könnte es das gewesen sein?«

Faustmann winkt ab: Die parallelen Chats mit Pascal und der Mutter am Tattag, dazwischen das Telefonat mit der Schule, dazu der komplexe Tatablauf – all das zeige, dass Christiane K. imstande war, differenziert zu handeln. Alles wirke »gut organisiert«.

Aber etwas anderes scheint in Christiane K. zu irrlichtern, ein irritierendes Ego, das in ihren Briefen an die Mutter zutage tritt. Der Vorsitzende liest vor: »Rücktransport mit Stop in Duisburg, Highlight der Reise: Bin ausgestiegen, da ging ein Gegröle los: Hammergeile Frau, die Blondine würde ich auch nicht von der Bettkante stoßen … Aber gut zu wissen: Ich habe nach wie vor Wirkung auf Männer.« Einmal erscheint sie in schulterfreier roter Bluse vor Gericht.

Im Gespräch habe Christiane K. sich selbstbewusst präsentiert, sagt Rechtspsychologin Sabine Nowara. Sie habe ein überdurchschnittlich positives Selbstbild, sei manipulativ, deute Situationen in ihrem Sinne um: »Wenn sie Dinge aufbaut, meint sie, das Recht zu haben, diese zu zerstören« – alles in allem nicht unerhebliche narzisstische Persönlichkeitszüge.

In Beziehungen trete sie sehr bestimmend auf. Die Männer hätten eine untergeordnete Rolle gespielt: »Sie waren die Erzeuger, und Frau K. konnte ihr Leben unabhängig davon gestalten.« Dabei zeige sie wenig Empathie: »Ich habe sie gebeten, mir die fünf Kinder zu beschreiben. Bei einer Person, die gerade ihre Kinder verloren hat, würde ich erwarten, dass dabei etwas passiert«, erinnert sich Nowara. »Aber da war nichts. Kein Ausbruch, keine Gefühle.«

Warum es Christiane K. als Mutter möglich gewesen sei, das zu tun? Nowara äußert dazu eine interessante Hypothese: Lege man an sie den gleichen Maßstab an wie an Männer, die vergleichbare Taten begehen, passten viele ihrer Persönlichkeitsmerkmale in das Raster klassischer Psychopathen. Die weibliche Psychopathie ist ein noch weithin unterbelichtetes Forschungsfeld, aber Christiane K. als Psychopathin – »das könnte ein Teil der Erklärung sein, warum es ihr möglich war«, sagt Nowara. Eine Krankheit sei das aber nicht und alles weitere Spekulation.

Der Vorsitzende schaut sorgenvoll: »Wo die Wissenschaft aufhört, das haben die Gutachter uns deutlich gemacht. Und mit dem Rest ist man allein.«

In seinem Schlussplädoyer bezeichnet der Staatsanwalt die Tat als »Mitnahmesuizid«, aber aus »stark ichbezogenen Motiven« – die besondere Schwere der Schuld liege bei fünffachem Mord auf der Hand.

Verteidiger Seifert fordert Freispruch, es stünden zu viele Zweifel im Raum. Komme dies nicht infrage, solle das Gericht Christiane K. wegen Totschlags zu acht Jahren und Einweisung in die Psychiatrie verurteilen. Das Mordmerkmal Heimtücke sei nicht nachzuweisen; ihr eigener Todeswunsch habe bei der Tat im Vordergrund gestanden.

K. verzichtet auf ein letztes Wort.

Nach 20 Verhandlungstagen verurteilt das Gericht K. am Donnerstag wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe und stellt die besondere Schwere der Schuld fest. Nach einer solchen Tat, die von einer Mutter begangen werde, wünsche man sich, dass sie irgendwie entschuldigt werden könne, sagt Richter Kötter. »Man wünscht sich Auflösung, Erlösung: Sie war eben krank oder verwirrt. Aber da muss ich Sie enttäuschen. Wir halten die Angeklagte für voll schuldfähig.«

Christiane K., sagt der Vorsitzende, habe die Kinder weniger aus Sorge um deren künftiges Wohl getötet, sondern aus Verzweiflung über das Scheitern ihres Lebensentwurfs, aus Wut und aus Rache. Wie Medea, die sagenhafte Königstochter, habe die »narzisstisch strukturierte Angeklagte« ihren Ehemann für die Demütigung und den empfundenen Verrat bestrafen wollen.

Ihr sei zu wünschen, »dass sie diese Taten in ihr Leben integrieren und vor allem ihrem ältesten Sohn etwas vermitteln kann, was ihm hilft zu verstehen, was geschehen ist«.

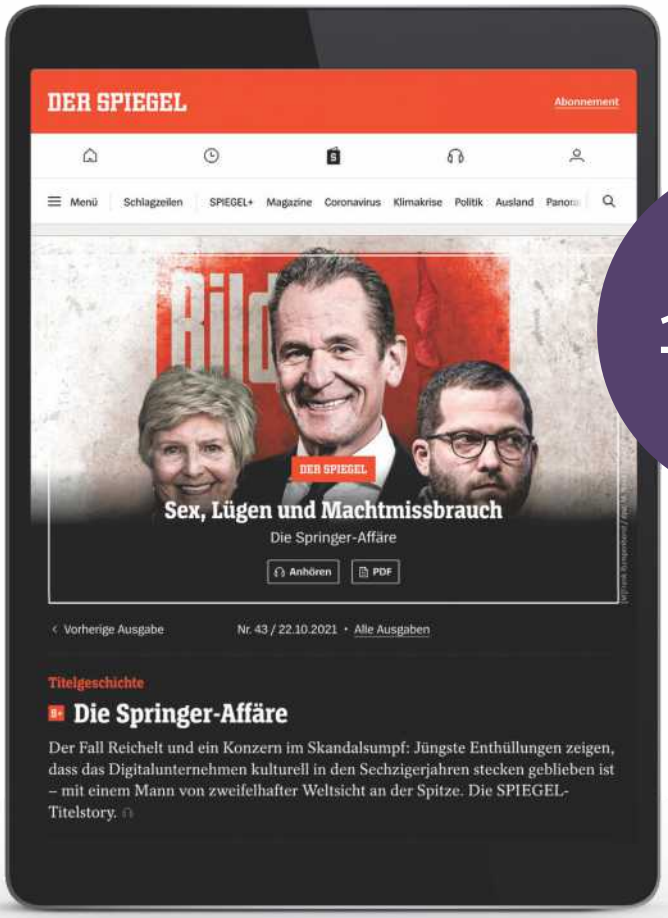
Als Kötter endet, sieht K. verweint aus. Die Verteidigung hat angekündigt, Revision einlegen zu wollen. ■

Sascha Steinbach / epa

Wohnungstür der Familie von Christiane K.: Im Alltag »tadellos funktioniert«

SPIEGEL+

Die ganze digitale Welt des SPIEGEL nutzen



Jetzt 1 Monat gratis

Mit SPIEGEL+ lesen Sie die digitale Ausgabe des SPIEGEL schon freitags ab 13 Uhr inklusive des E-Papers als PDF-Datei. Zusätzlich genießen Sie unbegrenzten Zugriff auf alle SPIEGEL+-Inhalte auf SPIEGEL.de wie exklusive Hintergründe, Reportagen, Videos sowie auf das Archiv und das Magazin, jede Woche von professionellen Sprechern vertont.

Starten Sie jetzt Ihren kostenlosen Probemonat!

abo.spiegel.de/plus

Manifest eines modernen Konservatismus

Entweder die CDU implodiert. Oder sie erfindet sich neu.

Von Andreas Rödder

Dass Konservative keine Zukunft haben, ist ein Befund so alt wie der Konservatismus selbst. Auch 2021 spricht manches dafür, allein schon im Hinblick auf regierende und nicht mehr regierende Konservative in Europa. Schon in den Neunzigerjahren ist die Dem,ocrazia Cristiana in Italien zerfallen. Im vergangenen Jahrzehnt bewegte sich das französische Mitte-rechts-Spektrum in Richtung Bedeutungslosigkeit, und in den Niederlanden fielen die Christdemokraten einer Zersplitterung des Parteiensystems zum Opfer, die fast alle europäischen Länder mit Verhältniswahlrecht erfasst hat.

Die gegenwärtig erfolgreichste konservative Partei Europas regiert im Vereinigten Königreich, wo Boris Johnson, nachdem er den Brexit in nationalpopulistischer Manier betrieben hat, nun die sozialpolitischen Traditionen der Tories ausgepackt hat, die Margaret Thatcher in den Achtzigerjahren bekämpfte. Der Ausgang des Experiments ist völlig offen und selbstgewisses deutsches Bashing mindestens voreilig. Allerdings ist Johnson in seiner anarchischen Inkonsistenz ebenso wenig ein belastbares Vorbild für seriösen Konservatismus wie Sebastian Kurz in Österreich, der zwar mit markanten Positionierungen erfolgreich war, aber offenbar, wenn auch von ihm bestritten, der Versuchung der Korruption erlag.

Das ist zwar kein exklusiv konservatives Phänomen. Konservative neigen aber dazu, Irregularitäten mit dem Zweck zu rechtfertigen, den eigenen Untergang zu verhindern. Dies verbindet sich mit einer zweiten, der populistischen Versuchung: dem Anspruch auf einen vermeintlichen Volkswillen, den sie gegen den Trend der Zeit, die Medien und die etablierten Institutionen richten, wie es in Polen und in Ungarn der Fall ist. Dasselbe gilt für Donald Trump, wobei der trumpistische Populismus sogar reguläre Wahlen delegitimiert.

Auch historisch gesehen ist Populismus freilich ein Spiel mit dem Feuer.

Martin Lengemann / WELT / ullstein bild

Rödder, 54, ist Professor für Neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, Mitglied der CDU und Mitgründer der »Denkfabrik R21. Neue Bürgerliche Politik«.

Der Sündenfall der deutschen Konservativen war ihr Pakt mit dem Nationalsozialismus. Und wer die Gewalt sieht, die beim Sturm auf das Kapitol am 6. Januar wütete, wird die Diagnose teilen, dass die USA sich bereits in einer Verfassungskrise befinden.

Vergleichsweise stabil sah demgegenüber die deutsche Union aus Christdemokraten und Christsozialen unter Angela Merkel aus. Am Ende ihrer Kanzlerschaft hat sie aber nicht nur das schlechteste Ergebnis aller Zeiten eingefahren. Offenkundig ist auch, dass der Kurs einer permanenten Anpassung nach links eine entkernte CDU hinterlassen hat, die nicht mehr weiß, wofür sie steht und wie sie sich unterscheidet.

Die Union nach Merkel steht an einem existenziellen Scheideweg: Entweder sie implodiert. Oder erfindet sich neu, so wie sie es in den Siebzigerjahren schon einmal getan hat, als Partei der bürgerlichen Mitte, indem sie sich auf ihre Wurzel eines liberalen Konservatismus besinnt, der nicht nostalgisch zurückblickt, sondern den Wandel gestalten will.

Politik beginnt, so sagen insbesondere Christdemokraten gern, mit dem Menschenbild. Ein konservatives Menschenbild ist von der Fehlbarkeit des Menschen geprägt. Was heute als unverrückbar richtig gilt, kann uns morgen als völlig falsch erscheinen. Und was der Mensch auch tut, es schafft unvorhergesehene Folgen. Die Marktliberalisierungen der Achtzigerjahre endeten in Staatshaftung, Gleichstellung erzeugt neue Ungleichheit, und dem postmodernen »Ende der großen Erzählung« folgte das neue Narrativ der Diversität.

Für Konservative erwächst daraus eine Haltung der Bescheidenheit und der Skepsis gegenüber Moden und vermeintlichen Gewissheiten. Konservative kultivieren demgegenüber einen Sinn für Ambiguität und Widersprüchlichkeit, ja für die Paradoxien und Aporien der Dinge.

Das gilt auch sich selbst gegenüber. Denn Konservative müssen sich immer wieder mit Entwicklungen arrangieren, die ihnen eigentlich nicht gefallen. Im 19. Jahrhundert lehnten sie die liberale Demokratie ab, für Konservative im 21. Jahrhundert ist sie eine Selbstverständlichkeit. Zugespitzt: Konservative verteidigen heute, was sie gestern bekämpften.

Man kann dies als Grundhaltung der gelassenen Selbstdistanz verstehen. Sie vermeidet sowohl den Anspruch auf die absolute Wahrheit, der die Linke oft so unerträglich macht, als auch das schlecht gelaunte Ressentiment und den kulturpessimistischen Zynismus vieler Rechter. Der Sinn für Unzulänglichkeit eröffnet Konservativen eine tolerante Offenheit und Menschenfreundlichkeit. Und der Sinn für Ambiguität und Widersprüchlichkeit ermöglicht ihnen eine Form der Kritikfähigkeit, die der identitätspolitischen Linken auf ihrem Weg zur kulturellen Hegemonie abhandengekommen ist.

Der Konservatismus hat kein inhaltlich fixiertes Programm wie der Liberalismus die Freiheit oder der Sozialismus die Gleichheit. Er ist vielmehr eine bestimmte Haltung zum Wandel. Und schon darin liegt eine Paradoxie, denn ohne Veränderung gab und gibt es keine Bewegung des Bewahrens, ohne Wandel keine Konservativen. Zugleich liegt genau hier der Grund so vieler Missverständnisse über »Konservatismus«, wenn er mit traditionalistischen oder reaktionären Anschauungen gleichgesetzt wird. Nichts jedoch könnte falscher sein.

Traditionalisten wollen den Wandel verhindern, damit alles so bleibt, wie es ist. Reaktionäre wollen das Rad in eine imaginäre bessere Vergangenheit zurückdrehen. Beides halten Konservative wahlweise für illusorisch oder gefährlich. Sie wissen, dass der Wandel in der Welt ist, und sie wollen ihn so gestalten, dass die Menschen ihn verkraften und mitkommen können. Diese konservative Grundhaltung unterscheidet sich zugleich von Uto-

CDU-Politiker Laschet, Merkel

Ingmar Björn Nolting / laif

pien einer neuen Welt oder gar eines neuen Menschen, deren totalitäre Dimension das 20. Jahrhundert in aller Deutlichkeit vor Augen geführt hat.

Den Wandel verträglich zu gestalten, bedeutet keineswegs, nur die Pausentaste des Fortschritts zu drücken, um sich ihm mit zeitlicher Verzögerung doch anzupassen. Konservatives Denken erfordert eine stete Abwägung, wo Prinzipien zu bewahren, wo auch Veränderungen rückgängig zu machen sind (wie bei der Kernenergie) und wo der Wandel zu akzeptieren ist, auch wenn man ihn vormals abgelehnt hat (wie etwa die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe). Auch Linke sind ja nicht auf einer Einbahnstraße ins Glück unterwegs, sondern müssen sich immer fragen, wo sie recht behalten haben (etwa mit der Demokratie) und wo sie fehlgegangen sind (zum Beispiel im Umgang mit Gewalt). Ein weltoffener, liberaler Konservatismus – und nur ein solcher hatte schon historisch eine Zukunft – ist ein permanentes Balanceproblem zwischen den Extremen alternativloser Anbiederung und dogmatischer Starrsinnigkeit, eine stetige Suche nach der goldenen Mitte zwischen weißer Flagge und letztem Graben.

Dafür bedient er sich einer an Aristoteles orientierten Form des Denkens, die nicht von Theorien und abstrakten Modellen, Utopien und Statistiken ausgeht, sondern von Erfahrungswerten und Alltagsvernunft, Realismus und Pragmatismus, Maß und Mitte. Hinzu kommt der Vorrang der Gesellschaft vor dem Staat. Dieser schützt nach liberal-konservativer Auffassung (und entgegen manch obrigkeitsstaatlicher Traditionen gerade in Deutschland) die Gesellschaft, ohne sie zu regulieren oder gar zu erziehen.

So unterscheiden sich liberale Konservative von Sozialisten beziehungsweise Sozialdemokraten im Verhältnis zum Staat, von Liberalen im Verhältnis zum Fortschritt, von Grünen in der Ablehnung, die Menschen umzuerziehen, und von der AfD in der Akzeptanz des Wandels und der modernen Welt. Zugleich lassen sich unterscheidbare politische Positionen formulieren, um zentrale Herausforderungen der Zwanzigerjahre zu adressieren.

In globaler Hinsicht liegen diese in den massiven geopolitischen Veränderungen, vor allem durch den Aufstieg Chinas, denen Deutschland und Europa nur zusammen mit den USA begegnen können. Dazu gehört auch, dass Deutschland als stärkste Macht in Europa in eine handlungsfähige europäische Ordnung investieren muss, ohne der Ideologie einer »immer engeren Union« oder den Rufen nach einer Transferunion zu verfallen.

Wirtschaftspolitisch wird ein liberaler Konservatismus die Prinzipien der Ordnungspolitik wiederbeleben, die dem Markt realistische Regeln setzt und ihn dann seine kreativen Kräfte entfalten lässt. Das gilt für die Klima- und Energiepolitik ebenso wie für Antriebstechniken der Automobilproduktion.

Konservative müssen sich immer wieder mit Entwicklungen arrangieren, die ihnen eigentlich nicht gefallen.

Ein liberaler Konservatismus erkennt an, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist, das Migration steuern muss und zugleich von allen Beteiligten Anstrengungen zur Integration verlangt, die auf für alle verbindlichen kulturellen Alltagserwartungen beruht. Gesellschaftspolitisch wird ein liberaler Konservatismus jederzeit bemüht sein, Benachteiligungen zu überwinden. Ausgewogene Beteiligungen nicht nur von Männern und Frauen sollten eine Frage des Common Sense sein. Zugleich bestehen sie darauf, dass Ungleichheiten aufgrund freier Entscheidungen und unterschiedlicher Leistungen zu einer offenen und freien Gesellschaft gehören, und daher lehnen sie gruppenbezogene Quoten oder Paritäten ab. Das setzt aber voraus, niedrigschwellige Benachteiligungen verschiedenster Art früher zu erkennen und entgegenzusteuern.

Konservative Politik wird nach neuen Wegen in der Bildungspolitik suchen, um auch unter Einsatz staatlicher Mittel eine neue Chancenoffensive zu eröffnen, die nicht nur auf dem Papier bestehende Chancen schafft. Sie wird dabei nicht übersehen, dass wachsende Vermögensungleichheiten insbesondere durch kumulative Vererbung zu strukturell so unterschiedlichen Lebenschancen führen, dass zumindest ein Zielkonflikt mit der Unantastbarkeit des Eigentums besteht.

Familienpolitisch werden Konservative heute deutlicher als vor 20 Jahren die Notwendigkeit akzeptieren, gleichberechtigte Erwerbsmöglichkeiten und Karrierechancen zu schaffen, und zugleich darauf bestehen, Familien selbst zu überlassen, wie sie ihr Leben führen wollen.

Liberale Konservative setzen auf Pluralismus unterschiedlicher Individuen statt auf ständisch gegliederte Diversität, auf Gleichberechtigung statt Gleichstellung, auf bessere Chancen statt auf eine neue Welt. Sie glauben an die Innovationsfähigkeit einer offenen bürgerlichen Gesellschaft und kämpfen für eine stete Verbesserung der überkommenen Verhältnisse. Ohne Zynismus und Ressentiment, sondern mit guter Laune und Gelassenheit, zu der auch ein Blick in die Geschichte verhilft: Ob es die Tories nach der Parteispaltung von 1846 waren oder die Christdemokraten nach dem Machtverlust von 1969 – immer wieder sind Konservative dem drohenden Untergang entkommen und haben als Gestalter des Wandels Erfolg gehabt. Auch die CDU hat jetzt die Chance. Diese. ■

Kriegskind, 2002

FAMILIENALBUM Sönke C. Weiss, 54, aus Dortmund

This is Sierra Whiskey. We're having a situation.« Sierra Whiskey – das war mein Funk- und Rufname, als ich im Sommer 2002 als Kommunikationsmanager für ein internationales Hilfswerk in Afghanistan im Einsatz war. Die Situation, um die es ging, war ein etwa zwölfjähriges Mädchen, das hochschwanger in einer Hütte lag – vier Autostunden von Herat im Westen des Landes entfernt. Es ging ihm schlecht, es war weggetreten. Der Bruder bat mich, das Mädchen zur nächsten Krankenstation zu bringen, wozu ich mich auch bereit erklärte. Offiziell aber war es mir sofort über Funk verboten worden, denn eine Regel lautete: Keine Zivilisten in Fahrzeugen mitnehmen. Wir platzierten das Mädchen und seine Mutter trotzdem auf die Rückbank. Mein Fahrer warnte mich: »Wenn es stirbt, bringen die uns um.« Denn in der Zwischenzeit hatten sich hinten auf unserem Pick-up mehrere Männer aus dem Dorf niedergelassen, die wohl aufpassen wollten, dass alles gut geht. Sie waren mit Kalaschnikows bewaffnet.

Wir fuhren über die buckelige Piste in Richtung Herat. Alle wurden gut durchgeschüttelt, bis geschah, wovor ich mich gefürchtet hatte. Dem Mädchen platzte die Fruchtblase, inmitten von Wüste und Bergen. Ich sprang aus dem Wagen, rannte zur Ladefläche und befahl dem Bruder des Mädchens ein Zelt zu bauen, als Schutz vor der Sonne. Woher ich den Mut und die Ruhe nahm, erinnere ich heute nicht mehr, ich hatte irgendwie auf Autopilot geschaltet. Aus ihren Turbanstoffen und Gewehren bauten die Männer eine Art Zelt im Sand, während ich den Erste-Hilfe-Koffer bereit machte, meine Hände desinfizierte und der Mutter des Mädchens bei der Geburt assistierte. Schon wenige Augenblicke später durften wir ein neues Leben begrüßen. Die Männer umarmten mich, als ob wir eine Familie wären. »Allah meint es gut mit dir«, sagte mein Fahrer. Stunden später kamen wir an einer Krankenstation an, wo wir Mutter und Kind wohlbehalten ablieferten. Ich durfte dem Jungen einen Namen geben und entschied mich für Hamid.

In der »Firma« gab's dann noch ordentlich Stress, weil ich »organisationsfremde Personen« befördert hatte, aber es war mir egal. Wenige Monate nach Hamids Geburt kam zu Hause meine eigene Tochter zur Welt. Ich war dabei und wusste, was zu tun war. Heute ist Hamid 19 Jahre alt. Was aus ihm wurde, weiß ich nicht.

Aufgezeichnet von Dialika Neufeld

▸ Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an: **familienalbum@spiegel.de**

TIERLIEBE

»Was macht man, wenn einem der Hund geklaut wird, Frau Brandts?«

SPIEGEL: In ganz Berlin hängen Plakate: »Jack Russell Oskar vermisst – 5000 Euro Finderlohn«. Was ist passiert?
Brandts: Meine Mutter war vor zwei Monaten mit unserem Oskar beim Drogeriemarkt. Sie hat ihn draußen angeleint; als sie zurückkam, war er weg. Es ist furchtbar.
SPIEGEL: Sind Sie zur Polizei gegangen?
Brandts: Ja. Zeugen haben gesehen, wie ein Zwölfjähriger Oskar entführt hat. Wir haben einen Aufruf im Internet gestartet, auf den sich der Bruder des Täters gemeldet hat. Mein Mann hat dann mit dem Jungen gesprochen.
SPIEGEL: Was hat er gesagt?
Brandts: Er hat gestanden. Er sagte, er habe Oskar mitgenommen, weil seine Eltern ihm keinen Hund kaufen wollten.
SPIEGEL: Hatte er Oskar dabei?
Brandts: Nein. Er hat ihn noch am selben Tag kurz abgeleint, da ist Oskar davongelaufen. Er sagt die Wahrheit, es gibt Zeugen.
SPIEGEL: Was ist dann passiert?
Brandts: Wir haben die Plakate aufgehängt, seitdem bekommen wir Hinweise. Eine Tiertrainerin sagte, wir sollten Spuren von den Sichtungsorten zu uns nach Hause legen. Ich bin abends durch die Stadt gegangen und habe getragene Kleidung und Brathähnchen an einer Kordel hinter mir hergezogen.
SPIEGEL: Brathähnchen?
Brandts: Er sollte Witterung aufnehmen. Es war mir unangenehm, aber Oskar bedeutet uns alles. Er ist wie unser Kind. Leider ist er bisher nicht nach Hause gekommen. Falls Sie ihn sehen: Er hat einen schwarzbraunen Kopf und einen weißen Fleck auf dem Rücken. Er ist frech, aber auch scheu. Rascheln Sie mit irgendetwas, knien Sie sich hin. Dann rufen Sie die Polizei oder schreiben eine Mail an Finding-Oskar@gmx.de. PYI

Friederike Brandts, 31, ist Projektmanagerin.

Das Geld auf der Straße

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE Warum ein liberianischer Motorradtaxifahrer zum Nationalhelden wurde

Der Tag, der alles ändern würde, begann für Emmanuel Tuloe wie die anderen: mit einem leeren Bauch. Er frühstücke nicht, sagt er, weil er kein Geld dafür habe. Erst nach der Arbeit könne er sich eine Cook Bowl leisten, eine Schale Maniok oder Reis aus einer der Straßenküchen. Wenn es gut laufe, mit einem Stückchen Fleisch darin.

Tuloe ist 18 Jahre alt und fährt ein Phen-Phen, ein Motorradtaxi, in der liberianischen Provinz. Er stieg an jenem Morgen auf die Maschine seines Chefs, eine schwarze TVS, und machte sich auf, um sich sein Essen zu verdienen. Es war der 10. Oktober, ein Sonntag.

Knapp zwei Wochen nach den Ereignissen, sitzt er in Monrovia, der Hauptstadt Liberias, rund sieben Autostunden von seinem Zuhause entfernt auf einem roten Plastikstuhl, ein schüchterner Teenager, der sich noch nicht daran gewöhnt hat, über sich selbst zu sprechen. Er trägt neuerdings ein gebügeltes Hemd und Anzughosen wie ein Geschäftsmann. Mit leiser Stimme beginnt er zu erzählen.

Es geschah zwischen zehn und elf Uhr am Morgen, sagt er. Er fuhr in einer Kolonne mit fünf anderen Motorrädern. Tuloe fuhr vorn. Eine Kundin auf dem Sitz. Sie waren in einem Ort namens Kpallah gewesen, wo es einen Brautpreis zu bezahlen gab, und befanden sich auf dem Rückweg, als er am Straßenrand die Tasche sah.

Tuloe stammt aus der Region Nimba County im Norden von Liberia, einer armen ländlichen Gegend mit viel Grün und wenig Infrastruktur. Er mag Fußball und Musik, sagt er, fragt man ihn nach seinen Vorbildern, nennt er als Erstes seine Großmutter.

Tuloes Vater starb, als er ein kleiner Junge war, seine Mutter lernte er nie kennen. So kam es, dass er mit seinen acht Geschwistern bei der Großmutter aufwuchs. Sie wohnen in einem Armenviertel, in einem ungestrichenen Lehmhaus mit drei Zimmern und »schlechten Türen«. Die Großmutter baute Reis und Maniok an, um sie zu ernähren. Tuloe sagt, in jeder freien Minute habe er auf dem Feld arbeiten müssen.

In der siebten Klasse musste er die Schule abbrechen. Dabei sei er immer gern hingegangen in die »Voice of Hope Christian School«. Sein Lieblingsfach: Wissenschaft. Doch die Großmutter schaffte es nicht mehr, genug zu essen auf den Tisch zu bringen. Statt etwas über Wissenschaft zu lernen, lernte Emmanuel nun, wie man Motorradtaxi fährt.

Motorradtaxis sind in Liberia eines der gängigsten Fortbewegungsmittel. Die Kunden winken die Phen-Phen vom Straßenrand heran oder steigen auf Sammelparkplätzen auf.

Die Reisetasche, die er an jenem Morgen am Straßenrand liegen sah, war pinkfarben und lag auf einem Grasstreifen. Tuloe entschied sich anzuhalten. Er nahm die Tasche hoch, öffnete sie und fing an zu zittern, so erzählte es später seine Tante, die ebenfalls dabei war. Brot sei in der Tasche gewesen, erinnert sich Tuloe, eine Hose. Und ein riesiger Batzen Geld.

Emmanuel Tuloe verdient am Tag nur ein paar Euro. Liberia ist eines der ärmsten Länder der Welt. In der Tasche befanden sich mehr als 50 000 US-Dollar.

Tuloe könnte mit 50 000 Dollar für sich und seine Familie ein Haus aus Ziegeln bauen. Wieder in die Schule gehen. Oder sein eigener Chef werden, mit einem eigenen Motorrad.

Liberias Präsident Weah, Tuloe, Screenhot von der Website Bnn.de

PRESIDENTIAL PRESS OFFICE HANDOU / EPA

Nationalheld

Liberia: Mann gibt gefundenes Geld zurück

Stattdessen brachte er das Geld erst mal ins Haus seiner Tante. Zur Sicherheit, wie er sagt.

Kurz darauf machte sich eine Geschäftsfrau namens Musu Yancy auf den Weg zur lokalen Radiostation und sprach eine Botschaft in das Mikrofon. Sie hatte ihre Einnahmen einem Geldkurier gegeben, der sie nach Monrovia zu ihrem Händler bringen sollte. Unterwegs habe der Kurier die Tasche verloren, 11 000 Dollar darin gehörten ihr, der Rest stammte von anderen Geschäftsleuten aus der Gegend. Über das Radio bat sie den unbekannten Finder darum, das Geld zurückzubringen.

Manche sagten, Tuloe sei verrückt. Manche sagten, er werde arm sterben, weil er so dumm sei, seine einzige Chance auf Reichtum zu vergeben. Tuloe aber sagt: »Ich war erleichtert.« Das Geld machte ihm Angst.

Als er der Frau die Tasche gab, habe sie gelacht, getanzt, das Geld gezählt. Nicht ein Schein fehlte. Zur Belohnung gab sie Tuloe 1500 Dollar. 1000 davon schenkte er seiner Tante.

Warum er das Geld nicht behalten habe? »Weil Oma mich so erzogen hat.«

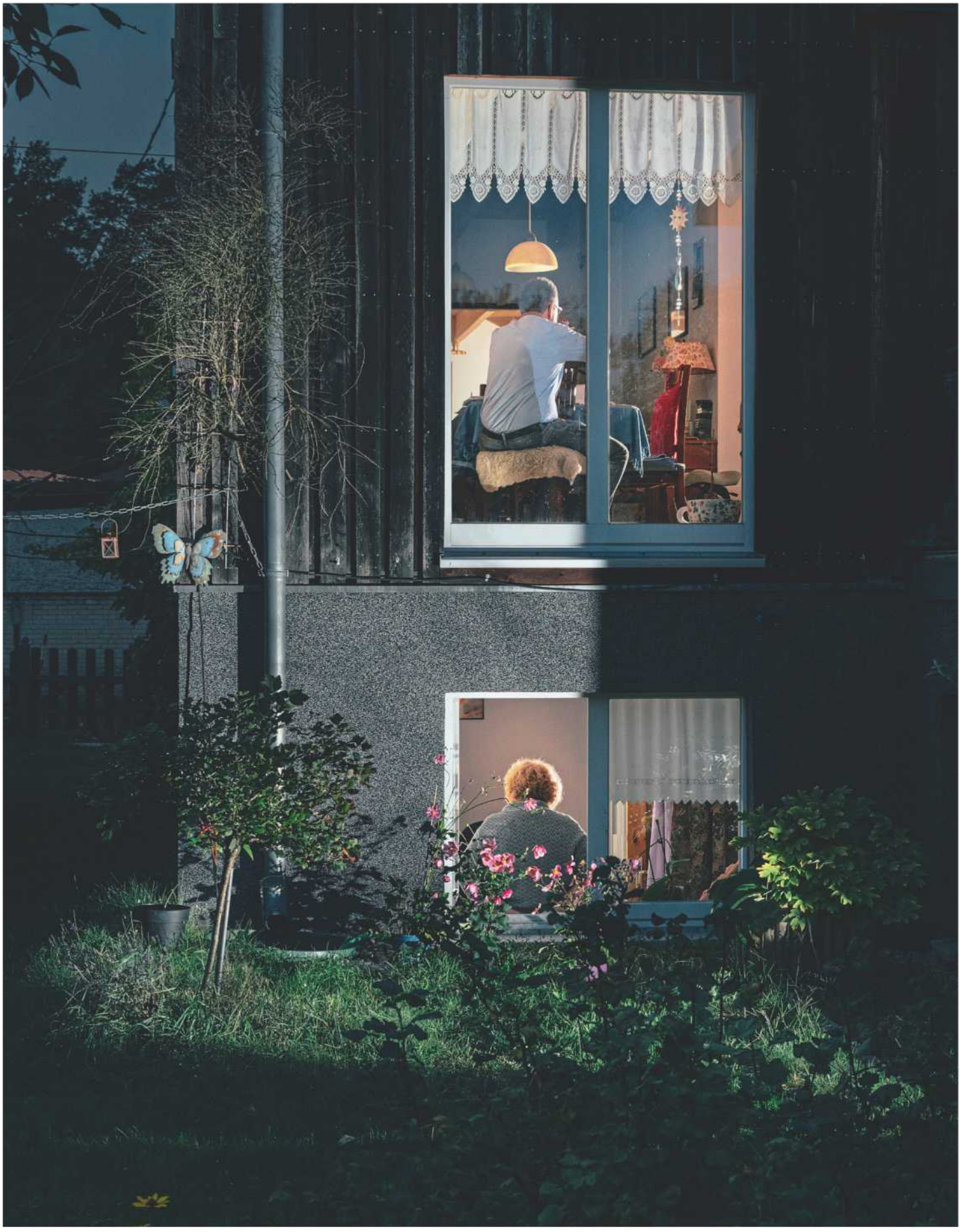
Die Medien feierten ihn tagelang als Helden, als Ikone der Ehrlichkeit. Präsident George Weah lud ihn nach Monrovia ein, sicher auch, weil er die Chance auf positive PR erkannte. Es gibt ein Video von der Begegnung. Tuloe sitzt umgeben von wichtigen Leuten an einem großen Tisch, vor Aufregung starr wie ein Stein. Der Präsident sagt, er sei ein Vorbild. Er verspricht ihm ein Stipendium für seine Schulausbildung, dann schenkt er ihm 10 000 Dollar und zwei Motorräder, brandneu und glänzend, eine rote und eine blaue TVS.

Ehrlichkeit wird in diesem von Korruption geplagten Land reich belohnt, so lautete die Botschaft. Tuloe verzieht während seiner Ehrung keine Miene, vielleicht ist er starr vor Glück, vielleicht vor Überforderung.

Bald meldeten sich erste Freunde und verlangten, Tuloe müsse Ruhm und Lohn mit ihnen teilen, weil sie dabei waren, als er die Tasche fand. Emmanuel Tuloe, die Ehrlichkeitsikone, aber bleibt dabei: Er sei der erste Finder.

Wie er sich die Zukunft vorstelle, jetzt, wo sie ihm offensteht? Er werde in Monrovia bleiben und zur Schule gehen, so wie es der Präsident für ihn entschieden habe, sagt Tuloe. Er hat jetzt ein eigenes Bankkonto. Er kann seiner Familie helfen. Und er wird sich ein Frühstück leisten können, jeden Morgen, für eine lange Zeit.

Dialika Neufeld ■



Haus der Eheleute am Rand von Berlin: Jeder lebt auf seiner Etage, manchmal treffen sie sich in der Mitte

Bis Corona uns scheidet

BEZIEHUNGEN Jahrzehntelang haben sie ihr Leben gemeinsam gelebt, ein Haus gebaut, die Kinder großgezogen, Höhen und Tiefen einer Ehe miteinander erlebt. Dann kommt die Pandemie, und plötzlich stellen sie fest, dass sie schon lange in unterschiedlichen Welten leben. *Von Frauke Hunfeld (Text) und Hannes Jung (Fotos)*

Er kauft die Konzertkarten nur noch für sich. Sie kann ja oft nicht mit, weil sie nicht geimpft ist und weil die Testerei umständlich ist und teuer. Sie haben das früher gern zusammen gemacht. Die Liebe zur Musik und der Besuch von Oper und Konzert zählten zu den Dingen, die sie immer verbunden haben. In der Wut hat er zu ihr gesagt: Wenn du dich nicht impfen lässt, dann unterschreibe bitte, dass du auch auf intensivmedizinische Behandlung verzichtest, wenn du krank wirst.

Sie trifft sich mit Leuten, die er nicht mehr kennt. Da reden sie ganz offen: über die neuesten Studien, aber auch über das, was jeder erlebt, als Ungeimpfter. Über die Konflikte in der Familie, die Beschimpfungen in Medien oder von Freunden, die keine mehr sind. Auch darüber, wie man ungeimpft und ohne Test und nicht genesen zu einem Besuch in ein Krankenhaus kommt, durch den Personaleingang nämlich. Welcher Friseur trotzdem die Haare schneidet und wo man sich demnächst Lebensmittel besorgen könne, wenn die Supermärkte Ungeimpfte nicht mehr reinlassen. Dass es so kommen wird, da sind sie sicher, in ihrer kleinen Gruppe, die sich über den Messengerdienst Telegram gefunden hat. In ihrer Wut hat sie zu ihm gesagt: Du willst gar nicht wissen, was auf der Gegenseite passiert, weil du konfliktscheu bist und bequem und weil es dich infrage stellen könnte.

Sebastian und Christiane. Er hat dunkle Locken, sie hat helle Locken. Er ist Mathematiker, sie hat Musikwissenschaften studiert. Er ist seit 30 Jahren im Staatsdienst, sie hat immer wieder neu angefangen, neu anfangen müssen. Er ist zuständig für die IT-Systeme in einer Berliner Justizbehörde. Sie hat an der Oper gearbeitet, am Theater, in der Politik, hat Fortbildungen gemacht zum systemischen Coach, zu Naturheilverfahren. Zwei Söhne haben sie großgezogen, beide sind erwachsen und gehen ihren Weg, einer lebt in der Schweiz, der andere in Berlin. Sie sind seit fast 36 Jahren verheiratet.

Am Anfang der Pandemie hat er gar nicht gemerkt, was in ihr vorgeht. Sie haben ihre Kontakte eingeschränkt, erzählt Sebastian, und Vorsicht walten lassen, besonders wenn sie die alten Eltern besucht haben, keine Umarmung, Abstand, so Sachen. Man wusste nicht viel, und deswegen waren sie beide vorsichtig.

Er dachte, sie sind sich einig. Sie gehen da zusammen durch, und irgendwann ist alles wieder wie vorher.

Ihr waren die Coronamaßnahmen unheimlich. Sie kannte niemanden, der Corona hat.

Er sagt: Klar habe ich mitbekommen, dass es ein paar Leute gab, die Corona und seine Gefährlichkeit für eine Erfindung hielten und sich entsprechend geäußert haben. Ich habe das erst mal beiseitegetan, und ich dachte, das sind ein paar Bekloppte, die muss man nicht weiter ernst nehmen.

Sie sagt: Ich habe gedacht, irgendwie ist das eine Art von Panikmache, die jemandem politisch ins Spiel passt. Wir haben ein ökologisches Problem, wir haben ein Flüchtlingsproblem, wir haben ein Verteilungsproblem und so weiter. Ich habe eigentlich darauf gewartet, dass etwas passiert, was den Blick davon weglenkt. Etwas, das uns alle beschäftigt. Deswegen habe ich von Anfang an auf die Zahlen geachtet, die als Begründungen herangezogen wurden für einzelne Maßnahmen. Und ich fand die sehr widersprüchlich.

Um über diese Zeit zu sprechen, haben sich die beiden in ihrem Haus mit dem SPIEGEL gemeinsam an ihren Esstisch gesetzt. Später erzählten sie in Einzelgesprächen und langen Telefonaten, wie sie zurückblicken auf die vergangenen Monate.

Die Tür zum Garten steht offen und lässt die letzte Oktobersonne herein. Vom Esstisch aus, an dem das Gespräch stattfindet, hat man einen fantastischen Blick in den Garten. Vor 20 Jahren sind sie hier rausgezogen und haben ein Haus gebaut am Rand von Berlin. Ein Holzhaus, mit Schilfkläranlage, kleinen Fenstern zur Nordseite, Glas und riesigen Fenstern gen Süden, offen für Wärme und Licht. Nachbarn aus dem Ort empörten sich anfangs über die »Scheunenoptik« des neuen Hauses. Sie haben es mit Zellulose ökologisch dämmen lassen, zu einer Zeit, als über die Nachhaltigkeit moderner Dämmstoffe noch nicht allzu viel nachgedacht wurde. Das Haus hat drei Etagen und eine hoch liegende Terrasse. Schwere Gründerzeitmöbel, geerbt von der Oma, der Fußboden ist aus Spanplatten, das war damals schon Avantgarde.

> »Das sind ein paar Bekloppte, die muss man nicht ernst nehmen.«
> **Sebastian**

> »Ich kannte niemanden, der Corona hat.«
> **Christiane**

Am Anfang der Coronazeit hat Sebastian wahnsinnig viel zu tun. Nie war IT so wichtig wie jetzt. Die Leute gehen ins Homeoffice, das Land digitalisiert sich. Sebastian steht jeden Morgen um halb sechs auf, fährt mit der Bahn zur Arbeit in die Stadt und fällt um halb elf ins Bett. Christiane dagegen hat Zeit. Sie ist aufgrund mehrerer Vorerkrankungen zu Hause. Jetzt kann sie nicht mehr zum Chor und nicht mehr schwimmen gehen. Die meisten Kontakte entfallen oder finden nur noch virtuell statt. Sie ist nachts lange wach, viel im Internet unterwegs und schläft morgens, wenn sie kann, bis zehn. In der Zeit, in der Corona das beherrschende Thema ist, sprechen die beiden nur selten miteinander.

Sie sagt: Ich hätte gerne mit ihm geredet über Corona. Ich habe ihm Links geschickt, ich habe mich überall informiert, aber er wollte das alles gar nicht wissen. Und das werfe ich ihm auch vor, dass er alles mitmacht und Argumentationen von Leuten, die ich für ziemlich wissenschaftlich halte, nicht zur Kenntnis nimmt, gegen die staatlichen Maßnahmen, gegen die Wirksamkeit der Masken, gegen das Schließen der Schulen und so weiter.

Er sagt: Sie hat viel KenFM konsumiert, Wolfgang Wodarg und alternative Medien, die, wie sie sagt, eigene Erkundigungen einziehen und auch Leute interviewen, die nicht der Meinung sind, die in den offiziellen Medien vorherrschend ist. Ich kannte das meiste davon vorher nicht. Ich habe versucht, mich damit ein bisschen auseinanderzusetzen. Und ich habe mich sofort abgestoßen gefühlt davon. Auf mich wirkte das so: Sie sind die Erleuchteten, und alle anderen sind nur doofe

Lemminge, alle staatshörig und leider ahnungslos, was wirklich abgeht. Und ich habe mir nicht vorstellen können, dass das, was dort verkündet wird, bei Christiane auf fruchtbaren Boden fallen könnte.

Im Garten blühen Anemonen und die letzten Sonnenblumen, die Hagebutten leuchten tiefrot. Die Grundstücksgrenze verschmilzt mit den Wiesen davor, auf denen im Abendlicht Pferde stehen. Corona, Drosten, Wodarg und das RKI scheinen sehr weit weg. Über den Bäumen am Horizont kreist ein Milan.

Im Sommer 2020 wird kurz alles besser. Die Zahlen sinken, Masken fallen, man kann sich wieder zu mehreren treffen. Christiane geht schwimmen und singt im Chor, Sebastian spielt Tennis und läuft durch den Wald. Über das Thema Impfung reden sie kaum. Sebastian weiß, dass Christiane misstrauisch ist.

Sie sagt: Ich kenne seine Einstellung zu meiner Einstellung der Medizin gegenüber. Ich möchte möglichst viel auf natürlicher Basis machen, mit therapeutischen Ölen oder mit Vitaminen oder mit Kräutern, Homöopathie und Frequenzmedizin, solche Sachen. Das sind alles Dinge, die Sebastian bestenfalls aushält, dass ich die mache. Aber er teilt sie überhaupt nicht. Im Gegenteil, ich habe da früher auch immer schon mal böse Bemerkungen geerntet.

Er sagt: Meine Meinung ist, wenn solche Mittelchen am Anfang wirken, ist das ganz viel Einbildung. Und irgendwann lässt diese Wirkung nach. Dann muss wieder etwas anderes gesucht werden. Das kostet auch durchaus Geld. Gegen Corona hilft das jedenfalls nicht.

Im Herbst steigen die Zahlen wieder, die Maßnahmen werden verschärft, und was sich auch verschärft, ist der Ton zu Hause. Sebastian erinnert sich an eine Diskussion über Winfried Stöcker, einen Professor aus Lübeck, der auf eigene Faust einen Impfstoff entwickelt hat.

Er sagt: Er hat ihn Freiwilligen verabreicht und soll die dafür vorgesehenen Regeln nicht eingehalten haben. Dafür wurde er angezeigt. Das hat Christiane wahnsinnig aufgeregt. Das war so ein Punkt, wo ich festgestellt habe, dass sie mit den Institutionen des Staates immer weniger einverstanden ist. Dass sie immer mehr auch Sprache übernommen hat, die in diesen alternativen Medien verwendet wird. Und dass angeblich auf den »Querdenker«-Demonstrationen überhaupt keine Rechten gewesen seien, sondern alles ganz vernünftige Leute, die nur die Freiheit verteidigen. Ich war entsetzt, dass sie Menschen vertraut, die tatsächlich fast schon so was wie eine Sekte bilden.

Sie sagt: Mich ärgert das, weil Sebastian mich schon lange genug kennt. Ich bin sicher nicht rechts, aber ich gucke alle Seiten an. Ich lese auch AfD-Papiere. Wenn man jeden, der die Maßnahmen kritisch sieht, gleich zum Staatsfeind macht, dann entstehen genau die Gruppen, die Sebastian sektenartig nennt.

Sebastian und Christiane versuchen, das Thema zu meiden. Er fährt früh zur Arbeit, läuft danach durch den Wald, geht früh schlafen. Christiane ist jetzt manchmal bis in die Morgenstunden im Netz. Sie kochen nur noch am Wochenende zusammen, Sebastian isst abends nichts mehr. Wenn es zu Treffen in größerem Kreis kommt, warnt Sebastian die Leute vor. Christiane wundert sich, dass niemand über das redet, worüber eigentlich gerade alle reden. Es kommen auch nicht mehr viele, ob wegen Corona, wegen der Meinungsverschiedenheiten oder wegen der angespannten Stimmung. Als seine Schwester mit ihrem Mann und den Töchtern einmal zu Besuch ist, ruft er vorher an und bittet, das Minenfeld irgendwie zu umgehen. Sie hört von diesen Anrufen zum ersten Mal.

»Ich war entsetzt, dass sie solchen Leuten vertraut.«

Sebastian

»Ich höre mir alle Seiten an.«

Christiane

»Bist du jetzt sehr enttäuscht?«, fragt er.

Christiane ist wütend. »Warum machst du so was?«, fragt sie. »Das ist Entmündigung. Schämst du dich für mich?« Er antwortet nicht. Schenkt Tee nach.

Er sagt: Irgendwann fing sie damit an, dass die Bundesrepublik doch gar keine richtige Verfassung habe und in Wirklichkeit eine GmbH sei. Und ich dachte: Ach, du Scheiße. Jetzt ist sie in eine Ecke gerutscht, die echt ein Problem ist für mich. Ich arbeite in einer Justizbehörde. Und was aus Reichsbürgern tatsächlich werden kann, bekomme ich mit. Dass die Leute ihr eigenes Süppchen kochen, wie gewaltaffin die teils sind. Dass sie so etwas auf den Leim geht, das hat mich entsetzt.

Sie sagt: Für mich war das völlig neu. Ich wollte versuchen, das zu verifizieren. Weil Sebastian sich sehr gut zeitgeschichtlich auskennt. Viel besser als ich und ich dann eben gedacht habe, ich könnte mit ihm darüber reden, was daran denn substanziell ist. Also ja, wir haben keinen Friedensvertrag. Ja, formal ist die Bundesrepublik immer noch nicht unabhängig. Und ich weiß auch, dass es Leute gibt, die versuchen, innerhalb der Bundesrepublik Areale zu freien Republiken zu machen. Damit hab ich aber auch nicht so ein Problem wie er. Diese Überlegungen gab es in der DDR auch schon, zum Beispiel die freie Republik Rügen auszurufen.

Plötzlich geht es nicht mehr nur um Corona. Es geht darum, wie man lebt und wem man vertraut. Es geht auch darum, wie man gelebt hat und wem man vertraut hat.

Kennengelernt haben sich Christiane und Sebastian im Sommer 1985 auf der Tournee eines Studententheaters, das mit Pferdewagen durch Sachsen zog. Sebastian gab als Hauptdarsteller einen unglücklich Verliebten und war Budgetverantwortlicher. Er sollte Christiane ausschließen, weil sie zwar Maske und Kostüm machen wollte, aber als Teilnehmerin gar nicht offiziell angemeldet war. Er hat es noch geschafft, sie ins Hauptzelt einzubestellen, mehr nicht. »Ich habe mich gewundert, weil er so rumgeeiert hat und ich nicht kapiert habe, was er mir eigentlich sagen wollte«, sagt Christiane, »ich hab erst hinterher erfahren, dass er mich eigentlich wegschicken sollte.« Sie lachen sich heute noch kaputt darüber.

Vier Wochen später waren sie verlobt, drei Monate später verheiratet. Christiane wurde exmatrikuliert, weil sie sich weigerte, der FDJ beizutreten. »Mein Sektionschef wollte Rektor werden, und dazu brauchte er eine FDJ-Mitgliedschaft von 100 Prozent. Also haben sie versucht, erst mich da reinzuloben, dann reinzupressen. Je mehr Druck, desto weniger haben sie mich dazu gekriegt, so war das schon immer bei mir.«

Sebastian studierte Mathematik im letzten Studienjahr. Er stammt wie Christiane aus einer christlichen Familie, aber er wählt einen anderen Weg: »Ich ließ mich konfirmieren, ging aber auch zur Jugendweihe. Später wurde ich sogar FDJ-Sekretär meiner Studiengruppe. Keiner wollte es machen, also habe ich es gemacht, für ein Jahr, bis ich jemand anderes überreden konnte. Ich kann schlecht Nein sagen.«

1986 und 1988 werden die Söhne geboren. Die kleine Familie zieht nach Berlin, zieht schwarz in eine leer stehende Wohnung im Herzen des Prenzlauer Bergs, nahe der Gethsemanekirche. Christiane engagiert sich in der Opposition. Der Moment am Abend des 7. Oktober 1989, als unter ihrem Fenster die Demonstranten vorbeiziehen und die Geräusche aus dem Fernseher von den gleichen Geräuschen von der Straße übertönt werden, hat sich ihr für immer eingebrannt. Sie läuft zur Kirche und demonstriert mit. Nur durch Zufall entgeht sie einer Verhaftung. Bei der Großdemo auf dem Alexanderplatz ist sie Ordnerin. Die grüngelbe Ordner-Schärpe mit der Aufschrift »Keine Gewalt« hat sie immer noch.

Nach dem Mauerfall ist Christiane kurz beim Demokratischen Aufbruch, dann bei Bündnis 90. Sebastian verliert seinen Job bei einem EDV-Betrieb. Sie gehen nach Bonn, Christiane arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag und organisiert den Zusammenschluss von Bündnis 90 und den Grünen. Sebastian findet nach kurzer Arbeitslosigkeit einen Job als Sachbearbeiter im Bundesamt für Güterverkehr. Unterhalb seiner Qualifikation, aber er sieht es nach der Zeit der Arbeitslosigkeit als Chance. Für Sebastian ist das Glas meistens halb voll. 1997 kehren sie zurück nach Berlin.

An einem Abend im Herbst vor dem zweiten Lockdown kommt Sebastian nach Hause. Christiane sitzt weinend vorm Fernsehgerät,

Paar Christiane, Sebastian: Sie reden trotz allem gut übereinander

es läuft ein Film über das Ende der DDR. Sie sagt: Jetzt ist es wieder so weit. »Es war die totale Endzeitstimmung«, sagt Sebastian.

Sie sagt: Ich sah diesen Film und hatte das Gefühl, dass gerade all diese Dinge, gegen die ich in der DDR gekämpft habe, gegen staatliche Willkür und für Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung, dass das gerade in diesem Land zu Ende geht. Die Versammlungsverbote, dass Leute von Parkbänken gejagt werden, die Vereinzelung und die Angstmache. Und dass es noch schwieriger ist, dagegen etwas zu unternehmen, weil Lobbyisten und Privatunternehmen jetzt entscheiden, wer sprechen darf und wer nicht.

Er sagt: Ich konnte die Analogie nicht sehen, und ich sehe sie immer noch nicht. Ich kann mich an die DDR noch gut erinnern. Und da habe ich immer Angst gehabt: vor der Polizei, vor der Staatssicherheit, vor staatlichen Organen. Und bei aller Kritik an einzelnen Maßnahmen, das hat mit dem Staat, in dem wir jetzt leben, nichts zu tun.

Die Impffrage schwebt immer drängender über ihnen. Für Sebastian ist klar, dass er sich impfen lassen möchte. Er hat die Bilder aus Bergamo und New York gesehen, und er ist froh, dass eine Impfung bald möglich ist. Für Christiane ist klar, dass sie sich nicht impfen lässt. Sie misstraut der schnellen Entwicklung, sie misstraut der Firma Pfizer, sie glaubt nicht an die Notwendigkeit und befürchtet Folgeschäden. Sebastian hat seine Studien, sie hat ihre Quellen. Wenn sie davon anfangen, streiten sie schnell. Meistens lassen sie es.

Sie sagt: Wenn ich von jemandem wie Professor Bhakdi höre, der jahrzehntelang in Deutschland Mediziner ausgebildet hat, warum die Impfung in den Gefäßwänden Mikroverletzungen auslöst und dass die Leute nach innen verbluten, dann stell ich mich doch nicht hin und sage nur: Der hat ein Rad ab, der ist ein bisschen bekloppt. Sondern dann mache ich mir um meine Familie unheimlich Sorgen.

Sebastian schüttelt den Kopf und kann das alles gar nicht fassen: »Es haben sich doch jetzt Hunderte Millionen Leute impfen lassen«, sagt er, »und nichts ist ihnen passiert. Spätestens jetzt müssten die Bedenken doch weg sein.«

»Vieles davon wird sich im Zweifel erst später zeigen«, sagt Christiane. »Impfnebenwirkungen und auch Todesfälle dürfen in der Statistik nicht erfasst werden.« »Woher hast du das?«, fragt Sebastian, »wer sagt, die dürfen nicht erfasst werden?«

»Ich könnte dir das alles vorspielen«, sagt Christiane. »Du erwartest von mir immer, ich solle dir die Argumente zu so einem Themenkomplex in kleinen Häppchen und gut sortiert vor die Füße legen. Damit du nur noch sagen musst: Brauche ich, brauche ich nicht. Glaube ich, glaub ich nicht. Und alles andere kommt in den Müll. Man muss sich bestimmte Positionen einfach auch selbst erarbeiten.«

Einen Tag bevor Sebastian seinen Impftermin hat, erzählt er seiner Frau davon. Zu spät, wie sie findet, denn Sebastian ist jetzt nicht nur anderer Meinung, sondern eine Gefahr auch für ihre Gesundheit. Für sie fast ein Verrat. Der Streit eskaliert.

Sie sagt: Es gab Informationen, und denen ist auch nicht wirklich widersprochen worden, dass diejenigen, die geimpft worden sind, in den ersten Tagen ansteckend sein können. Und dass die Spikes, die erzeugt werden, um in den Körpern die Abwehrkräfte herzustellen, über die Atemluft sich auch in den Körpern der Ungeimpften festsetzen. Dass sie die Gefäßwände durchlöchern und Mikroblutungen auslösen. Und ich hatte keine Möglichkeit, Vorkehrungen zu treffen. Ich fand das extrem unsolidarisch von Sebastian.

Er sagt: Ich habe davon noch nie gehört. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Es scheint mir eine elegante Ausrede, die Infektion der Ungeimpften den Geimpften in die Schuhe zu schieben.

Was ist Wahrheit, was ist Meinung? Wem kann man trauen, was wissen wir wirklich? Biologen oder Mediziner sind sie beide nicht. Er kommt mit Statistiken, sie sieht sich in ihrem Umfeld um.

Sebastian und Christiane leben inzwischen auf getrennten Etagen in ihrem Haus. Er oben, sie unten. Treffen tun sie sich nur noch in der Mitte, dort liegen das geräumige Wohnzimmer und die Küche. Sebastian sagt: Es geht nicht um Atemluft. Es geht ums Ganze. Es geht um die Grundfesten unserer Beziehung. Ich weiß nicht, von wo wir losgehen können, worauf wir uns noch einigen können. Christiane ist inzwischen wegen der Coronapolitik bei den Grünen ausgetreten.

Sie waren immer schon ziemlich verschieden. Sie weiß, dass er Konflikte eigentlich hasst. Er ist kein Streithansel und kein Egoist, und, sicher, das hat sie auch geliebt an ihm. Er sucht immer den Kompromiss, immer das

Arrangement, auch wenn es auf seine Kosten geht. Er weiß, dass sie ganz anders ist, und, sicher, das hat er auch geliebt an ihr: Sie scheut keine Auseinandersetzung, lässt sich ungern etwas vorschreiben. Sie sucht das Haar in der Suppe nicht nur, sie findet es auch. Sie hat niemals ein Problem damit, in der Minderheit zu sein.

Nur jetzt ist es anders. Jetzt geht es um das Leben und den Tod, um alles, woran man glaubt, um alles, wogegen man ist oder war. Es gibt Momente, da sind die beiden wie die zwei Hälften dieses Landes: Sie haben so viel gemeinsam. Sie sind so verschieden. Sie sprechen die gleiche Sprache. Aber es gibt so viele Missverständnisse.

Er liebt Systeme und Strukturen. Öfter haben sie sich wegen ihrer Pillenschachteln gestritten, erzählt Sebastian. »Es hat lange gedauert, bis sie akzeptiert hat, dass es ein gutes System ist, mit diesen gefächerten Schachteln den Überblick über ihre vielen Medikamente zu behalten.«

Und davon nimmt sie reichlich, ganz klassische Medikamente mit den üblichen Nebenwirkungen. Muss sie nehmen. »Ich finde es ziemlich widersprüchlich, dass sie all diese Sachen nimmt und sich dann aber nicht impfen lässt«, sagt Sebastian.

»Es ist eine Abwägung«, sagt Christiane. »Bei jedem einzelnen Medikament wäge ich ab, nehme ich das, nehme ich das nicht? Wie lange nehme ich das? Und ich habe in den ganzen Jahren darum gekämpft, meine Anzahl und die Dosis der Medikamente zu reduzieren.«

Früher haben sie gesagt: Sie ergänzen sich. Heute reiben sie sich auf. Sie liebt den Zweifel. Er liebt die Gewissheit.

Sie gehen sich aus dem Weg, aber wie lange kann man sich aus dem Weg gehen, wenn man einen so langen gemeinsamen Weg hinter sich hat? Das Private ist politisch. Das Politische wird privat.

Sie haben den Pool abgebaut, an dem sie noch im Sommer zusammengesessen haben, ein heller rechteckiger Fleck aus platt gedrücktem Gras erinnert an vergnügliche Badestunden.

Sebastian kommt von draußen rein, die Plane ist nicht trocken geworden, sie hatten sie über die Wäschespinne gehängt, jetzt überlegen sie, wo sie sie ausbreiten können, damit sie nicht schimmelt. Katzenfutter fehlt.

Es ist kalt geworden. Sie werden nicht mehr spontan zusammen ins Restaurant gehen können in den kommenden Monaten, nicht ins Theater, nicht ins Konzert. Testkapazitäten sind rar, gerade auf dem Land. Manche Einrichtungen öffnen nur für Geimpfte und Genesene. Der Garten ist im Winter keine Option. Spaziergänge fallen aus, denn Christiane ist nicht gut zu Fuß. Reisen als Ungeimpfte ist schwierig.

Sebastian wird weiter zum Sport gehen. Durch den Wald laufen, ein Bier nach dem Training mit den anderen, ins Konzert. Christiane ist weiter eingeschränkt.

»Ich fühle mich nur über die Vergangenheit mit Sebastian verbunden.«

Christiane

»Ich versuche, mich anzunähern.«

Sebastian

Sie hat trotzdem Hoffnung: »Auf der einen Seite werden formal die Regeln immer härter, aber die Leute scheinen das immer weniger ausführen zu wollen. Ich sehe das bei manchen Einkaufsläden, bei manchen Arztpraxen, bei manchen anderen Veranstaltungen, da machen wir die Tür hinter uns zu, und dann wird die Maske abgenommen. Und ob man geimpft oder getestet wurde – man muss die Bescheinigung oft nicht zeigen, man muss es nur sagen.« Ob sie denn lügen würde, um im Chor mitzusingen? »Das wäre so ziemlich das Einzige, wofür ich bereit wäre zu lügen.«

Und grinst dann. »Quatsch«, sagt sie. »Natürlich lasse ich mich vorm Singen testen.«

Einmal, an einem der letzten schönen Tage in diesem Herbst, waren sie noch Kraniche gucken zusammen, bei Linum, einem Dorf in Brandenburg, wo die Tiere zu Tausenden Kraft sammeln vor ihrer großen Reise gen Süden. In vielen Kulturen gelten die eleganten Vögel als Symbole des Glücks. Und als treu: Wenn ein Kranich nach ein paar wilden Jahren die Richtige gefunden hat, verlässt er sie sein Leben lang nicht mehr.

Sebastian möchte seine Frau nicht verlieren. Aber er möchte auch sein bisheriges Leben nicht verlieren und seine Überzeugungen. Er ist entschiedener geworden mit den Jahren. Wenn er, bei aller Kritik, dem Staat grundsätzlich nicht traut, nicht mehr an Rechtsstaatlichkeit, an Meinungsfreiheit und Demokratie glaubt, was soll er dann bitte in einer Justizbehörde?

Sie sagt: Ich fühle mich im Moment nur noch über die Vergangenheit mit Sebastian verbunden, nicht in der Gegenwart. Ich versuche mit Meditation, mit Ölen, mit neurolinguistischer Programmierung mit meinen negativen Emotionen zurechtzukommen. Wohin das führt, weiß ich nicht.

Der Kater kommt, ignoriert Sebastian wie einen unwürdigen Nebenbuhler und lässt sich von Christiane streicheln. Futter nimmt er dann doch von ihm. Sebastian trägt es mit Fassung.

Man wartet, dass er mal aus der Haut fährt. Es geht doch gerade um ihr gesamtes bisheriges Leben, um ihre Vergangenheit, um ihre Zukunft. Er ist so ruhig, so rational. Kann es sein, dass allein das sie manchmal wahnsinnig macht?

Er hat sich entschuldigt, für den Spruch mit der intensivmedizinischen Behandlung.

Er sagt: Ich versuche, mich anzunähern. Ich lese jetzt öfter Abhandlungen auf der Internetplattform des Netzwerks Kritischer Richter und Staatsanwälte zu den juristischen Aspekten der Maßnahmen und einer Impfpflicht. Da kann ich eher andocken.

Sie sagt: Ich habe Angst. Angst vor einem übergriffigen Staat. Angst, dass meine Söhne Folgeschäden durch die Impfung haben. Angst, dass Sebastian und ich es nicht schaffen. Dass ich das alles hier aufgeben muss. Angst vor Einsamkeit.

Angst vor Corona hat sie nicht. Sie fühlt sich gerüstet. »Ich habe sehr viel in den ganzen Jahren gemacht, um mein Immunsystem auf einen guten Stand zu bringen. Was nicht heißt, dass ich es nicht doch kriegen kann. Und ich gebe auch denen nicht recht, die sagen, das sei harmlos. Es ist schon eine sehr ernste Erkrankung. Aber sie hat nicht annähernd die Ansteckung und nicht annähernd die Reichweite und auch nicht annähernd die Mortalitätsrate, die sie immer behauptet haben.« Und wenn sie doch einen schweren Verlauf hätte? »Dann ist es auch einfach Zeit zu gehen«, sagt Christiane.

Gehen heißt sterben? »Ja.«

Sebastian sagt nichts dazu. Er guckt angestrengt aus dem Fenster.

Sebastian hat Angst, dass Christiane sich ansteckt und dass es sie schwer trifft, aufgrund ihrer Vorerkrankungen. Sie hat keine Patientenverfügung und keine Vollmacht für ihn ausgestellt. Und sie weiß auch noch nicht, ob sie das macht. Sie ist sich nicht sicher, dass er in ihrem Sinne handeln würde.

Sie hat ihr Hochzeitskleid von vor 35 Jahren am Schrank hängen, mit einem Schild noch dran von der Reinigung. Sie will es verkaufen, aber der Laden, an den sie es geben wollte, hat Corona nicht überlebt. »Wegschmeißen kann ich das irgendwie nicht«, sagt sie.

Sie wirken immer noch wie ein Paar. Sie reden trotz allem gut übereinander. Als sie fotografiert werden, fassen sie sich intuitiv an den Händen. Sie sagt über ihn: Er ist ein echt lieber Mensch. Er sagt über sie: Sie ist tatsächlich etwas sehr Besonderes.

Sie überlegen, ob sie bereit sind, mit vollem Namen im SPIEGEL zu erscheinen. Sie hat erst nichts dagegen, er zögert. Er denkt noch mal nach, dann sagt er: »Ich habe nichts zu verstecken.« Jetzt zögert sie. Schließlich entscheiden sie sich gemeinsam dafür, dass nur die echten Vornamen genannt werden sollen. Wer sie kennt, wird sie erkennen, das ist okay. »Aber es gibt Radikalinskis«, sagt sie, »wer weiß, auf was für Ideen Leute kommen.« »Es sind schon Steine geflogen in Läden, die auch an Ungeimpfte verkaufen. Radikalinskis auf beiden Seiten«, fügt er hinzu.

»Ihr werdet euch niemals trennen«, sagt der ältere Sohn.

»Ich habe bis heute nicht begriffen, wie ausgerechnet ihr ein Paar werden konntet«, sagt der jüngere Sohn. ■

WIR FERTIGEN ARMBÄNDER AUS ALTEN FISCHERNETZEN. DATEV DIGITALISIERT UNSERE KAUFMÄNNISCHEN PROZESSE.

Bracenet befreit die Weltmeere von Geisternetzen und fertigt daraus nachhaltige Produkte. Dank der digitalen Lösungen von DATEV und der Unterstützung ihrer Steuerberatung halten sie ihr Unternehmen immer auf Kurs.

Madeleine und Benjamin,
Gründer von BRACENET

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE

DATEV

Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

Die Gnade der frühen Geburt

ALLES GUTSCH Über meinen 50. Geburtstag, Radio Paradiso und die Vorteile, endlich ein mittelalter weißer Mann zu sein

Vor ein paar Tagen bekam ich eine E-Mail, die mit den Worten begann: »Hallo Frau Gutsch, immer mehr Deutsche über 50 tragen moderne Mini-Hörgeräte kostenlos zur Probe und entscheiden sich begeistert für ein Leben mit mehr Lebensqualität.«

Dass man mich mit Frau Gutsch ansprach, egal. Im Herzen bin ich genderfluid. Aber warum bekomme ich jetzt ständig Altersprodukte angeboten? Weitsichtbrillen. Thrombosestrümpfe. Und immer wieder: Hörgeräte. Dabei höre ich sehr gut!

Bislang landeten in meinem Spam-Ordner vor allem Sexangebote. Prostituierte aus Osteuropa, Schwanzverlängerungspillen oder dubiose Mittel, mit denen ich bald »ficke wie ein Weltmeister«. Aber das ist vorbei. Irgendwie wissen die im Internet Bescheid und haben die Angebote umgestellt. Altersgerecht sozusagen.

Im Dezember werde ich 50. Es fällt mir im Übrigen leichter, diesen Satz zu schreiben, als ihn auszusprechen. Ja, natürlich ist das albern. Zumal der Weg des Lebens seit Ewigkeiten bekannt ist: Erst ist der Mensch jung. Später alt. Jung ist besser.

Manchmal sagen mir jetzt Freunde aus Überzeugung oder Mitgefühl: »Aber du bist doch noch total jung!« Ich antworte dann: »Wisst ihr, wann ich mein Abitur gemacht habe? Vor 31 Jahren.« Anschließend schweigen die Freunde betreten.

Die 50 liegt genau zwischen 30 und 70 – 20 Jahre sind es in die eine wie in die andere Richtung. Aus alter Gewohnheit, weil ich aus dieser juvenilen Richtung komme, fühle ich mich den 30-Jährigen natürlich emotional viel näher. Das sind meine Buddys!

Dann las ich im Internet, dass der Musiker Ed Sheeran in diesem Jahr 30 Jahre alt wurde. Der Musiker Sting wurde 70 Jahre alt. Ed Sheeran ist mir total egal, und ich kenne kaum einen Song von ihm. Bei Sting aber rufe ich sofort: »Roxanne, you don't have to put on the red light!« Was soll ich sagen? Offensichtlich sind die 70-Jährigen jetzt meine Buddys.

Illustration: Mario Wagner / DER SPIEGEL

Regelmäßig spiele ich auch Fußball. In einer Altersklasse, die Alte Herren heißt. Dort begann ich mit 40. Als ich zum ersten Mal die Umkleidekabine betrat und mir strenger Mobilat-Geruch entgegenschlug, dachte ich: Oje. Alte Herren – das Hospiz für Fußballer. Heute bin ich fußballerisch bereits ein alter Alter Herr. Na und? Ich spiele, bis sie mich vom Platz tragen. Ganz im Geiste des großen Oliver Kahn: weiter, immer weiter!

Klinge ich zu negativ? Mit 50 bin ich offiziell ein mittelalter weißer Mann. Und natürlich hat es Vorteile und bringt vielfältige Freuden mit sich, ein mittelalter weißer Mann zu sein. Zum Beispiel erwartet niemand mehr von mir, besonders progressiv zu sein. Weder politisch noch musikalisch, noch modisch. Das ist ungemein entlastend. Im Auto höre ich jetzt oft Radio Paradiso. Werbeclaim: »Berlins beste Hits mit der meisten Abwechslung«. Erst war es mir peinlich, und wenn jemand mit mir im Auto fuhr, verstellte ich schnell den Sender. Heute denke ich: egal. Der Zug der Coolness ist längst weg, mein Freund.

> Warum bekomme ich ständig Hörgeräte angeboten? Ich höre doch sehr gut!

Ich muss mich auch nicht mehr so aufregen. Joshua Kimmich ist nicht geimpft? Mir egal. Seine Entscheidung. Elke Heidenreich hat irgendwas Böses bei Lanz gesagt? Mir egal. Ich liebe Elke Heidenreich trotzdem. Verschont mich mit diesen ständigen Viel-Lärm-um-nichts-Debatten. Das sollen die Jüngeren machen. Die haben noch genug Empörung im Blut und einen Twitter-Account. Nicht mal über das Gendern, ein beliebtes Empörungs-Sujet mittelalter Männer, rege ich mich auf. Das wäre mir zu klischeehaft. Lieber sammle ich schöne gegenderte Wörter, die ich in der Zeitung lese, und erfreue mich an ihrem märchenhaften Klang und der exotischen Schreibweise. Großkoalitionär*innen. Welpen*innenschutz. Sinti*zze und Roma*nja. Wunderbar!

Ich weiß auch nicht, ob es korrekt LGBTQ-Community oder LGBTQIA+-Community heißen muss und was sich genau hinter jedem einzelnen dieser geheimnisvollen Buchstaben verbirgt. Womöglich ist alles etwas kompliziert für den Alltagsgebrauch. Aber dann denke ich an meine eigene Jugend, wo ich ja ganz genauso sprach. Ich war in der FDJ, in der DSF und auch im DRK. Ich war in der FDJDSFDRK-Community.

Manchmal träume ich davon, noch mal jung zu sein. Quasi in der Zeit zurückzureisen. Und dann bin ich wieder 12 oder 16 Jahre alt. Sobald die Zeitmaschinen in den Handel kommen, kaufe ich mir eine. Aber ich würde lieber in meine eigene Jugend zurückreisen. Die aktuelle Jugend – das wäre mir zu anstrengend. Man muss so aufpassen. Mit seinen Worten, seinen Fotos.

Als ich 13 Jahre alt war, äußerte ich die Meinung, dass es gerechtfertigt sei, Menschen an der Berliner Mauer zu erschießen. Denn wer flüchtet, ist ein Staatsfeind. Diese Meinung meines jugendlichen Ichs ist mir heute zutiefst unangenehm, ob ihrer abgrundtiefen Dummheit. Zum Glück gab es damals kein Instagram. Ich habe den Unsinn nicht gepostet, niemand kann heute meine Jugendsünden wieder aus dem Netz kramen wie jüngst bei der Grüne-Jugend-Sprecherin Sarah-Lee Heinrich.

Das ist: die Gnade der frühen Geburt, die man als 50-Jähriger genießt.

Geboren wurde ich übrigens an einem 25. Dezember. Das hat nun einen weiteren Vorteil: Niemand erwartet an dem Tag, an dem ich 50 werde, eine große Feier von mir. Alle haben Besseres zu tun. Danke, Jesus.

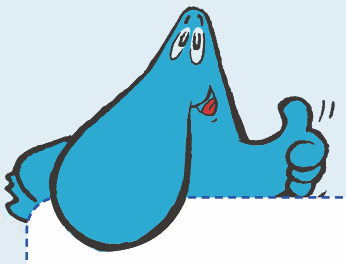
Jochen-Martin Gutsch ■

Eine gute Nachricht von Linola:

Die erste Desinfektions-Handcreme für hygienisch gepflegte Hände

Linola sept Hand-Hygiene-Balsam

- Inaktiviert Coronaviren (innerhalb von 2 min; 4 log-Stufen gemäß EN 14476)
- Entfernt 99,99 % der Bakterien und Coronaviren (SARS- und bestimmte Erkältungsviren)
- Feuchtigkeitsspendend und rückfettend
- Hautverträglichkeit dermatologisch getestet
- Ideal für unterwegs: tropft nicht, klebt nicht, zieht schnell ein



Linola sept Hand-Hygiene-Balsam

PZN: 17152843
UVP: 6,95€ / 75ml

IN IHRER APOTHEKE

Biozidprodukte vorsichtig verwenden.
Vor Gebrauch stets Etikett und Produktinformation lesen.

ACHTUNG

Sicherheitsinformationen: Flüssigkeit und Dampf entzündbar. Von Hitze, heißen Oberflächen, Funken, offenen Flammen sowie anderen Zündquellenarten fernhalten. Nicht rauchen. Darf nicht in die Hände von Kindern gelangen. Inhalt / Behälter einer zugelassenen Entsorgungseinrichtung zuführen.

Dr. August Wolff GmbH & Co. KG Arzneimittel • Sudbrackstr. 56 • 33611 Bielefeld
Tel.: +49 521 8808-00 • MO – FR 08:00 – 15:00 Uhr

Stahlwerk in Duisburg

Marc-Steffen Unger

Politik ignoriert Energieabzocke

SKANDALE Nach der Aufdeckung eines milliardenschweren Systems zum Einsparen der EEG-Umlage wollen die Parteien die beteiligten Konzerne von Bayer bis Daimler nicht zur Rechenschaft ziehen.

Die Parteien der alten oder möglichen neuen Regierung zeigen wenig oder gar kein Interesse, den Zehn-Milliarden-Euro-Skandal um den mutmaßlichen Missbrauch des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) aufzuarbeiten und das Geld für die von Industriekonzernen geprellten Verbraucher zurückzuholen. Union und SPD, die für die Gesetzeslücke verantwortlich sind und während ihrer Regierungszeit eine weitreichende Amnestie für Großkonzerne wie Bayer, Evonik, Currenta, Daimler oder ThyssenKrupp durchsetzten, schweigen beharrlich. Die SPD wählte in dieser Woche eine Anwältin von BBH, einer in die Affäre involvierten Kanzlei, zur Präsidentin ihres Wirtschaftsforums. Auch die FDP schweigt, gab aber in Gesprächen in Berlin offenbar zu erkennen, dass die Industrie ihrer Ansicht nach ohnehin mit zu hohen Abgaben belastet sei. Lediglich die Grünen denken zumindest darüber nach, ob man die von der Industrie über dubiose Tricks eingesparte EEG-Umlage noch zurückholen und Stromkunden gutschreiben kann, die infolge der Trickserei höhere EEG-Lasten tragen mussten. Man lasse von Juristen prüfen, ob der von der alten Regierung im EEG verankerte Amnestie-Paragraf gekippt werden könne, heißt es im Umfeld des energiepolitischen Sprechers, Oliver Krischer. Die Neigung, die Koalitionsverhandlungen mit dem heiklen Thema zu belasten, ist trotz der hohen Summe von zehn Milliarden Euro jedoch auch bei den Grünen nicht ausgeprägt. Der SPIEGEL hatte in der vergangenen Woche berichtet, dass sich Konzerne mit Wissen der Bundesregierung viele Jahre lang mit fragwürdigen Modellen um die Zahlung der EEG-Umlage gedrückt haben. Konkret ging es um das sogenannte Scheibenpachtmodell. Dabei pachten Unternehmen Teile von Kraftwerken (Scheiben) und werden so mithilfe ausgeklügelter Verträge auf dem Papier zu Mitbesitzern dieser Kraftwerke. Die Erzeugung und Nutzung von Strom für die eigene Produktion ist von der EEG-Abgabe befreit. Als die Sache aufflog und Nachzahlungen in Milliardenhöhe drohten, drängten einige Konzerne erfolgreich auf eine Amnestie. Verbraucherschützer fordern eine Entlastung der übervorteilten Stromkunden. Die Konzerne beharren auf der Rechtmäßigkeit ihrer Modelle. FDO

Teure Impfparty in Thüringen

PANDEMIE Mit einer exquisiten Fete hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) in Thüringen die Schließung des Impfzentrums in Erfurt gefeiert. Neben einem üppigen Speisen- und Getränkeangebot ließ man sich auch bei der Unterhaltung der Gäste nicht lumpen. Zu den gebuchten Showacts gehörte der Künstler Jan Delay. Die Gesamtkosten für den Abend, inklusive Künstlerhonorare oder Catering, beliefen sich auf rund 195 000 Euro. Wie viel Geld allein auf Delay entfiel, wollte die KV nicht offenlegen – es sei »wie in der Branche üblich, Stillschweigen vereinbart« worden. Insider gehen von einem mittleren bis hohen fünfstelligen Betrag als Gage für einen solchen Auftritt aus. Die Rahmenbedingungen für die Feier (Motto: »Danke fürs Impfen«) waren schwierig: Die Sieben-Tage-Inzidenz der Coronainfektionen in Erfurt lag über 250. Die KV sagt, man habe »konsequent 2G umgesetzt«, auch habe es eine

Delay

snapshot-photography / ullstein bild

Testmöglichkeit gegeben. Man habe durch die Veranstaltung zeigen können, dass mit einer Impfung Normalität wieder möglich sei. Neben Mitarbeitern von Impfstellen, Bundeswehrsoldaten, Fraktionsvorsitzenden, Landtagsabgeordneten und Oberbürgermeistern war auch Thüringens Gesundheitsministerin Heike Werner (Die Linke) zugegen. Die KV wird aus einem Anteil der Kassenhonorare an die Ärzte finanziert. MUM

B. Braun

Kanülen sind knapp

GESUNDHEIT Krankenhäuser und Rettungsdienste sind vom Mangel eines medizinischen Standardprodukts betroffen: Es fehlen Kanülen für venöse Zugänge. Der Hersteller B. Braun teilte seinen Kunden im Oktober mit, dass man mit »Lieferunterbrechungen, Verzögerungen und Teillieferungen« bei bestimmten Produkten rechnen müsse. Auch andere Anbieter sind betroffen. Bei einem großen Rettungsdienst in Baden-Württemberg wird bereits das Üben mit den Venenverweilkanülen untersagt. Auch sollen Notfallsanitäter oder Notärzte prüfen, ob der Patient den Zugang wirklich brauche oder ob auch einfache Nadeln mit Schlauch (»Butterflys«) etwa für Blutentnahmen reichen würden. B. Braun gibt ebenfalls den Tipp, »die Indikation für die Anlage eines Verweilkatheters sorgfältig abzuwägen«. Venöse Zugänge gelten in der Medizin als Routinemaßnahme. Über sie können Medikamente oder Infusionen verabreicht und Blut entnommen werden. B. Braun begründete die Lieferprobleme mit kurzfristigen Absagen von bereits gebuchten Frachtkapazitäten. Das Familienunternehmen sieht aktuell eine Verbesserung der Situation. Man erwarte, im November die Kunden mit dem durchschnittlichen Monatsbedarf beliefern zu können. Eine Bevorratung sei allerdings nicht möglich. Auch könne man nicht ausschließen, dass angesichts der angespannten Lage im Transportsektor auch künftig Einschränkungen auftreten könnten. B. Braun zählt zu den wichtigsten Anbietern von Zugängen im deutschen Markt. Mancherorts hat sich daher der umgangssprachliche Begriff »Braunüle« für einen Venenverweilkatheter etabliert. MUM

Deutsche wünschen mehr Investitionen

FINANZPOLITIK Die meisten Deutschen befürworten eine staatliche Investitionsoffensive. Wie aus einer repräsentativen Onlineumfrage im Auftrag des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hervorgeht, wollen rund vier von fünf Bundesbürgern, dass die nächste Bundesregierung mehr Geld für Gesundheit und Pflege einsetzt. Starke Zustimmung finden höhere Investitionen auch in den Bereichen Bildung (79 Prozent), Klimaschutz (70 Prozent) und öffentliche Sicherheit (67 Prozent). Mehr Geld für neue Straßen und Brücken sowie für Fuß- und Radwege wünschen lediglich 58, beziehungsweise 54 Prozent der Befragten. Nur wenige Deutsche sind dafür, dass der Staat im Gegenzug seine Einnahmen erhöht. Lediglich 15 Prozent befürworten die Aufnahme zusätzlicher Kredite, rund 8 Prozent plädieren für höhere Steuern. Rund 63 Prozent der Deutschen dagegen sind dafür, im Gegenzug andere Ausgaben zu senken. Wo der Staat sparen sollte, ist in der Rotstift-Fraktion weitgehend unumstritten. Gut 59 Prozent sind dafür, dass die Regierung die Subventionen kürzt, nur 9 Prozent befürworten Abstriche bei der sozialen Sicherheit. Sollte der Staat bei der Finanzierung seiner Ausgaben in Schwierigkeiten geraten, ändern sich die Präferenzen der Deutschen, so geht es aus der Umfrage hervor. Für den Fall eines öffentlichen Defizits befürworten rund 31 Prozent der Befragten, die staatlichen Kredite zu erhöhen. Ebenso viele plädieren dafür, Ausgaben zu kürzen. Lediglich 24 Prozent würden bei einem Minus im Staatshaushalt die Steuern erhöhen. MS

VW Ost bekommt Vertreter im Aufsichtsrat

AUTOINDUSTRIE Im Volkswagen-Konzern erhalten die ostdeutschen Standorte künftig eine stärkere Mitsprache. Erstmals rückt ein Vertreter der bislang eigenständigen Volkswagen Sachsen GmbH in den Aufsichtsrat. Der Betriebsratschef der sächsischen Tochtergesellschaft Jens Rothe, 51, wurde vom Registergericht als neues Mitglied des Kontrollgremiums bestellt. Die Personalie ist Ausdruck eines stärkeren Zusammenwachsens von VW in Ost und West gut 30 Jahre nach der Wende. Die Sachsen GmbH, zu der unter anderem die Gläserne Manufaktur in Dresden gehört, soll Teil der Volkswagen AG werden. Die bislang schlechtergestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden schrittweise den Haustarifvertrag erhalten. Auch strategisch hat Ostdeutschland für VW zuletzt an Bedeutung gewonnen. Das Werk in Zwickau war der erste Produktionsstandort, der komplett auf E-Mobilität umgestellt wurde, dort entstehen die Elektroautos ID.3 und ID.4. Sachsen-Betriebsratschef Rothe ist seit 1991 bei der Sächsischen Automobilbau angestellt, der späteren Volkswagen Sachsen. Er folgt im Aufsichtsrat des VW-Konzerns auf Athanasios Stimoniaris, der dort die Lkw-Tochter MAN vertreten hatte und kürzlich zurückgetreten ist. SH

Rothe

Jens Schlueter / epa

Die schwarze Sucht

ENERGIEWENDE Die Menschheit muss aus der Kohle aussteigen, dem Klimakiller Nummer eins, das weiß inzwischen jedes Kind. Warum also nimmt der Verbrauch weiter zu? Und was ist mit Deutschland, taugt es als Vorbild? Unsere Reporter haben weltweit nach Antworten gesucht.

Kohleabbau in Australien

David Maurice Smith / Agence VU / laif

Die Widersprüche auf diesem Planeten erscheinen dieser Tage noch verwirrender, als sie es sonst schon sind. Im schottischen Glasgow reden rund 25 000 Politikerinnen, Aktivisten und Beraterinnen über die Rettung des Weltklimas. Sie tun das unter einer riesigen Erdkugel, die von der Hallendecke hängt.

Blau, grün und majestätisch sieht sie aus, wie die Verheißung einer leuchtenden Zukunft. »Eine Dekade des Handelns« solle beginnen, wie es die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel formulierte.

Und dann ist da diese Landstraße in der Inneren Mongolei, in der Nähe der Stadt Ordos. Auf dem Asphalt verweht der Kohlestaub in Mustern, als wäre er Schnee, schwarzer Schnee. Das Pulver überzieht die Zweige der mickrigen Tannen, die am Rande stehen. Es färbt die Laster schwarz, die hier entlangdonnern, ein Lkw nach dem anderen, Dutzende, Hunderte. Sie holen ihre Fracht aus dem Kohlerevier, das keine fünf Fahrminuten jenseits der Stadtgrenze beginnt.

Auf einer Abraumhalde beobachten fünf Männer das wüste Treiben unter ihnen. Es sind Einkäufer auf der Suche nach Kohle. Ein wenig schmallippig sind sie, über ihren Auftraggeber erzählen sie nichts, nur dass sie extra aus dem mehr als 300 Kilometer entfernten Yan'an angereist sind. »Wir haben gestern ein paar Gruben in der Nähe besucht«, erzählt der eine und ist enttäuscht. »Die verkaufen uns keine Kohle, alles ist für große Unternehmen reserviert.«

Die Männer sind im Kohlefieber, und da sind sie derzeit nicht die Einzigen im Reich der Mitte. China kann vom angeblichen schwarzen Gold gerade nicht genug bekommen. Wie viele andere Länder steckt die Volksrepublik mitten in einer veritablen Energiekrise – und fällt in ihrer Not auf alte Gewohnheiten zurück: ausbuddeln, importieren, verbrennen, so viel, wie nur geht. Schon im Anflug auf Ordos waren aus der Luft zahlreiche Tagebaue zu sehen, die in der zweitwichtigsten Kohleförderregion Chinas die Erdoberfläche perforieren.

Kohle ist der CO_2-intensivste aller fossilen Brennstoffe, ein Relikt aus der industriellen Frühzeit, dunkle Vergangenheit. So sehen es die Umweltbewegten auf der Klimakonferenz. Die Welt muss sich davon verabschieden, so schnell wie möglich.

Die Realität indes ist eine andere. Sie erzählt nicht vom Ausstieg, sondern vom unaufhaltsamen weiteren Aufstieg. Seit dem Jahr 2000 ist der weltweite Konsum um mehr als 60 Prozent gestiegen. Der Boom zeigt kaum Anzeichen der Ermüdung. Klimakrise hin, Klimakrise her: Kohle wird verheizt, als gäbe es kein Morgen.

In diesem Jahr soll der globale Verbrauch nach Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) um 4,5 Prozent steigen. Der Rückgang von vier Prozent im Pandemiejahr 2020 wäre damit mehr als wettgemacht. Laut IEA könnte sich die Kohlenachfrage 2021 in China sogar dem historischen Rekord von 2014 nähern.

Der Preis für australische Standardsteinkohle (Newcastle Coal) verfünffachte sich zwischen September 2020 und Anfang Oktober 2021 bis auf 269 Dollar je Tonne. Seither ist er gesunken, aber immer noch rund dreimal so teuer wie vor 14 Monaten.

Die Renaissance der Kohle ist atemberaubend, allen Lippenbekenntnissen der Staatenführer zum Trotz. Und sie vollzieht sich weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit an vielen Schauplätzen rund um die Erde. So schnell manche Länder auch aussteigen mögen, andere verfeuern längst umso mehr. Woran liegt das? Ist der Abschied von der Kohle eine Illusion?

SPIEGEL-Korrespondenten haben rund um den Erdball recherchiert. In China, wo ein globaler Riese versucht umzusteuern. In Polen, wo Kohle Teil des Nationalstolzes ist. In Deutschland, das sich als Blaupause für den Ausstieg sieht und vielleicht doch nur das beste Beispiel dafür ist, welche Unsummen der Entzug kostet. Und in Südafrika, das so gern Vorreiter wäre und doch nicht lassen kann von seiner Sucht.

Südafrika: Ein Minister für Klimazerstörung

Als im September eine hochrangige Delegation mit Klimapolitikern aus den USA, Deutschland und Großbritannien nach Südafrika reiste, um zu besprechen, wie das Land von der Kohle loskommen könnte, hatte Energie- und Bergbauminister Gwede Mantashe gerade Wichtigeres zu tun. Der Minister zog es vor, sich um Familienangelegenheiten zu kümmern und überließ die Gruppe der Umweltministerin Barbara Creecy und anderen Kabinettskollegen. Sein Fernbleiben war ein Statement: Wir lassen uns von anderen nicht vorschreiben, was wir mit unseren Ressourcen machen. Kein Mitarbeiter seines Ministeriums war erschienen.

Südafrika ist der siebtgrößte Kohleproduzent der Welt. 248 Millionen Tonnen Kohle wurden 2020 gefördert. Es deckt gigantische 86 Prozent seines Strombedarfs aus Kohle, ist Treibhausgasemittent Nummer 13 der Welt und der größte auf dem afrikanischen Kontinent. Trotzdem will der deutsche Entwicklungshilfeminister Gerd Müller ausgerechnet Südafrika zu einem Modellstaat der Klimawende machen, zu einem Wunderland der erneuerbaren Energien. Wie passt das zusammen?

Das Team fuhr nach Mpumalanga, der Herzregion der südafrikanischen Kohleförderung und -verbrennung. Die Region liegt im Nordosten, nicht unweit des Kruger-Nationalparks, das Wasser ist knapp, die Luft gelb. Saure Grubenwässer verseuchen die Böden, zahlreiche Flüsse und Seen sind durch Schwermetalle vergiftet. Viele Menschen werden krank von der Kohle, einerseits. Andererseits bietet sie Zehntausenden ein Einkommen.

Der Brennstoff ist für Südafrika ungefähr das, was für die Deutschen die Automobilbranche ist. Ein Wohlstandsfaktor. 91 459 Menschen arbeiteten vergangenes Jahr in Südafrika unmittelbar im Kohlesektor. Knapp eine halbe Million Jobs hängen insgesamt am Bergbau. In einem Land mit mehr als 34 Prozent Arbeitslosigkeit und hoher Armut wiegt das schwer.

Tatsächlich ist die Regierung zerstritten. Präsident Cyril Ramaphosa spricht sich im Gegensatz zu seinem Energieminister für einen schnelleren Wechsel zu erneuerbaren Energien aus. Er hat im vergangenen Jahr ein Klimaprogramm wiederbelebt und es für Unternehmen einfacher gemacht, eigenen Solar- und Windstrom zu erzeugen.

Wie viele andere Entwicklungsländer hat Südafrika Probleme, seinen wachsenden Energiebedarf zu decken. Seit 2007 gehören Stromabschaltungen, um eine Überbelastung der Kraftwerke zu verhindern, zum Alltag im Land am Kap. Es gibt feste Zeitpläne, verschiedene Stufen und Apps, auf denen sie angezeigt werden. Bei der höchsten Stufe, Stufe 8, müssen die Menschen dreimal täglich für 4,5 Stunden auf Strom verzichten. Die wirtschaftlichen Schäden gehen in die Milliarden. Mitunter versanken ganze Städte in Dunkelheit.

Mehr Energie musste her, und dafür wurden Windparks gebaut und einer der größten Solarparks Afrikas. Zugleich beschloss das Land den Bau von zwei gigantischen Kohlekraftwerken mit einer Leistung von je rund 4800 Megawatt. Zusammen werden sie den größten Kohlekraftwerkskomplex Afrikas bilden. Der Solarpark erzeugt gerade mal 96 Megawatt.

Ein ewiges Hin und Her. Hier werden Windparks gebaut, dort neue Kohlekraftwerke. Und es gibt mal wieder jede Menge schöne Bekenntnisse, auch in Glasgow. Dort unterzeichneten am Donnerstag Vertreter von Industrie- und Schwellenländern ein »Coal-to-Clean-Statement«, um ihren Willen zu bekräftigen, aus der Kohle auszusteigen. Nicht mit dabei: China, Indien, Australien.

Die Regierungen Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und der USA wollen diese Inkonsequenz nicht länger mitansehen. Sie haben beschlossen, »Südafrika bei der Energiewende zu unterstützen«. 8,5 Milliarden Dollar ist ihnen das wert, knapp 700 Millionen stammen aus Deutschland.

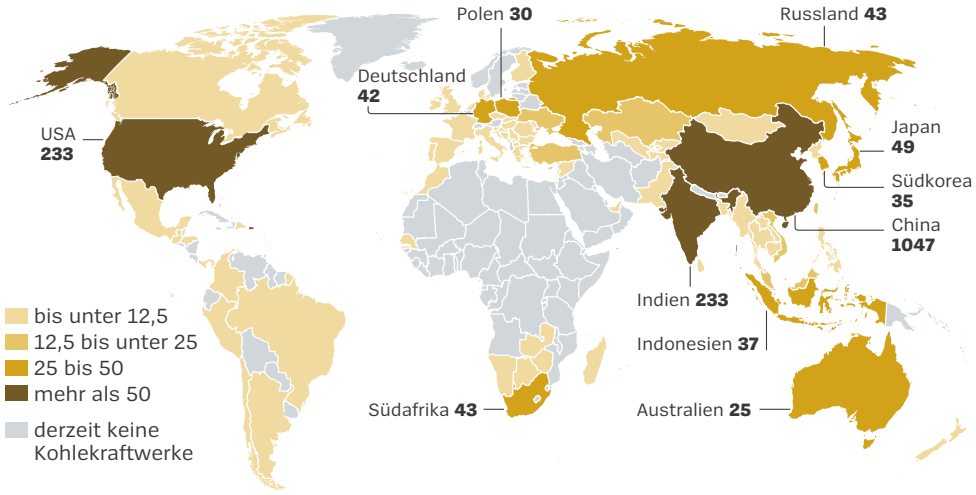
Was würde es kosten, alle Schwellenländer auf einen solchen grünen Pfad zu lenken? Die Summen sind schwindelerregend. Die Weltbank schätzt die erforderlichen Hilfsmittel allein für Asien auf 13 Billionen Dollar. Da nehmen sich die 100 Milliarden Dollar, die die Industrieländer dafür auf der Weltklimakonferenz ausgerufen haben, ziemlich bescheiden aus. Zumal sie erst ab 2023 vollumfänglich fließen.

China: Der schwarze Riese

Kein Land steht bei der Entwöhnung von der Kohle vor derartigen Herausforderungen wie China. Die Volksrepublik verbrennt mehr als

Von wegen Ausstieg

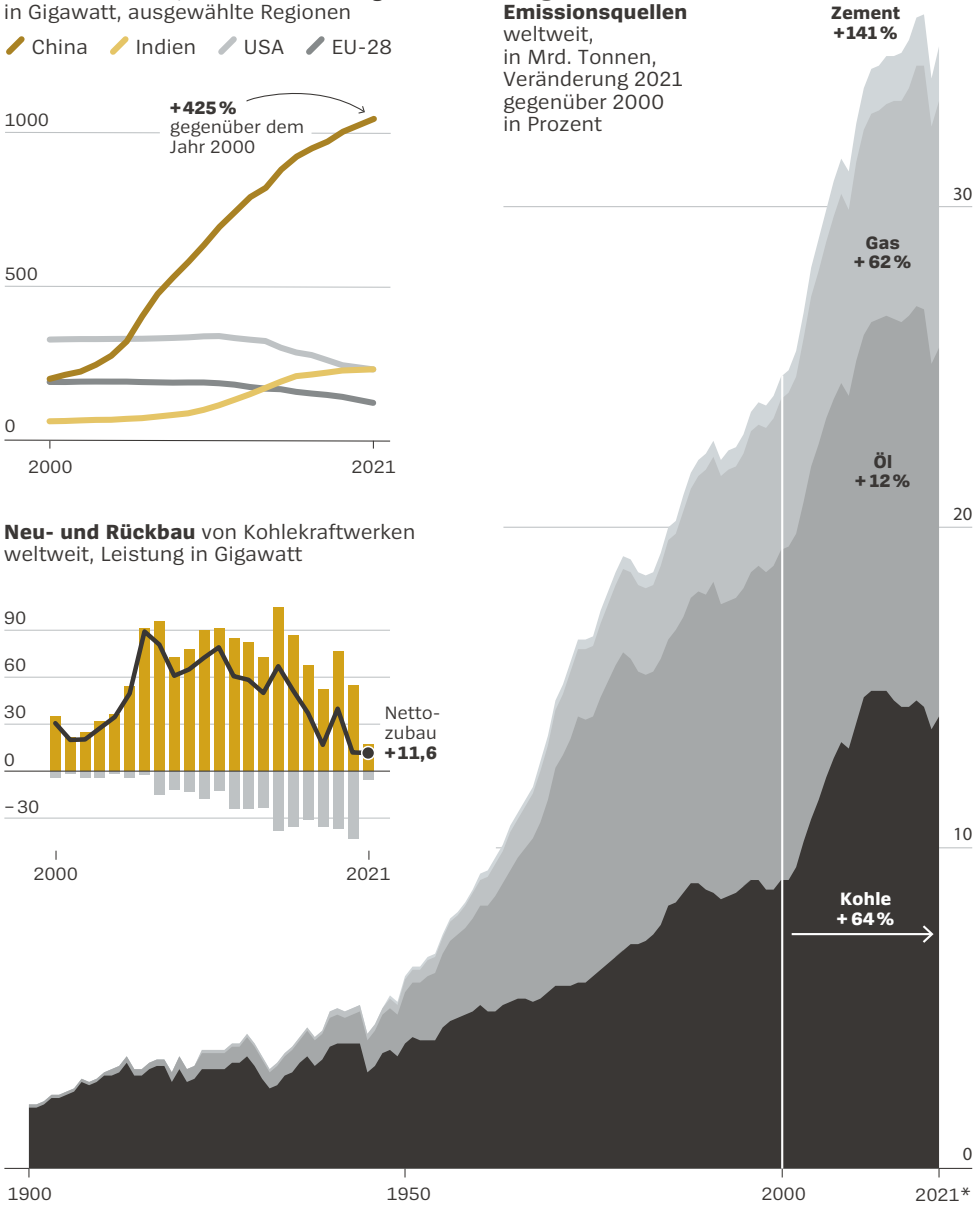
Kohlenutzung weltweit 2021, installierte Kraftwerksleistung in Gigawatt



Kohlekraftwerke, installierte Leistung in Gigawatt, ausgewählte Regionen

Neu- und Rückbau von Kohlekraftwerken weltweit, Leistung in Gigawatt

Die **größten CO_2-Emissionsquellen** weltweit, in Mrd. Tonnen, Veränderung 2021 gegenüber 2000 in Prozent



S. Quellen: Global Energy Monitor, Global Carbon Project

* ab 2020 Schätzungen

die Hälfte aller Kohle weltweit, im Jahr 2020 bläst sie etwa 14 Gigatonnen CO_2 in die Luft, das sind 14 Milliarden Tonnen, eine Zahl mit elf Ziffern.

Der Bedarf ist so groß, weil China mit Kohle nicht nur heizt und sein enormes Inventar an Stahlwerken befeuert, sondern zuletzt auch 57 Prozent seiner Elektrizität daraus generierte. 70 Prozent des gesamten Stroms wird von Fabriken verbraucht – nicht zuletzt von jenen, in die viele Konzerne der alten Industrieländer erhebliche Teile ihrer Produktion ausgelagert haben. Das CO_2 steigt nun aus den Schornsteinen in Dongguan und Changchun in die Atmosphäre, stellvertretend für Duisburg oder Cincinnati. Ein Argument, das chinesische Politiker gern anführen, wenn sie wegen ihrer Emissionen in der Kritik stehen.

Dennoch hat Peking in jüngerer Zeit ernsthaften Willen gezeigt, das Problem anzugehen. Auch weil die Folgen der Klimaerhitzung in China unübersehbar sind. Die nur wenige Meter über dem Meeresspiegel gelegene Megacity Shanghai ist hochgradig gefährdet, Dürren und Starkregen mehren sich. Erst im Oktober standen weite Teile der wichtigsten Kohleprovinz Shanxi unter Wasser.

Die chinesische Führung weiß das. Es gibt dort keine relevanten Stimmen mehr, die den Klimawandel als Werk des Menschen leugnen. Im vergangenen Jahr hat Staats- und Parteichef Xi Jinping vor der Uno-Generalversammlung angekündigt, China werde 2060 klimaneutral sein. Von 2025 an soll die Kohleverbrennung ein Plateau erreichen und dann langsam sinken, bis 2030 will das Land den Höchststand seiner Emissionen überschritten haben.

Viele Delegierte aus dem Westen hatten gehofft, Xi Jinping würde zum Klimagipfel weitergehende Zusagen machen. Doch er mag auf den Neubau von Kohlekraftwerken zunächst nicht verzichten, lediglich im Ausland will er keinen Kapazitätsaufbau mehr fördern.

Immerhin: Bei den erneuerbaren Energien will Peking in die Vollen gehen. Die Regierung hat unlängst präzisiert, dass der Stromverbrauch aus Quellen, bei denen kein CO_2 freigesetzt wird, von knapp 16 auf 80 Prozent im Jahr 2060 steigen soll. Das schließt den Atomstrom mit ein, doch Vorrang hat alles, was grün ist: In den Wüstenregionen des Landes, versprach Xi Mitte Oktober, werde er zusätzliche Solar- und Windkraftanlagen mit einer installierten Kapazität von 100 Gigawatt bauen. Allein das wäre mehr als alle Erneuerbaren des regionalen Rivalen Indien zusammengenommen. »China hat eine recht konsistente Vision davon, wie dieses Jahrzehnt verlaufen soll«, sagt Lauri Myllyvirta, Experte für Chinas Energiesektor beim Centre for Research on Energy and Clean Air in Helsinki.

Die Vorgaben für die drei folgenden Dekaden seien noch ziemlich unkonkret. Aber man müsse Präsident Xi »zugutehalten, dass seine Festlegung auf CO_2-Neutralität enormen

Eigentlich sollte ich nur über die Feiertage aushelfen.

Aber inzwischen bin ich schon 17 Jahre bei Amazon! Ich habe mich hochgearbeitet, Karriere gemacht – und mit einem dualen Studium hier im Betrieb sogar mein Diplom. Seitdem bin ich immer weiter aufgestiegen. Ich glaube nicht, dass ich damit schon am Ende bin.

Ali, Senior Operations Manager

aboutamazon.de/logistikzentrum

Wandel hervorgerufen hat«, sagt Michael Davidson von der University of California in San Diego. »Die Stimmen innerhalb Chinas Energiesektor, die nach einem Ausbau der Kohlekapazitäten rufen, scheinen leiser zu werden.«

Dass trotzdem noch neue Hochöfen und Kohlekraftwerke geplant und errichtet werden, sei keine politische Heuchelei, so Davidson, sondern ein Versuch der Branche, vor dem avisierten Peak schnell noch Kapazitäten hinzuzufügen. Die Führung in Peking verfolge dieses Vorhaben kritisch.

Schon jetzt schreitet der Ausbau der Erneuerbaren rasant voran. Dank eines Regierungsprogramms werden gigantische Dachflächen mit Fotovoltaik bestückt, und auch die Wasserkraft kommt verstärkt zum Einsatz. China ist auf dem besten Weg zum alles dominierenden Klimatech-Marktführer. Ziel ist es, die Preise für Wind- und Solarkraftanlagen so weit zu drücken, dass sich Investments in Kohlemeiler nicht mehr rechnen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten gelangten China dabei enorme Fortschritte. Bereits heute ist Strom aus modernen Sonnenkollektoren und Windrädern günstiger als Kohlestrom.

Polen: Eine Frage der nationalen Ehre

In der Stadtmitte sieht Katowice aus, als wollte die alte Kohle- und Industriestadt ihre Vergangenheit so schnell abschütteln, wie es nur geht. Der Hauptplatz heißt jetzt Markt, er ist mit frischen Steinplatten und EU-Geld renoviert, es gibt Cafés und hölzerne Sitzbänke, die sogar bequem sind. Und mitten hindurch fließt ein künstliches Bächlein, vier Meter breit und glasklar.

Vom Markt sind es etwa zwei Kilometer zurück in die Vergangenheit. Der Weg zum Hauptquartier der Gewerkschaft Solidarność führt entlang der Gleise, ein Förderturm kommt in Sicht, bröckelige Mietskasernen. Dominik Kolorz, der schlesische Solidarność-Chef, ist zwei Meter groß und hat acht Jahre unter Tage gearbeitet. Er sagt: »Wir bezweifeln ja nicht den Klimawandel, wir sollten aber die Kohle als Energieträger nicht leichtfertig infrage stellen.«

Polen ist der größte Steinkohleproduzent der EU, zu mehr als 70 Prozent hängt die Stromversorgung des Landes an der Kohle. In Schlesien, dem historischen Revier, fahren rund 50 000 Kumpel täglich in die rund 20 Zechen ein. Bis zu einer halben Million Menschen sind direkt und indirekt vom Steinkohlebau abhängig, schätzt Kolorz.

Dabei ist die Förderung schon lange nicht mehr rentabel. Aber nach den Grubenschließungen in den Neunzigerjahren, die gewaltige Proteste auslösten, traute sich keine Regierung mehr an das Problem heran.

So wurde Polens Energiewende immer wieder aufgeschoben. Der Streit wuchs sich zu einem Kulturkonflikt aus. Hier eine immer klimabewusstere Bevölkerung, die unter Smog leidet; rund 40 000 Menschen sterben

Piotr Malecki / DER SPIEGEL

Gewerkschafter Kolorz

nach Schätzungen der Europäischen Umweltagentur daran jedes Jahr. Dort die Bergleute, die ein rebellisches Erbe verwalten. Sie waren es, die 1989 die Öffnung gen Westen herbeistreikten.

Nun soll Polen bis 2049 aus der Kohle aussteigen, das sieht ein neues Abkommen vor. Bis dahin sind die Einkommen der Bergleute gesichert, ein Fonds soll den Übergang sozial abfedern. »Wir haben zugestimmt«, sagt Kolorz. Zufrieden wirkt er nicht damit. Bei der Unterzeichnung in Warschau holte er in seiner Rede weit aus: »Wir sind enttäuscht. Es waren Bergleute, die den Kommunismus besiegt haben.« Neun von ihnen starben, als die Miliz 1981 in den nahe gelegenen Zechen Wujek das Feuer auf Streikende eröffnete.

Wenn die Solidarność heute die Kohle verteidigt, dann verteidigt sie damit auch die polnische Lebensweise. Die Bergleute haben das Land nach dem Krieg wiederaufgebaut, sie arbeiteten in der Zeche, die Zeche finanzierte ihre Häuser, ihre Fußballplätze und Kulturzentren. Eine staubige, aber übersichtliche Welt.

Kolorz will die Kohle nicht leichtfertig preisgeben. Weder der Wind noch die Sonne reichten aus, um den Boom anzutreiben, den das Land seit dem EU-Beitritt erlebt. Es gebe schließlich Technologien, die den Abgasen das Kohlendioxid entziehen könnten, sagt er. Gut, das Prinzip sei noch nicht ausgereift, nur wisse bei der Atomkraft auch niemand, wohin mit dem strahlenden Müll.

Den polnischen Ausstiegsplan muss noch die EU-Kommission genehmigen. Schneller jedenfalls könne die Transformation auf keinen Fall gehen, warnt Kolorz. Die Solidarność werde sich zu wehren wissen, wenn die EU die Treibhausgase schon bis 2030 um 55 Prozent reduzieren wolle.

Das in Kohle versteinerte Polentum könnte dem Rest Europas egal sein. Wenn es nicht die Europäische Union gäbe, die gerade das Programm »Fit for 55« aushandelt, mit dem sie bis 2055 klimaneutral sein will.

Deutschland: Vorbild und abschreckendes Beispiel

Zumindest was den Zeitraum angeht, eignet sich der Abschied Deutschlands von der Kohle nicht als Vorbild. Er dauert nämlich schon seit 1957.

Nach dem Krieg schien die deutsche Steinkohle unersetzlich zu sein, als Rohstoff für die Stromerzeugung, für die Stahlproduktion und sämtliche mit Dampf betriebenen Maschinen. Rund um die Zechen entstanden Industrieunternehmen und Fabriken, die den wirtschaftlichen Aufstieg der jungen Republik begründeten.

Die Freude währte nicht lange. Deutsche Steinkohle – das zeigte sich recht schnell – war international nicht wettbewerbsfähig. Während sie in Ländern wie den USA, Australien und Südafrika oberflächennah abgebaut werden konnte, lagerte das Grubengold im Ruhrgebiet und im Saarland in Tiefen von bis zu 1200 Metern und unter dicht besiedelten Ballungszentren.

Der Aufwand, um das schwarze Gestein an die Oberfläche zu holen, war immens. Kilometerweit musste Wasser in riesigen Mengen abgepumpt, mussten Schächte gegraben und die Oberflächen mit aufwendigsten Konstruktionen gestützt werden. Zudem wurde Öl in den Sechzigerjahren immer billiger und verdrängte die Kohle in vielen Bereichen.

Doch die Förderung komplett einzustellen fiel dem deutschen Gesetzgeber nicht ein. Mehr als 600 000 Arbeitsplätze hingen zu Hochzeiten an der Kohle. Dazu kam die Angst, als Exportnation komplett von Rohstoffimporten aus Drittstaaten wie Saudi-Arabien abhängig zu werden.

So entschloss sich Deutschland zu einem schleichenden Ausstieg. Der Staat erfand 1974 zunächst den Kohlepfennig, einen Aufschlag auf den Strompreis. Als die Abgabe vom Verfassungsgericht gekippt wurde, wandelte man ihn in eine direkte Subventionierung aus dem Staatshaushalt um.

Enorme Summen hat das verschlungen. Mit 295 Milliarden Euro, rechnete das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft aus, wurde die Steinkohle bis zum Jahr 2008 subventioniert. Erst 2007 – die Europäische Union hatte die Subventionen mehrfach gerügt – kam es zum Umdenken. Bis 2018, so wurde per Gesetz verankert, sollten die letzten Zechen in Deutschland geschlossen werden.

Aus den Resten der Ruhrkohle AG schufen Bund, NRW und das Saarland eine Stiftung. Sie wurde mit Milliarden ausgestattet und erhält Dividendenzahlungen des Chemiekonzerns Evonik, der ihr mehrheitlich gehört.

Die Stiftung sorgte dafür, dass Bergleute anderweitig Beschäftigung fanden, und sie soll die immensen Ewigkeitskosten für die

STROMERZEUGUNG

Aufmarsch der Untoten

Die Rufe nach einer Renaissance der Kernkraft werden lauter. Doch Atom- ist kein Grünstrom.

Plötzlich sind sie wieder da. Die Befürworter der Kernenergie. Die Untoten des Deutschen Atomforums.

All die Ingenieure und Wissenschaftler, die seit 30 Jahren »unmittelbar vor der Fertigstellung« des inhärent sicheren Atommeilers stehen, die den smarten Kugelhaufenreaktor für den Hinterhof fast serienreif haben – aber wie in Jülich nicht einmal die Forschungsreaktoren an ihren eigenen Instituten in den Griff bekamen.

Sie alle haben gerade Oberwasser. Fordern lautstark, was sie immer schon verlangt haben. Eine Verlängerung der Laufzeiten für die bestehenden Atommeiler und mehr Geld für den Bau neuer Anlagen. Dem Klima zuliebe.

Verhindert werden kann der Klimakollaps nur, wenn die Stromerzeugung konsequent auf eine dezentrale Versorgung mit regenerativen Energien umgestellt wird. Nur leider haben die meisten europäischen Länder in der Vergangenheit zu wenig in grünen Strom investiert. Selbst die Bundesrepublik als ehemaliges Vorzeigeland der Energiewende hängt mit ihren Ausbauplänen weit zurück, steuert gar auf einen Versorgungsengpass zu. Denn im kommenden Jahr sollen die letzten fünf Atommeiler vom Netz gehen und bis spätestens 2038 der Ausstieg aus der Kohleverstromung besiegelt sein.

Genau hier liegt das Einfallstor der Befürworter einer Kernkraft-Renaissance. Um ausreichend CO_2-freien Strom in den Netzen zu haben, fordern die Atomapologeten, die Laufzeiten der noch bestehenden deutschen Meiler um 10 bis 15 Jahre zu verlängern. Zudem verlangen sie den Bau neuer Kraftwerke, um bezahlbaren Strom langfristig zu sichern. Ihr Vorbild: Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, der gerade ein neues Atomzeitalter ausgerufen hat.

Und tatsächlich: Die Rhetorik der AKW-Befürworter verfängt. Selbst in Deutschland, wo sich Teile der Industrie, Wirtschaftsgrößen wie Ex-BASF-Chef Jürgen Hambrecht sowie Gruppen der FDP und AfD für einen Wiedereinstieg starkmachen – auch wenn einige noch verbrämt von einer »Übergangstechnologie« sprechen. Schaut man sich jedoch deren Argumente an, bleibt von den vermeintlichen Vorteilen wenig übrig. Atomkraft ist keineswegs preiswert. Im Gegenteil. Sie ist im direkten Vergleich sogar unverhältnismäßig teuer.

Die Kilowattstunde Strom aus einem neu errichteten Atomkraftwerk kostet zwischen 11 und 17 Cent. Fotovoltaikstrom kann man in sonnenreichen Gebieten für 2 bis 6 Cent pro Kilowattstunde produzieren. Windstrom für etwa 2 bis 8 Cent. Nicht eingerechnet sind darin die Kostenexplosionen, die durch Fehlplanungen, Sicherheitsrisiken und die ewigen Verzögerungen bei der Bauzeit von Atommeilern entstehen können.

Im finnischen Olkiluoto etwa baut der französische Atomkonzern Areva seit dem Jahr 2005 an einem europäischen Druckwasserreaktor. Eigentlich hätte der Meiler bereits im Jahr 2009 ans Netz gehen sollen. Doch angefangen bei den Fundamenten über den Stahl bis hin zu diversen Sicherheitsmängeln lief so ziemlich alles schief, was schieflaufen konnte. Immer wieder wurde der Starttermin verschoben – zuletzt auf den Sommer 2022. Experten schätzen, dass sich die Kosten von ursprünglich angesetzten drei Milliarden Euro etwa vervierfacht haben dürften.

Nicht besser sieht es im französischen Flamanville aus. Dort klempnert der Energiekonzern EDF zusammen mit Areva seit 2007 an einem angeblichen Zukunftsreaktor. Auch hier musste der Start wegen immer neuer Sicherheitsfragen Jahr für Jahr verschoben werden. Die Kosten stiegen von gut 3 auf inzwischen fast 20 Milliarden Euro. Für die Inbetriebnahme peilen EDF und Areva nun das Jahr 2024 an.

Private Investoren sind aufgrund dieser Unberechenbarkeit und wegen der ungelösten Endlagerfrage des Atommülls für neue AKW-Projekte kaum zu gewinnen. Nur wenn in Frankreich der Staat und damit der Steuerzahler das Risiko übernimmt, werden neue Kraftwerke überhaupt noch geplant.

Gutschalk / IMAGO

AKW-Schaltzentrale

Wirklich preiswert ist Atomstrom nur dort, wo längst abgeschriebene AKW immer noch am Netz hängen. Doch mit jeder Verlängerung der Laufzeit steigt das Risiko eines atomaren Unfalls. Die meisten Atomkraftwerke liegen zur Kühlung an Flüssen oder Küsten. Auf Überschwemmungen wie in Deutschland vor wenigen Monaten oder steigende Meeresspiegel sind sie nur ungenügend vorbereitet.

Ein Weiterbetrieb deutscher AKW ist ohnehin reines Wunschdenken – selbst wenn der zwischen Bundesregierung und Betreibern geschlossene Ausstiegsvertrag noch einmal geändert werden sollte. Die Reaktorkerne sind entweder längst entladen oder so optimiert, dass sie mit den vorhandenen Brennelementen nur noch die zugelassene Restlaufzeit schaffen. Für einen Weiterbetrieb müssten neue Brennelemente beschafft werden. Ein langwieriger und teurer Prozess.

Zumal Ersatzteile und notwendige Prüfgeräte an den Standorten kaum mehr vorhanden sind. Das hoch spezialisierte Personal wurde schon vor Monaten in den Vorruhestand geschickt oder wanderte ab und ist kaum zu ersetzen. Noch gravierender: Für einen Wiederbetrieb gibt es keine gültigen Genehmigungen mehr. Sie wiederzuerlangen, heißt es in Aufstellung eines Betreibers, dürfte Jahre dauern, wenn es wegen verschärfter Sicherheitsanforderungen überhaupt klappt.

Der wahre Grund für die Atomeuphorie liegt Experten zufolge woanders: im komplexen System der Taxonomie. Seit Monaten streiten die EU-Regierungschefs darüber, wie sich Anreize für eine CO_2-arme Wirtschaft schaffen lassen. Produkte, die CO_2-frei hergestellt werden, sollen deutlich besser gestellt werden.

Wenn es also Frankreich gelingt, dass Atomstrom wie erneuerbare Energien eingestuft wird, dann ließe sich nicht nur in AKW angeblich grüner Wasserstoff produzieren und verkaufen. Auch Autos, Stahl und Chemieprodukte aus Frankreich, Polen und England könnten dann grün deklariert und preiswerter gehandelt werden als Waren, die konventionell erzeugt werden.

Und das wäre für die deutsche Wirtschaft tatsächlich ein Problem.

Frank Dohmen ■

Pumpen und die Filterung des verseuchten Bergbauwassers tragen.

Trotzdem blieben bis zuletzt Dutzende Steinkohlekraftwerke am Netz, befeuert mit preiswerter Importkohle. Und auch die noch umweltschädlicheren Braunkohlemeiler galten als unabdingbar für die Grundversorgung. Der endgültige Kohleausstieg sieht nun vor, dass bis 2038 der letzte Meiler vom Netz geht. Die Betreiber erhalten dafür Entschädigungszahlungen von fast 4,4 Milliarden Euro, obwohl die meisten Kraftwerke wegen der steigenden CO_2-Preise ohnehin an die Rentabilitätsgrenze gestoßen wären.

Mit dem Geld erkaufte sich die Regierung die Sicherheit, keine Entschädigungsklagen zu kassieren, und die Hoffnung, dass die Braunkohlelöcher ordnungsgemäß rekultiviert werden.

Zuzüglich weiterer fünf Milliarden Euro Anpassungsgeld für ältere Arbeitnehmer und der 40 Milliarden Euro Strukturhilfen für die Braunkohleregionen könnte der lange Ausstieg aus der Kohle die Steuerzahler mehr als 350 Milliarden Euro gekostet haben – ohne dass auch nur ein Cent in eine saubere Stromversorgung investiert wurde. Und wenn die neue Koalition den Ausstieg beschleunigt, wird es noch teurer. Die Stilllegung eines nagelneuen Kraftwerks wie jenes in Datteln, das gerade erst ans Netz gehen durfte, wird nicht zum Nulltarif zu haben sein.

Wege aus der schwarzen Sucht

Die Macht der Kohle ist simpel zu erklären: Sie war über ein Jahrhundert lang billiger Brennstoff für den ökonomischen Aufstieg. Den Ausstieg muss man sich leisten können.

Die enormen Summen, die Deutschland dafür verfeuert hat, kann selbst im wohlhabenden Europa kaum einer bezahlen. Länder wie Indonesien, Vietnam oder Bangladesch müssten nicht nur massiv unterstützt werden, sagt Ottmar Edenhofer, Direktor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Die Hilfsgelder müssten auch an klare Bedingungen geknüpft werden. Sonst werde das nichts mit dem Kohleausstieg.

Entscheidend sei zudem, dass Kohle teurer wird als Atomkraft und Erdgas. Gerade bei Erdgas ist das kompliziert. Die aktuelle Knappheit hat zu einem Preisanstieg von mehr als 70 Prozent geführt. Das macht Gaskraftwerke unrentabel. Und je weniger die Energiekonzerne in die Erschließung neuer Gasfelder investieren, weil fossile Energie grundsätzlich als Auslaufmodell gilt, desto extremer steigen die Preise.

Der einzige Ausweg aus dieser Misere sei ein einheitlicher Mindestpreis für CO_2 unter den größten Emittenten USA, China, der EU und am besten auch Indien, sagt Edenhofer. Ohne ein solches System werde es schwer, in den kommenden Jahrzehnten von der Kohle loszukommen.

Frank Dohmen, Georg Fahrion, Claus Hecking, Jan Puhl, Fritz Schaap, Gerald Traufetter ■

Das Ende der Bahn, wie wir sie kennen

KOALITIONSPLÄNE Grüne und FDP wollen den Staatskonzern zerschlagen und mehr Wettbewerber auf die Schiene holen. Sie haben auch schon einen Plan, wie sie die widerstrebende SPD für dieses Vorhaben gewinnen können.

Zwischen Grünen und Liberalen gibt es in der Verkehrspolitik eine Menge Dissens. Das geht vom Tempolimit über ein Moratorium für den Bau neuer Straßen bis hin zur grundsätzlichen Frage, wie viele Verbote den Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten sind. Nur in einer Sache sind sich die beiden Parteien einig: über die Zukunft der Deutschen Bahn.

Nach SPIEGEL-Informationen haben die künftigen Koalitionspartner am Dienstag darüber verhandelt, wie es mit dem für eine Verkehrswende wichtigen Schienenkonzern weitergehen soll. Die beiden kleineren Partner in einer künftigen Ampelkoalition haben sich dabei gegen die SPD untergehakt und fordern eine grundlegende Neuaufstellung bei der Aktiengesellschaft, die zu 100 Prozent im Besitz des Bundes ist.

Auf dem Tisch liegen Pläne, die manche Führungskraft im Bahntower erzittern lassen dürfte – und Wettbewerbern wie Flixtrain die Chance zum Angriff bieten.

Verschiedene Modelle werden diskutiert. Sie alle laufen auf eine Zerschlagung der Bahn in ihrer bisherigen Form hinaus: Der Bereich DB Netze, der die Schieneninfrastruktur, die Bahnhöfe und die Energieversorgung unterhält, soll vom Betrieb der Züge getrennt werden.

Schon vor Monaten hatten beide Parteien sich mit Experten dazu intensiv ausgetauscht. Herausgekommen ist eine gemeinsame Haltung, die diametral zur SPD steht. Die will, wohl auch aus Rücksicht auf die mächtige Eisenbahngewerkschaft EVG, den sogenannten integrierten Betrieb von Schiene und Fahrgeschäft beibehalten.

Doch die Bahn ist in einem desolaten Zustand. Auf mehr als 30 Milliarden Euro ist die Verschuldung angewachsen. Das hat mit der Coronapandemie zu tun, in der die Züge auf Geheiß des Bundesverkehrsministers fast im normalen Takt gefahren sind – bei einer Auslastung von 20 Prozent der ursprünglichen Passagierzahlen. Auch Misswirtschaft drückt auf die Bilanz, etwa hoch defizitäre Auslandsbeteiligungen wie die britische Arriva oder der verlustbringende Güterverkehr, bei dem weitere Wertberichtigungen im Raum stehen.

All das liefert Grünen und FDP Argumente, bei der DB gründlich durchzukehren. Zumal das Unternehmen, so sehen es vor allem die Grünen, in der Klimapolitik eine wichtige Funktion übernehmen und ihre Fahrgastzahlen bis 2030 verdoppeln soll. Eine funktionierende Bahn wäre für die Partei eine Trophäe, die sie dringend brauchen kann.

Der FDP geht es bei einer Zerschlagung weniger ums Klima. Die Liberalen wollen mehr Konkurrenz auf den Fernstrecken der Bahn ermöglichen und den profitablen Logistikkonzern DB Schenker verkaufen – um Schulden zu tilgen und Geld für Investitionen freizubekommen.

Im extremen Modell würde der Infrastrukturbereich in eine gemeinwohlorientierte, öffentliche Gesellschaft abgespalten. Damit blieben in der Konzernzentrale am Potsdamer Platz die drei Transportbereiche Regio-, Fern- und Güterverkehr übrig. Das gemäßigte Modell sieht die Bildung einer Holding vor, unter der dann der Netzbetrieb neben dem Zugbetrieb organisiert wäre, mit einem eigenen Vorstand und einem separaten Budget. Formal bliebe die Einheit des Konzerns erhalten, die Umstrukturierung wäre weniger zeitaufwendig. Schon in der Vergangenheit gab es dafür Pläne.

Eine Trennung von Netz und Betrieb träfe auf Wohlwollen in der EU-Kommission. Die dortigen Wettbewerbshüter sehen Staatshilfen an den integrierten Konzern kritisch, hätten aber mit großzügiger Unterstützung für eine eigenständige Netzgesellschaft, die allen Wettbewerbern zugutekommt, kein Problem.

Die SPD ist derzeit noch gegen eine Aufspaltung. Insbesondere, weil sie dazu führen würde, dass die Arbeitnehmervertretung im Konzern durcheinandergerät. Die EVG befürchtet, dass die Konkurrenzgewerkschaft GDL an Einfluss gewänne. Deren Anführer Claus Weselsky hatte in der Tarifauseinandersetzung in diesem Sommer lautstark eine Aufspaltung gefordert.

Die Bedenken der SPD wollen FDP und Grüne ausräumen, indem sie Olaf Scholz und

seinen Genossen bei der Besetzung der Bahn-Spitze entgegenkommen. Sowohl Liberale als auch Grüne planen, den Vorstand und Aufsichtsrat umzubauen. Konzernchef Richard Lutz soll abgelöst werden, genauso wie der für die Infrastruktur zuständige DB-Vorstand Ronald Pofalla. Der CDU-Mann ist ein Vertrauter von Nochkanzlerin Angela Merkel und genießt in einer Ampelregierung keinen Rückhalt.

Auch der Aufsichtsratschef Michael Odenwald soll weg. Er ist von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) als Staatssekretär auf den einflussreichen Posten verschoben worden. Bleiben könnte der Finanzvorstand Levin Holle, der erst seit Februar 2020 vom SPD-geführten Bundesfinanzministerium zur Bahn gewechselt ist.

Für den Job an der Spitze kommt eine Frau infrage, die von der SPD seit Langem favorisiert wird: die ehemalige Chefin der Berliner Verkehrsbetriebe und heutige Güterverkehrsvorständin der DB, Sigrid Nikutta.

Die wortgewandte, promovierte Psychologin gilt als Marketingtalent – auch in eigener Sache. Sie hätte im Gegensatz zum heutigen Bahn-Chef Lutz den Vorteil, einen Aufbruch im Konzern zu verkörpern. Die gebürtige Bielefelderin mit polnischen Wurzeln ist beliebt in der Arbeitnehmerschaft und wäre die Wunschkandidatin der EVG-Mitglieder im Aufsichtsrat. Grüne wie Liberale könnten mit der Personalie Nikutta leben, solange mehr Wettbewerb auf der Schiene gewährleistet ist.

Zwei Länder gelten vor allem den Liberalen dabei als Vorbild: Schweden und Italien.

Die Skandinavier haben in ihrer Netzgesellschaft ein einfach zu bedienendes Computersystem geschaffen, auf der sich Zugbetreiber mit geringem Aufwand Verbindungen sichern können. In Deutschland ist dafür viel Papier und Geduld nötig.

Italien wiederum besticht durch sein Angebot an Hochgeschwindigkeitsverbindungen. Zwei Unternehmen liefern sich dort einen lebhaften Wettbewerb. Eines davon ist Italo. Dahinter steht ein milliardenschwerer Infrastrukturfonds: Global Infrastructure Partners (GIP), mit Hauptsitz in New York.

In Branchenkreisen gilt es als wahrscheinlich, dass GIP, ebenso wie die französische Staatsbahn, Angebote für den deutschen Markt machen würden, wenn eine neue Bundesregierung die Eintrittsbarrieren für neue Wettbewerber senkt. Im Rahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze könnten die Anbieter ihre Züge quer durch Deutschland schicken. So jedenfalls stellt es sich die FDP vor, und die Grünen hätten nichts dagegen.

Die Ökopartei hat noch einen weiteren Bahn-Konkurrenten eng im Blick: Flixtrain. Dessen Mitgründer André Schwämmlein war für die Grünen in Fürth schon zu Schülerzeiten als Fraktionschef im Kreistag tätig. Die Zugsparte des Flixmobility-Konzerns bietet derzeit zwar gerade mal ein halbes Dutzend Strecken in Deutschland an, hat aber große Pläne.

»In Ländern, die erfolgreich Wettbewerb auf die Schiene gebracht haben, sind Infrastruktur und Betrieb getrennt«, sagt Schwämmlein. Deshalb müsse auch Deutschland den Staatskonzern entflechten. Anders als die heutige Bahn hätte ein eigenständiger Netzbetreiber ein wirtschaftliches Interesse daran, mehr Wettbewerb und damit mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen.

Der zweite entscheidende Hebel sind aus Sicht des Flixtrain-Chefs dauerhaft niedrigere Trassenpreise. Derzeit sind sie für den Personenfernverkehr bis Ende Mai 2022 weitgehend ausgesetzt – auf Druck der EU-Kommission, als Ausgleich für die Milliardenhilfen, mit denen der Staat die Bahn in der Coronakrise gestützt hat.

Schwämmlein plädiert dafür, die Trassenpreise dauerhaft an die Kosten der Nutzung zu koppeln, was eine Absenkung von etwa 80 Prozent im Vergleich zum aktuellen Niveau bedeuten würde. An einem solchen Schritt hätte eine unabhängige Betreibergesellschaft eher Interesse als die Bahn in ihrer jetzigen Form, so Schwämmleins Kalkül.

Kommt es tatsächlich zu einer Zerschlagung, will der Flix-Gründer verstärkt in Flixtrain investieren. »Wir könnten schon 2022 unser Angebot ausweiten, indem wir beispielsweise auf unseren bestehenden Strecken mehr Fahrten anbieten«, sagt Schwämmlein dem SPIEGEL. »Entscheidender aber ist das Signal, dass es sich lohnt, auch in neue Züge zu investieren.«

Nun müssen Grüne und FDP nur noch einen Kompromiss mit der SPD finden. Schwämmlein sieht in der Privatisierung der Betreibergesellschaft nicht den entscheidenden Kniff für mehr Wettbewerb und vermutet, dass es auf eine Holding-Lösung hinausläuft. Die tut der Klientel der SPD deutlich weniger weh.

Martin Hesse, Gerald Traufetter ■

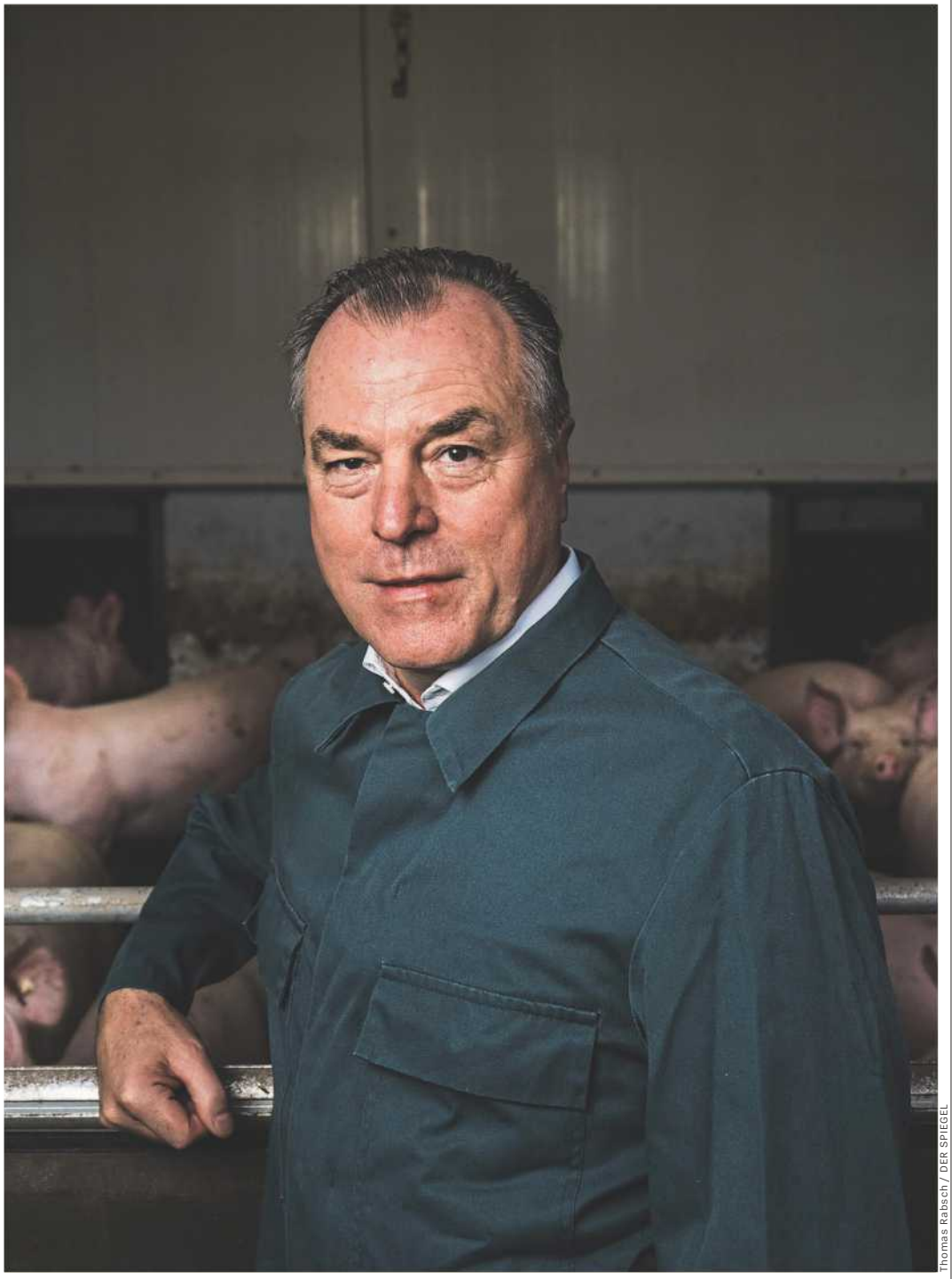
Harald Schön / Picture Press / ddp

Friso Gentsch / dpa

Managerin Nikutta

»Wir hätten uns mehr kümmern müssen«

SPIEGEL-GESPRÄCH Fleischbaron Clemens Tönnies, 65, über sein Image als Sklavenhalter und seine Ideen für die Agrarwende



Thomas Rabsch / DER SPIEGEL

Großschlachter Tönnies: »Sie meinen, ich wäre besser Uhrmacher geworden?«

SPIEGEL: Herr Tönnies, Sie haben sich im vergangenen Jahr ziemlich erfolgreich um den Titel »Buhmann der Republik« beworben. Da war der Coronaausbruch in Ihrem Schlachtbetrieb, der die miesen Lohn- und Lebensbedingungen Ihrer Arbeiter offenbart hat. Und dann sind Sie ja ohnehin die Symbolfigur für: Massenviehhaltung, Billigfleisch, Bauernausbeutung, Klimazerstörung. Haben wir etwas vergessen?

Tönnies: Sklavenhaltung.

SPIEGEL: Genau. Es standen Leute vor Ihrem Haus, die »Hängt ihn auf« riefen.

Tönnies: Und »Schneidet ihm den Kopf ab«. Die haben die Kameras an unserem Privathaus verhängt, sind mit Leitern da hoch. Das war nicht witzig. Ich war für die der Mann, der Covid nach Deutschland eingeschleppt hat. Aber klar, über uns als Unternehmen ist damals etwas hereingebrochen. Wir hatten tatsächlich geglaubt, wir hätten einen der pandemiesichersten Betriebe, das ist uns auf die Füße gefallen. Es war ein unglaubliches Wechselbad: Im März 2020 schrieb uns Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner noch: Bitte verhindern Sie Regallücken, damit wir keine Hamsterkaufpanik bekommen. Wir haben danach unglaubliche Mengen produziert. Das war die Zeit, als man sogar noch darüber diskutiert hat, ob Masken etwas bringen. Erst viel später haben wir begriffen, wie sich bei uns Aerosole ausbreiten und dass ein Superspreader die Kollegen noch über acht Meter Entfernung angesteckt hat.

SPIEGEL: Sie gelten als Perfektionist, keiner zerlegt so viele Schweine wie Sie in Deutschland. Ihr Geschäftsmodell beruht auf Masse, mit gut 25 000 Schlachtungen am Tag und gut sieben Milliarden Euro Umsatz im Jahr. Ist Ihnen schon mal der Gedanke gekommen, Sie hätten das Falsche perfektioniert?

Tönnies: Sie meinen, ich wäre besser Uhrmacher geworden?

SPIEGEL: Vielleicht um zu erkennen, wann die Zeit für etwas abgelaufen ist. Angesichts der Diskussionen um Klimaziele und Fleischverzicht könnte Ihre Größe bald nicht mehr angemessen sein.

Tönnies: Niemand fragt, ob die Automobilindustrie zu groß geworden ist.

SPIEGEL: Ob die auf dem Holzweg ist, fragt man schon.

Tönnies: Wir haben in den letzten 50 Jahren die Ernährung in Deutschland mit unserem Unternehmen sichergestellt. Waren wir damit auf dem

Das Gespräch führten die Redakteure Jürgen Dahlkamp und Nils Klawitter.

Holzweg? Nein. Aber wir müssen uns verändern, weil die Gesellschaft sich verändert.
SPIEGEL: Die Zukunftskommission Landwirtschaft sagt: weg von der Massenproduktion für den Export, hin zu regionalen, nachhaltigen Kreisläufen. Und zu Qualitätsware. Was heißt das für Sie?
Tönnies: Dass wir Lösungen anbieten müssen. Wir drängen etwa darauf, dass unsere 11 000 Bauern die Haltungsformen der Tiere umstellen. Da haben wir etwas falsch gemacht.
SPIEGEL: Was waren die Fehler?
Tönnies: Wir haben Ställe dichtgemacht und beheizt. Völlig falsch. Luft ranzulassen ist viel besser, die Schweine genießen das geradezu, sogar im Winter. Da wurden wir von Spezialisten falsch beraten. Mir ist es schon vor 13 Jahren so vorgekommen, als hätten wir es übertrieben. Brauchen wir diese immensen Tagesgewichtszunahmen bei den Schweinen? Solche Dinge sehe ich heute noch kritischer.
SPIEGEL: Wenn Sie das vor Jahren schon gesehen haben, warum kommen dann bis heute nur zwei Prozent Ihrer Tiere aus den besseren Haltungsformen 3 und 4, die Frischluft und mehr Platz vorsehen?
Tönnies: Auch Haltungsform 2 ist mehr, als das Gesetz vorgibt. Wenn Sie das dazuzählen, sind wir bei über 40 Prozent.
SPIEGEL: Haltungsform 2, die Tierwohl suggeriert, wenn ein paar Strohfitzelchen und eine Spur mehr Licht zur Verfügung stehen, ist doch Augenwischerei.
Tönnies: Sie unterschätzen die Anstrengungen, so ein System zu drehen. Haltungsform 2 war wichtig, um das Schwungrad zur Umstellung anzuwerfen. Wir haben ja Programme angestoßen: das Stroh-Schwein, das Fair-Schwein, das Kräuter-Schwein – alles weit über den gesetzlichen Standards. Und wir fördern Bio.
SPIEGEL: Tönnies, der Vorreiter der Veränderung – klingt irgendwie nach einem überdrehten Witz à la Monty Python.
Tönnies: Oft ist es auch so: Tönnies macht Gutes und spricht dann nicht drüber. Nehmen Sie den Mindestlohn. Da hab ich unserem Verband gesagt, wir müssen vorwegmarschieren, raus aus der Schmuddelecke mit den Billiglöhnen, da müssen wir mal ein Signal setzen. Warum zahlen wir nicht zwölf Euro die Stunde?
SPIEGEL: Zugleich sind Sie dafür bekannt, Tariflöhne zu torpedieren, auch durch den Verband der Deutschen Fleischwirtschaft, in dem Sie mit anderen Unternehmen sitzen. Viele Ihrer Arbeiter bekommen bis heute nur den Mindestlohn von 9,60 Euro. Wie passt das zusammen?
Tönnies: Tönnies und die Branche verhandeln schon seit Februar mit den Gewerkschaften, und ich fordere auch schon lange öffentlich einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag …
SPIEGEL: … der sich merkwürdigerweise immer wieder verzögert. Warum bezeichnet sich Ihr Arbeitgeberverband als »nicht tariffähig« und behindert solche Verhandlungen?
Tönnies: Mir ist nicht bekannt, dass sich der Verband als »nicht tariffähig« bezeichnet hätte.
SPIEGEL: Warum machen Sie nicht mehr Druck?
Tönnies: Ich bin zwar Mitglied, aber nur einer unter hundert.
SPIEGEL: Immerhin der Größte. Sie reden von Nachhaltigkeit, Mindestlöhnen. Bisher waren Sie bekannt dafür, dass Sie mit billigen Werkvertragsarbeitern, die oft durch windige Subunternehmer abgezockt wurden und in menschenunwürdigen Absteigen hausten, billige Massenware herstellen. Woher der Sinneswandel?
Tönnies: Unser Erfolg liegt nicht darin begründet, dass wir Leute ausbeuten, sondern die beste Technologie entwickelt haben, um Nutztiere als Ganzes zu vermarkten. Aber wir haben Fehler gemacht: Wir hätten schon vor fünf Jahren genauer darauf achten müssen, wie die Subunternehmer ihre Arbeiter unterbringen. Wir hätten die Subunternehmer stärker kontrollieren oder früher ersetzen müssen. Wir hätten uns mehr kümmern müssen. Nur mit Ombudsleuten zu arbeiten hat nicht gereicht.
SPIEGEL: Heute sind alle fest angestellt?
Tönnies: Die allermeisten der 6000 Leute hier am Standort Rheda und an den anderen deutschen Standorten sind fest angestellt. Und wir haben bis heute in der Region Werkswohnungen für 4700 Mitarbeiter geschaffen, die von uns betreut werden und einen guten Standard haben.
SPIEGEL: Wird Fleisch in Zukunft teurer?
Tönnies: Ja, und das muss es auch, aber nicht unbezahlbar. Wir sollten den Weg gehen, den Ex-Landwirtschaftsminister Jochen Borchert mit seiner Kommission aufgezeigt hat: Eine gewisse Zeit gibt es eine Art Fleischsteuer, 40 Cent pro Kilo, die aufgeschlagen werden. Das Geld geht in einen Fonds, aus dem die Bauern Zuschüsse bekommen für den Umbau ihrer Ställe zu mehr Tierwohl.
SPIEGEL: Wird der Verbraucher mitziehen?
Tönnies: Das müssen wir sehen. In der Vergangenheit war es so: Sobald er an einer Ecke etwas billiger kriegt, kauft er da. Dazu haben wir und der Handel mit seinen Tiefpreisen ihn ja erzogen.
SPIEGEL: Für den Umbau brauchen Sie die Bauern. Die bekommen im Augenblick dürftige 1,20 Euro pro Kilo ohne Aussicht auf Besserung.
Tönnies: Der Preis ist eine Schande.
SPIEGEL: Sind Sie für die Preisbildung nicht mitverantwortlich?
Tönnies: Der wird durch eine Branchenkommission ermittelt, die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften.
SPIEGEL: Und Sie unterbieten diese Preise mitunter noch durch sogenannte Hauspreise, oder?
Tönnies: Ja, wenn es nicht anders geht, wenn es im Kessel kocht und es ein drastisches Überangebot gibt, dann machen wir Hauspreise. Das ist aber selten.
SPIEGEL: Im Gegensatz zum Bauern geht Ihr System an 1,20 Euro nicht kaputt.
Tönnies: Na ja, auch wir schreiben dieses Jahr kein positives Ergebnis. So wie unsere gesamte Branche. Uns fehlt das Geschäft in China, wohin Öhrchen, Pfötchen oder Schwänzchen gehen. Die Teile des Schweins, die hier in Deutschland keiner isst. Wegen der Afrikanischen Schweinepest, die in Deutschland aufgetaucht ist, haben die Chinesen die Grenzen dichtgemacht. Wir können solche Teile jetzt nur noch an Tiermehlfabriken verkaufen, damit fehlen uns 30 Euro pro Tier. Pfötchen nach Asien, das war ja meine Idee, und das hat lange Zeit den Schweinepreis für deutsche Bauern höhergehalten. Aber klar, jetzt können Sie mir schon wieder einen Vorwurf machen: dass wir überhaupt etwas nach China verschiffen.
SPIEGEL: Genau, welchen Sinn ergibt das in Zeiten des Klimawandels, vor allem wenn die Chinesen gerade selbst dabei sind, ihre Mastkapazitäten drastisch auszubauen?
Tönnies: Weil es nachhaltig ist. Sollen wir stattdessen rund ein Drittel des Schweins wegwerfen? Ich kenne natürlich das Argument: Mit den Transporten versaut Ihr das Klima. Aber es kommen so viele Frachtcontainer aus China, mit Waren aller Art, die ohne unsere Pfötchen leer wieder zurückgehen würden.
SPIEGEL: Wer sagt denn, dass die ganze Welt mit Fleisch vollversorgt sein muss? Viele Studien legen doch nahe, dass der Fleischkonsum runtermuss, auch in China, wenn wir die Klimaziele erreichen wollen.
Tönnies: Gute Idee. Dann rufen Sie Herrn Xi Jinping an und sagen ihm, so gehe es bei ihm auf keinen Fall weiter. Wünsche Ihnen viel Erfolg. Kurz- und mittelfristig bleibt es für uns dabei: Solange die Chinesen Pfötchen wollen, liefern wir sie. Sonst landen wir bei einem Schwein, das nur noch zu 68 Prozent verwertet wird. Mehr vom Tier wollen die Deutschen und auch die anderen Europäer nicht essen.
SPIEGEL: Also immer weiter so mit der Fleischmenge, die in Deutschland erzeugt wird? Big is beautiful?
Tönnies: Nein. Wir sind schon dabei, die Produktion in Deutschland runterzufahren. Völlig klar, das Essverhalten ändert sich, Bauern steigen aus, weil es sich für sie nicht mehr lohnt. Deshalb werden wir weniger Tiere haben, zumindest in Deutschland.
SPIEGEL: Dafür bauen Sie in Spanien ein neues Werk auf. Wofür brauchen die Spanier Sie denn? Die haben genug Schweinefleisch.
Tönnies: Spanien ist ein Exportland und wächst. Die haben Flächen für Futter, und die produzieren Schweine. Nicht für Deutschland, sondern für China und andere Länder. Das, was wir hier an Ställen abbauen, wird in der Konsequenz eins zu eins in Spanien aufgebaut.
SPIEGEL: Das ist das Gegenteil von klimafreundlich.
Tönnies: Wir Deutschen sind gut darin, Zukunftsmärkte abzugeben. Die Batteriepro-

duktion, die Fotovoltaik – die Solarpanels kommen heute aus China. Wenn wir jetzt auch noch die Tierbestände übertrieben schrumpfen, bekommen wir bald das Schweinefilet per Flieger aus Chile, weil der deutsche Verbraucher das gern hätte.

SPIEGEL: Solche Importe sollen künftig durch eine Carbon-Boarder-Tax, eine Art Zoll auf CO_2, besteuert werden.

Tönnies: Na, dann ist ja alles gut. Dann können wir hier mit der Landwirtschaft aufhören, und alle Landwirte bekommen eine Heidschnuckenherde, für die Idylle. Wollen Sie das so?

SPIEGEL: Wenn Ihnen Deutschland als Produktionsstandort so am Herzen liegt, warum ist Tönnies dann eigentlich ein dänisches Unternehmen? Der Sitz Ihrer Holding ist in Brörup.

Tönnies: Weil wir international agieren.

SPIEGEL: Das könnten Sie auch von Deutschland aus.

Tönnies: Wenn Sie denken, das hätte steuerliche Gründe, muss ich Sie enttäuschen.

SPIEGEL: Wir hätten noch eine Idee, warum: weil Sie so verhindern können, dass Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sitzen. So wie das in Deutschland bei mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Pflicht wäre.

Tönnies: Da wissen Sie mehr als ich. Tönnies hat in Deutschland aktuell rund 170 Betriebsräte im Unternehmen. Allerdings lassen sich unsere mehr als 20 europäischen Gesellschaften in Dänemark besser bündeln als in einer deutschen GmbH.

SPIEGEL: Ihre Lieferanten mästen im Jahr 16 Millionen Schweine in Deutschland. Wie viele werden das in zehn Jahren noch sein?

Tönnies: Kann ich Ihnen nicht sagen. Wir sind intensiv dabei, die Tierhaltung zu verändern, und das wird uns Bestände kosten. Nur wenn jetzt Umweltschützer sagen, die Hälfte sei ausreichend, dann verstehen sie nicht, was sie damit anrichten. Wir würden den Nährstoffkreislauf zerstören, also: den Kreislauf vom Boden zum Futter, vom Futter zum Schwein, vom Schwein zur Gülle als Bodendünger und dann wieder zum Futter. Ohne Tierhaltung gibt es keine Biolandwirtschaft, ohne Fleisch kein Gemüse, weil ich Gülle und Mist als Dünger brauche. Wir setzen auf die natürlichen Kreisläufe rund um die Nutztierhaltung.

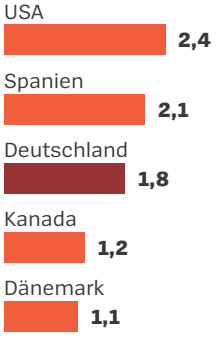
SPIEGEL: Seit wann ist denn Gülle ein Problemlöser? Fragen Sie mal die Leute im Landkreis Vechta, wie es denen stinkt.

Bernd Thissen / dpa

Schlachtstraße in Rheda-Wiedenbrück: »Der Preis ist eine Schande«

Schweine für die Welt

Die größten Schweinefleisch-Exporteure 2020, in Mio. Tonnen



Quelle: ITC

Tönnies: Gülle ist sehr wohl ein Problemlöser und kann eine entscheidende Rolle in der Agrarwende spielen. Mit Gülle verhindern wir, dass die Felder überdüngt werden, und nutzen die natürlichen Ressourcen. Vor allem aber ist Gülle besser als Kunstdünger. Bei Kunstdünger ist die CO_2- und die Energiebilanz in der Produktion katastrophal. Außerdem ist Kunstdünger inzwischen himmelteuer, weil man für die Produktion Öl oder Gas braucht. Das können wir uns nicht mehr leisten. Und umgekehrt wird das geschmähte Abfallprodukt Mist oder Gülle plötzlich etwas wert. Früher musste man für die Entsorgung zahlen, heute gibt es Geld dafür.

SPIEGEL: Um klimaneutral zu werden, reicht das nicht. Was tun Sie sonst?

Tönnies: Wir haben einen klaren Plan, um nachhaltig Lebensmittel zu erzeugen, und sind weiter, als viele denken. Der größte Teil unserer westfälischen Bauern verfüttert das Futter, das sie selbst auf dem Hof haben. Noch allerdings brauchen wir zusätzlich Soja für die Einweißversorgung…

SPIEGEL: … wofür massenhaft Savanne umgepflügt und Regenwald abgeholzt wird.

Tönnies: Spätestens Anfang 2023 wird kein Schwein mehr bei Tönnies geschlachtet, das Soja aus gerodeten Regenwald- oder Savannenflächen bekommen hat. Wir wechseln zu heimischen Eiweiß- und nachhaltigen Sojaquellen, vorzugsweise aus Europa. Und was noch aus Südamerika kommt, muss zumindest nachhaltig zertifiziert sein.

SPIEGEL: Als Nächstes fordern Sie noch einen grünen Landwirtschaftsminister.

Tönnies: Ich habe keine Probleme mit grünen Ministern. Herr Habeck hat mich damals, als er Minister in Schleswig-Holstein war, nach Kellinghusen gebeten, damit ich den letzten Schlachtbetrieb dort rette. Hab ich gemacht. Wichtig ist, dass wir den ländlichen Raum nicht vernichten.

SPIEGEL: Die Agrarpolitik wirkte in den vergangenen 16 Jahren wie gelähmt. Was erwarten Sie von der neuen Regierung?

Tönnies: Das Papier der Borchert-Kommission muss jetzt schnell umgesetzt werden, damit die Landwirte wissen, wo es langgeht. Und das Baurecht muss geändert, Stallumbauten müssen schneller genehmigt werden. Viele Bauern würden ja gern in tierfreundliche Ställe investieren, dürfen aber nicht.

SPIEGEL: Sie sind 65, werden Sie das alles überhaupt noch aktiv erleben?

Tönnies: Ich werde mich langsam zurückziehen. Mein Sohn Max übernimmt immer mehr Verantwortung. Mein Lebensplan ist es nicht, in der Deichsel tot umzufallen. Das machen andere, die sich für unentbehrlich halten. Patriarchen, in deren Schatten nichts und niemand gedeiht.

SPIEGEL: Waren Sie nicht genau so einer?

Tönnies: Vielleicht zu Zeiten, als ich noch Cowboystiefel trug. Ist schon länger her.

SPIEGEL: Die Streitigkeiten mit Ihrem Neffen und Mitgesellschafter Robert sind legendär. In diesem Jahr machte ein möglicher Verkauf Ihres Unternehmens Schlagzeilen. Es kam nicht dazu, waren die Angebote nicht gut genug?

Tönnies: Wir haben in der Familie vor etwa einem Jahr gesagt, wir müssen jetzt aufhören zu streiten. Und wir haben entschieden, den Wert der Firma zu sondieren – und zwar mit der Maßgabe: Beide, also Robert und ich, gehen raus. Es gab einen potenziellen Käufer…

SPIEGEL: … der angeblich aber nur etwa zwei Milliarden zahlen wollte.

Tönnies: Falsch, das Angebot war weit höher und äußerst attraktiv.

SPIEGEL: Und?

Tönnies: Wir haben uns damals Zeit genommen, unsere ganzen Betriebe in Europa zu besuchen. Da habe ich gesehen, was für ein großartiges Unternehmen wir haben, und mich gefragt: Sind wir eigentlich verrückt, das aus der Hand zu geben? Das Thema Verkauf ist also durch. Robert, Max und ich haben mit großer Überzeugung entschieden, dass wir das Unternehmen gemeinsam in Familienhand weiterentwickeln wollen.

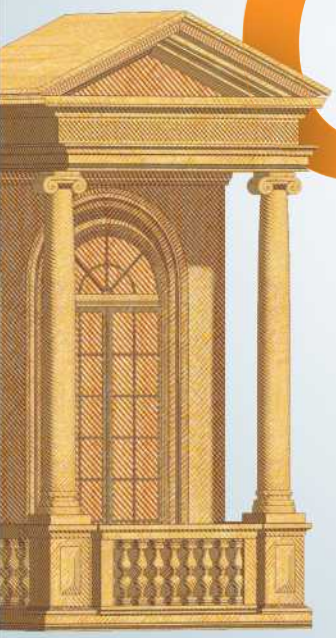
SPIEGEL: Und jetzt soll der Friede plötzlich halten?

Tönnies: Da bin ich mir ganz sicher.

SPIEGEL: Herr Tönnies, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

CHANCEN OFFEN



Unter Offenheit verstehen wir,
Zugang zu den Erfolgschancen internationaler Märkte zu schaffen.

Wussten Sie, dass alle Bauten und Brücken auf unseren Euroscheinen erfunden sind? Aus gutem Grund, denn man wollte kein Land und keine Kultur über die andere stellen. Das ist Offenheit, wie wir von der DZ BANK sie verstehen und leben. Unvoreingenommen auf Kulturen und Märkte zuzugehen, um Chancen zu finden und gemeinsam zu nutzen. Mehr über Offenheit und unsere Haltung erfahren Sie unter:
dzbank.de/haltung

DZ BANK
Die Initiativbank

IT-Spezialist Domke bei Testfahrt in Lübeck

Gordon Welters

Daimlers schmutziges Geheimnis

AFFÄREN Der Stuttgarter Autokonzern kam bisher glimpflich durch den Dieselskandal. Das könnte sich nun ändern: Ein Hacker hat erstmals die Software einer E-Klasse geknackt. Er kann belegen, wie Mercedes die Motoren seiner Kunden offensichtlich manipulierte.

Alles sieht an diesem Tag nach einem ganz normalen Autokauf aus. Ein Familienvater schaut sich bei einem Gebrauchtwagenhändler in Lübeck eine geräumige E-Klasse von Daimler an. Der schwarze Kombi mit sechs Zylindern (Baujahr 2015) ist für sein Alter gut in Schuss. Schnell einigt man sich auf 25 000 Euro.

Doch der Käufer ist kein normaler Kunde, sondern Felix Domke, von Beruf Hacker und einer der besten seines Fachs. Kaum zu Hause, schließt er den Bordrechner der E-Klasse an seinen Computer an und macht sich ans Werk. Ihn interessiert ein schmutziges Geheimnis, das er tief in der Technik des Autos vermutet.

Ein Jahr ist das nun her, 5000 Kilometer mehr stehen auf dem Tacho, und Domke ist fündig geworden. Gleich an acht Stellen im Softwarecode des Wagens hat der IT-Spezialist sogenannte Abschalteinrichtungen identifiziert. Sie reduzieren ganz offensichtlich die Abgasreinigung, mit dem Ergebnis, dass das Auto deutlich zu viel gesundheitsschädliche Stickoxide ausstößt. »Eine dieser Abschalteinrichtungen ist eigentlich auf der Straße immer aktiviert, wodurch der Wagen praktisch die gesamte Zeit im dreckigen Modus fährt«, sagt Domke.

Erstmals konnte er exakt rekonstruieren, wie Daimlers Softwarespezialisten die Abgasreinigung offenbar manipulierten – und so den Dieselskandal in Stuttgart auslösten. Für den Autobauer könnte das teuer werden. Denn das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) hat 34 Mercedes-Modelle, darunter jenes von Domke, wegen unzulässiger Abschalteinrichtungen zurückgerufen. Mehrere Zehntausend Besitzer klagen auf Schadensersatz. Auch eine Sammelklage des Verbraucherzentrale Bundesverbands ist auf dem Weg.

Bisher scheiterten die Kläger häufig daran, dass sie nicht nachweisen konnten, wie Daimler trickste. Das Problem scheint gelöst. Domke hat seine Erkenntnisse in einem 30-seitigen Gutachten zusammengetragen, das dem SPIEGEL und dem Rechercheteam des Bayerischen Rundfunks (BR) vorliegt. Beauftragt hat ihn die amerikanische Anwaltskanzlei Milberg, die viele Kläger von Großbritannien über die Niederlande bis Deutschland vertritt.

Die US-Juristen setzten aus gutem Grund auf Domke. Der Autoindustrie ist er inzwischen leidvoll bekannt. Als erster externer Experte konnte er vor sechs Jahren nachweisen, wie Volkswagen seine Abgassoftware so manipuliert hatte, dass dreckige Diesel auf dem Prüfstand sauber erscheinen. Zusammen mit dem SPIEGEL überführte Domke anschließend Opel und Porsche der Abgasschummelei. Nun also Daimler.

Der Konzern ist, im Gegensatz zu VW, bisher glimpflich davongekommen in der Dieselaffäre. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart verdonnerte Daimler vor zwei Jahren zu einer Strafe von 870 Millionen Euro. In den USA einigte man sich auf einen Vergleich, dort musste das Unternehmen insgesamt 2,2 Milliarden Dollar zahlen. Die Rechnung fiele ungleich höher aus, sollten die europäischen Verbraucherklagen zuungunsten von Daimler entschieden werden. Es geht um etliche Tausend Euro pro Auto. Bei rund 15 000 allein in Deutschland anhängigen Klagen könnte der Streitwert schnell eine dreistellige Millionenhöhe annehmen.

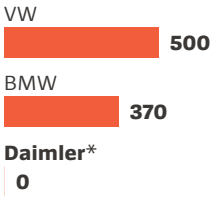
Die Spuren sind verräterisch. Und sie fügen sich in einen weiteren Skandal, in den VW, Daimler und BMW verstrickt waren: In einem Kartell tauschten sich die Autobauer in den Nullerjahren über Technologien aus. Eine der Absprachen betrifft genau jene Abgasreinigung, deren Algorithmen Domke nun minutiös zerlegt hat. Dabei geht es im Kern um den sogenannten SCR-Katalysator, der die Stickoxide aus den Abgasen unschädlich macht, mithilfe von AdBlue.

Das harnstoffhaltige Mittel wird in den Katalysator eingespritzt, das Behältnis für die Flüssigkeit platzierten die Ingenieure neben dem Sprittank. Der AdBlue-Tank durfte nicht zu groß sein, weil sonst der Kofferraum zu klein geworden wäre. Außerdem sollten die Autobesitzer den Tank zwischen den Wartungsintervallen nicht selbst auffüllen müssen. Das sei insbesondere US-Kunden nicht zuzumuten gewesen.

Und so musste wohl auch bei Daimler eine Steuerung her, die den Verbrauch des Mittels reduzierte. »Diesen Zweck erfüllen die von mir

Davongekommen

Strafen der EU-Kommission gegen das deutsche Autokartell, in Millionen Euro



* Auch Daimler war an den Absprachen beteiligt, hatte sich aber als erster Konzern selbst angezeigt und dafür eine Kronzeugenregelung erhalten.

S • Quelle: EU-Kommission

identifizierten Abschalteinrichtungen«, sagt Domke. In der Software stieß er auf zwei unterschiedliche Betriebsweisen. Eine, in der der SCR-Katalysator effizient funktioniert, aber sehr viel AdBlue verbraucht – damit konnte der Daimler-Wagen offenbar die Abgasmessungen auf dem Prüfstand bestehen. Und einen Alternativmodus, der vom Hersteller Bosch ursprünglich wohl für Ausnahmesituationen vorgesehen war, wenn dem Auto extreme Leistung abverlangt wird. Bei den Daimler-Fahrzeugen auf der Straße kam er offenbar zum Dauereinsatz.

Diverse Programmierungen sorgten dafür, die Reinigungsleistung des Katalysators zu reduzieren. So schaltet der Kat bei einer bestimmten Abgasmenge, die bei rund 100 Kilometer pro Stunde entsteht, in den Schmutzmodus um. Ähnlich funktioniert eine weitere Abschalteinrichtung, die schon bei geringen Stickoxidmengen greift.

Besonders auffällig: Die Motorsteuerung schaltet besonders schnell auf schmutzig, wenn der Katalysator ein bestimmtes Alter erreicht hat. Dieses scheint schon nach einem Prozent der Lebensdauer erreicht, also nach rund 3000 gefahrenen Kilometern. Physikalisch lässt sich das kaum rechtfertigen. Erklären könnte man es damit, dass Autos ihren Abgastest für die Typgenehmigung in neuem Zustand absolvieren.

Die Mercedes-Techniker unternahmen offenbar alles, damit ihr Wagen fast durchgängig im Schmutzmodus fährt. So verhindert eine Softwareeinstellung, dass das Auto nach einem kurzen Stopp von bis zu vier Minuten wieder in den sauberen Betriebszustand wechselt. Auch riegelt der Wagen ab einem bestimmten Verbrauch von AdBlue die Abgasreinigung gänzlich ab. »Mir fiel es schwer, den Wagen überhaupt mal im sauberen Modus zu fahren«, klagt Domke.

Die Mercedes-Anwälte dürften Mühe haben, die Richter von der Zulässigkeit all dieser Abschalteinrichtungen zu überzeugen. Für den Aschaffenburger Motorenforscher Kai Borgeest sind die von Domke beschriebenen Abschalteinrichtungen die bisher dreistesten, die er kenne. Auf Anfrage von SPIEGEL und BR erklärte Daimler, dass es sich »im Zusammenspiel und Gesamtkontext des hochkomplexen E missionskontrollsystems« nicht um »unzulässige Abschalteinrichtungen« handle.

Das sehen Domke und die Anwälte anders. Wie ein Schuldeingeständnis wirkt auf sie, dass Daimler per Softwareupdate alle acht Abschalteinrichtungen, die Domke identifiziert hat, abstellte. Dem IT-Experten fiel das auf, nachdem er sich das vom Kraftfahrt-Bundesamt vorgeschriebene Update aufgespielt hatte.

Seither kann Domke seine Kinder ohne schlechtes Gewissen mit der E-Klasse chauffieren. »Der Wagen hält die Grenzwerte mühelos ein«, sagt er. Nur AdBlue muss er jetzt regelmäßig nachkippen.

Frank Dohmen, Gerald Traufetter ■

SPIEGEL TV Programm

SPIEGEL TV

Flüchtlingsfamilie Jacobi

SPIEGEL TV

MONTAG, 8.11., 23.25 – 0.00 Uhr, RTL

Gestrandet vor den Toren Europas

Die afghanische Flüchtlingsfamilie Jacobi versucht seit Monaten, nach Deutschland zu gelangen, und scheitert an der kroatischen Grenze. Ihr Schicksal löst eine Welle der Hilfsbereitschaft aus.

Das schnelle Geld mit fremden Luxuskarossen

Wie Betrüger teure Leasingfahrzeuge mit gefälschten Papieren einfach weiterverkaufen. Die neuen Opfer einer alten Masche.

Coronatote in Altenheimen

Warum gibt es keine Impfpflicht für Pflegekräfte?

PLAN B

SAMSTAG, 6.11., 17.35 – 18.05 Uhr, ZDF

Lebenswerte Citys – Wie sich Städte neu erfinden

Leerstand und immer gleiche, austauschbare Ladenketten. Viele Autos, wenig Grün und kaum Platz für Begegnungen. Unsere Innenstädte veröden – nicht erst seit Corona. Wie werden sie wieder lebendig und lebenswert? Immer mehr Städte und Kommunen begreifen die Krise als Chance und stellen die Weichen für eine soziale und klimafreundliche Stadt. »plan b« begleitet Menschen in Paris, Hameln, Bremen und Kiel, die heute schon an den Städten von morgen bauen.

SPIEGEL TV

Stadtmöbelgestalter David Neumann, Robin Lang

ZDFZOOM

MITTWOCH, 10.11., 22.45 – 23.15 Uhr, ZDF

Digitale Verführer – Wie süchtig machen Videospiele?

SPIEGEL TV

Jugendlicher vor Computerspiel

Computerspiele können süchtig machen – vor allem junge Menschen sind gefährdet. Experten schlagen Alarm: Durch Corona haben sich die Spielzeiten vieler Jugendlicher um bis zu 75 Prozent erhöht. Insider aus der Games-Branche berichten, mit welchen Mechanismen Game-Designer versuchen, die Nutzer möglichst lange ans Spiel zu binden. Und mit welchen Kniffen die Spieler dazu gebracht werden, sich das auch immer mehr kosten zu lassen.

Neil Hall / epa

»The time for words has now moved to the time for action«, die Zeit der Worte ist vorbei, nun beginnt die Zeit der Taten. Dieses und weitere Zitate aus einer Videobotschaft von Queen Elizabeth II. anlässlich der Weltklimakonferenz schmücken zurzeit den berühmten Piccadilly Circus in London. Die 95-jährige Monarchin hatte ihre Reise nach Glasgow aus gesundheitlichen Gründen absagen müssen, Thronfolger Prinz Charles und sein Sohn Prinz William nahmen an ihrer Stelle teil.

Angst vor Neuwahlen

ANALYSE Anfang Oktober trat Sebastian Kurz als österreichischer Kanzler zurück. Einen Monat später spricht immer weniger für ein Comeback.

Am 6. Oktober 2021 passierte etwas, das auch für die skandalerprobte österreichische Innenpolitik ein Novum ist – die Justiz durchsuchte Wohnungen und Büros von engsten Vertrauten von Sebastian Kurz. Der Verdacht: Der ÖVP-Bundeskanzler und seine Leute sollen seinen Weg zum Parteivorsitz und Kanzleramt auf illegale Weise geebnet haben, mit frisierten Umfragen und geschönter Berichterstattung in einer Boulevardzeitung, bezahlt mit Steuergeldern. Kurz kam einer Entmachtung mit Rücktritt zuvor und übergab an Gefolgsmann Alexander Schallenberg.

Die Dynamik, die vor einem Monat die Ära Kurz beendete, überraschte Anhänger wie Gegner. Kurz galt als Prototyp für einen populistisch angehauchten neuen Konservativismus. Dauerkanzler, EU-Kommissionspräsident, Uno-Generalsekretär, alles wurde ihm zugetraut – nur kein vorzeitiges Scheitern.

Kurz und sein Team, aber auch der neue Kanzler Schallenberg vermittelten in den ersten Tagen den Eindruck, dass ein Comeback in absehbarer Zeit möglich wäre. Doch je länger Kurz' Abschied vom Kanzleramt zurückliegt, desto kleiner werden seine Chancen. Parteiintern verfügt Kurz nur in Wien über eine Hausmacht. Das Abrücken in den umliegenden Bundesländern verstärkt sich mit jeder Umfrage, in der die ÖVP auf das niedrige Niveau der Sozialdemokraten abstürzt. Die große Sorge der Parteigranden in der Provinz: Wenn es jetzt zu Neuwahlen käme, müssten die Konservativen mangels Alternativen mit Kurz als Frontmann antreten. Dann würde die Partei wohl das Kanzleramt verlieren – und damit erstmals seit 35 Jahren in der Opposition landen.

Noch hat Kurz nicht aufgegeben, man werde die »falschen Vorwürfe« ausräumen, versichert er. Doch die Dinge entwickeln sich nicht gut für den Altkanzler: Eine mitbeschuldigte Meinungsforscherin will mit der Justiz kooperieren, erste ÖVP-Kader lehnen sich öffentlich auf, in diskreten Zirkeln entwickeln Parteifreunde Alternativszenarien. Kurz selbst wirkt der Entwicklung bislang nicht wahrnehmbar entgegen. Seit Mitte Oktober meidet er die Öffentlichkeit. Es läuft auf einen langen Abschied hinaus. Oliver Das Gupta

Dürre im Feuchtgebiet

BRASILIEN Wissenschaftler und Umweltschützer kämpfen für die Rettung des größten Feuchtgebiets der Erde, des Pantanal, gelegen an der Grenze zu Bolivien und Paraguay. Seit drei Jahren herrscht in der von der Unesco zum Welterbe der Menschheit erklärten Region extreme Trockenheit. Bei verheerenden Waldbränden vor einem Jahr wurde fast ein Viertel des riesigen Naturparadieses zerstört. Insgesamt seien knapp 17 Millionen Wirbeltiere im Feuer ums Leben gekommen, ergab eine Hochrechnung von Universitäten, NGOs und öffentlichen Institutionen. Die Wasseroberfläche in dem Schwemmgebiet, das von mehreren großen Flüssen gespeist wird, hat sich in den vergangenen 30 Jahren um 29 Prozent reduziert, errechnete die Onlineplattform MapBiomas. In diesem Jahr gibt es zwar weniger Brände, aber dennoch keine Entwarnung: »Die Folgen der Dürre sind langfristig schlimmer als das Feuer«, sagt die Biologin Cristina Cuiabália von Sesc Pantanal, dem größten privaten Reservat in Brasilien. Mehr als 90 Prozent seiner Fläche fielen im vergangenen Jahr den Flammen zum Opfer. Rinderfarmer und Sojapflanzer sind für die Zerstörung des Pantanal mitverantwortlich. Obwohl Brandrodung zeitweise verboten wurde, legen sie nach wie vor Feuer, um ihre Felder von Buschwerk und Unkraut zu säubern. Dabei gerät das Feuer oft außer Kontrolle. »Viele Farmer hoffen, dass die Regierung von Präsident Jair Bolsonaro die Umweltgesetze lockert«, sagt die Tropenökologin Cátia Nunes. Spezialisten aus Kalifornien und Australien beraten Naturschützer im Pantanal jetzt bei der Bekämpfung von Buschbränden, die Schutzgebiete werden mithilfe von Drohnen und Satelliten überwacht. Dennoch bricht immer wieder Feuer aus, da es nicht genug Fahrzeuge gibt, die schnell genug zu den Brandherden gelangen. JGL

Steht Äthiopien vor dem Zerfall?

ÄTHIOPIEN Immer weiter eskaliert der Konflikt zwischen der äthiopischen Regierung von Abiy Ahmed und den Tigrayern aus dem Norden des Landes. Am Sonntag und Montag eroberten die Tigray Defense Forces (TDF) zwei strategisch wichtige Städte nordöstlich von Addis Abeba. Seitdem bewegen sie sich anscheinend weiter auf die Hauptstadt zu. Am Dienstag verhängte die Regierung den Ausnahmezustand und rief die Hauptstädter dazu auf, sich zu bewaffnen. Für Äthiopien zu sterben, so Abiy Ahmed, sei nun die Pflicht aller. Der Friedensnobelpreisträger, der als zunehmend beratungsresistent gilt, befehligt eine Armee, die sich laut Beobachtern in einem Zustand der Auflösung befindet. Vor einem Jahr begann Abiy einen Feldzug in Tigray. Ziel war es, die Regionalregierung unter Führung der TPLF (Volksbefreiungsfront) zu entmachten. Im Juni dieses Jahres wendete sich das Blatt, seither sind die Tigrayer auf dem Vormarsch. Mittlerweile werden beiden Kriegsparteien Verbrechen gegen die Bevölkerung vorgeworfen, die schwereren Vorwürfe richten sich jedoch gegen Abiys Truppen. Mehr als fünf Millionen Menschen sind allein in Tigray auf humanitäre Hilfe angewiesen. Ziel der Tigrayer scheint es zu sein, Abiy zu stürzen und ein Unabhängigkeitsreferendum durchzusetzen. Laut Alex de Waal, Experte für das Horn von Afrika und Direktor der World Peace Foundation der Tufts University, könnte der äthiopische Staat zerfallen. Abiy sehe sich auf einer göttlichen Mission und sei »bereit, Äthiopien mit sich in den Abgrund zu reißen«. FSC

Amanuel Silesh / AFP

Äthiopische Regierungssoldaten

Gregorio Borgia / dpa

Erdoğan

»Hochemotionale Reaktion«

TÜRKEI Der inhaftierte Bürgerrechtler Osman Kavala spricht über Erdoğans Verschwörungstheorien und seine Hoffnung auf Freilassung.

ACC / AFP

Seit vier Jahren sitzt Unternehmer Kavala, 64, in der Türkei im Gefängnis. Präsident Recep Tayyip Erdoğan wirft ihm vor, die Proteste im Istanbuler Gezi-Park 2013 orchestriert zu haben und am gescheiterten Putschversuch 2016 beteiligt gewesen zu sein. Der SPIEGEL *hat Kavala über dessen Anwälte Fragen zukommen lassen.*

SPIEGEL: Herr Kavala, warum interessiert sich Präsident Erdoğan so sehr für Ihren Fall?
Kavala: Ich glaube nicht, dass sich der Präsident für die Details des Falls interessiert oder für die Anschuldigungen gegen mich. Aber wofür er sich interessiert, ist, wie lange ich im Gefängnis bleibe. Er will die Legende aufrechterhalten, wonach es sich bei den Gezi-Protesten 2013 um eine ausländische Verschwörung gegen die Regierung gehandelt hat.
SPIEGEL: Erst kürzlich haben zehn westliche Botschafter Ihre Freilassung gefordert. War das hilfreich?
Kavala: Es wäre nur rational gewesen, wenn die Türkei das Statement der Botschafter ernst genommen hätte – als Vorwarnung, dass das Ministerkomitee des Europarats ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnen könnte. Leider kam das in der türkischen Öffentlichkeit nicht ganz durch. Und trotzdem war die Initiative der Botschafter nützlich, weil sie zeigte, dass Menschenrechte in internationalen Beziehungen eine Rolle spielen.
SPIEGEL: Erdoğan drohte sogar, die Botschafter zu unerwünschten Personen erklären zu lassen.
Kavala: Für mich sieht das wie eine hochemotionale Reaktion aus. Zum Glück folgten den Worten keine Taten. Wenn es einen Eingriff in die Justiz gab, wie die Regierung behauptet, dann fand dieser vor zwei Jahren statt, als der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) meine Verhaftung für rechtswidrig erklärte.
SPIEGEL: Glauben Sie, dass Sie jemals freikommen, solange Erdoğan an der Macht ist?
Kavala: Ich denke, dass wir bis zu den nächsten Wahlen eine angespannte politische Lage haben werden. Deshalb könnte meine Freilassung bloß ein Wunsch bleiben. Andererseits hat das Ministerkomitee des Europarats erklärt, dass es ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei eröffnet, wenn ich bis Ende November nicht freikomme. Wenn die Kosten, die durch die Nichtbeachtung des EGMR-Urteils entstehen, für die Regierung größer sind als die Vorteile durch meine Inhaftierung, könnte ich vor den Wahlen freikommen. POP, SEB

»Die Politik, das bin ich«

SPIEGEL-GESPRÄCH Algeriens Präsident Tebboune tritt als Reformer auf. Aber ist er das wirklich? Hier spricht er über Journalisten im Gefängnis, seine Macht über die Militärs und den Streit mit Emmanuel Macron.

Arslane Bestaoui / DER SPIEGEL

Politiker Tebboune in seiner Residenz: »Wir gelten als eine Art Nordkorea«

Der Weg zum Präsidentenpalast in Algier führt hinauf über eine kurvige Straße, an deren Ende schwer bewaffnete Militärgardisten an einem Schlagbaum stehen. Dahinter erstreckt sich die weitläufige Anlage des Palasts mit weiß gekalkten Gebäuden und begrünten Innenhöfen, in denen Springbrunnen plätschern.

Seit Dezember 2019 hat hier Abdelmadjid Tebboune seinen Amtssitz. Der 75-Jährige folgt als Präsident auf die zwei Jahrzehnte lang währende Herrschaft von Abdelaziz Bouteflika, jenem greisen, kranken Autokraten, der das Land gegen Ende seiner Amtszeit von einer Villa am Meer aus regierte, unterstützt vom allmächtigen Militär. Im Frühjahr 2019 hatten die Algerier genug von dem korrupten, unfähigen Herrscher und zogen zu Hunderttausenden auf die Straße. Kurz zuvor hatte Bouteflika angekündigt, zum fünften Mal kandidieren zu wollen. Die Protestbewegung Hirak, die daraufhin entstand, zwang ihn noch im selben Jahr zum Rücktritt. Bei der Präsidentschaftswahl im Dezember erhielt Tebboune die meisten Stimmen.

Die Wahlbeteiligung lag allerdings bei nur 40 Prozent, es war ein historisch niedriger Wert. Viele Anhänger der Protestbewegung boykottierten die Wahl, sie hatten eine längere Übergangszeit gefordert statt sofortiger Neuwahlen – mehr Zeit, um sich politisch organisieren zu können. Doch die Armee setzte die Wahlen durch, für die nur 5 von 23 Kandidaten zugelassen wurden, die alle aus dem Umfeld des alten Machtapparats stammten.

Algerien ist für Europa von entscheidender politischer und strategischer Bedeutung: Flüchtlingsrouten verlaufen durch das Land, von hier setzen Jahr für Jahr Einwanderer nach Europa über. Zudem schickt die Regierung Erdgas über Pipelines nach Spanien und in andere europäische Länder. Algerien ist flächenmäßig der größte Staat auf dem afrikanischen Kontinent, mit direkten Grenzen in die von Banden und islamistischen Gruppierungen beherrschten Unruheregionen im Norden Malis, wo französische und deutsche Truppen immer wieder angegriffen werden. Zu den anderen Nachbarn Algeriens zählen Libyen, Tunesien und Marokko, der Regierung in Algier kommt in der Region eine Schlüsselrolle als Vermittler und Garant für Stabilität zu – wenn sie diese Rolle denn übernimmt.

Tebboune versucht gerade, sein Land außenpolitisch neu zu positionieren: Er bemüht sich um die Nähe zu neuen Partnern wie den USA, Italien und Deutschland, auch um sich von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich zu lösen. Im Oktober brach er die diplomatischen Beziehungen zu Paris ab. Anrufe aus dem Büro Emmanuel Macrons, mit dem er sich duzt und früher regelmäßig telefonierte, nimmt er seither angeblich nicht mehr entgegen. Es gehöre zu Algeriens neuer Souveränität, solche Krisen auszuhalten, heißt es aus Tebbounes Umfeld.

SPIEGEL: Herr Präsident, Ende September stellte Emmanuel Macron in einem Gespräch mit jungen Algeriern die Frage, ob Algerien vor der Kolonialisierung durch die Franzosen überhaupt eine Nation gewesen sei. Danach brachen Sie die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab. Rechtfertigt ein einziger Satz eine solch radikale Reaktion?

Tebboune: Man rührt nicht an die Geschichte eines Volkes, und man beleidigt die Algerier nicht. Was da zum Vorschein kam, ist der alte Hass der Kolonialherren, dabei weiß ich, dass Macron weit davon entfernt ist, so zu denken. Warum hat er das gesagt? Ich denke, es geschah aus wahlstrategischen Gründen. Es ist derselbe Diskurs, den der rechtsextreme Journalist Éric Zemmour seit Langem führt: Algerien sei keine Nation gewesen, erst Frankreich habe das Land zu einer Nation gemacht. Macron hat sich mit dieser Äußerung auf die Seite jener gestellt, die die Kolonialisierung rechtfertigen.

SPIEGEL: Dabei verstanden Sie sich bisher gut mit ihm. Sie hatten gemeinsame Projekte – auch für die Aufarbeitung der Geschichte beider Länder. Bedauern Sie die derzeitige Krise?

Tebboune: Ich bereue nichts. Macron hat vollkommen unnötig einen alten Streit neu aufgelegt. Wenn Zemmour so etwas sagt, was macht das schon, dem schenkt niemand Beachtung. Aber wenn ein Staatschef erklärt, Algerien sei keine eigenständige Nation gewesen, ist dies sehr schwerwiegend. Ich werde nicht derjenige sein, der den ersten Schritt macht. Sonst verliere ich alle Algerier, es geht hier nicht um mich, sondern um ein nationales Problem. Kein Algerier würde akzeptieren, dass ich mit jenen Kontakt aufnehme, die uns beleidigt haben.

SPIEGEL: Der französische Präsident hat voriges Jahr bei einem Historiker einen Bericht in Auftrag gegeben, mit Empfehlungen, wie Paris mit seiner Kolonialgeschichte umgehen soll. Was haben Sie von ihm, von Frankreich erwartet – eine Entschuldigung?

Tebboune: Unser Land braucht keine Entschuldigungen von Macron für etwas, das 1830 oder 1840 geschehen ist, aber wir wollen eine volle und uneingeschränkte Anerkennung der Verbrechen, die die Franzosen begangen haben. Macron hat dies ja schon getan. Er hat 2017 öffentlich erklärt, die Kolonisierung sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen. Wissen Sie, die Deutschen haben in Oradour-sur-Glane 1944 ein ganzes Dorf vernichtet. Bis heute wird dieses Massakers gedacht, und zu Recht wird seiner gedacht. Aber in Algerien gab es Dutzende Oradour-sur-Glane. Die Franzosen haben die Bewohner zahlreicher Dörfer in Grotten gebracht, Holz dazugegeben und angezündet. Die Leute sind elendig erstickt.

SPIEGEL: Es gibt also keine Aussicht auf ein baldiges Ende der Krise mit Frankreich?

Tebboune: Nein, wenn die Franzosen jetzt nach Mali oder Niger wollen, müssen sie eben neun statt vier Stunden fliegen. Allerdings werden wir bei der Bergung von Verletzten eine Ausnahme machen. Aber was alles andere betrifft, müssen wir auch nicht mehr miteinander kooperieren, vielleicht ist das jetzt einfach vorbei. Macron hat die Würde der Algerier verletzt. Wir waren keine Untermenschen, wir waren kein Volk von Nomadenstämmen, bevor die Franzosen kamen.

Ryad Kramdi / AFP

Anti-Regierungs-Protestierende im April: »Wir mussten den Staat vollkommen neu aufbauen«

SPIEGEL: Gegenüber einem anderen europäischen Land, gegenüber Deutschland, schlagen Sie sehr viel versöhnlichere Töne an. Warum eigentlich, was verbindet Algerien mit der Bundesrepublik?

Tebboune: Die Deutschen sind uns immer mit Respekt begegnet, sie haben uns nie überheblich behandelt, außenpolitisch gab es nie Unstimmigkeiten. Außerdem bewundere ich Angela Merkels Durchhaltevermögen und ihre Bescheidenheit. Ich bedaure sehr, dass sie geht. Ich werde nie vergessen, wie sie sich persönlich um mich gekümmert hat, als ich in Deutschland in medizinischer Behandlung war. Deutschland ist für uns in vielerlei Hinsicht ein Vorbild.

SPIEGEL: Sie würden die Kooperation mit Deutschland auch wirtschaftlich gern ausbauen. Was erwarten Sie nach dem Regierungswechsel in Berlin?

Tebboune: Ehrlich gesagt alles, was möglich ist. Ich würde mir zum Beispiel wünschen, dass wir gemeinsam ein großes Krankenhaus in Algier bauen. Ein Haus, das alle Spezialgebiete der Medizin abdeckt, für den gesamten Maghreb. Ein afrikanischer Präsident könnte sich dann endlich hier, auf seinem eigenen Kontinent, behandeln lassen anstatt in der Schweiz. Wir wären bereit, einen Großteil dieses Projekts zu finanzieren. Auch bei erneuerbaren Energien gibt es viel Potenzial. Mit deutscher Hilfe könnten wir Europa mit Sonnenenergie beliefern.

SPIEGEL: Sie haben vor knapp zwei Jahren versprochen, die alten Verhältnisse zu beenden und eine neue Zeit beginnen zu lassen. Wie viel davon ist inzwischen wahr geworden?

Tebboune: Ich habe Steuern für alle Gehälter unter 30 000 Dinar, knapp 190 Euro, abgeschafft, ich habe den Mindestlohn erhöht. Bisher vergessene ländliche Regionen werden jetzt besonders gefördert. Eine der wichtigsten Aufgaben aber ist es, eine neue Moral in Verwaltung und Wirtschaft einzuführen. Seit zwei Jahren sagen wir der Korruption den Kampf an.

Tebboune war lange genug Teil des Machtapparats in Algier, um zu wissen, wie skrupellos die Regierung unter Bouteflika vorging. Der alte Staatschef ließ über Jahre viele Milliarden Dollar außer Landes bringen. Noch immer suchen die neuen Machthaber über weltweit beauftragte Beratungsfirmen nach den gestohlenen Geldern – in den USA, in der Schweiz und anderen europäischen Ländern. Auch in Algerien stellte die neue Regierung angeblich große Summen sicher, so ist zumindest im Umfeld des Präsidenten zu hören. Für die Wirtschaft kündigte Tebboune zahlreiche Reformen an. Aber wie viel davon wird er tatsächlich umsetzen können? Ist das Ministerium für landesweite Start-ups, das er ins Leben rief, nur ein großer Bluff – oder der Versuch, tatsächlich etwas zu bewegen? Und was bedeutet es, wenn der Militärchef ebenso oft im Fernsehen zu sehen ist wie der Präsident?

SPIEGEL: Schon vor Ihrem Amtsantritt ließ das Militär hochrangige Mitglieder des alten Machtapparats hinter Gitter bringen – darunter Bouteflikas Bruder Saïd, der anschließend verurteilt wurde. Folgten unter Ihnen weitere Verhaftungen?

Tebboune: Natürlich. Derzeit gehe ich vor allem gegen die Korruption in den unteren Etagen vor. Was auf Regierungsebene geschehen ist, war eine unverzeihliche Verschwendung der Reichtümer dieses Landes. Bei der alltäglichen Korruption sind es die Bürger, die bezahlen. Das ist nun vorbei. Niemand soll

je wieder in einem Rathaus einen Schein hinlegen müssen, um einen neuen Pass zu bekommen.

SPIEGEL: Kann man ein System und Gewohnheiten, die sich seit Jahrzehnten verfestigt haben, einfach so ändern?

Tebboune: Es beginnt mit den grundlegenden Dingen. Wir mussten den Staat vollkommen neu aufbauen, es gab hier zuvor etwas, das ich einen informellen Staat nennen würde. Ich habe viele Leute aus der Privatwirtschaft in die Regierung geholt, der Regierungssprecher war zuvor Fernsehmoderator. Der Mann, der heute das Ministerium für Start-ups leitet, war Teil der Protestbewegung 2019. Wir stellen den Rechnungshof gerade wieder neu auf. Wir gehen gegen Schwarzgeld vor. Und wir haben über eine neue Verfassung abgestimmt, die den Bürgern mehr Rechte gibt.

SPIEGEL: Und dennoch fürchten Ihre Bürger mehr denn je Repressionen, trauen sich nicht, ihre Meinung zu äußern. Journalisten werden in Ihrem Land festgenommen. Sind Sie nicht nur die zivile Fassade eines nach wie vor existierenden Militärregimes?

Tebboune: Das algerische Volk weiß, dass das nicht stimmt. Ich war es, der den Armeechef nominiert hat. Ich übe neben dem Präsidentenamt die Funktion des Verteidigungsministers aus. Die Geheimdienste wurden unter meine Kontrolle gestellt, sie unterstehen nicht mehr dem Militär. Das ist die neue, durch die Verfassung abgesicherte Realität in Algerien – keine Abhängigkeiten mehr, sondern souveränes Handeln.

SPIEGEL: Wie sieht derzeit das Kräfteverhältnis zwischen Armee und Präsident aus?

Tebboune: Das kann ich Ihnen sagen. Der Armeechef, den ich anleite, hat von mir die Anweisung erhalten, das Militär zu modernisieren. Im Übrigen hat er genug zu tun mit der heiklen Situation an unseren Grenzen. Die Politik, das bin ich. Niemand wird sie an meiner Stelle ausüben. Ich war es, der die Sperrung des algerischen Luftraums für französische Militärflugzeuge angeordnet hat. Ich war es auch, der die gleiche Maßnahme für marokkanische Flugzeuge befahl. Aber man bekommt dieses Bild nicht aus der Welt, dass Algerien in Wahrheit ein Militärstaat ist.

SPIEGEL: Sie haben einen Passus in die neue Verfassung aufgenommen, dass Algerien Truppen ins Ausland entsenden kann. Werden Sie eigene Soldaten nach Mali schicken?

»Pressefreiheit heißt nicht, Fake News zu produzieren oder sein Land zu verunglimpfen.«

Tebboune: Man kann uns nun um Hilfe bitten. Die Uno kann sich an uns wenden oder auch die Afrikanische Union. Wenn die Malier morgen vor einem Angriff stehen, dann würden wir auf ihre Bitte hin intervenieren. Aber unsere Soldaten sind Algerier, die Familien haben; ich werde sie nicht für die Interessen anderer in den Tod schicken. Es sind in der Vergangenheit genügend Algerier gestorben. Die große Frage in Mali ist, wie man das Land wieder vereinen kann. Algerien wird auf jeden Fall niemals eine Teilung Malis akzeptieren.

SPIEGEL: Frankreich ist nicht das einzige Land, mit dem Sie Probleme haben. Ihrem Nachbarstaat Marokko haben Sie ein Überflugverbot des algerischen Luftraums erteilt. Warum?

Tebboune: Die Marokkaner wollen Algerien spalten. Ihr Vertreter bei der Uno äußerte sich wohlwollend zu den Unabhängigkeitsbestrebungen in einem Teil unseres Landes, der Kabylei. Niemand, auch der König nicht, korrigierte seine Äußerungen. Am Ende brachen wir die Beziehungen ab.

SPIEGEL: Aber Sie unterstützen doch auch die Unabhängigkeitsbewegung in der Westsahara, den Polisario. Marokko reklamiert dieses Gebiet für sich. Warum tun Sie das?

Tebboune: Wir sind dafür, dass das sahraouische Volk selbst über sein Schicksal bestimmen soll. Nur Marokko hält sich nicht daran. Wissen Sie, es gibt etwas, das mich in der öffentlichen Wahrnehmung beider Länder stört. In Marokko ist der König reich, die Analphabetenrate liegt aber noch immer bei 45 Prozent, bei uns sind es nur 9 Prozent. Europa stellt sich Marokko fälschlicherweise wie eine schöne Postkarte vor, wir aber gelten als eine Art Nordkorea. Dabei sind wir ein sehr offenes Land.

Und trotzdem verlassen viele junge Algerier, selbst ganze Familien dieses Land und setzen über das Mittelmeer nach Europa über. Von Oran im Westen des Landes legen Schnellboote ab, mafiöse Netzwerke sollen sie betreiben. Die Regierung meidet das Thema der illegalen Migration, wo sie kann. Es gibt keine offiziellen Zahlen über die Flüchtlinge; algerische Journalisten, die Zahlen aus spanischen Statistiken veröffentlichen, sagen, sie begäben sich schon damit in Gefahr. Einige von ihnen, so erzählt es ein Journalist, der anonym bleiben möchte, würden schon wegen Facebook-Einträgen verhaftet. Es herrsche erneut ein Klima der Angst.

SPIEGEL: Spricht es nicht gegen Ihre Politik, dass so viele Algerier versuchen, ihr Land zu verlassen?

Tebboune: Es ist nicht die wirtschaftliche Lage, die die Jungen nach Europa treibt. Es ist der Traum von einem Leben in Europa. In Algerien muss niemand unter Hunger leiden. Unter jenen, die fliehen, sind viele Mediziner und Anwälte, die relativ gut verdienen. Aber vergessen wir bitte nicht: Es gibt auch sehr viele Algerier, die sich Visa besorgen, nach Paris und Marseille fliegen und nach zwei Wochen wieder heimkehren.

SPIEGEL: Aber viele glauben nicht mehr an eine ernsthafte Demokratisierung. Sie haben Journalisten festnehmen lassen – ist das jenes neue Algerien, das Sie einst versprachen?

Tebboune: In Frankreich sitzen Journalisten im Gefängnis, in den USA ebenso, warum sollte es keine in Algerien geben? Wir haben hier 180 Tageszeitungen, es arbeiten 8500 Journalisten im Land, aber wenn zwei oder drei davon zu Recht verurteilt wurden, sagt man, ah, die stecken da Journalisten ins Gefängnis. Zur Pressefreiheit zählt nicht die Freiheit, Fake News zu produzieren oder sein Land zu verunglimpfen. Wenn diese roten Linien überschritten werden, dann ist die Justiz gefragt.

SPIEGEL: Allen, die es bezweifeln, sagen Sie also, es sei Ihnen ernst mit dem Wandel?

Tebboune: Der Hirak, der Aufstand, ist zu Ende, der Hirak das bin jetzt ich. Dieser Aufstand war eine nationale Bewegung, keine Ansammlung kleiner Splittergruppen. Ich habe den 22. Februar, den Beginn der Proteste 2019, zum Feiertag erklärt, weil diese Bewegung den Verfall unseres Staates gestoppt hat. Vielleicht erinnern Sie sich an die Bilder, zu sehen war ein widerstandsfähiges Volk mit ausgeprägtem Freiheitssinn – ähnlich wie früher in Kuba, in Vietnam und anderen revolutionären Staaten.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Arslane Bestaoui / DER SPIEGEL

Tebboune beim SPIEGEL-Gespräch*: »Ich bedaure, dass Angela Merkel geht«

* Mit den Redakteurinnen Britta Sandberg und Monika Bolliger in Algier.

Flüchtlinge in Minsk

Christina Hebel / DER SPIEGEL

»Dann geh in den Wald«

BELARUS Diktator Lukaschenko lockt Migranten aus dem Nahen Osten ins Land – mit dem Versprechen, sie könnten nach Deutschland reisen. Doch Tausende Schutzsuchende sind nun in Minsk gestrandet.

Vor dem Einkaufszentrum Galleria im Zentrum von Minsk stapeln sich Rucksäcke und Schlafsäcke. Dutzende Männer und Frauen in dicken Jacken hocken auf dem Boden, einige dösen, andere telefonieren. Der Satz »Träumen Sie von Größerem« leuchtet über ihnen, eine Bank macht Werbung für eine neue Kreditkarte.

Es sind vor allem Geflüchtete aus dem Irak, die sich im Zentrum der belarussischen Hauptstadt versammeln. »Klein Bagdad« nennen manche Belarussen den Ort. Auch Ali kommt oft hierher. Der 23-Jährige eilt mit zwei Freunden durch die Drehtür des Einkaufszentrums, hoch in den fünften Stock in das türkische Restaurant Ramiz. Zwei Frauen, die dunklen Haare mit einem Kopftuch bedeckt, sitzen auf gepolsterten Bänken, neben ihnen schlafen Kinder. Auf dem Boden liegen Rucksäcke, an denen Erde klebt.

»Sie sind wohl gerade aus dem Wald zurück?«, sagt Ali, er setzt sich mit seinen Freunden an einen freien Tisch und bestellt Linsensuppe. Ali ist ein schmaler, blasser Mann mit Bart, bis vor Kurzem habe er Hemden und Hosen im Nordirak verkauft, erzählt er. Gerade einmal sechs Dollar am Tag habe er verdient, »das war kein Leben.« Seit Anfang Oktober ist der Kurde in Belarus. Dreimal schon sei er »im Wald« gewesen, wie er das Gebiet an der EU-Außengrenze zu Polen nennt, etwa 250 Kilometer südwestlich von Minsk. Dreimal musste er zurück nach Minsk fahren. Der Wald hat ihm bisher kein Glück gebracht.

Ali will nach Deutschland – wie die meisten Flüchtlinge in Belarus, denen von Schleppern der Weg in die EU versprochen wird. Schätzungen zufolge halten sich derzeit zwischen 15000 und 20000 Schutzsuchende im Land auf. Jeden Tag kommen unzählige weitere am Minsker Flughafen an. Mehr als 50 Verbindungen aus Bagdad, Istanbul, Dubai und Damaskus zählt der Winterflugplan jede Woche.

Es sind vor allem Iraker, aber auch Syrer und Afghanen, die nach Belarus fliegen. Diktator Alexander Lukaschenko, der von Kremlchef Wladimir Putin protegiert wird, lässt seit Monaten Schutzsuchende mit Touristenvisum in sein Land. Belarus-Route heißt der Weg gen Westen, den das Regime gezielt ausgebaut hat. Es ist Lukaschenkos Versuch, die EU zu spalten und Rache zu üben für die harten Sanktionen der Union. Litauen und Polen haben ihre Grenzen weitgehend abgeriegelt und schicken Geflüchtete wie Ali zurück. »Als wir um Asyl gebeten haben, lachten die polnischen Grenzsoldaten uns nur aus«, sagt er. Er weiß, dass das ein Bruch gegen die Regeln der Europäischen Union ist, in der Schutzsuchende eine Chance auf ein Asylgesuch bekommen müssen.

Bei ihrem dritten Versuch, erzählt Ali, hätten sie es einige Kilometer weit über die Grenze nach Polen geschafft. Sieben Tage seien sie unterwegs gewesen, irgendwann gingen ihnen das Wasser und das Essen aus. Ihren Fahrer nach Deutschland aber, der von den Schleppern organisiert worden war, hätten sie nicht gefunden. Die polnische Polizei habe die Erschöpften zur Grenze zurückgebracht, wo der belarussische Grenzschutz sie schnappte. 100 Dollar hätten sie den Beamten zahlen müssen, damit diese sie nicht wieder Richtung Polen drängten.

»Die behandeln uns wie Fußbälle«, sagt ein Mann um die fünfzig aus der nordsyrischen Stadt Hasaka vor dem Einkaufszentrum in Minsk. Er sei 21 Tage im Niemandsland festgehalten worden. Wie so viele andere Migrantinnen und Migranten hat der Syrer kein gültiges Visum mehr für Belarus, sie werden nur noch für wenige Tage ausgestellt. Bis zu 3500 Dollar zahlen die Menschen für Flug, Papiere und Unterkunft pro Person. Lange können die Geflüchteten nicht in den Hotels in Minsk bleiben. Wenn sie es in den ersten Tagen nach der Ankunft nicht in die EU schaffen, müssen sie sehen, wo sie bleiben. Die ersten schlafen in den Parks von Minsk. »Entweder du zahlst den verlangten Preis für eine Unterkunft, oder du musst dir anhören: Dann geh zurück in den Wald«, erzählt Ali.

Aljona Tschechowitsch von der Menschenrechtsorganisation Human Constanta warnt bereits vor einer »humanitären Katastrophe« in Minsk und im Grenzgebiet. Der Herbst sei dieses Jahr relativ mild gewesen, doch schon bald werde es frieren. In Facebook-Gruppen kursieren Videos von Toten im Niemandsland, die sich schwer verifizieren lassen. Zehn Menschen sollen an der Grenze gestorben sein, Aktivisten halten die wirkliche Zahl für höher.

Das Rote Kreuz in Belarus gilt als regimenah und scheint mit der Situation überfordert zu sein. Internationale Organisationen der Uno und Ärzte ohne Grenzen haben in Minsk nur kleine Büros. Sie sind auf die Kooperation der Behörden angewiesen. Für die Hauptstadt hat Lukaschenkos Sicherheitsapparat offenbar den Befehl ausgegeben, die Migranten weitgehend gewähren zu lassen. Wenn es dämmert, ziehen die Geflüchteten weg vom Einkaufszentrum zu einem Parkplatz in der Nähe. Mit ihren Schlafsäcken und Gummistiefeln wirken die Flüchtlinge wie Camper, würden nicht gestikulierende Männer sie zu einem der wartenden Kleinbusse geleiten.

Ali sitzt wenige Tage später ebenfalls wieder in einem Wagen in Richtung Polen. Versuch vier des Grenzübertritts endet irgendwo nördlich an der litauischen Grenze, wie die Männer berichten. Sie schaffen es hinüber nach Litauen, werden dort von Grenzern aber zurückgedrängt.

Völlig entkräftet landen die Männer schließlich wieder in Minsk. Ali sagt, er gehe nicht zurück in den Irak. »Und wenn wir es 17-mal probieren müssen, ich gebe nicht auf.«

Christina Hebel ■

Marc Fernandes / NurPhoto / IMAGO

Luxusliner »Genting Dream«: Jede Kabine hat ihren eigenen Luftkreislauf

Kreuzfahrt nach nirgendwo

HONGKONG Wegen der strengen Corona-Einreiseregeln haben die meisten Menschen die Stadt seit fast zwei Jahren nicht verlassen. Für sie gibt es jetzt Schiffsreisen ohne Ziel, mit Dauertracking und »Oktoberfest at Sea«.

Wer sich für eine Kreuzfahrt auf der »Genting Dream« einschifft, bekommt zwei Dinge in die Hand gedrückt: eine Schlüsselkarte mit der Kabinennummer und einen schwarzen Knopf mit einem weißen Barcode.

»Sieht aus wie ein Spieljeton«, sagt ein älterer Passagier mit Baseballmütze und lacht.

»Nein, das ist Tracey«, antwortet die junge Frau am Boarding-Gate. »Verlieren Sie das nicht. Müssen Sie immer bei sich haben.«

»Warum?«

»Falls sich jemand mit dem Virus ansteckt. Damit wir wissen, wo Sie gewesen sind, in welchem Restaurant, in welcher Bar. Tracey ist ein Tracking-Gerät.«

Ein lauer Oktoberabend in Hongkong, hinter dem Victoria Harbour geht die Sonne unter und in den ersten Wolkenkratzern die Beleuchtung an – ein stimmungsvolles Panorama, von der Kowloon Bay aus betrachtet, wo die »Genting Dream« zum Auslaufen bereitliegt.

Jahrzehntelang ragte hier die Landebahn des legendären Kai-Tak-Flughafens in den Hafen hinaus. 1998 wurde er wegen Platznot (und wegen des berüchtigt heiklen Anflugs) geschlossen und in den Westen der Stadt verlegt; seit 2013 steht ein modernes Kreuzfahrtterminal an seiner Stelle. Wo zuvor Maschinen nach London, Tokio und New York abgehoben hatten, stachen Luxusliner Richtung Shanghai, Singapur und Sydney in See – bis Anfang 2020, als die Pandemie den Tourismus in Asien zum Erliegen brachte. Staat um Staat machte die Grenzen dicht, unter zwei Wochen Hotelquarantäne kommt seither niemand mehr in die meisten Länder der Region hinein, auch deren eigene Bürger nicht.

Die Hongkonger trifft das besonders hart. Erstens, weil sie, anders als die Menschen in China, Taiwan, Australien oder Neuseeland, nicht in einem Land, sondern in einer Stadt eingesperrt sind, in einem der am dichtesten besiedelten Territorien der Welt. Zweitens, weil ihre Regierung, anders als etwa die in Singapur, keine Anstalten macht, die Grenzen zum Ausland allmählich zu öffnen, und sei es nur für eine »Reiseblase« mit einer anderen Stadt. Nicht einmal mehr ins benachbarte Macau kann man aus Hongkong hinüberfahren, ohne danach in Quarantäne zu müssen. Die beiden chinesischen Sonderverwaltungszonen werden darauf warten müssen, bis Peking seine strikte Null-Covid-Politik ändert. Das wird dauern.

Und drittens, weil sich Hongkong für viele nicht nur wegen der Pandemie wie ein Gefängnis anfühlt: 2020 verhängte Chinas Führung ein drakonisches Staatssicherheitsgesetz über die Stadt. Wer prominent an der Protestbewegung beteiligt war, sitzt mittlerweile im Gefängnis, hat ein Verfahren am Hals oder ist mit Glück ins Exil entkommen. Fast 90 000 Menschen haben die Stadt seit vorigem Sommer verlassen, mehr als viermal so viele wie in den zwölf Monaten davor.

Für die Zurückgebliebenen und für den Not leidenden Tourismussektor hat sich die Stadt ein Trostpflaster ausgedacht: Seit Ende Juli legt die »Genting Dream« dreimal die Woche zu einer »Kreuzfahrt nach nirgendwo« ab, nur ein paar Hundert Seemeilen aufs Südchinesische Meer hinaus und wieder zurück, zwei oder drei Tage lang, ohne Landgang. Ähnliche Touren gibt es auch in Singapur und in Taiwan.

»Ich mache das für meine Kinder, zum zweiten Mal bereits«, sagt eine Mutter, etwas atemlos, weil ihr Sohn dauernd aus der Warteschlange tanzt. »Kinder brauchen Abwechslung. Das Anstellen hier, das Boarding, die Passkontrolle, das fühlt sich an wie Ferien.«

Er freue sich aufs Spielcasino, sagt der ältere Herr mit der Baseballmütze. Anders als in Macau ist Glücksspiel in Hongkong verboten. Doch sobald die »Genting Dream« internationale Gewässer erreicht, nehmen auf Deck 7 die Croupiers an ihren Tischen Platz, beginnen die einarmigen Banditen zu blinken. »Für meine Frau und mich ist es einfach die erste Urlaubsreise nach fast zwei Jahren«, sagt Ahmad, 52. »Das Leben ist sehr anstrengend in dieser Stadt. In den vergangenen zwei Jahren war es besonders anstrengend.«

Manche seiner Bekannten, sagt der Logistikmanager, gingen übers Wochenende aus Verzweiflung manchmal in ein Hotel, um ihrem Alltag zu entfliehen. »Aber da weiß man nicht, wer vor einem im selben Bett gelegen hat. Könnte auch jemand ohne Test und Impfung gewesen sein.«

Das ist auf der Kreuzfahrt ausgeschlossen, denn die »Genting Dream« darf pandemiebedingt nur mit der Hälfte der insgesamt möglichen 3352 Passagiere fahren, und an Bord kommen nur vollständig Geimpfte und Getestete. Wer aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden kann, bekommt eine andere Schlüsselkarte und darf manche Räume nicht betreten.

In jeder Kabine liegt ein Stapel Broschüren aus, eine davon erklärt im Detail, wie das Schiff belüftet wird: Nur frische Seeluft wird durch die Ventilation gepumpt, exakt 25 Kubikmeter pro Passagier und Stunde. Jede Kabine hat ihren eigenen Luftkreislauf, damit sich keine Aerosole verteilen können. Die Zuluft kommt von der einen Seite des Schiffes, die Abluft entweicht auf der anderen.

Aber das ist nur der eine Teil der virenfreien Kreuzfahrt, den anderen erbringen die Passagiere. Es besteht Maskenpflicht, und außer in den zwei großen Messen ist für alle Restaurants eine Reservierung nötig, vom Teppanyaki-Tempel bis zur Whisky-Lounge.

Reserviert werden muss auch für die Karaokebar, den Pool auf Deck 16, die Zipline und das Fitnessstudio, wo strenge Abstandsregeln gelten. Außerdem wird dort alle anderthalb Stunden 30 Minuten lang desinfiziert. Jede Terminbuchung ist eine kleine Matheaufgabe.

»Wir wissen gerade nicht, was wir heute machen«, sagt eine deutsche Passagierin am ersten Abend auf hoher See. Sie lebt schon eine Weile in Hongkong. »Hier ist ja praktisch am Morgen schon alles ausgebucht.« Sie steht etwas unentschlossen auf dem Gang vor ihrer Kabine; aus den Lautsprechern dringt plötzlich exotische, doch irgendwie vertraute Musik: »Rosa-munde / schenk mir dein Herz / und sag ja.« Das muss der Auftakt zum »Oktoberfest at Sea« sein, auch dafür lag eine Broschüre in der Kabine.

Für das Oktoberfest ist keine Reservierung nötig, denn das findet auf dem Oberdeck unter freiem Himmel statt. Sunny, die Frau an der Bar, stammt aus Nordchina, trägt ein Dirndl, zwei lange Zöpfe, eine Atemschutzmaske und Klinikhandschuhe, mit denen sie Bier, Brezen und Obatzter verteilt. Knapp die Hälfte der Besatzung, sagt ihr Kollege, stamme vom chinesischen Festland.

Das habe mit dem Lohnniveau im Kreuzfahrtgeschäft zu tun, ruft er noch – doch er ist kaum mehr zu verstehen, denn die Musik, inzwischen ein deutscher Mallorcahit, dröhnt immer lauter vom Amphitheater der »Genting Dream« in den Nachthimmel über der Südchinesischen See hinaus. Zwei Animateure, beide mit Seppelhut und Mund-Nasen-Schutz, locken erst Männer, dann Frauen und schließlich Paare zum Preistanz auf die Bühne. Es wird geschwitzt und geht ekstatisch zu, aber die Masken sitzen.

Etwas abseits sitzen Selina und Gunnar in einem Windfang, sie aus Hongkong, er aus Schweden. Sie sind verheiratet, und ihre Kreuzfahrt ist eine Art Abschiedsreise. Nach mehr als zwei Jahren kann Gunnar einen Geschäftstrip nach Stockholm nicht länger aufschieben, gern würde er seine Frau mitnehmen. »Keine Chance«, sagt sie. »Schweden im Spätherbst und nach der Rückkehr dann zwei Wochen hier in einem kleinen Hotelzimmer, das halte ich nicht aus.« An einer gemeinsamen Quarantäne, lacht sie, sei schon so manche Ehe zerbrochen.

Sie sind sich nicht ganz einig, was sie von ihrer ersten »Cruise to nowhere« halten sollen. Gunnar neigt grundsätzlich nicht zum Überschwang, Selina sagt: »Ich brauche keinen Landgang, mir reicht der Blick auf die offene See.« So geht es wohl vielen Menschen ihrer Stadt. Auf durchschnittlich 42 Quadratmeter Wohnfläche leben EU-Bürger, weniger als 14 sind es in Hongkong. Da sind die meisten Kabinen auf der »Genting Dream« größer. »Ich könnte stundenlang an der Reling stehen und einfach nur aufs Meer hinausschauen.«

Scarlett auf Deck 7 ist anderes gewohnt, Kreuzfahrten sind ihr Beruf. »Miami, Nassau, Sint Maarten«, zählt sie auf, »Mexiko, Kuba, Jamaika und Barbados.« Sie habe die ganze Karibik bereist und Duty-free-Artikel verkauft. Wie Sunny auf dem Oberdeck stammt sie aus China, allerdings ist in ihrem Laden weniger los als beim Oktoberfest. »Hier sind manchmal mehr Verkäuferinnen als Kunden unterwegs«, sagt sie. »Ich bin froh, dass ich wieder im Business bin, doch auf dieser Kreuzfahrt geht es anscheinend mehr ums Entertainment als ums Shoppen.«

Aber auch das Entertainment lässt zu wünschen übrig. Ein Stück weiter vorn öffnet sich eine kreisrunde Balustrade zum Deck 6 hinunter. Am Vortag war dort eine Showbühne aufgebaut, ein junges Paar sang vor halb leeren Rängen. Heute steht ein Bingoabend auf dem Programm. Wieder bleiben viele Stühle leer. Das muss wohl so sein, aus Seuchenschutzgründen; an der Bar klebt vor jedem zweiten Hocker ein Warnschild: Diesen Platz bitte freihalten.

»Ich könnte stundenlang an der Reling stehen und aufs Meer schauen.«

Bernhard Zand / DER SPIEGEL

Animateure, Kandidatinnen für Tanzwettbewerb: Die Masken sitzen

Unten stehen zwei unverdrossene Conférenciers vor der Bingotafel, oben sitzen die Passagiere mit ihren Caipirinhas, alle exakt im Pandemieabstand zueinander und mit einem Auge auf dem Smartphonebildschirm – es liegt eine gewisse Tristesse über der Szene. Wer gedacht hat, auf einer Kreuzfahrt nach nirgendwo sei dem Eingesperrtsein an Land zu entkommen, findet sich zwar auf hoher See und im Luxus wieder, aber viel freier als das Leben in Hongkong fühlt sich das auch nicht an.

Die Eltern schauen tagsüber ihren Kindern am Pool zu, ältere Frauen und Männer sitzen im Casino und an den Spielautomaten. Paare dösen in der Sonne oder stellen sich für die Zipline an, im Restaurant hocken meistens dieselben Leute beisammen. Außer beim Oktoberfest ist niemand ausgelassen, nach Mitternacht wird es still auf den Gängen. Eigentlich bleiben alle für sich.

Am Morgen nach dem Bingoabend läuft die »Genting Dream« wieder im Victoria Harbour ein. Die Decks werden einzeln und im Halbstundentakt geräumt, damit es an den Fahrstühlen nicht zum Gedränge kommt. Jeder hat Zeit, sich an den Flüssigkeitsspendern noch einmal gründlich die Hände zu desinfizieren. Unten auf Deck 6 werden die »Traceys« eingesammelt, an der Gangway stehen zwei junge Frauen im Dirndl und winken. Die Kinder bekommen einen Luftballon.

Zwei Tage später meldet die »South China Morning Post«: »Schiff wird angewiesen, den Dienst einzustellen – Angst vor Covid-19.« Auf der »Spectrum of the Seas«, einem anderen Luxusliner, der auch gerade nach nirgendwo auslaufen sollte, wurde ein Besatzungsmitglied positiv getestet: ein Mann, doppelt geimpft und mit einer »sehr niedrigen Virenlast«, wie die Behörden melden. Aber es hilft nichts, die Kreuzfahrt wird abgesagt, alle Passagiere müssen von Bord und werden nach Hause geschickt. Null Covid heißt null Covid, Ausnahmen gibt es nicht. In drei Wochen darf das Schiff wieder ablegen.

Bernhard Zand ■

In der roten Zone

RUMÄNIEN Das Land kämpft gerade mit der schlimmsten Coronawelle seit Beginn der Pandemie – auch weil Impfgegner und die orthodoxe Kirche die Krise verharmlosen. Unterwegs in einem Katastrophengebiet.

Herr Florescu muss erst vor Kurzem Geburtstag gefeiert haben. In einer Ecke seines Zimmers hat er Luftballons verstaut, auf denen »Happy Birthday« steht. Sein Apartment liegt im Zentrum von Bukarest, es ist übersichtlich, in einem Regal hat er eine Marienikone und Fotos seiner Enkelin arrangiert. Florescu liegt auf dem Sofa, als die Rettungssanitäter eintreffen. Sie tragen Schutzanzüge und Visiere. Vor elf Tagen ist Florescu positiv auf Covid-19 getestet worden.

Nun ist er nicht mehr ansprechbar, sein Gesicht fahl. Die beiden Sanitäter heben ihn auf den Boden. Während einer mit der Herzdruckmassage beginnt, pumpt der andere Sauerstoff aus einem Beutel in die Lunge des Mannes. Florescu ist 86 Jahre alt, zu seinem Schutz soll hier nur sein Nachname stehen. Er ist Diabetiker, ein Risikopatient. Geimpft ist er nicht.

Der Rentner gehört damit zu den rund 65 Prozent der Rumänen, die sich bislang nicht haben impfen lassen – weshalb die Krankenhäuser Rumäniens seit Wochen überfüllt sind. Um Platz für die vielen Covid-19-Patienten zu finden, müssten sie manchmal drei Krankenhäuser anfahren, bevor ein Bett frei sei, berichten die Sanitäter – oder sie müssten Patienten über Stunden im Rettungswagen versorgen. Die meisten Kranken sind nicht geimpft.

Anfang des Jahres sah alles noch gut aus: Als die ersten Impfungen auf den Markt kamen, zählte Rumänien zur Spitze. Wochenlang impfte das Land schneller als viele andere EU-Staaten. Während Deutschland über die Priorisierungen für verschiedene Altersgruppen stritt, verteilte Rumänien ohne Diskussion Impfungen für Obdachlose.

Seit dem Herbst aber erlebt das Land im Südosten der EU seine schlimmste Coronawelle seit Beginn der Pandemie. Polen, Ungarn und weitere Staaten haben Patienten aufgenommen. Anfang November stirbt in Rumänien etwa alle drei Minuten ein Mensch an Covid-19. Kein anderes Land der Welt hat derzeit eine höhere Todesrate pro Einwohner. Wie konnte es so weit kommen?

Eine, die dazu viel erzählen kann, ist Genoveva Cadar. Die 56-jährige Ärztin leitet die »rote Zone« einer Klinik für Pneumologie in Bukarest. In diesem Covid-19-Bereich sind mehr als 100 Patienten untergebracht, 15 von ihnen in der Intensivmedizin. Am Eingang des Marius-Nasta-Krankenhauses wirbt ein Schild: »Wir atmen gemeinsam«. Cadar arbeitet hier seit 30 Jahren. Die Krise jetzt sei aber mit nichts vergleichbar, sagt die Frau, die ihren Kittel über einem bunten Kleid trägt.

Genoveva Cadars Klinik hat in einem überdimensionierten, roten Lkw neue Intensivbetten geschaffen, weil die Plätze nicht reichten. Acht Menschen hängen dort an Beatmungsschläuchen. Auf dem Kissen einer Patientin liegt ein Foto ihrer Familie, dem Mann daneben hält eine Pflegerin die Hand. Ohne Pause und ohne Rhythmus piepen die Maschinen.

»Die meisten kommen viel zu spät ins Krankenhaus«, berichtet Genoveva Cadar. Sie hätten kein Vertrauen in die Ärzte. »Sie vertrauen niemandem, nicht mal einander.«

Längst ist die Impfquote auch zum Gradmesser der Skepsis gegenüber dem Staat geworden. Neben Rumänien hat sich die Situation auch in anderen osteuropäischen Staaten wie Bulgarien, Lettland und Litauen verschlechtert. In vielen osteuropäischen Ländern ist weniger als die Hälfte der Menschen geimpft, die Zahl der Todesfälle steigt dramatisch an.

Rumäniens jüngste Notlage ist ein Symptom für die Krisen, mit denen das Land seit Jahren kämpft. Mit der Pandemie traf ein marodes Gesundheitssystem auf das Misstrauen gegenüber einem Staat, den viele als korrupt und gleichgültig empfinden. Verschärft wird die Lage durch Fake News zur Impfung, die auch Priester der orthodoxen Kirche und etablierte Fernsehsender verbreiten.

Als Genoveva Cadar ihren Klinikalltag schildert, fährt neben ihr ein Löschfahrzeug vorbei. In den vergangenen Monaten sind in Rumänien bei Bränden auf Intensivstationen mehr als 20 Menschen gestorben.

»Auch wir haben Angst vor Feuer«, sagt Cadar. Durch die großen Mengen an gelagertem Sauerstoff steigt das Brandrisiko, wenn es in Stromleitungen der Kliniken zu einem Kurzschluss kommt. Rumänien gibt weniger als sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts für sein Gesundheitswesen aus, damit ist es ein Schlusslicht in der EU. Viele Kliniken sind renovierungsbedürftig. Auch das medizinische Personal ist knapp, Ärztinnen, Pfleger, Klinikmitarbeiter.

Cadar sagt, sie brauchte dreimal mehr Personal für ihre Station. Seit dem Beitritt zur EU sind Tausende rumänische Ärztinnen und Ärzte in Länder ausgewandert, wo sie mehr verdienen. 5000 praktizieren allein in Deutschland. Um die größten Lücken zu schließen, helfen Medizinstudierende nun in Krankenhäusern und Impfzentren.

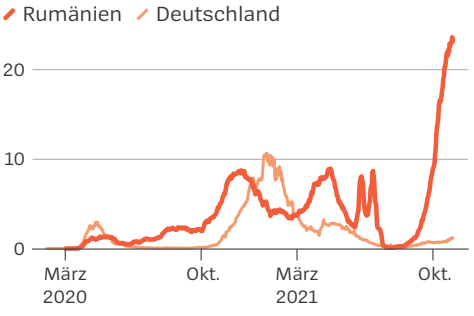
In dieser Krise ist Rumäniens Regierung nur geschäftsführend im Amt, nachdem Anfang September die Koalition aus Bürgerlichen und Liberalen zerbrochen war. Vlad Voiculescu von der liberalen Partei USR-Plus war zweimal Gesundheitsminister, zuletzt von Dezember 2020 bis April dieses Jahres. Er sitzt in einem schmucklosen Arbeitszimmer, als er sich per Zoom meldet, und macht einen erschöpften Eindruck. Rumänien erlebe gerade »eine humanitäre Katastrophe«, sagt er.

Voiculescu galt einst als Hoffnungsträger junger und progressiver Rumänen. Es war ein Feuer, das ihn vor sechs Jahren erstmals ins Amt brachte: Als es Ende Oktober 2015 in dem Bukarester Club Colectiv brannte, starben 65 Menschen. Recherchen enthüllten später, dass einige Verletzte Infektionen erlagen, die sie sich erst im Krankenhaus zuzogen, weil Desinfektionsmittel bis zur Unwirksamkeit verdünnt worden waren. Die Katastrophe wurde zum Symbol eines kaputten Gesundheitssektors.

Voiculescu macht den rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis und den Nochministerpräsidenten Florin Cîţu für die derzeitige Coronakatastrophe verantwortlich. »Die beiden wollten die Champions der Lockerungen sein«, sagt Voiculescu. Im Mai lockerte Rumänien die Coronamaßnahmen, etwa zur selben Zeit sank auch die Zahl der Impfungen. Im Sommer verkündete die Regierung, die Pandemie sei besiegt. »Wenn Länder wie Deutschland weiter Maßnahmen ergreifen, wie kann man dann glauben, dass unser schwaches Gesundheitssystem das ohne Maßnahmen abfedern könnte?«, fragt Voiculescu.

Trauriger Spitzenreiter

Bestätigte Coronatote je 1 Million Einwohner im Sieben-Tage-Durchschnitt



Quelle: Our World in Data, Stand: 3. November

Petrut Calinescu / DER SPIEGEL

Sanitäter in der Desinfektionsschleuse: Manchmal müssen sie drei Krankenhäuser anfahren, um noch ein Bett für einen Patienten zu finden

Um die rasche Zunahme der Infektionen zu stoppen, hat die Regierung Ende Oktober wieder Einschränkungen verhängt. Wer Geschäfte oder Behörden betreten will, braucht nun den Grünen Pass, muss also geimpft, getestet oder genesen sein. Zwischen 22 und 5 Uhr morgens dürfen Personen ohne Pass nicht auf der Straße sein. Außerdem sollen Impfmarathons an den Wochenenden helfen – tatsächlich ist die Impfquote in den vergangenen Tagen deutlich gestiegen.

Um die Quote weiter zu steigern, besuchte Nochpremier Cîţu jüngst zwei Impfzentren. Er ließ sich dabei von der Presse und dem Leiter der Impfkampagne begleiten, einem Militärarzt. Dem Militär vertrauen rund 70 Prozent der Rumänen, der eigenen Regierung vertraut dagegen nicht einmal jeder Fünfte. Bislang waren es jedoch vor allem Politiker, die die Impfung bewarben.

Der rumänische Gesundheitsexperte Vlad Mixich glaubt, das sei ein großer Fehler gewesen. Stars wie die Tennisspielerin Simona Halep könnten der Impfkampagne mehr nützen als jeder Politiker. Im Sozialismus sei es sicherer gewesen, der Politik nicht zu vertrauen, das hätten viele Menschen bis heute verinnerlicht. Den jüngsten Anstieg der Impfquote führt Mixich auf die hohen Todeszahlen und die neuen Restriktionen zurück. Das Misstrauen gegenüber der Impfung aber bleibe.

Alle drei Minuten stirbt ein Mensch an Covid-19, das ist die höchste Todesrate weltweit.

Mehr als jeder Zweite in Rumänien glaubt sogar, dass Regierungen Viren im Labor entwickeln, um die Freiheit der Menschen einzuschränken. Befeuert wird das durch Verschwörungsmythen auf Social-Media-Plattformen, aber auch über große Fernsehkanäle.

Einer der selbst ernannten Aufklärer ist Dan Dobre. Der 24-Jährige hat auf Facebook mehr als 40 000 Follower. Einen seiner aktuellen Posts zu Covid-19 hat die Plattform bereits mit einer Warnung versehen. Dobre macht sich darin über die Coronamaßnahmen der Regierung lustig und rät zu gesunder Ernährung als Waffe gegen das Virus. Früher sei er ein Fan des Gesundheitsministers Voiculescu gewesen, erzählt Dobre. Heute beginnt er seine Reden gegen Impfungen mit den Worten »Ich bin kein Impfgegner, aber …«. Den Grünen Pass vergleicht er mit den Anfängen des Holocaust.

Der junge Marketingberater sagt, er beziehe seine Informationen unter anderem von »Journalisten« einer Nichtregierungsorganisation und lädt zum Treffen in deren Büro im Zentrum Bukarests. Dort trifft man Dobre, mit Rollkragenpulli und Hipsterbrille, zwischen Podcast-Mikros und Kameras.

Dobre und seine Mitstreiter behaupten, dass die Zahlen über rund 48 000 Covid-Tote in Rumänien gefälscht seien. Der angebliche Beweis: zwei Obduktionsberichte von Coronaopfern. Sie sprechen von Krankenhäusern, die leer sein sollen – das würden eigene Videoaufnahmen vom April belegen. Nur anschauen könne man diese Videos nicht, leider habe noch niemand Zeit gefunden, sie ins Netz zu stellen. Auf Nachfragen wechseln die drei das Thema oder reagieren mit Gegenfragen.

Auch Abgeordnete wie die rechtsextreme Politikerin Diana Şoşoacă wettern regelmäßig gegen Impfungen und behaupten, die Vakzinen machten unfruchtbar. Trotzdem bieten ihr Fernsehsender wie România TV oder Antena 3 regelmäßig eine Bühne. Beide zählen zu den größten Sendern Rumäniens und haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder an Hetzkampagnen beteiligt. Aber auch Bischöfe der orthodoxen Kirche rieten Gläubigen vom Impfen ab. Erzbischof Teodosie etwa behauptete jüngst sogar, die EU habe Impfungen gestoppt. Der Patriarch selbst ließ im Sommer verkünden, er sei nicht geimpft.

Für die Ärztin Genoveva Cadar sind vor allem diese Kampagnen schuld daran, dass viele Patienten sich nicht impfen lassen und im Falle einer Infektion zu spät ins Krankenhaus kommen. Jahrelang habe die Regierung zu wenig in Bildung investiert. »Jetzt haben die Leute zu Gesundheitsfragen eine Meinung statt Fakten.« Die meisten ihrer Patienten würden im Krankenhaus bereuen, dass sie sich nicht haben impfen lassen.

Cadar rechnet damit, dass sich die Lage in Rumänien erst im Dezember entspannt. Bis die Impfkampagne und der Lockdown wirkten, werde es noch dauern. Außerdem gibt es weiter Ausnahmen: Gottesdienste der orthodoxen Kirche sind weiterhin kaum eingeschränkt.

Zur selben Zeit, als die Sanitäter den Rentner Florescu in dessen Wohnung wiederzubeleben versuchen, feiert die orthodoxe Kirche den Heiligen Dumitru. Fernsehberichte zeigen mehrere Hundert Menschen beim Gottesdienst an der Patriarchen-Kathedrale in Bukarest, der nun allerdings im Freien stattfindet. Etwas weiter demonstrieren ein paar Hundert Impfskeptiker gegen den Grünen Pass.

Um 20.21 Uhr wird Herr Florescu für tot erklärt. Dann eilen die Sanitäter hinaus, zum nächsten Fall. Später wird in das kleine Apartment in Bukarest ein Bestatter kommen, der sich auf Covid-Tote spezialisiert hat. Bis dahin liegt der Rentner allein auf seinem Teppich.

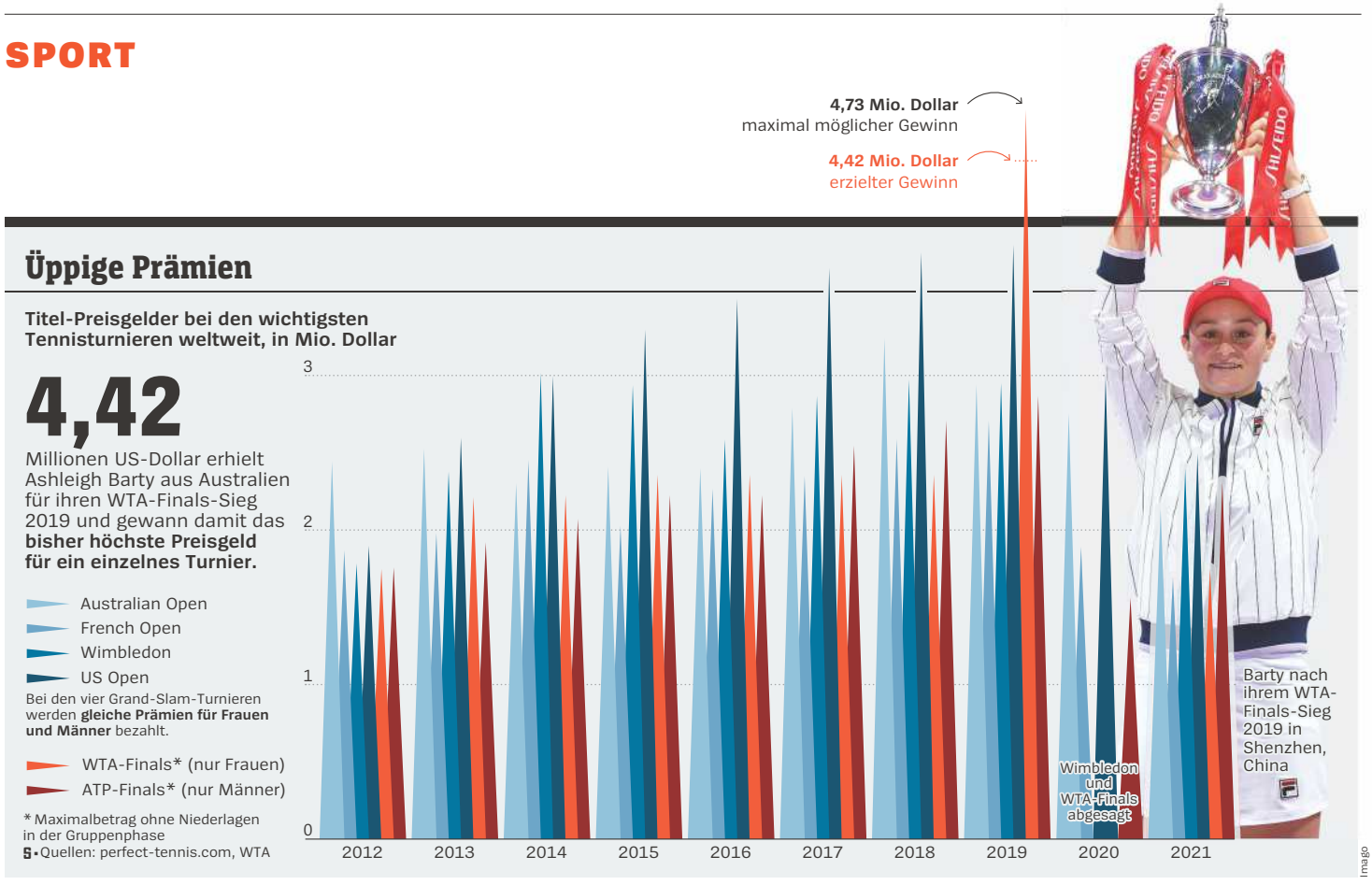
Lina Verschwele ■

Das Business as usual musste leider Insolvenz anmelden.

BEREIT FÜR NEUES DENKEN.

Mehr erfahren und testen unter
handelsblatt.com/neuesdenken

Handelsblatt
Substanz entscheidet.



Um gleiche Bezahlung für Männer und Frauen wird in vielen Sportarten heftig gestritten. Im Tennis gibt es zumindest bei einigen Turnieren inzwischen die Gleichbehandlung der Geschlechter. Die Australierin Ashleigh Barty, heute 25, gewann vor zwei Jahren das WTA-Finale in China und kassierte dafür 4,42 Millionen Euro – das höchste jemals gezahlte Preisgeld im Tennis, für Männer und Frauen. Das nächste WTA-Finale beginnt kommende Woche in Mexiko.

GUT ZU WISSEN

Warum gibt es jetzt in Portugal Monsterwellen?

Der einst verschlafene Fischerort Nazaré an der Westküste Portugals ist in den vergangenen Jahren zu einem Hotspot für Touristen geworden. Die Besucher werden angelockt von einem Spektakel, das sich am Nordstrand der Gemeinde abspielt. Wenn die Wetterbedingungen stimmen, stürzen sich dort die mutigsten Wellenreiter der Welt in Brecher, die mitunter höher sind als 20 Meter.

Die Ritte der Big-Wave-Surfer sind von einer Klippe aus gut zu beobachten. Die Matadore lassen sich von getunten Jetskis in die sich aufbäumenden Wasserwände ziehen. Stürzt ein Surfer, wird er von den Wassermassen überrollt wie von einer Lawine. Wenn der Havarist dann wieder auftaucht – alle Sportler tragen spezielle Rettungswesten – und von den Jetskipiloten eingesammelt wird, gibt es Applaus.

Die Monsterwellen-Saison in Nazaré beginnt im Oktober, wenn die ersten Herbststürme über den Nordatlantik fegen und die Dünung Richtung Europa rollt. Am 29. Oktober vergangenen Jahres gelang dem deutschen Surfprofi Sebastian Steudtner, 36, vor Nazaré ein Ritt, für den er vorige Woche zum dritten Mal mit dem Big-Wave-Award für die höchste gesurfte Welle der Saison ausgezeichnet wurde. Fotos und Videoaufnahmen des Stunts werden gerade von Experten ausgewertet. Der Kaventsmann, den Steudtner heruntergerast war, könnte 25 Meter hoch gewesen sein – das wäre ein neuer Weltrekord.

Henrique Casinhas / ZUMA Wire / IMAGO

Surfer Steudtner 2020

Nazaré hat anderen Big-Wave-Hochburgen wie Hawaii den Rang abgelaufen, weil hier im Herbst und Winter wesentlich häufiger hohe Wellen auftreten als anderswo. Der Grund: Wegen eines Canyons fällt der Meeresboden vor Nazaré steil auf bis zu 5000 Meter Tiefe ab. Die Atlantikdünung trifft ungebremst auf die Küste. Vor dem Nordstrand von Nazaré türmen sich Wassermassen, begünstigt durch Winde und Strömungen, zu Bergen auf, die donnernd in sich zusammenstürzen.

Ab März beruhigt sich das Meer. Big-Wave-Profis wie Steudtner weichen aus in andere Reviere auf die Südhalbkugel, nach Südafrika oder Indonesien. Von Juni bis Ende August bevölkern vornehmlich Badegäste die Strände von Nazaré – und genießen die mitunter spiegelglatte See. GP

Weltmeister Carlsen

Tom Jenkins / Guardian / eyevine / ddp

Duell der Denker: Tradition gegen Spaß

TITELKAMPF Die alte Schachwelt wird von einem Digitalboom überrollt. Die WM in Dubai wird zum Gradmesser dafür, wie hoch das Renommee der Großmeister noch ist.

Als Covid-19 gerade begonnen hatte, die Welt in Atem zu halten, konnte Levy Rozman sein Glück kaum fassen. »Mein Leben hat sich verändert«, twitterte er im Juli 2020. »Ich gebe den Unterricht auf und bin nun Vollzeit online.« Allen, »die das möglich gemacht haben«, dankte der US-Amerikaner mit einem Herz-Emoji.

Rozman, 25, Undercut-Haarschnitt, halbrunde Brille, stammt aus Brooklyn, New York, und ist Internationaler Meister im Schach – der zweithöchste Rang im Weltschach. Bis zum Frühjahr 2020 brachte er Kindern die Grundlagen des Denkspiels bei. Dann kam das Virus, die Welt ging in den Lockdown, und Rozman sattelte auf Onlinelehrstunden um. In nur wenigen Monaten stieg er unter dem Künstlernamen »GothamChess« zu einem der größten Internetstars der Schachszene auf.

Mit Videos wie »Gewinne in acht Zügen« hat er es auf seinem YouTube-Kanal zu mehr als 1,2 Millionen Abonnentinnen und Abonnenten gebracht; auf dem Live-Streaming-Portal Twitch folgen ihm eine halbe Million Fans. Die Karriere habe ihm mehr eingebracht, als er es sich je hätte träumen lassen, sagt er am Telefon. Allein auf Twitch habe er in etwas mehr als zwei Jahren rund 425 000 Dollar eingenommen, umgerechnet 367 000 Euro.

Die Coronapandemie hat YouTuber wie Rozman zu einer Marke gemacht. Und dem Schachsport bescherte sie eine nie gekannte Popularität. Als Sportklubs und -vereine während des Lockdowns schließen mussten, fanden Millionen Menschen auf Onlineportalen zum Spiel der Könige, zusätzlich angelockt von der auf Netflix ausgestrahlten Serie »Das Damengambit«.

In zweieinhalb Wochen beginnt in Dubai der Kampf um die Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelträger Magnus Carlsen aus Norwegen und Herausforderer Jan Nepomnjaschtschi aus Russland – das Ereignis des Jahres für die Traditionalisten des Denksports. Doch was ist das eigentlich noch wert, in Zeiten wie diesen?

Über 75 Millionen Mitglieder – mehr als doppelt so viele wie im Januar 2020 – meldet die weltweit größte Schachwebsite Chess.com. Mehr als zehn Millionen Nutzerinnen und Nutzer loggen sich jeden Monat ein, um gegeneinander zu spielen oder zu üben.

Auch der Anbieter Lichess.com spricht von einem »ungeheuren Wachstum«. In den ersten Wochen der globalen Quarantäne vor über einem Jahr seien die Server völlig überlastet gewesen. Allein im Oktober verzeich-

nete die Plattform mehr als 88 Millionen Partien.

Vor allem die schnelle Form des Spiels scheint bei den Nutzern einen Nerv zu treffen. Blitzschach lässt dem Akteur über die gesamte Partie weniger als 10 bis 15 Minuten Bedenkzeit. Ideal für eine Partie in der Bahn, in der Mittagspause oder auf dem Klo – ein völlig anderes Spiel, als die Partien von Nerds, die sich stundenlang gegenübersitzen.

Der Weltschachverband Fide sieht den Hype daher mit Besorgnis. Er begrüße es, dass Schach bei so vielen Menschen für Unterhaltung sorge, sagt Fide-Generaldirektor Emil Sutovsky, 44. Aber er fürchte, »dass das Schachspiel seine Wurzeln und seinen Ruf als einzigartige Subkultur verliert, wenn es ganz oder fast ganz auf den Spaßfaktor ausgerichtet wird«.

»Typisches Traditionalistendenken« nennt das Georgios Souleidis. Der glatzköpfige Schachtrainer kann mit dem elitären Blick auf das Spiel wenig anfangen. »Das klassische Schach will doch kaum einer mehr spielen, geschweige denn sehen«, sagt er. »Die Aufmerksamkeitsspanne der Menschen wird immer kürzer. Sie wollen Action. Das macht die schnellen Spiele so attraktiv.«

Souleidis ist selbst ein Gewinner des Schachbooms. Unter dem Namen »The Big Greek« betreibt er einen der größten deutschen Schachkanäle auf YouTube. Sein populärstes Video »Die goldenen Eröffnungsregeln« wurde bis heute 1,3 Millionen Mal geklickt. Die Partien der Weltmeisterschaft zwischen Carlsen und Nepomnjaschtschi werde er auf seinem Kanal »selbstverständlich« analysieren, sagt er.

Szenegrößen wie Rozman und Souleidis haben das 1500 Jahre alte Spiel mit lockeren Sprüchen, Selbstironie und klug erklärten Spielzügen ins 21. Jahrhundert geholt. Von dieser Begeisterung will auch der Weltverband profitieren. Nur wie?

Fide-Generaldirektor Sutovsky hofft, »dass der Boom nicht nach einem Jahr vorbei ist«. Deshalb investiere der Verband in Schach-Bildungsprogramme, wolle so noch mehr junges Publikum für den Sport begeistern. Außerdem plane er Turniere für Spieler, die Schach online gelernt haben und sich nun am Brett beweisen wollen. »Komplett auf die Onlinewelt umsteigen wollen wir nicht«, sagt der israelische Großmeister.

Für den traditionsbewussten Weltverband ist der Onlineboom Neuland und Balanceakt zugleich. Im August und September richtete die Fide die Olympiade, das wichtigste Mannschaftsturnier im Schach, erneut digital aus. Dieses Mal ging alles glatt. Vergangenes Jahr mussten sich die Finalisten Russland und Indien den Sieg teilen. Ein technischer Blackout hatte einen Server lahmgelegt.

Ungemach lauert auch an anderer Stelle. Weltmeister Carlsen etwa startete in der Coronazeit eine eigene, hoch dotierte Turnierserie. Darin traten die besten Spieler der Welt gegeneinander an. Sie duellierten sich in schnellen, kurzweiligen Partien. Fans weltweit bejubelten das neue Format, sie verfolgten die Wettkämpfe live unter anderem auf Twitch und YouTube – bei der gerade beendeten Serie insgesamt mehr als 100 Millionen Mal.

Am Ende gewann natürlich: Magnus Carlsen.

Dessen Unternehmen Play Magnus versucht den Brückenschlag zwischen der alten Schachwelt und der profitablen Moderne. Den Kern seiner 2013 gestarteten Firma, die mittlerweile an der Börse gelistet ist, bildet die Schach-App Play Magnus. Sie ermöglicht es Spielern, gegen ein Computerprogramm anzutreten, das die Spielweise des Weltmeisters auf unterschiedlichen Levels imitiert.

Außerdem ist Play Magnus an weiteren Schachunternehmungen beteiligt. Der Jahresumsatz im vergangenen Jahr: knapp acht Millionen Dollar.

Aber selbst Superstar Carlsen, lange Zeit der Posterboy der Schachszene, muss sich heute die Aufmerksamkeit mit YouTubern und Videostreamern auf Twitch teilen. Sie haben es geschafft, über die Onlinekanäle Millionen neuer Spieler zu glühenden Fans zu machen.

Schachcoach Rozman glaubt, dass der Onlineboom nur wenig zur Popularität des Spitzenschachs beitragen wird. »Es profitieren vor allem jene, die das Spiel lernen wollen, und jene, die damit Geld verdienen«, sagt er, »das Spitzenschach wird von dem Hype nicht unbedingt erfasst – weil Topspieler in ihrer eigenen Blase, in geschlossenen Turnieren spielen.«

Auch Ullrich Krause, 53, spielt gern Onlineschach. »Das ist für mich so entspannend wie eine Stunde joggen gehen«, sagt der Präsident des Deutschen Schachbundes (DSB). Vereine, die Onlinetraining und -kurse anbieten, hätten vom Boom profitiert und sogar neue Mitglieder gewonnen. In seinem Heimatklub, dem Lübecker Schachverein, stellten sich regelmäßig junge Erwachsene vor, die online zum Schach gekommen seien und nun ans Brett wollen. »Das hat es vorher nie gegeben«, sagt Krause.

Frauen allerdings seien bislang kaum unter den Neulingen gewesen – trotz der Netflix-Serie »Das Damengambit«, in dem ein Mädchen die Schachwelt erobert. Das Spiel sei nach wie vor eine von Männern dominierte Welt, gibt Krause zu.

Nicht einmal zehn Prozent der DSB-Mitglieder sind weiblich. Was auch am Umfeld des Sports liegt. Immer wieder berichten Spielerinnen von Anzüglichkeiten und sexueller Belästigung durch Kollegen.

Um von der Euphorie im Netz zu profitieren, hat Krauses Verband vergangenes Jahr die Deutsche Schach-Online-Liga gegründet – ein Teamwettbewerb, an dem Bundesligisten wie Werder Bremen oder Bayern München teilnehmen. Mehr als eine Ergänzung in der Sommerpause könne Onlineschach indes nicht sein, sagt Krause. »Das Spiel am Brett wird es nie ersetzen.«

Entsprechend zurückhaltend reagierte der Verband, als der amerikanische Marktführer Chess.com eine Kooperation anbot. Der DSB lehnte ab, er setzt weiter auf die Hamburger Firma Chessbase. Die biete nicht nur Unterstützung für Breiten- und Kadersportler an, sondern auch Schulungsprogramme und DVDs. Obwohl Krause zugibt, dass dies wohl nicht mehr ganz zeitgemäß sei. Auch mit den Videoportalen TikTok und Snapchat hadert der DSB noch.

Immerhin: Für die Finalrunde der Deutschen Schach-Online-Liga im kommenden Jahr überlegt der DSB, technisch noch einmal richtig aufzurüsten. Die Teilnehmer sollen mit jeweils zwei Videokameras überwacht werden. Im laufenden Spielbetrieb wurde offenbar viel geschummelt.

Matthias Fiedler, Florian Pütz ■

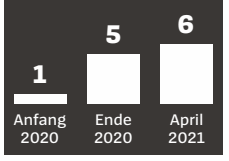
Boomendes Brettspiel

Die Schachplattform Chess.com

aktuell über **75 Millionen** Mitglieder

und rund **9,2 Millionen** täglich gespielte Schachpartien

Täglich aktive Spieler, in Mio.:



S • Quelle: Chess.com

Szene aus Netflix-Serie »Das Damengambit«

Foto: Phil Bray / Netflix

»Eine russische Schachschule gibt es nicht mehr«

SCHACH WM-Herausforderer Jan Nepomnjaschtschi, 31, über den Niedergang seines Sports daheim und seine Chancen gegen Magnus Carlsen

SPIEGEL: Herr Nepomnjaschtschi, Sie spielen gegen Magnus Carlsen um den WM-Titel. Können Sie sich an das erste Aufeinandertreffen mit ihm erinnern?
Nepomnjaschtschi: Das war 2002 bei der U-12-Europameisterschaft in Spanien. Norwegen war kein Schachland. Und als ich gegen diesen Typen aus Norwegen spielen musste, habe ich nicht allzu viel von der Partie erwartet. Ich glaube, er hat ganz gut gespielt, ist aber irgendwann eingebrochen. Ich habe gewonnen und wurde am Ende Erster, er Sechster.
SPIEGEL: Kurz darauf sahen Sie Carlsen bei der WM in Griechenland wieder.
Nepomnjaschtschi: Eine Runde vor Schluss habe ich plötzlich gesehen, dass dieser Typ in Führung liegt. Während er dann Remis spielte, gewann ich meine Partie und damit das Turnier. Aber es war klar, dass er ein sehr talentierter Junge ist.
SPIEGEL: 2011 holte Carlsen – damals schon Weltranglistenerster – Sie dann in sein Team. Wofür?
Nepomnjaschtschi: Wir haben von 2011 bis 2013 zusammengearbeitet und gemeinsame Trainingseinheiten absolviert. Er kam ein paarmal nach Russland, ich flog nach Norwegen. Das war nützlich für uns beide. Ein richtiges Team waren wir nie.
SPIEGEL: Wie ist Ihr Verhältnis heute?
Nepomnjaschtschi: Wir sind befreundet. Ich freue mich immer über Gespräche mit ihm – während der WM wird das etwas eingeschränkt sein.
SPIEGEL: Russland, beziehungsweise die ehemalige Sowjetunion, hat das Schachspiel jahrzehntelang dominiert. Nun wartet Ihr Heimatland seit 15 Jahren auf den Titelgewinn. Wie groß ist die Unterstützung im Land?
Nepomnjaschtschi: Der russische Schachverband unterstützt mich sehr und bietet organisatorische und technische Hilfe an. Aber ich glaube, die Leute überschätzen das manchmal: Es ist nicht so, dass das ganze Land für einen Mann arbeitet, so wie zu Sowjetzeiten. Heute ist das ganz anders.
SPIEGEL: Weil das Interesse am Schach nicht mehr so groß ist?
Nepomnjaschtschi: Es wurde wiederbelebt, als Sergej Karjakin sich für die WM 2016 qualifizierte. Das war noch mal ein Schub. Aber tatsächlich ist das Interesse nicht mehr so groß wie zu den Zeiten, als Garri Kasparow und Anatolij Karpow gegeneinander antraten. Vielleicht liegt es an den Fortschritten der Computer. Die Programme ermöglichen es, dass das Publikum verfolgen kann, welchen Zug ein Spieler machen sollte. Wenn er das nicht macht, heißt es: Wie kann er so einen Fehler machen? Wie kann er ein Schach-Großmeister sein?
SPIEGEL: Die russische Schachschule war berühmt. Wie steht es um sie?
Nepomnjaschtschi: Im Moment gibt es nichts, was als russische Schachschule bezeichnet werden könnte. Als die Sowjetunion Anfang der Neunziger zerfiel, sind viele starke Spieler ausgewandert. Sie haben ihr Wissen woanders vermittelt, jetzt existiert die russische Schachschule überall auf der Welt.
SPIEGEL: Liegt ein besonderer Druck auf Ihnen, weil Russland so eine große Historie hat?

Carlsen-Herausforderer Nepomnjaschtschi

Nepomnjaschtschi: Es ist nicht hilfreich, in die Geschichte zu schauen. Es geht darum, was ich heute tue.
SPIEGEL: Carlsen hat seinen Titel dreimal verteidigt, gegen Viswanathan Anand, Sergej Karjakin und Fabiano Caruana. Was macht Sie zuversichtlich, ihn schlagen zu können?
Nepomnjaschtschi: Um mich für dieses Match zu qualifizieren, musste ich viele, viele unterschiedliche und brillante Spieler schlagen. Erst bei den Qualifikationsturnieren und anschließend beim Kandidatenturnier, wo acht Spieler um den Sieg gekämpft haben. Jetzt ist nur noch einer übrig, gegen den ich gewinnen muss.
SPIEGEL: Gibt es auf diesem Niveau überhaupt noch unterschiedliche Spielstile?
Nepomnjaschtschi: Zuallererst muss man vielseitig sein. Es ist leider nicht mehr so wie vor 50 Jahren, als Computer noch keinen Einfluss hatten. Spieler wie Michail Tal ...
SPIEGEL: ... der achte Weltmeister, auch Zauberer von Riga genannt ...
Nepomnjaschtschi: ... spielte geniale Kombinationen. Heute wissen wir, dass sie ihre Schwächen hatten, aber die Züge waren spektakulär. Wahrscheinlich wurde das Schach mithilfe der Computer technischer, ruhiger und Remis-lastiger. Inzwischen sind die besten Spieler Computer. Wir können versuchen, von ihnen zu lernen, es ist ein anderes Spiel als früher.
SPIEGEL: Sie haben einmal gesagt, dass Sie sich früher wie ein Profi gefühlt, aber nicht wie einer gelebt hätten. Was meinten Sie damit?
Nepomnjaschtschi: Ich habe nicht genug Zeit mit Schach verbracht. Ich habe Hobbys mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Lesen, mit Freunden abhängen, Filme schauen, Fußball spielen. Natürlich habe ich mich auf Turniere vorbereitet, aber das hat nicht ausgereicht. Man muss seine Zeit nutzen, um sich zu verbessern. Das ist ein nie endender Prozess.
SPIEGEL: Wie bereiten Sie sich auf die WM vor?
Nepomnjaschtschi: Die Routine ist dieselbe wie bei anderen Turnieren, das Niveau ist ein anderes. Die Vorbereitung geht tiefer, nimmt mehr Zeit in Anspruch, es sind viel mehr Leute beteiligt. Ich bereite meine Eröffnungen vor, meine Wettkampfhärte, und ich versuche, fit zu sein.
SPIEGEL: Nach dem Kandidatenturnier haben Sie verraten, wer Ihre Sekundanten waren. Wie viele Sparringspartner stehen Ihnen bei der WM zur Seite?
Nepomnjaschtschi: Das ist ein Geheimnis.

Interview: Florian Pütz ■

Foto: Robin Utrecht / action press

Ein Kind
sorgt für Glücksmomente, Stolz.
Und kostet 126.000 Euro.

Zeit, Geld neu zu bewerten.

126.000 Euro – das ist die Summe, die wir laut Studie „Konsumausgaben von Familien für Kinder" des Statistischen Bundesamts 2018 bis zum 18. Lebensjahr für unsere Kinder ausgeben. Und dann? Dann braucht Ihr Nachwuchs noch Geld, um auf eigenen Beinen stehen zu können. Für den Führerschein, die erste Wohnung, das Studium. Aber wie gelingt diese finanzielle Fürsorge?

Moderne Geldanlage mit Fidelity.
Mehr erfahren Sie hier.

Fidelity INTERNATIONAL

Risikohinweise: Die Vermögensanlage in Kapitalmärkte ist mit Risiken verbunden. Der Wert Ihrer Vermögensanlage kann fallen oder steigen. Es kann zum Verlust des eingesetzten Vermögens kommen. Bitte beachten Sie hierzu die Risikohinweise auf unserer Website unter www.fidelity.de/risikohinweise. Herausgeber: FIL Fondsbank GmbH, Kastanienhöhe 1, 61476 Kronberg im Taunus, Telefon: 06173 509-1923. Stand: September 2021. MK12267

Verletzter Leibold

Daniel Marr / Sportfoto Zink / picture alliance

Das Kreuz mit dem Knie

SPORTMEDIZIN Die Gefahr von Kreuzbandrissen steigt – besonders in der Pandemie. Dank eines Registers können Wissenschaftler nun vorhersagen, wer besonders gefährdet ist und wann.

Das Pokalspiel gegen den 1. FC Nürnberg läuft gerade 18 Minuten, da erwischt es den Hamburger Fußballprofi Tim Leibold. Der 27-jährige Verteidiger des HSV läuft mit dem Ball. Von rechts stürmt ein Gegner heran, kickt mit dem einen Bein den Ball ins Aus – und rammt mit dem anderen Leibold unglücklich in dessen rechte Kniekehle. Der Getroffene wälzt sich am Boden. Helfer tragen den Spieler vom Platz. Eine genaue Untersuchung zeigt: Leibold erlitt einen Kreuzbandriss. Nun fällt er mindestens bis zum Sommer aus.

Einer, der Leibold von Platz half, ist Werner Krutsch, Mannschaftsarzt des 1. FC Nürnberg und zugleich Spezialist für Kreuzbänder, die den Oberschenkelknochen mit dem Schienbein verbinden und das Kniegelenk stabilisieren. Verletzungen an den Kreuzbändern sind bei Sportlerinnen und Sportlern besonders gefürchtet. Sieben bis neun Monate dauert es, bis sie wieder fit sind. Früher bedeutete dies oft das Karriereende.

Krutsch behandelt in seiner Nürnberger Praxis nicht nur Verletzte. Der Unfallchirurg ist zudem Hüter eines weltweit einzigartigen wissenschaftlichen Schatzes. Seit 2014 wertet die Uniklinik Regensburg, wo Krutsch Professor ist, anhand umfangreicher Befragungen Kreuzbandrisse von Spielern aus, von der Bundesliga bis hinunter zu den regionalen Bezirksligen. Seit 2016 werden auch die Bänderrisse im professionellen Frauenfußball erfasst.

Mehr als 1000 Fälle sind dort dokumentiert. Die Daten erlauben vorherzusagen, in welchen Situationen die Verletzungen auftreten und wer besonders gefährdet ist.

Gerade haben Krutsch und seine Kollegen reichlich Arbeit. »Wir sehen etliche Fälle als Folge des Lockdowns«, sagt er. Der Mediziner sitzt Ende vergangener Woche in einem Restaurant am Berliner Hauptbahnhof vor einem Latte macchiato. Er kommt vom Jahreskongress der Orthopäden und Unfallchirurgen, hat über Knieverletzungen im Profifußball gesprochen und sich mit Kollegen ausgetauscht.

Viele Spieler seien nach der langen Wettkampfpause nicht fit genug gewesen, hätten sich überschätzt, den Körper überlastet, vermutet er. Auch etliche Hobbykicker legten nach der Zwangspause offenbar munter los und landeten in orthopädischen Praxen oder gar auf dem OP-Tisch. Genaueres wissen Krutsch und Co. am Ende der Saison, wenn die Ergebnisse ausgewertet sind.

Das Phänomen hat ihn jedenfalls nicht überrascht. »Wir beobachten regelmäßig zu Beginn der Saison einen Anstieg der Kreuzbandverletzungen«, sagt er. Das ergibt sich aus Vergleichszahlen des Registers, die Wissenschaftler um Krutsch gerade zum ersten Mal veröffentlicht haben. Demnach ereignet sich bei den Profis fast ein Drittel der Verletzungen nach der Sommerpause (Grafik).

Auffallend auch: Bundesligaprofis sind seltener betroffen als Amateure, deren Verletzungsquote ist bis zu doppelt so hoch. Und während bei den Profis meist Gegner die Auslöser sind, reißen bei den Amateuren Bänder vor allem ohne Kontakt. Bei Frauen bis zu siebenmal häufiger als bei Männern.

Selbst Kleinigkeiten entwickeln sich zur Gefahr, wenn sie das gewohnte Bewegungsmuster beeinträchtigen. »Eine Blase am Fuß kann das Gangbild ändern, ein neuer Schuh den Grip beeinflussen«, sagt Krutsch.

Der 41-jährige Mediziner ist selbst Fußballer. Er spielte in der Jugend von Nürnberg, schaffte es als Innenverteidiger in die zweite Mannschaft des VfB Stuttgart. Einen Kreuzbandriss erlitt er erst, nachdem er seine Karriere beendet hatte. »Als Mediziner ergab sich die Chance, bei der Ärzteweltmeisterschaft anzutreten«, sagt er. »Leider hatte ich ein paar Kilo zugelegt und war nicht mehr so fit.« Für den Bänderriss sorgte dann ein einfacher Ausfallschritt. Ein typischer Fall. Dass er das Drama selbst erlebt hat, »hilft, die Spieler zu verstehen«, sagt er.

Pascal Köpke zum Beispiel. Vor fast einem Jahr riss dem Stürmer des FC Nürnberg in einem Spiel ein Kreuzband. Wie es dazu kam, kann er sich bis heute nicht erklären. »Das passierte während eines Laufs aus dem Nichts.« Nach mehreren Rückschlägen in der Reha kämpft er immer noch um sein Comeback. Es gebe für Fußballer fast nichts, was schlimmer sei. »Gerade noch bist du fit auf dem Platz. Wenn du dann realisierst, dass du monatelang ausfällst, ist das hart.«

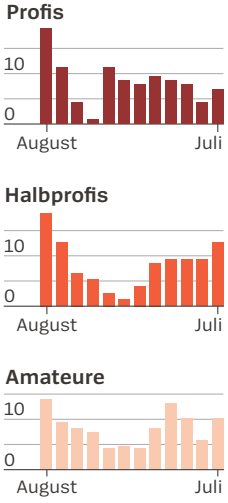
Das Kreuzbandregister zeigt, dass es besonders im Amateurbereich um Prävention schlecht bestellt ist. Zwar gibt es spezielle Trainingsmethoden, um solche Verletzungen zu verhindern. Doch es sei nicht einfach, den Trainern diese Kenntnisse zu vermitteln, so Krutsch. Zudem fehle bei Spielern häufig die Bereitschaft, sich vor Spielen richtig aufzuwärmen.

Selbst für den Profibereich könnten die Daten spannende Erkenntnisse liefern. So möchte Krutsch etwa herausfinden, wie sich ein Trainerwechsel auswirkt. Er vermute, dass bestimmte Coaches durch ihren Spielstil immer die gleichen Verletzungsmuster hervorriefen – egal welches Team sie trainierten.

Michael Fröhlingsdorf ■

Gefährlicher Saisonstart

Verletzung des vorderen Kreuzbandes im deutschen Fußball, im Saisonverlauf*, in Prozent



*Durchschnitt 2014 bis 2019

S • Quelle: Kreuzbandregister im deutschen Fußball

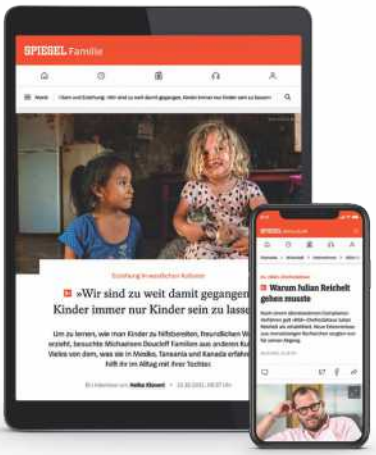
52 × lesen, 39 × zahlen

Lesen Sie 52 × den SPIEGEL zum Preis von 39 Ausgaben für nur € 5,60 pro Ausgabe statt ~~€ 5,80~~ im Einzelkauf. **Sie sparen € 83,20!**

13 × gratis lesen

Auf Wunsch zusätzlich mit Digital-Upgrade für nur € 0,70 pro Ausgabe

SPIEGEL +



Digital-Upgrade inklusive
Unbegrenzter Zugriff auf alle SPIEGEL+-Inhalte auf SPIEGEL.de, die digitale Ausgabe freitags ab 13 Uhr und vieles mehr.

NEU: Audio+ inklusive
Bis zum 30.06.2022 inklusive kostenlosem Zugriff auf alle Inhalte von Audio+ mit der professionell vertonten Ausgabe des SPIEGEL und weiteren, spannenden Audio-Formaten.

Zusatzgeschenk

Denver Earbuds
Geschenk zum Digital-Upgrade! Kabellose In-Ear-Kopfhörer mit Bluetooth 5.0.

Einfach anfordern: abo.spiegel.de/52fuer39

oder telefonisch unter 040 3007-2700 (bitte Aktionsnummer angeben: SP21-055/SDBL-52F39)

Yelena Vereshchaka / ITAR-TASS / IMAGO

Hexenwerk am Nachthimmel, Invasion von Außerirdischen? Nein, nur Physik. Der Sonnenfleck AR2887 auf unserem Zentralgestirn war gerade Schauplatz heftiger Eruptionen. Die Folge: Besonders viele energiegeladene Teilchen – Protonen und Elektronen – rasen auf die Erde zu. Nach rund 18 Stunden treffen sie auf das Magnetfeld des Planeten, wo sie herumgewirbelt werden und sich polwärts bewegen. Da rumpeln sie aneinander mit erdeigenen Atomen, mit Sauerstoff und Stickstoff etwa, wodurch sich in rund 100 Kilometer Höhe ein magischer Lichtschleier bildet. Das Nordlicht ist vor allem im Polargebiet zu sehen, wie auf dem Foto in Nordrussland – und ganz selten auch über Deutschland.

Es wird eng

ANALYSE Kann die Welt den CO_2-Ausstieg noch rechtzeitig schaffen?

Die weltweiten CO_2-Emissionen, die auf fossile Brennstoffe zurückgehen, liegen im Jahr 2021 voraussichtlich nur knapp unter dem bisherigen Höchststand des Jahres 2019. Das geht aus den neuen Daten eines internationalen Forschungsteams zum »Global Carbon Budget« hervor. Im Vergleich zum Coronajahr 2020 werden die Kohlendioxidemissionen 2021 bis zum Jahresende um 4,9 Prozent steigen, auf 36,4 Milliarden Tonnen CO_2. Schon 2022 droht der CO_2-Ausstoß allerdings eine neue Rekordmarke zu erreichen. China wird allein in diesem Jahr für 31 Prozent der weltweiten CO_2-Emissionen verantwortlich sein.

Die Klimawissenschaftlerin Corinne Le Quéré von der University of East Anglia hat dennoch einen Grund für verhaltenen Optimismus gefunden. »Erneuerbare Energien sind die einzige Energiequelle, die während der Pandemie weitergewachsen ist.« In vielen Weltregionen stellen die Erneuerbaren mittlerweile die billigste Art der Energieerzeugung dar, womit der Niedergang von Kohle und Gas eingeleitet sein dürfte. Die Nutzung von Erdöl liegt in diesem Jahr bereits unter dem Niveau von 2019.

Was bedeuten die Ergebnisse des Berichts zum CO_2-Budget? Sie zeigen: Unmöglich ist es nicht, dass die Weltgemeinschaft ihr Ziel erreichen kann, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Aber: Es wird eng. Und an drastischen Einschnitten führt kein Weg vorbei. Um als Menschheit auch nur eine 50-prozentige Chance zu haben, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, dürften noch 420 Milliarden Tonnen (420 Gigatonnen) CO_2 ausgestoßen werden. Das entspricht 11-mal dem prognostizierten Emissionswert dieses Jahres. Für eine ebenso wahrscheinliche Chance, die Erderwärmung auf 1,7 Grad zu begrenzen, bleibt ein »Restbudget« an CO_2 von 770 Milliarden Tonnen – 20-mal die Menge dieses Jahres.

Dass die weltweiten CO_2-Emissionen in elf Jahren mit einem Schlag auf null sinken, erscheint nicht realistisch – zumal der Klimagipfel in Glasgow wohl nicht auf einen Durchbruch hinsteuert. Aber mit jeder Reduktion erkauft sich die Weltgemeinschaft Zeit – denn wenn weniger vom Budget aufgebraucht wird, reicht es noch für ein paar Jahre länger. Viola Kiel

Turbodünger für die Meere

TIERE Ausgerechnet einige der größten Lebewesen der Welt fressen vor allem winziges tierisches Plankton und kleine Fische. Wie unfassbar groß der Appetit der Bartenwale aber wirklich ist und welche Folgen er hat, das haben Forscher jetzt erst herausgefunden. Manche der Säuger fasten monatelang, aber wenn sie fressen, dann richtig. Sie nehmen dreimal mehr Nahrung zu sich als gedacht. Blauwale, so schreibt der Ökologe Matthew Savoca von der Stanford University in der Fachzeitschrift »Nature«, vermögen sich täglich sogar 16 Tonnen Krill einzuverleiben. Sind die Vielfraße also dabei, die Weltmeere zu leeren? Nein, ganz im Gegenteil: Nach ihren Fressorgien produzieren die Wale viel mehr Kot, als Wissenschaftler erwartet haben. Und dieser Kot wirkt auf den oberen Meeresbereich wie Turbodünger, der das Wachstum von Phytoplankton richtig in Schwung bringt. Vom Phytoplankton ernährt sich wiederum das Zooplankton. Je mehr Wale, desto mehr Walkot und desto gesünder das Ökosystem und das Zusammenspiel der Arten – und andersherum.

321 Wale haben Savoca und seine Kollegen und Kolleginnen zwischen 2010 und 2019 mit GPS-Geräten, Kameras und Beschleunigungsmessern ausgerüstet und mit Drohnen eingehend beobachtet. Von der Größe der Mäuler schlossen sie auf die Menge Wasser, die die Tiere täglich mit ihren Barten filtern konnten. Dort, wo sich die Wale labten, untersuchten die Wissenschaftler zudem die Planktondichte im Meereswasser.

Die aufwendige Studie lässt nun erahnen, welche Folgen der industrielle Walfang nach sich gezogen hat. Allein im 20. Jahrhundert haben Menschen fast drei Millionen der Meeresgiganten getötet. 90 bis 99 Prozent der Blauwale kamen innerhalb von nur 50 bis 60 Jahren um. Zuvor verleibten sich die Bartenwale allein im Südpolarmeer pro Jahr nach Schätzung der Forscher rund 430 Millionen Tonnen Krill ein. Heute liegt dort der Gesamtbestand an den garnelenförmigen Krebstieren bei nur noch der Hälfte – was auch anderen Arten schadet. ME

Wildestanimal / Moment / Getty Images

»Wir lassen der Pandemie freien Lauf«

Dänemarks Topepidemiologin Lone Simonsen, 62, ist Professorin für Epidemiologie an der Roskilde-Universität und leitet dort das neue PandemiX-Forschungszentrum.

SPIEGEL: Frau Simonsen, in Dänemark sind Sie bekannt als »Corona-Lone«, weil Sie die Epidemiologin im Rampenlicht sind, die der Öffentlichkeit die Pandemie erklärt. Gefällt Ihnen diese Erweiterung Ihres Vornamens?

Simonsen: Auf jeden Fall, ich bin sogar stolz darauf.

SPIEGEL: Ihr Land hat vor einigen Wochen alle Coronamaßnahmen aufgehoben, keine Masken, kein Coronapass. Jetzt haben Sie bei 5,8 Millionen Einwohnern 2000 Fälle pro Tag, so viele wie seit Anfang des Jahres nicht mehr. Sind Sie besorgt?

Simonsen: Nicht sehr. Wir können uns das leisten. Wir sehen zwar einen raschen Anstieg der Infektionen, nicht aber der schweren Verläufe und Todesfälle. Dafür gibt es einen einzigen Grund: Die Impfrate in unserem Land ist sehr hoch. Etwa 95 Prozent der Menschen über 50 sind immunisiert.

SPIEGEL: Ist Corona in Dänemark jetzt Geschichte?

Simonsen: Noch lange nicht. Wenn Sie nicht geimpft sind, wird das Virus Sie diesen Winter erwischen. Aber diese Pandemie hat jetzt einen völlig anderen Charakter. Sie stellt keine Bedrohung mehr für die Gesellschaft insgesamt dar. Wir können ihr jetzt freien Lauf lassen, auch wenn sie lokal noch größere Ausbrüche verursachen könnte. Aber diese werden nicht mehr so tödlich sein wie vor der Einführung der Impfstoffe.

SPIEGEL: Ist die Herdenimmunität in Sicht?

Simonsen: Ja. Wir werden diese wahrscheinlich bis zum Frühjahr erreichen, dann ist die Pandemie zumindest bei uns vorbei – es sei denn, es kommt eine neue Variante auf, die Impfungen durchbrechen kann; das wäre dann eine andere Situation. Aber im Moment ist die Pandemie etwas, womit wir gut umgehen können. In etwa zwei bis drei Wochen werden wir allerdings an eine Schmerzgrenze gelangen und mehr als 500 Menschen im Krankenhaus haben.

SPIEGEL: Und dann machen Sie wieder alles dicht?

Simonsen: Nein, wir werden nie wieder in den Lockdown gehen, denn wir erwarten nicht, dass die Zahl der Todesfälle dramatisch ansteigen wird. Wir sind jetzt dabei, die dritte Dosis für alle Menschen über 65 Jahren zu verabreichen. Notfalls könnten wir den Coronapass oder die Masken wieder einführen.

SPIEGEL: Dänemark hat eine der höchsten Impfquoten der Welt. Wie haben Sie das geschafft?

Simonsen: Wir Dänen setzen traditionell sehr großes Vertrauen in die Behörden und in die Politik. Das hat uns geholfen. Wir hier neigen dazu, das zu tun, was man uns rät, weil wir unseren Teil zur Bekämpfung der Krankheit beitragen wollen.

SPIEGEL: Es gibt also keine Dänen, die glauben, dass es gar keine Pandemie gebe und Impfstoffe gefährlich seien?

Simonsen: Diese Leute gibt es sehr wohl, sie sind laut in den sozialen Medien, aber wenige. Damit das so bleibt, müssen wir immer wieder erklären, worum es bei dieser Pandemie geht: Es ist ein tödliches Virus im Umlauf. Das Einzige, was es aufhalten kann, ist Immunität. Und Immunität kann nur von einem Impfstoff kommen, der weitgehend risikolos ist – oder von einer natürlichen Infektion, die Sie töten oder ernsthaft schädigen könnte. Das war's. Das ist die einzige Wahl, die Sie haben.

SPIEGEL: Könnte Deutschland dem dänischen Beispiel folgen? Immerhin haben wir 85 Prozent der über 60-Jährigen geimpft.

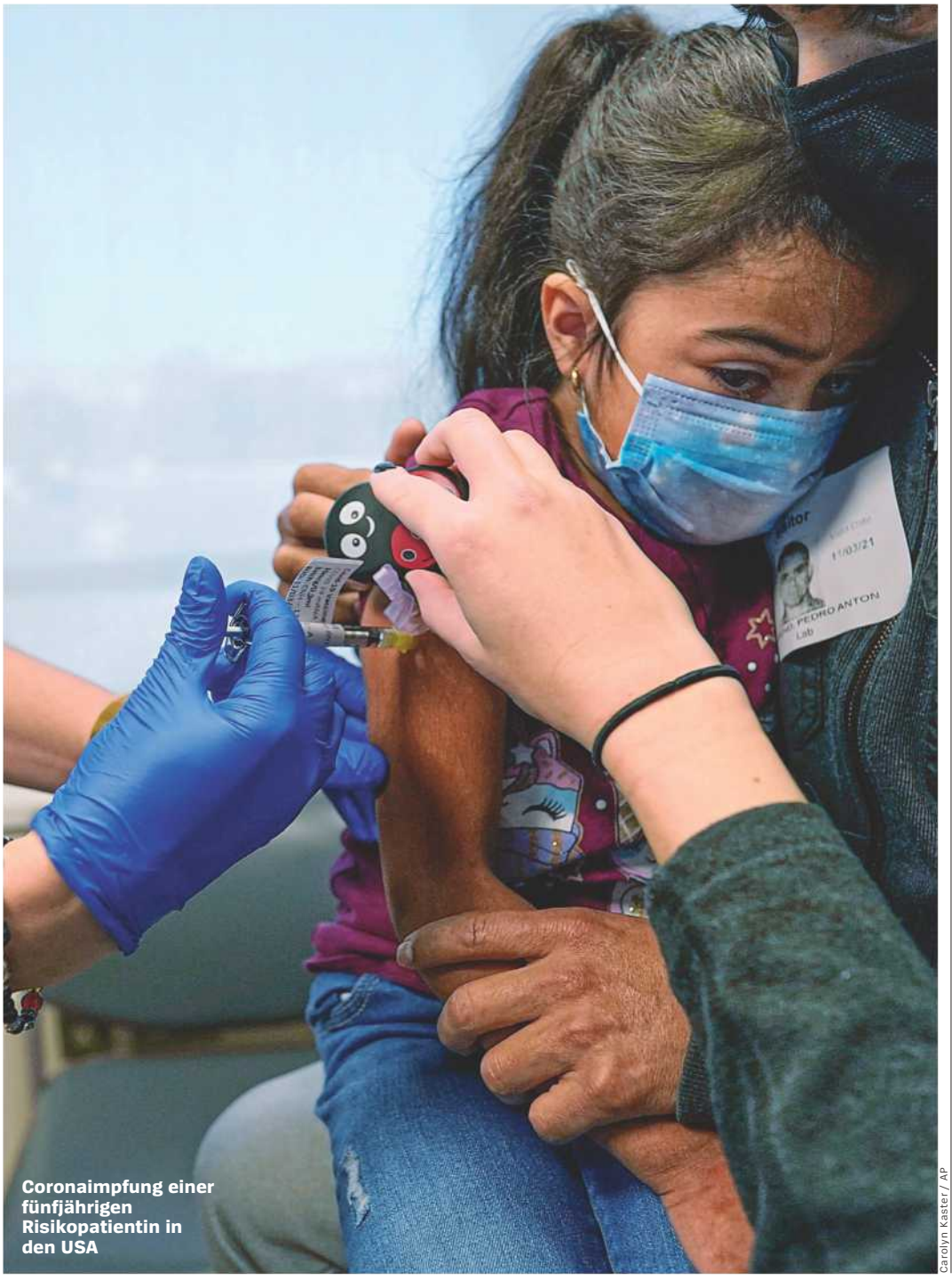
Simonsen: Nein, diese Impfquote reicht wohl noch nicht. Ich denke, Sie brauchen mindestens 90 Prozent. ME

Feiernde in Kopenhagen nach Aufhebung der Coronamaßnahmen im September

Lars Just / DER SPIEGEL

Wann sind die Kinder dran?

MEDIZIN Die Coronazahlen stiegen zuletzt steil an – vor allem bei Kindern, die stärker gefährdet sind als lange vermutet. In England sind schon mehr als 90 Kinder nach einer Infektion gestorben. In den USA wird deshalb mit Hochdruck die Impfung der unter Zwölfjährigen vorbereitet. Und in Deutschland?



Coronaimpfung einer fünfjährigen Risikopatientin in den USA

Carolyn Kaster / AP

Für den Tag, an dem die Impfdosen tatsächlich in ihrer Praxis ankommen, haben sich der Kinderarzt Dan Finkelstein und seine Kollegen gut vorbereitet. Sie werden dann wieder den Parkplatz neben ihrer Praxis in Chevy Chase im Bundesstaat Maryland freiräumen und dort ihre fünf- bis elfjährigen Patienten wochentags und samstags im Drive-through-Verfahren impfen. Die Eltern müssen einfach nur vorfahren, dann setzen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Praxis durch das offene Fenster einen kleinen Piks.

Finkelstein und sein Team betreuen rund 25 000 Kinder, die meisten von ihnen leben im Nordwesten der Hauptstadt Washington und in Maryland, 7500 davon sind in der Altersgruppe zwischen fünf und elf Jahren. Nachdem deren Impfung in der Vorwoche die Zulassung durch die Food and Drug Administration (FDA) erhalten hat und am vorigen Dienstag auch von den Centers for Disease Control and Prevention (CDC) genehmigt wurde, wartet der Kinderarzt nun darauf, endlich die ersten Vakzinen geliefert zu bekommen. 2000 junge Patienten, ist er überzeugt, werden sie hier in der Woche impfen können. Die Dosen, ist er sich sicher, werden reißenden Absatz finden.

Finkelsteins Praxis nahm bereits an der Moderna-Impfstoffstudie für diese Altersgruppe teil: »Die 90 Plätze waren sofort voll«, erzählt der Pädiater. »Die Eltern fragen uns seit Monaten, wann die Impfung für die jüngeren Kinder endlich kommt.«

Finkelstein praktiziert seit mehr als 20 Jahren als Kinderarzt. Warum hält er es für so wichtig, die Kleinen zu impfen? »Die große Mehrheit der Kinder ist zwar nicht signifikant betroffen, wenn sie diese Krankheit bekommen«, sagt er. »Manche aber schon, sie kommen ins Krankenhaus. Einige wenige versterben daran.«

Aus der Sicht vieler Eltern gäbe es aber noch einen weiteren Grund. Die Immunisierung mit der Spritze, so Finkelstein, eröffne den Kindern die Möglichkeit, nach den vielen Monaten der Einschränkungen durch die Pandemie wieder ein halbwegs normales Leben zu führen, »ohne Angst und ständige Sorge um die Krankheit«.

In den USA haben sich bisher rund zwei Millionen Kinder zwischen fünf und elf Jahren mit dem Virus angesteckt, 8300 wurden ins Krankenhaus eingewiesen, 173 sind gestorben. Mit der Notfallzulassung der FDA könnten nun rund 28 Millionen Kinder geimpft werden.

Es ist aber nicht so, dass alle Eltern das auch gleich angehen wollten. Laut einer Oktoberumfrage der Kaiser Family Foundation sind nur 27 Prozent der Eltern bereit, ihre Kinder in dieser Altersgruppe sofort impfen zu lassen, 33 Prozent wollen abwarten. 5 Prozent würden es nur tun, wenn es zum Beispiel von der Schule verlangt würde, und weitere 30 Prozent geben an, ihr Kind auf keinen Fall impfen lassen zu wollen. Die meisten Eltern sorgen sich vor allem wegen möglicher Nebenwirkungen oder Langzeitschäden. In ökonomisch schlechter gestellten Familien geben die Hälfte der Eltern an, Sorge zu haben, sich wegen der Kinderimpfung frei von der Arbeit nehmen zu müssen.

In Deutschland hingegen werden die jüngeren Kinder voraussichtlich noch eine ganze Weile warten müssen auf ihre Coronaimpfung. Es gibt 9,2 Millionen Kinder in Deutschland, die jünger sind als zwölf Jahre. Sie sind die Einzigen, die sich derzeit noch nicht durch eine Impfung vor Sars-CoV-2 schützen können. Die Europäische Arzneimittelagentur (Ema) kündigte an, wahrscheinlich erst im Dezember über die bedingte Zulassung des Biontech/Pfizer-Impfstoffs für die Fünf- bis Elfjährigen entscheiden zu wollen. Danach muss auch noch die Ständige Impfkommission (Stiko) beraten, ob sie diese Impfung für alle oder nur für vorerkrankte Kinder dieser Altersgruppe empfiehlt (woran sich Ärzte und Eltern allerdings nicht halten müssen).

Die Fallzahlen in Deutschland stiegen zuletzt rasant, vor allem bei den Kindern und Jugendlichen. Bei den Fünf- bis Neunjährigen erreichte die Sieben-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner in der letzten Oktoberwoche mit 194 den zweithöchsten Stand seit Pandemiebeginn, bei den Zehn- bis Zwölfjährigen mit knapp 237 sogar einen neuen Höchststand. In acht Landkreisen und einer kreisfreien Stadt wurden in der Altersgruppe der 10- bis 19-Jährigen Inzidenzen von über 500 pro 100 000 Einwohner registriert.

Durch die ansteckendere Delta-Variante, das kältere Wetter, das es nicht mehr erlaubt, die Fenster ständig offen zu halten, und die Abschaffung der Maskenpflicht für Schülerinnen und Schüler in etlichen Bundesländern wird das Virus in den kommenden Wochen wahrscheinlich leichtes Spiel haben. Anfang Oktober habe die Zahl von Coronaausbrüchen an Schulen, meldet das Robert-Koch-Institut (RKI), ein neues »Höchstniveau« erreicht.

»In der Pandemie ist es wichtig, nicht nur schnell zu entscheiden, sondern auch richtig.«

Schnell zu handeln, mahnte der erfahrene Seuchenbekämpfer Mike Ryan von der Weltgesundheitsorganisation WHO im März 2020, sei in einer Pandemie entscheidend. Keine Frage: Wenn nicht bald wieder Schutzmaßnahmen an den Schulen ergriffen werden, die Kinderimpfung nicht bald zugelassen wird, und wenn nicht auch das Tempo der Boosterimpfungen für die Erwachsenen endlich Fahrt aufnimmt, dann steht erneut ein düsterer Coronawinter bevor. Dann könnten viele der Ungeimpften, darunter die Kinder, sich infizieren, ebenso jene, bei denen der Impfschutz wieder nachlässt. In England kann man das bereits sehen: Dort mussten allein in der dritten Oktoberwoche fast eine Viertelmillion Schüler wegen einer Coronainfektion oder als enge Kontaktperson von Infizierten zu Hause bleiben.

Wahr ist, dass Sars-CoV-2 Kindern deutlich weniger anhaben kann als Erwachsenen. Nutzen und Risiko der Impfung, so argumentiert die Stiko, müssten deshalb bei den Jüngeren besonders sorgfältig gegeneinander abgewogen werden, noch sorgfältiger als bei den Booster- und Erwachsenenimpfungen. »Ich glaube, man kann den Spieß auch umdrehen«, sagt Stiko-Mitglied und Kinderarzt Jörg Meerpohl, der als Direktor des Instituts für Evidenz in der Medizin des Universitätsklinikums Freiburg und von Cochrane Deutschland besondere Expertise in wissenschaftlicher, sogenannter evidenzbasierter Medizin besitzt. »Gerade im Pandemiefall mit großem Handlungsdruck ist es ganz besonders wichtig, nicht nur schnell zu entscheiden, sondern auch richtig. Allein schon deshalb, weil sehr viele Menschen davon betroffen sind.«

Die Stiko, ein 18-köpfiges Gremium aus ehrenamtlich arbeitenden Ärzten und Wissenschaftlerinnen, brauchte vor der Pandemie im Durchschnitt sechs Monate bis drei Jahre, um eine Impfempfehlung zu erarbeiten. Inzwischen treffen sich die Mitglieder fast wöchentlich zu rund zweistündigen Onlinekonferenzen, um mit der rasanten wissenschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten. Stiko-Vorsitzender ist Thomas Mertens, ein bärtiger Ulmer Virologe im Ruhestand. Jemand, der noch voll im Berufsleben stehe, würde den Vorsitz jetzt in der Pandemie gar nicht schaffen, sagt er.

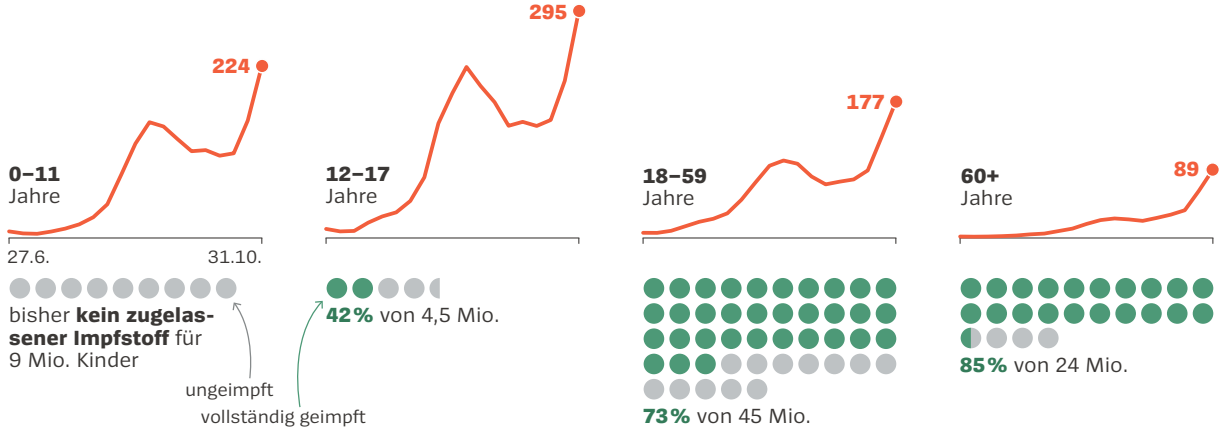
Die Impfkommission arbeitet nach den Prinzipien der evidenzbasierten Medizin. Es gehe nicht um die persönlichen Meinungen der Mitglieder, so Mertens, sondern darum, die verfügbaren Daten und Studien – die von der Stiko-Geschäftsstelle am Robert Koch-Institut aufgearbeitet und zusammengefasst werden – einzuschätzen und die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Von der Politik, sagt Mertens, werde man sich dabei nicht unter Druck setzen lassen. Und der potenzielle Schaden, argumentiert Stiko-Mitglied Meerpohl, der durch eine drei bis vier Wochen später ausgesprochene Empfehlung entstehen könne, weil man sich bei einer Entscheidung ausreichend sicher sein wolle, sei vermutlich geringer als der Schaden, der entstehen würde, wenn man eine Empfehlung vier Wochen später widerrufen müsse.

Doch wie lange darf man mit einer Entscheidung warten, wenn die Fallzahlen in die Höhe schießen und die ersten Intensivstationen schon wieder befürchten, dass sie wegen Überfüllung demnächst Patienten in andere Krankenhäuser verlegen müssen? Die Entscheidung, ob man die Empfehlung für die Boosterimpfung in Deutschland vielleicht auch auf unter 70-Jährige ausweiten wolle, werde »in wenigen Wochen« fallen, kündigte Mertens diese Woche an. Eine derartige Empfehlung habe vor allem das Ziel, die Virusübertragung zu vermindern, und diene weniger dem Schutz des Geimpften. Der Impfschutz vor schwerer Erkrankung lasse schließlich nicht von heute auf morgen nach. Die Politik meine zwar ständig, unter Zeitdruck

Die vierte Welle

Bestätigte Corona-Neuinfektionen je 100.000 Einwohner in Deutschland, Wochendurchschnitt, nach Altersgruppen

Impffortschritt nach Altersgruppen*
◯ = 1 Mio. Menschen



* Stand: 4. Nov.

S • Quelle: RKI, Impfdashboard.de, BMG

zu stehen, aber dieser sei oft »selbst gemacht«.

Auch die Europäische Arzneimittelagentur Ema scheint es nicht besonders eilig zu haben. Während die US-Arzneimittelbehörde FDA nur 23 Tage brauchte, um die von Biontech und Pfizer für die Zulassung des Kinderimpfstoffs eingereichten Unterlagen zu sichten und zu bewerten, plant die EMA für die Beurteilung genau der gleichen Unterlagen 40 Tage ein – mindestens.

Wie erfolgreich allerdings schnelles, entschiedenes Handeln in einer Pandemie sein kann, auch wenn man dadurch mehr Risiken eingeht, zeigt das Beispiel Israel. Dort sind bereits seit Ende Juli – fast zwei Monate vor der FDA-Zulassung – die Auffrischungsimpfungen für alle über 60-Jährigen, deren zweite Impfung mindestens fünf Monate zurückliegt, gestartet. Schrittweise hat das Land immer mehr Bevölkerungsgruppen eingeschlossen – und den dritten Schuss schließlich Ende August für alle über Zwölfjährigen empfohlen.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Risiko und Nutzen haben israelische Forscher dabei in Echtzeit zusammengetragen. Die Studien, im »New England Medical Journal« und in »The Lancet« veröffentlicht, zeigen nun eindeutig, dass die dritte Impfung sowohl die erneute Ansteckung, als auch das Risiko für schwere Verläufe und Krankenhauseinweisungen drastisch senkt.

Um eine drohende nächste Pandemiewelle und weitere Lockdowns zu verhindern, setzte Premierminister Naftali Bennett im Sommer alles auf die Karte »dritte Impfung«. Im »Economist« begründete Bennett den Schritt auch damit, dass er den Impfskeptikern zuvorkommen wollte: »Wenn sich Personen trotz doppelter Dosis anstecken, untergräbt dies das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Impfstoffe und hält andere davon ab, sich impfen zu lassen.« Anstatt sich, wie von vielen Experten gefordert, auf die kleine Gruppe der Ungeimpften zu konzentrieren, beschloss man in Israel, durch die Drittimpfung das Vertrauen in deren Wirksamkeit zu festigen.

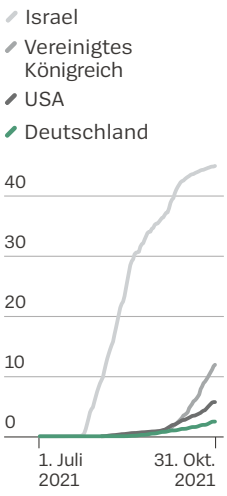
Es war also auch eine politische Entscheidung, keine rein medizinische – und Bennett hat recht behalten: Mittlerweile sind mehr als 40 Prozent der Bevölkerung dreimal geimpft, die täglichen Neuinfektionen liegen nur noch im mittleren dreistelligen Bereich. So hat das Land den Boostershot zum festen Bestandteil eines vollständigen Impfschutzes erklärt. Ohne ihn gibt es zukünftig keinen »Green Pass« mehr, der etwa vor dem Betreten von Shoppingmalls, Restaurants oder Fitnessklubs verlangt wird.

Stefan Boness / Ipon

Stiko-Vorsitzender Mertens: Virologe im Ruhestand

Aufgefrischt

Verabreichte Covid-19-Boosterimpfungen je 100 Einwohner



S • Quelle: Our World in Data

Als Nächstes soll in Israel über die Impfung der Fünf- bis Zwölfjährigen entschieden werden. Weil dieses Thema auch dort besonders kontrovers diskutiert wird, soll es zusätzlich zur Empfehlung der Impfkommission auch eine öffentliche Anhörung zum Thema geben.

Das Problem bei der Kinderimpfung: Vor allem von den männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen weiß man, dass sie nach der Impfung an einer Herzmuskelentzündung erkranken können. Diese tritt zwar sehr selten auf, ungefähr mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 16 000, und verläuft meist milde. Aber es gibt auch einzelne Fälle mit schwerem Verlauf. Die Aufgabe von der Ema und auch von der Stiko, die parallel zum Zulassungsverfahren der Ema eine Empfehlung erarbeiten will, besteht nun darin, mithilfe aller verfügbaren wissenschaftlichen Evidenz abzuwägen, ob die Gefahr durch Sars-CoV-2 für Kinder größer ist als die Gefahr durch diese Nebenwirkung der Impfung.

Wissenschaftliche Evidenz, erklärt Meerpohl, sei dabei ein sich kontinuierlich entwickelnder Prozess. Man könne sich das wie beim Werfen einer Münze vorstellen. Die Wahrscheinlichkeit für Kopf und Zahl betrage jeweils 50 Prozent. Aber bei wenigen Würfen erhalte man unter Umständen eine unrealistische Verteilung. Erst nach ausreichend vielen Würfen zeige sich eine gleichmäßige Verteilung. Für ein aussagekräftiges Ergebnis benötige man daher ausreichend große Datenmengen. »So wird auch in der Wissenschaft das Bild mit der Zeit immer schärfer, bis es uns dann irgendwann erlaubt ist zu sagen: ›Jetzt sehen wir zumindest so klar, dass wir einigermaßen sicher sind, dass der Vorteil der Impfung die Nachteile einer Impfung in dieser Altersgruppe überwiegt‹«, sagt Meerpohl.

Bei älteren Menschen überwiege der Nutzen einer Coronaimpfung ihre Risiken eindeutig, sagt der Mediziner, »da muss ich wissenschaftlich gar nicht ganz scharf sehen, da kann ich als Mitglied der Stiko schon früh entscheiden«. Doch in jüngeren Altersgruppen, wo die Balance von Nutzen und Risiko enger zusammenrücke, »da muss das Bild schärfer werden, damit ich mit einer einigermaßen ausreichenden Sicherheit sagen kann: ›Okay, die Vorteile überwiegen mit hoher Wahrscheinlichkeit die Nachteile‹«.

Dass das nervenzermürbend lange dauern kann, ließ sich im Sommer beobachten. Ferienwoche um Ferienwoche verstrich, während die Stiko die uneingeschränkte Impfempfehlung für alle über Zwölfjährigen prüfte. Viele Eltern suchten unterdessen händeringend nach Ärzten, die ihre Kinder vor dem Ende der Ferien mit der von der Ema bereits zugelassenen Impfung auch ohne allgemeine Stiko-Empfehlung immunisieren würden. Der politische Druck wuchs immer weiter, bis die Bundesländer die Impfzentren für alle Kinder und Jugendlichen ab zwölf Jahren öffnen ließen. Die Stiko prüfte derweil Studie um Studie, bis am 27. Juli schließlich eine Untersuchung von Wissenschaftlern aus Ohio als unbegutachteter, sogenannter Preprint veröffentlicht wurde, die zeigte: Das Risiko für männliche Jugendliche und Erwachsene, an einer Myokarditis zu erkranken, ist bei einer Covid-19-Infektion rund sechsmal höher als bei einer Covid-Impfung.

Diese Studie sei gemeinsam mit zwei anderen Arbeiten »wesentlich« für die Entscheidung der Stiko gewesen, die Impfung Mitte August dann doch für alle über Zwölfjährigen zu empfehlen, erzählt Mertens. Diese gründliche Vorgehensweise dauere nun mal, sagt er, auch wenn sich manche darüber ärgerten. In die Kritik gerät der Stiko-Vorsitzende indes weniger für die Arbeit seiner Kommission, sondern eher für manche seiner Äußerungen in den Medien, die in kritischen Ohren fast schon nach Impfskepsis klangen – auch wenn der Stiko-Vorsitzende das wohl sicher anders gemeint hat.

So sagte Mertens beispielsweise im Juli bei »Markus Lanz«, er persönlich würde seine Enkel nicht gegen Covid-19 impfen lassen. Und vorigen Sonntag äußerte er in den ARD-»Tagesthemen« zum Thema Kinder-

impfungen: »Es handelt sich ja um kleine Körper, Organismen, wo alles noch wachsen muss und wo alle Organe noch wachsen müssen. Also, es muss schon genau überlegt werden.«

Das war allerdings schon deshalb missverständlich, da dies ja genauso für eine Covid-19-Erkrankung und deren mögliche Folgen gilt – an der Nutzen-Risiko-Abwägung insgesamt also nichts ändert.

Mertens steht bis heute zu seiner Enkelaussage. Schließlich habe sie der seinerzeit noch geltenden Stiko-Empfehlung entsprochen, sagt er. Und seinen Satz von den wachsenden Organen will er als allgemeine Fürsorgepflicht für die Kinder und seine Sorge um Nebenwirkungen verstanden wissen.

Dass bei Kinderimpfungen der Abwägungsprozess besonders schwierig ist, lässt sich nicht bestreiten. Die FDA stützte sich bei ihrer Bewertung der Impfung für die Fünf- bis Elfjährigen sowohl auf die klinischen Studien von Pfizer als auch auf eine eigene Modellrechnung. An den Studien nahmen insgesamt 4700 Kinder in den USA, Finnland, Spanien und Polen teil. 3100 der Kinder bekamen den Impfstoff, der Rest ein Placebo. 1444 der Impfstoffempfänger hat man zwei Monate nach der letzten Dosis weiterbeobachtet. Die Nebenwirkungen waren »im Allgemeinen leicht bis mittelschwer und traten innerhalb von zwei Tagen nach der Impfung auf, und die meisten verschwanden innerhalb von ein bis zwei Tagen«, schreibt die FDA in ihrer Begründung. Herzmuskelentzündungen traten in den Studien nicht auf. Solche seltenen Nebenwirkungen sind jedoch kaum je in klinischen Studien zu beobachten, sondern zeigen sich meist erst in der breitflächigen Anwendung.

Um dennoch das Risiko für eine Herzmuskelentzündung nach der Impfung zu bewerten, das gerade als am höchsten bei Jungen im Alter von 12 bis 17 Jahren betrachtet wird, führte die FDA mithilfe einer Modellrechnung eine eigene Bewertung durch. Demnach kam die FDA zu dem Ergebnis, »dass der Nutzen des Impfstoffs insgesamt seine Risiken bei Kindern im Alter von fünf bis elf Jahren überwiegen würde«. Nachdem sich die 18 Mitglieder des Expertenkomitees in der vorvergangenen Woche beraten hatten, stimmten sie ab. Ihr Votum: 17 dafür, eine Enthaltung.

Unter den rund zwei Millionen 12- bis 17-Jährigen, die in Deutschland schon geimpft wurden, sind bislang sechs Todesfälle bekannt geworden, die im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung auftraten. Etwa jenes 12-jährige Kind aus Cuxhaven, das seit Jahren an einer kardiovaskulären Vorerkrankung litt, kürzlich geimpft wurde und dann verstarb. Der ursächliche Zusammenhang mit der Impfung wird in diesem Fall noch untersucht, in den anderen Fällen konnte er nicht geklärt werden.

»Die Quintessenz ist«, mahnte RKI-Chef Wieler, »bitte lasst uns die Kinder schützen.«

Allerdings zeigen Studien eben auch: Covid-19 ist für Kinder offenbar doch nicht so harmlos, wie von vielen lange behauptet wurde. In Deutschland sind bislang 29 unter 20-Jährige – 19 davon mit bekannten Vorerkrankungen – im zeitlichen Zusammenhang mit einer Sars-CoV-2-Infektion gestorben, in Großbritannien 93 unter 19-Jährige. Und schätzungsweise 11 000 Kinder und Jugendliche zwischen 2 und 16 Jahren, schreibt die Gesundheitswissenschaftlerin Nisreen Alwan von der University of Southampton im renommierten »British Medical Journal«, haben in Großbritannien seit über einem Jahr bleibende Krankheitssymptome.

»Bei uns kann man sehen, was passiert, wenn man das Virus ungehindert die Kinder infizieren lässt«, sagt Alwan. Es helfe Kindern nicht, in den Schulen so zu tun, als gäbe es das Virus nicht mehr. Wegen der vielen Quarantänefälle sei oft kein durchgehend geregelter Unterricht mehr möglich. Es sei »unethisch«, die Kinder nicht mit allen Mitteln vor Sars-CoV-2 zu schützen, während sich die meisten Erwachsenen durch eine Impfung in Sicherheit gebracht hätten.

Auch eine vor wenigen Tagen veröffentlichte Studie der TU Dresden, die gemeinsam mit dem RKI und mehreren Krankenkassen auf der Basis von mehr als 150 000 Patientendaten aus Deutschland, darunter fast 12 000 Kinder und Jugendliche, erstellt wurde, hat eindeutig ergeben: Kinder und Jugendliche, die an Covid-19 erkrankt waren, leiden drei Monate nach der Infektion deutlich häufiger unter Symptomen wie Müdigkeit und Erschöpfung, Husten, Hals-, Kopf- und Bauchschmerzen, Angst und Depressionen als Gleichaltrige, die keine Infektion durchgemacht haben. »Die Quintessenz ist«, mahnte RKI-Chef Lothar Wieler am Mittwoch in der Bundespressekonferenz: »Bitte lasst uns die Kinder schützen.«

Die Stiko will diese Studie und andere neue Daten zur Krankheitslast bei Kindern in ihre Überlegungen hinsichtlich der Empfehlung für die Kinderimpfung einbeziehen. Mertens findet die Untersuchung »sehr interessant«. Am Dienstag allerdings, elf Tage nach der Veröffentlichung, hatte der Stiko-Chef sie »noch nicht genau gelesen«.

Für Kinderarzt Finkelstein aus Maryland wäre es ein großer Fehler, nicht auch die Kinder so schnell wie möglich zu impfen. »Ich kann mir vorstellen, dass es in Europa bald ähnlich wie in den Vereinigten Staaten zugehen wird«, sagt er. »Über die Feiertage werden viele Menschen unterwegs sein und ihre Familie treffen.« Das Reisen, das kältere Wetter, geschlossene Fenster – für Finkelstein perfekte Bedingungen, in denen sich das Virus rasant verbreiten kann.

Veronika Hackenbroch, Kerstin Kullmann ■

SPIEGEL Buchverlag

Das BESTE aus der beliebten SPIEGEL-KOLUMNE

256 Seiten | 10,00 € | Auch als E-Book erhältlich

Seit Samer Tannous mit seiner Familie aus Damaskus ins beschauliche Städtchen Rotenburg an der Wümme zog, versucht er, die Deutschen zu verstehen. Doch sei es beim Arbeiten, Essen oder Feiern – die Missverständnisse scheinen grenzenlos. Gemeinsam mit seinem Freund Gerd Hachmöller hat er sich deswegen daran gemacht, deutsche Schrullen und arabische Eigenarten zu erklären und zu zeigen, wie das Zusammenleben über Kulturgrenzen hinweg gelingen kann.

PENGUIN VERLAG

RAUMFAHRT Der Zwergstaat Liechtenstein will zusammen mit China eine riesige Satellitenflotte aufbauen, die schnelleres Internet und autonomes Fahren ermöglichen soll. Auch eine deutsche Firma ist an dem Deal beteiligt. Kritiker warnen vor einem Missbrauch durch die Volksarmee.

Wegen der vielen Casinos im Land gilt Liechtenstein als »Las Vegas der Alpen«. Nun will der Kleinstaat an einem weitaus größeren Pokertisch mitspielen: dem wachsenden Geschäft mit Satelliten.

Das Fürstentum plant rund 300 von ihnen ins All zu schießen, die dann in rund 1000 Kilometer Höhe die Erde umkreisen sollen. Gesteuert von Vaduz aus, sollen sie schnelle Kommunikationsverbindungen für selbstfahrende Autos, Fabriken oder das »Internet der Dinge« ermöglichen. Liechtenstein begibt sich damit in direkte Konkurrenz zur »Starlink«-Satellitenflotte, die Elon Musk mit seinem Raumfahrtunternehmen SpaceX aufbaut.

»Neue Jobs in Liechtenstein kommen aus dem All«, verkündeten ganzseitige Zeitungsanzeigen bereits vor Monaten. Der Auftraggeber: Shanghai Spacecom Satellite Technology Ltd. Im Anzeigentext hieß es: Das Projekt »bringt unserem Land eine Vielzahl von Vorteilen«. Doch welchem Land – das ist die Frage, über die im Fürstentum gerade heftig gestritten wird.

Liechtensteins stellvertretende Regierungschefin Sabine Monauni musste gegenüber dem Parlament bereits einräumen: »Die Regierung ist sich der Risiken bezüglich des Einflusses der chinesischen Investoren im Gesamtprojekt bewusst.« Die Betreiber versichern jedoch: Es gebe keine chinesische Dominanz, die Kontrolle liege in Liechtenstein.

Ob eine strategische Allianz zwischen einem der kleinsten Staaten der Erde und der bevölkerungsreichsten Großmacht auf Augenhöhe funktionieren kann? Kritiker bezweifeln das. Die an dem Projekt beteiligten chinesischen Forscher arbeiten eng mit dem chinesischen Militär zusammen, warnt Filip Jirouš, ein tschechischer Chinaexperte bei der Wissensplattform Sinopsis, die mit der Prager Karlsuniversität verbunden ist. Die Betreiber bestreiten das. Unabhängig von dieser Frage scheint das Projekt jedoch ein weiteres Beispiel dafür zu sein, wie Europa ein geostrategisch wichtiges Hightech-Thema erst verschläft und dann verstolpert.

»Viele Satelliten-konstellationen geraten schnell in finanzielle Schieflage.«

Marco Aliberti, Europäisches Institut für Weltraumpolitik

Doch was kann der Zwergstaat der fernöstlichen Supermacht überhaupt bieten? Liechtenstein verfügt noch nicht einmal über einen eigenen Weltraumbahnhof. Es hält aber einen für China interessanten Trumpf: eine begehrte Funkfrequenz.

Schon 2014 hat eine Firma aus Liechtenstein diese bei der Internationalen Telecommunication Union (ITU) in Genf beantragt und zugeteilt. Möglich war dies, weil Frequenzen nach dem Prinzip »Wer zuerst kommt, mahlt zuerst« verteilt werden – egal wie klein ein Antragsteller ist. Erst die Funkfrequenz macht die Kommunikation zwischen den Satelliten und den Empfangsgeräten am Boden möglich. Die meisten anderen Mitbewerber stammen aus den USA und China. Auch Amazon plant ein eigenes Himmelsnetz namens Kuiper, Großbritannien ist mit OneWeb am Start, Kanada mit Telesat. Große europäische Nationen wie Frankreich und Deutschland hingegen haben es verschlafen, sich rechtzeitig um Frequenzen zu bemühen. Europas letzte Hoffnung ist nun daher Liechtenstein.

Das vorläufige Nutzungsrecht für die Frequenz liegt derzeit bei einer kleinen Aktiengesellschaft namens Trion Space AG. Michael Frommelt, Präsident des Verwaltungsrats von Trion, möchte auf Anfrage des SPIEGEL dazu aber nichts weiter sagen: »Wir sind gegenwärtig in gerichtlichen Verfahren«, schreibt er per E-Mail. »Unsere Anwälte raten uns in dieser Phase grundsätzlich, keine Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.«

Das übernimmt Florian Krenkel, der als Sprachrohr von Fürst Hans Adam II. und Erbprinz Alois gilt und die Raumfahrtpläne Liechtensteins nach außen lobpreist. Krenkel war einst Pressesprecher des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel und gilt in Liechtenstein als schillernde Figur. Der Fürstenflüsterer mischte schon mit, als sich der Kleinstaat vor rund 20 Jahren lei-

denschaftlich um eine Verfassungsreform zoffte. »Noch heute sträuben sich bei einigen Landesbewohnern die Nackenhaare, wenn der Name Krenkel im Zusammenhang mit der Verfassung erwähnt wird«, schreibt das »Vaterland«, die auflagenstärkste Tageszeitung des Landes. Böse Zungen nennen ihn »Überregierungschef« oder »Rasputin am Fürstenhof«, schreibt das »Vaterland«.

Inzwischen sorgt das Satellitenprojekt auch international für Unruhe. Die Liechtensteiner Flotte soll auf beliebten Umlaufbahnen um die Erde kreisen: nah genug am Boden, um eine zu große zeitliche Verzögerung der Signale zu verhindern, aber zugleich weit genug entfernt, um eine möglichst große Fläche abzudecken. Auf einem dieser Filetstückorbits kreisen bereits Satelliten, die Elon Musk mit seinem Raumfahrtunternehmen SpaceX in die Umlaufbahn geschickt hat. Was, wenn die Satelliten sich dort oben ins Gehege kommen, wenn sie zum Beispiel außer Kontrolle geraten und dann zusammenstoßen?

In einem Fernsehinterview spielte Krenkel die Crashgefahr herunter: »Vor vielen Jahren sind einmal zwei Satelliten zusammengestoßen, von denen ist aber nichts mehr übrig geblieben«, versicherte er: »Die sind mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 80 000 Stundenkilometern zusammengeknallt, und da bleibt nichts mehr über.« Schön wär's.

»Die durchschnittliche Kollisionsgeschwindigkeit in diesen Orbithöhen beträgt rund 36 000 Kilometer pro Stunde, Relativgeschwindigkeiten von 80 000 Stundenkilometern sind im Erdorbit kaum zu erreichen«, kommentiert Holger Krag, Leiter des Raumfahrtsicherheitsprogramms der europäischen Raumfahrtagentur Esa, trocken. Krag wacht über Satelliten in der Erdumlaufbahn. Täglich bekommt er mehrere Kollisionswarnungen, alle paar Tage muss er künstliche Trabanten aus dem Weg manövrieren, damit sie nicht von Weltraumschrott getroffen werden.

Zur erdumkreisenden Müllhalde tragen kaputte Satelliten ebenso bei wie ausgebrannte Raketenoberstufen, mit denen die Geräte hochgeschossen werden. Über 36 000 Schrottteilchen von mehr als zehn Zentimeter Größe schwirren im Orbit umher. Ihre Zahl könnte sich in den nächsten Jahren verfünffachen, vor allem durch die neuen Megakonstellationen wie OneWeb, Starlink oder Kuiper mit Hunderten und vielleicht bald Tausenden Satelliten – und bald vielleicht auch Hunderten Satelliten aus Liechtenstein (siehe Grafik).

»Im All herrschen Zustände wie im Wilden Westen«, sagt Chris McLaughlin von der konkurrierenden Konstellation OneWeb: »Das erinnert an Spekulanten, die einst ihre Claims im Nirgendwo absteckten, um vom Eisenbahnbau zu profitieren.«

Um Spekulanten auszubremsen, knüpfen die Frequenzwächter bei der ITU in Genf die Vergabe immerhin an mehrstufige Bedingungen. Im Fall von Liechtenstein bedeutet das: Innerhalb von etwa zwei Jahren müssen zehn Prozent der angemeldeten Satelliten im All angekommen sein – das wären 30 Stück. Der Countdown tickt also für die kleine, junge Raumfahrtnation.

Um den Aufbau der Konstellation technisch zu bewerkstelligen, hat sich der Liechtensteiner Frequenzbesitzer mit einer deutschen Firma zusammengetan: der Kleo Connect GmbH. Kleo Connect soll auch für den Aufbau eines Operationszentrums in Liechtenstein zuständig sein, welches die Satellitenflotte steuern soll. Falls China die Satelliten missbräuchlich nutzen würde, zum Beispiel für militärische Zwecke, könnte Liechtenstein sie deaktivieren. Das Fürstentum soll gleichsam über einen roten Ausschaltknopf verfügen, versichert die Firma.

Diese Sicherheitsvorkehrungen überzeugen nicht alle Experten. »Kleo Connect ist für mich ein Beispiel dafür, wie sich ausländische Investoren in innovative Firmen im Bereich der Weltraumtechnologie einkaufen«, kritisiert der Politikwissenschaftler Daniel Voelsen von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin: »Dabei droht ein Verlust der entsprechenden Expertise. Das schwächt die europäische Weltraumindustrie und schränkt den politischen Gestaltungsspielraum ein.« Er warnt davor, dass das Satelliteninternet unter Firmen wie Amazon, SpaceX und chinesischen Wettbewerbern aufgeteilt wird. Europa wäre ohne eine eigene Konstellation fremden Machtinteressen ausgeliefert bei Datenschutz, Wettbewerb oder Meinungsfreiheit. Europas Verschlafenheit gebiert eine Provinzposse.

Doch es ist ohnehin längst nicht sicher, dass das Vorhaben überhaupt gelingt. Solange chinesische Investoren maßgeblich mitreden, könnte dem Satellitennetz der Zugang zu lukrativen Märkten in den USA oder sogar in Europa verwehrt bleiben. »Wenn in Deutschland entwickelte Satellitentechnik von chinesischen Trägerraketen aus ins All geschossen wird, kann das bedeuten, dass diese Satelliten ihre Dienste nicht in den USA anbieten dürfen«, sagt Marco Aliberti, Rechtsexperte am Europäischen Institut für Weltraumpolitik in Wien. Die meisten kommerziellen Weltraumprojekte machten deshalb einen Bogen um China, so Aliberti: »Bei europäischen Weltraumfirmen stammen rund 88 Prozent der Investitionen aus Europa und den USA. Chinesische Investitionen sind relativ selten.«

Joe Marino / UPI / laif

Start einer »Falcon 9«-Rakete von SpaceX

Die Liechtensteiner Himmelsstürmer stecken in einer Zwickmühle: Ohne chinesisches Geld können ihre Satelliten nicht abheben – doch mit ihm schrumpft der potenzielle Kundenkreis. »Wir sehen keine Anzeichen für die Beschränkung des Marktzugangs«, gibt sich Kleo Connect zweckoptimistisch.

Der Weg zu den Sternen könnte vielleicht sogar über einen Konkurs führen, spekulieren Fachleute. Die Zahlungsunfähigkeit sei nicht außergewöhnlich, sagt Weltraumexperte Aliberti: »Viele Satellitenkonstellationen geraten schnell in finanzielle Schieflage, wie zum Beispiel Iridium, OneWeb oder Leosat. Sie scheitern am klassischen Henne-Ei-Problem: Ohne eine Funkfrequenz finde ich keine Investoren, aber ohne Investoren ist es schwierig, das Anrecht auf eine Frequenz zu bekommen.«

Der Konkurs ist für viele Satellitenbetreiber häufig ein normales Entwicklungsstadium, wie die Verpuppung für einen Schmetterling. Auch OneWeb ging diesen Schritt einst, damals half es der Firma vielleicht sogar, dass zu den Bietern auch chinesische Investoren gehörten, deren Angebote den Preis hochtrieben und anderen Geldgebern gegenüber als Drohkulisse wirkten. Nicht völlig abwegig, dass irgendwann sogar die Esa in Liechtenstein mit einsteigt – vor allem wegen der wertvollen Frequenz.

»Europa hätte die Möglichkeit, bei dieser Zukunftstechnologie politisch sein eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen«, sagt der Politikexperte Daniel Voelsen von der SWP: »Noch ist es dafür nicht zu spät, aber es ist wichtig, auf europäischer Ebene jetzt bald eine Grundsatzentscheidung zu dieser Frage zu treffen. Dabei wird es auch auf die neue Bundesregierung ankommen.«

Das Liechtensteiner Pokerspiel geht in die nächste Runde. Falls die hochfliegenden Pläne platzen, hat das Las Vegas der Alpen bereits ein neues Ass im Ärmel. Mit einem Blockchain-Gesetz setzt der Zwergstaat auf die Spekulationsblase bei Digitalwährungen wie Bitcoin, Dogecoin und dergleichen. Auch ein griffiges Motto macht schon die Runde: »Crypto Country Liechtenstein«. Und im Gegensatz zu Satelliten hinterlassen Digitalwährungen wenigstens keinen Müll.

Hilmar Schmundt ■

Die verrückteste Familie Amerikas

PSYCHIATRIE Bei den Galvins aus Colorado Springs litten sechs Geschwister an Schizophrenie, trotzdem führte die Familie ein halbwegs normales Leben – und wurde sogar zum Forschungsgegenstand.

Dieses eine Mal wenigstens schien alles glattzulaufen. Fast alle waren gekommen, und Mimi Galvin erhoffte sich nach all den Schicksalsschlägen der letzten Jahre an diesem Thanksgiving endlich wieder ein glückliches Zusammensein ihrer Familie.

Den ganzen Tag hatte sie in der Küche verbracht, um das Festmahl zuzubereiten. Donald, ihr ältester Sohn, wohnte vorübergehend wieder zu Hause. Jim, der zweite, war mit Ehefrau und seinem kleinen Sohn gekommen. Auch für sieben weitere Söhne und für die beiden Jüngsten, die Töchter, war die Tafel im Esszimmer gedeckt. Nur John, der Dritte in der Geschwisterfolge, fehlte.

Dann kam es, wie es kommen musste. Wie früher, in ihrer Kindheit, gingen Donald und Jim, kaum dass sie sich trafen, mit den Fäusten aufeinander los, nur dass es diesmal heftiger war denn je. Jim, der immer der Unterlegene gewesen war, witterte eine Schwäche seines Gegners. Die Medikamente, die Donald nehmen musste, raubten seine Kraft. Jim war entschlossen, diese Chance zu nutzen.

Donald floh hinter den gedeckten Tisch. Als Jim ihm folgte, schmetterte er ihm die Tafel entgegen. Messer und Gabeln purzelten durch den Raum, die Hoffnung der Mutter auf ein einträchtiges Thanksgiving lag in Scherben. Verbittert hackte sie in der Küche das Lebkuchenhaus entzwei: »Ihr Jungs verdient es nicht«, schluchzte sie.

Die Szene entstammt einem Buch, in dem der US-Reporter Robert Kolker die Geschichte einer in dieser Form wohl beispiellosen Familientragödie erzählt: Die Galvins aus Colorado sind die weltweit vermutlich einzige Familie, in der sechs Geschwister an Schizophrenie erkrankten*. Zum Zeitpunkt des Thanksgiving-Desasters im Jahr 1972 hatte sich das Leiden nur bei den beiden Ältesten manifestiert. Die Brüder Brian, Peter, Matt und Joe sollten noch folgen.

Es ist eine atemberaubende Lektüre. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die Schonungslosigkeit, mit der sich alle noch lebenden Galvins dem Autor offenbarten, oder die nüchterne Präzision, mit der dieser ihre Geschichte protokolliert hat. Kolker hat dafür mit Psychiatern, Therapeutinnen und Pflegern der Galvins gesprochen, Freundinnen und Nachbarn befragt, Krankenakten und Tagebücher durchforstet.

Lange Zeit schienen die Galvins in Colorado Springs eine amerikanische Vorzeigefamilie zu sein. Ohne Babysitter und ohne Nanny zog Mimi ihre vielen Jungs groß, die Klamotten nähte sie, wo irgend möglich, selbst. Mimi war bekannt dafür, dass sie vorzugsweise dicke Bücher las und die Genealogie aller europäischen Königshäuser bis zurück ins Mittelalter aufsagen konnte. Ihren Mann Don, einen Luftwaffenoffizier, feierte die Lokalpresse wiederholt wegen seines ausgefallenen Hobbys: der Falkenzucht.

Hinter der Fassade wies das Familienidyll da längst Risse auf. Ständig rangelten die Jungs miteinander. Kaum hatten die Eltern das Haus verlassen, wurden organisierte, oft brutale Schlägereien daraus. Donald, der Älteste, ließ die anderen gegeneinander antreten. Oder er wählte einen aus, den dann die anderen auf sein Geheiß gemeinsam verprügelten.

Don und Mimi zogen es vor wegzugucken. »So sind Jungs eben«, hieß es dann. Erst als Donald bereits im College war, ließ es sich nicht länger leugnen: Nun kam heraus, dass ihr Sohn einmal mitten in ein Lagerfeuer gesprungen war, dass er eine Katze langsam zu Tode gequält hatte und dass er schon mit zwölf den ersten Selbstmordversuch unternommen hatte. Für die Eltern begann ein Albtraum, aus dem es fortan kein Entrinnen mehr gab.

Der Leser von Kolkers Buch fühlt sich in einen Film von David Lynch versetzt, in dem unter dem Kleinstadtrasen das verborgene Grauen emporquillt. Ganz gleich, in welchen Winkel des galvinschen Familienlebens Kolker leuchtet, es tritt Ungeheuerliches zutage.

Da ist Familienvater Don, der dem Chaos daheim entkommen wollte, indem er bei Affären Trost suchte. Nach einem Schlaganfall wurde er in den Ruhestand versetzt, sodass seine Frau nun neben sechs seelisch kranken Söhnen auch noch einen gelähmten Ehemann zu versorgen hatte. Da ist Bruder Jim, der seine kleinen Schwestern Mary und Margarete, fast jedes Mal, wenn sie bei ihm Unterschlupf fanden, missbrauchte. Da ist Bruder Brian, von dem alle dachten, er hätte in Kalifornien eine Karriere als Rockstar gemacht, bis er dort tot aufgefunden wurde – er hatte seiner Freundin und sich in den Kopf geschossen. Oder Bruder Michael, der Hippie der Familie: Eigentlich zählte er gar nicht zu den sechs Verrückten in der Familie, und trotzdem landete er in der forensischen Psychiatrie, nachdem er von der Polizei wegen Hausfriedensbruch aufgegriffen worden war.

Doch Kolkers Buch erzählt mehr als nur von dem Fluch, der auf einer Familie liegt. Es handelt zugleich von diesem Fluch selbst: der Schizophrenie, einer Krankheit, die vom Wissenschaftsmagazin »Nature« einmal zur »vielleicht schlimmsten, die die Menschheit befällt« erklärt wurde. Knapp jeder 100. Erdenbürger erkrankt irgendwann im Laufe seines Lebens daran, die Häufigkeit scheint in allen Kulturen weltweit ähnlich. Erstmals treten die schizophrenen Episoden meist bei Jugendlichen oder jungen Erwachsenen auf.

Kolker führt dem Leser die verstörende Vielgesichtigkeit der Schizophrenie vor Augen: Sie wurde als ein Leiden der Seele, der Familie, des Hirns oder der Gene begriffen; erklärt wurde sie nicht. Sie wurde mit Insulin- oder Elektroschocks behandelt, mit Hirnchirurgie, Psychoanalyse oder Neuroleptika; geheilt wurde sie nicht. Letztlich stehen die Fachleute einem Schizophrenen heute immer noch hilf- und ratlos gegenüber.

Zugleich sagt die Art, wie diesem Krankheitsbild begegnet wurde, viel darüber aus, wie sich das Menschenbild im Verlaufe des 20. Jahrhunderts gewandelt hat: Kolker erzählt, wie sich die beiden großen Psychoanalytiker Sigmund Freud und Carl Jung über die autobiografischen Notizen von Daniel Paul Schreber unversöhnlich zerstritten, den ersten authentischen Bericht eines Schizophrenen. In dem Gelehrtenstreit ging es um die »Nature-Nurture-Frage«, die die Psychiatrie bis heute umtreibt: Ist das Leiden angeboren, oder treibt die Umwelt den Kranken in den Wahn?

Im Jahr 1960 setzte dann Alfred Hitchcock mit seinem Thriller »Psycho« der damals virulenten Theorie von der schizophrenen Mutter ein Denkmal. Ihr zufolge sind es die übermächtigen Mütter, die ihre Kinder Zuflucht im Wahn suchen lassen. Auch Mimi Galvin wurde, zusätzlich zur Sorge um die kranken Söhne, noch die Last der Schuld aufgebürdet.

Anschließend wurde dann der später verfilmte Roman »Einer flog übers Kuckucksnest« zum Manifest der Anti-Psychiatrie-Bewegung. Die Zweifel am Nutzen der Psychopharmaka trug diese auch in die Familie Galvin hinein: War die Therapie der Schizophrenie am Ende womöglich schlimmer als die Krankheit selbst?

Als dann ab den Achtzigerjahren das Zeitalter der biologischen Psychiatrie anbrach und die Gene immer mehr ins Visier der Seelenkundler rückten, entdeckte die Forschung den Wert der Galvins als Studiengegenstand. Die

* Robert Kolker: »Hidden Valley Road. Im Kopf einer amerikanischen Familie«. 512 Seiten; btb; 22 Euro.

Familie bekam nun Besuch von Wissenschaftlern, die ihnen Blut abnahmen und physiologische Tests mit ihnen durchführten. Es handle sich um die »vielleicht verrückteste Familie Amerikas«, sagte einmal die Harvard-Psychiaterin Lynn DeLisi.

Die Häufung von Erkrankungen in dieser Familie gilt unter Forschern als Indiz für eine starke erbliche Komponente. DeLisi suchte im Erbgut der Galvins nach Auffälligkeiten – und sie wurde fündig. Alle erkrankten Galvin-Brüder teilen eine Mutation in einem Gen namens SHANK2. Dieses hilft bei der Kommunikation von Nervenzellen und spielt möglicherweise eine Rolle auch bei der Entstehung von Schizophrenie.

Kolkers größte Leistung aber besteht darin, dass er das Schicksal der Galvins nicht nur als Leidens-, sondern zugleich auch als Heldengeschichte, besser gesagt: als Heldinnengeschichte erzählt. Mit Hochachtung und Bewunderung spricht er von Mimi Galvin, die es bei all ihrer Widersprüchlichkeit vollbracht hat, über Jahrzehnte das private Irrenhaus in der Hidden Valley Road in Colorado Springs zu führen. Wenn es möglich ist, eine solche Lebensleistung noch zu steigern, dann ist dies ihren Töchtern gelungen, besonders Mary, der jüngsten, die, kaum dass sie an der Boarding-School und damit der Hölle ihrer Kindheit entronnen war, den allzu katholischen Namen ablegte und sich fortan Lindsay nannte.

Großfamilie Galvin: Mal waren alle Fische im Aquarium vergiftet, mal die Möbel aus dem Haus geräumt

Penguin Random House

Wie so viele Geschwister psychisch Kranker stand sie stets im Schatten der Brüder, die alle Aufmerksamkeit bekamen. So musste sie allein damit fertig werden, dass nichts daheim berechenbar war. Wenn sie nach Hause kam, musste sie stets darauf gefasst sein, dass einer der Brüder gerade im Wohnzimmer urinierte, um die Teufel im Keller zu bekämpfen, oder dass ein anderer gerade alle Fische im Aquarium vergiftet hatte. Einmal fand sie im Haus sogar gähnende Leere vor – Donald hatte, warum auch immer, die Möbel samt und sonders in den Garten getragen.

Manchmal, wenn die Brüder im Erdgeschoss wüteten, sah sie keinen anderen Ausweg, als sich im Elternschlafzimmer einzuschließen. Dort kauerte sie und hoffte, dass die Polizei kommen würde, ehe die Tür eingetreten war. Verlass war im Tollhaus ihrer Kindheit einzig auf die sexuellen Zudringlichkeiten von Bruder Jim.

Es ist schwer zu begreifen und dabei dennoch typisch in ihrer Opferrolle, dass Lindsay bei alledem nicht Wut oder gar Hass empfand, sondern Schuldgefühle dafür, dass sie verschont blieb von dem Wahn, der ihre Brüder vor ihren Augen einen nach dem anderen befiel.

Lindsay widmete einen großen Teil ihres weiteren Lebens den erkrankten Brüdern. Für Peter, der immer der aufsässigste von ihnen gewesen war, übernahm sie zeitweilig die Vormundschaft; in Matt, der sich für Paul McCartney hielt, sah sie vor allem das Opfer, weil er seinerseits unter den Großen zu leiden hatte; und selbst Donald, den einstigen Tyrannen im Elternhaus, besucht sie bis heute regelmäßig im psychiatrischen Pflegeheim.

So ist es vor allem Lindsays Fürsorge zu danken, dass die Sprengkraft der Schizophrenie die Familie Galvin nicht zu zerreißen vermochte. Kolker war dabei, als sich nach dem Tod der 92-jährigen Mimi die noch lebenden Geschwister versammelten. Jim und Joe waren inzwischen verstorben, beide an durch jahrzehntelangen Psychopharmakakonsum verursachtem Organversagen.

Ihre Gespräche hat Kolker protokolliert. Entstanden ist eine anrührende Collage aus Kindheitserinnerungen, Verrücktheiten, Witzeleien und Streitereien – eine Momentaufnahme ganz normalen Wahnsinns.

Johann Grolle ■

Meryl McMaster / Courtesy of the artist, Stephen Bulger Gallery, Pierre-François Ouellette art contemporain

McMaster-Fotografie »From a Still Unquiet Place«, 2019

Gegen den Bilderstrom

AUSSTELLUNGEN Gleich drei deutsche Museen widmen sich jetzt der Gegenwartsfotografie aus den USA und Kanada. Eine jüngere Künstlergeneration kämpft mit leisen Irritationen um Aufmerksamkeit.

Können diese Bilder lügen? So viele noch dazu? Gleich drei Ausstellungen präsentieren unter dem gemeinsamen Titel »True Pictures« Fotokunst aus den Vereinigten Staaten und Kanada: Dort haben sich früh eigene fotografische Traditionen herausgebildet, und wie die sich bis in die digitale Gegenwart hinein weiterentwickelt haben, ist momentan Thema im Braunschweiger Museum für Photographie, im Kunstmuseum Wolfsburg sowie im Sprengel Museum in Hannover. Natürlich kommen Berühmtheiten wie Cindy Sherman vor, die eine Meisterin der (persiflierenden) Selbstdarstellung lange vor der Erfindung von Instagram war. Doch was ist mit ihren Nachfolgerinnen und Nachfolgern? Als Fotokünstler gegen den Bilderstrom im Internet zu konkurrieren ist extrem schwer. Viele Werke scheinen Statements gegen die Flüchtigkeit zu sein, die Bilder sollen nicht gefallen, sondern irritieren, und das oft bewusst nur leise. Die Kanadierin Meryl McMaster, die europäische und kanadisch-indigene Vorfahren hat, macht ebendiese Wurzeln zum rätselhaften Motiv. Auf einem Selbstporträt, das für Hannover ausgewählt wurde, sieht man sie von hinten, sie steht in der grasgrünen Heimatgegend ihres Vaters in Saskatchewan, trägt ein Gewand mit Schottenmuster und aufwendigen Kopfschmuck, über ihren Rücken hängen Ketten mit Medaillons, die Porträts ihrer Ahnen enthalten. Ganz anders der Stil der New Yorkerin Anne Collier, die auch im Sprengel Museum vertreten ist, sie fotografiert Einzelbilder aus alten, romantischen Comics ab, zeigt gern Augen, aus denen Tränen kullern – womöglich weil sie selbst den vordigitalen Zeiten nachweint. Die Wolfsburger beschränken sich auf die Werke der US-Künstlerin LaToya Ruby Frazier, sie knüpft direkt an die alte und große Tradition der gesellschaftskritischen Dokumentarfotografie an. UK

Karen Kuehn / Apple TV+

Hanks in »Finch«

Der letzte Mensch

STREAMING Im Grunde hat Tom Hanks diese Rolle schon einmal gespielt – den einsamsten Mann auf Erden, der sich einen Gefährten erfinden muss, um nicht den Verstand zu verlieren: in der Robinson-Crusoe-Variation »Verschollen«. In seinem neuen Film »Finch«, der nun auf Apple TV+ zu sehen ist, wird er in der Rolle des Titelhelden auf sich selbst zurückgeworfen, weil eine globale Katastrophe weite Teile der Erde in eine Staubwüste verwandelt hat und die Sonnenstrahlen lebensgefährliche Intensität erreicht haben. In einem Schutzanzug sucht Finch nach Nahrung für sich, vor allem aber für seinen Hund. Finch weiß, dass er bald sterben wird, doch er will seinen Hund und seine beiden Roboter in Sicherheit bringen und begibt sich mit ihnen auf eine Reise durch die USA. Einmal mehr zeigt Hanks, was für ein großartiger Schauspieler er ist. Er braucht sehr wenig, um seine Figuren mit Leben zu füllen, er kann seine Zuschauer rühren, ohne je rührselig zu werden. Ein bewegendes Endzeitdrama. Schade nur, dass es nicht – wie ursprünglich geplant – im Kino läuft, sondern an den Streamingdienst verkauft wurde. So majestätische Landschaften sieht man auf der Leinwand selten. LOB

Geteilte Freude

KUNST Andy Warhol war ein Fan der seriellen Produktion und hätte wohl die Verwertung seiner Zeichnung von drei Feen begrüßt – auch wenn niemand mehr sagen kann, wo genau seine »Fairies« aus dem Jahr 1954 geblieben sind. Eine New Yorker Künstlergruppe ließ einen Roboter 999 Kopien anfertigen, mischte das Original unter sie und verkaufte die insgesamt 1000 Blätter zum Stückpreis von 250 Dollar. Jeder Käufer darf sich Hoffnung machen, das Original erwischt zu haben statt einer Roboterreproduktion. Eine geschäftstüchtige und auch hintersinnige Aktion: Die Aura des Unikats wurde gleichzeitig geschwächt und vervielfältigt, das Sammlerglück ist ebenso geteiltes Sammlerleid. Dahinter steckt das Künstlerkollektiv und Start-up MSCHF (sprich: mischief, englisch für Unfug). Deren Mitglieder zerschnitten auch einen Kunstdruck von Damien Hirst, verkauften die abgebildeten 88 bunten Punkte sowie das Gerippe einzeln – und erzielten das Zehnfache des Ursprungswerts. Eine andere Idee wirkte wie ein Statement gegen Waffennarren: Schusswaffen wurden eingeschmolzen und das Metall zu Schwertern geschmiedet. Die Musikerin Grimes ließ sich mit einem bei einer Gala blicken. Bereits im November sollen neue Streiche der New Yorker folgen. CPA

MSCHF / Ferrari Press / ddp

MSCHF-Aktion mit Hirst-Werk

Musikalischer Staffellauf

POP Helge Schneider schmachtet in sehr teutonischem Englisch von der Liebe, die Toten Hosen entschuldigen sich bei ihren Müttern für ihr sündiges Leben. Und Gerhard Polt beschwert sich, er wolle das Gewinsel (»Gewuisl«) seiner lamentierenden Mitmenschen nicht mehr hören. Zahlreiche prominente Entertainer versammeln sich auf dem Album »Open Harp Blues« (Trikont) zu einem furiosen popmusikalischen Staffellauf, indem sie dieselbe, mit einer Harfe eingespielte Blues-Vorgabe variieren. Den Anstoß zu dem furiosen Projekt und das Blues-Motiv lieferte der bayerische Musiker Christoph »Stofferl« Well. Er hat viele Jahre lang mit einigen seiner Brüder unter dem Namen Biermösl Blosn Kabarett gemacht und nun in mehrjähriger Arbeit Kolleginnen und Kollegen wie die Jazzmusikerin Barbara Dennerlein oder den Sänger Konstantin Wecker für seine Blues-Nummern-Revue geworben. »Die Idee war, die einzelnen Beiträge wie Perlen an einer Kette aufzufädeln«, sagt Well, die stets mitklingende Harfenstimme sei »die Schnur, die alles zusammenhält und verbindet«. Das Album ist ein Benefizwerk, die Erlöse gehen an eine Schweizer Hilfsorganisation, die unter anderem herzkranke Kinder in Afrika mit neuen Herzklappen versorgt. Well hat selbst im Alter von 14 Jahren eine Herzklappe eingesetzt bekommen, »ich verdanke dieser Erfindung jetzt schon über 45 Jahre meines Lebens«. HÖB

Zachi Razel & Kerem Halbrecht / Shutterstock

Illustration aus »Stadt nach Corona«

Sog nach draußen

SACHBÜCHER »Vergeude nie eine gute Krise«, lautet ein Rat, der von Winston Churchill stammen soll. Nun taucht er in dem Aufsatzband »Die Stadt nach Corona« auf, und bei der Lektüre wird klar, dass die Metropolen längst mehr als nur eine einzige Krise zu bewältigen haben. Allein der Forderung, den stationären Handel nach der Pandemie wiederzubeleben, steht die Erkenntnis gegenüber, wie unattraktiv die frühere Shopping-Monokultur in den Zentren war. Und wie sieht es in Zukunft mit der medizinischen Versorgung aus, wenn es zwar Kliniken gibt, sich das Pflegepersonal das Wohnen in der Stadt aber nicht mehr leisten kann? Seit Jahren steigen die Immobilienpreise schneller als das Durchschnittseinkommen. Zugleich ist es vielen Menschen zu eng geworden in ihren Vierteln, weil immer weiter nachverdichtet wird. Gibt es für sie Auswege? Alle sprechen von der Landliebe, dem Sog des Lebens weit draußen, ein Megatrend lässt sich bisher jedoch nicht ausmachen. Groß ist dagegen nach wie vor die Zahl leer stehender und verfallender Häuser in der Provinz. Nicht nur die Städte sind in der Krise, sondern das gesamte Land ist es. Churchill zufolge wäre damit auch das nicht zu vergeudende Potenzial enorm. UK

Doris Kleilein, Friederike Meyer (Hg.): »Die Stadt nach Corona«. Jovis; 192 Seiten; 24 Euro.

»Das sind wirklich wir«

Abba-Mitglieder Ulvaeus, Fältskog, Lyngstad, Andersson in Motion-Capture-Anzügen

Baillie Walsh / Universal Music

KARRIEREN Es ist eines der größten Comebacks der Musikgeschichte: Abba sind wieder da, nach fast 40 Jahren Funkstille. Mit einem neuen Album – und verjüngten Versionen ihrer selbst.

Der Weg vom Abba-Hotel, das über dem Abba-Museum liegt, zum Abba-Studio dauert so lange wie eines der berühmtesten Lieder der Popgruppe, »The Winner Takes It All«. Fünf Minuten, mit der Fähre. Hier, zwischen den Stockholmer Inseln Djurgården und Skeppsholmen, umgeben von Karussell, Kastell und kleinen schwedischen Kulturgütern, war der eine ganz große schwedische Popkulturexport, Abba, nie weg.

Für den Rest der Welt schon.

Fast 40 Jahre lang.

Im September verkündeten Björn Ulvaeus und Benny Andersson dann jedoch in einem Livestream, dass sie mit Agnetha Fältskog und Anni-Frid Lyngstad ein neues Album aufgenommen haben: Die »Pause« sei vorbei. Abba sind zurück. Eine Sensation, für die das Wort »Sensation« ausnahmsweise angebracht ist.

Auf Tour gehen wollen die vier mit der neuen Platte »Voyage« allerdings nicht. Stattdessen haben sie virtuelle Versionen ihrer jungen Ichs erstellen lassen. Avatare, die aussehen sollen wie die Mitglieder der Popgruppe im Alter von Ende zwanzig bis Mitte dreißig und anstelle der über 70-Jährigen auf der Bühne stehen. In einer eigens dafür gebauten Halle in London, in die 3000 Besucher passen und in der Abba auch dann noch singen könnten, wenn die vier Mitglieder gestorben sind. So muss wohl ein Abba-Comeback aussehen.

Groß, größer. Größenwahnsinnig. The winner takes it all.

Ist das der Moment, in dem Pop unsterblich wird?

1982 hatte die Gruppe, deren Mitglieder damals alle über 30 Jahre alt waren, ihren letzten gemeinsamen Auftritt in der Öffentlichkeit, an einem Samstagabend in der BBC. Agnetha Fältskog sang damals mit

glänzenden Augen »Thank You for the Music«, und Björn Ulvaeus, neben Benny Andersson einer der Songwriter von Abba, wirkte bei diesem Auftritt nicht mehr so juvenil wie auf den frühen Fotos der Band. Er trug einen Bart, der ihm da schon die Ausstrahlung eines Elder Statesman verlieh.

Eine Ausstrahlung, die Ulvaeus heute, mit 76 Jahren, perfektioniert hat. Eine Minute vor dem verabredeten Interviewtermin steigt er an diesem Vormittag im Oktober aus seinem roten Tesla. Effizientes Timing, dynamischer Gang, rein ins Backsteinhaus, das früher als Lager diente und heute Anderssons »Riksmixningsverket« beherbergt. Übersetzt heißt das »Nationales Mixwerk«, der Name des Studios.

Ulvaeus trägt ein schwarzes Sakko zu schwarzer Hose und schwarzem Brillengestell, dazu natürlich keine Plateausohlen wie beim ESC-Sieg 1974, sondern schwarze Halbschuhe. Er nimmt Platz, schlägt die Beine leichtfüßig übereinander und lächelt sein bekanntes Björn-Ulvaeus-Spitzmauslächeln, das keinen Tag gealtert zu sein scheint. Er macht einen verschmitzten Eindruck, aber auch einen professionellen, ist mehr Popunternehmer als Popstar.

SPIEGEL: Herr Ulvaeus, wenn ein Abba-Fan Sie auf der Straße fragt, wo Sie in den vergangenen 40 Jahren gesteckt haben – was antworten Sie dann?
Ulvaeus: Ich hatte ganz gut zu tun. Benny und ich haben unter anderem zwei Musicals geschrieben. Außerdem bin ich ins Immobiliengeschäft eingestiegen und habe das Abba-Museum aufgebaut. Ich war also ziemlich busy. Nur nicht mit Abba.
SPIEGEL: Als das Geld für Ihren ersten Hit »Waterloo« reinkam, beschlossen Benny Andersson und Sie, täglich von morgens bis abends Songs zu schreiben. Wie sieht heute ein normaler Tag in Ihrem Leben aus?
Ulvaeus: Ich habe vier oder fünf Meetings pro Tag, auch über Zoom, weil ich an so vielen Projekten beteiligt bin. Eines davon ist Pop House Entertainment, die Firma, der das Museum gehört, ein Hotel und all diese Sachen auf Djurgården.

Wer auf Djurgården das Abba-Gebiet erkundet, kriegt den Eindruck, dass es sich gut verkauft, in die Haut der Schweden, vor allem aber gedanklich in ihre extravaganten Siebzigerjahre-Outfits zu schlüpfen: Vor dem Eingang des Abba-Museums stecken Fans die Köpfe durch eine Abba-Fotowand, für einen Augenblick sind sie Agnetha Fältskog oder die anderen. Im Museum liegt in einem Glaskasten die »Stjärngitarren«, die sternförmige Glitzergitarre, die Björn Ulvaeus am 6. April 1974 beim Eurovision Song Contest in Brighton spielte. Über dem Museum, in einem Hotelzimmer, in dem das WLAN-Passwort abba1974 lautet, scheinen die farbenfrohen Bühnenoutfits, die Anni-Frid Lyngstad und Benny Andersson beim ESC trugen, schon in der Garderobe zu hängen: noch so eine Fotowand. So gesehen, haftet der Gruppe schon lange etwas Avatarhaftes an.

Abba, das war früher auch ein florierendes Zweifamilienunternehmen, bis sich Anfang der Achtzigerjahre erst Ulvaeus und Fältskog, dann Andersson und Lyngstad trennten. Eine Marke, die für gute Laune und heile Welt stand. Für Tradition. Aber auch für Innovation, für schöne neue Welten: Abba drehten Musikvideos, als noch niemand von Musikvideos sprach. Sie brachten ein Album auf CD raus, als alle noch einen Plattenspieler im Wohnzimmer stehen hatten. Sie machten aus einem Song (»Mamma Mia«) ein Erfolgsmusical und einen Hollywoodfilm. Unternehmerisch waren sie ihrer Zeit stets voraus. Aber auch künstlerisch?

SPIEGEL: Über das Abba-Museum haben Sie mal gesagt, Sie hätten sich zuerst nicht daran beteiligen wollen: »Ich bin ja noch am Leben – und dann sollte ein Museum über mich und mein Leben entstehen?« Haben Sie auch mit Björn Ulvaeus, dem Avatar, gefremdelt?
Ulvaeus: Nein, eben weil ich das Museum gemacht hatte und mich die ganze Zeit mit der Siebzigerjahreversion von mir selbst auseinandersetzen musste. Meine Art, damit umzugehen, bestand darin, diesen Björn Ulvaeus als eine historische Person zu begreifen. Als jemanden, der in den Siebzigern gelebt hatte.
SPIEGEL: Als jemand anderes.
Ulvaeus: Als jemand anderes, dessen Geschichte ich erzählen wollte. Meinen Avatar zu sehen ist zwar irgendwie seltsam, aber nicht so merkwürdig, wie die Leute meinen. Seit wir 1982 eine Pause eingelegt haben, werde ich täglich in der einen oder anderen Form an Abba erinnert: Ich schlage eine Zeitung auf oder lese etwas im Internet, und plötzlich taucht da ein Video oder so etwas auf. Ich bin also daran gewöhnt. Wenn jemand, der nicht in der Öffentlichkeit steht, sich selbst von vor 40 Jahren gegenüberstünde, dann wäre das etwas anderes. Aber es ist natürlich eigenartig, sein jüngeres Ich zu sehen und zu wissen, dass dieses jüngere Ich ewig leben könnte, weil es aus Nullen und Einsen besteht.
SPIEGEL: Macht es Ihnen ein mulmiges Gefühl, dass irgendwann, wenn Sie einmal nicht mehr auf der Welt sind, immer noch eine Version von Björn Ulvaeus in London auf der Bühne stehen wird?
Ulvaeus: Ehrlich gesagt, denke ich nicht viel darüber nach. Ich überlege eher, ob ich wieder jung sein möchte.
SPIEGEL: Und?
Ulvaeus: Und, offen gesagt: Nein, das möchte ich nicht.
SPIEGEL: Warum nicht?
Ulvaeus: Weil ich mich gerade so wohlfühle mit mir selbst.
SPIEGEL: Vermissen Sie mit 76 nicht manchmal Ihr Popstarleben als 34-Jähriger?
Ulvaeus: Nein, nein, vermisse ich nicht. Was ich jetzt mache, macht mir mehr Spaß: Wir haben Lieder geschrieben, ein Album aufgenommen und erleben dieses herrliche Abenteuer mit den Avataren. Das Leben könnte nicht besser sein.
SPIEGEL: Sie kommen offenbar besser mit dem Älterwerden klar als andere.
Ulvaeus: Ich bin offensichtlich sehr privilegiert. Altern ist etwas anderes, wenn man krank und arm ist. Es ist, im Allgemeinen, nichts Gutes. Bei mir ist es nun mal so, dass es mir körperlich sehr gut geht. Ich mache täglich eine Stunde Sport. Ich jogge auf einem Laufband. Ich mache … Was ist das? *(Ballt beide Hände zu Fäusten, schiebt abwechselnd einen Arm von sich und zieht den anderen an seinen Körper heran.)*
SPIEGEL: Ein Crosstrainer?
Ulvaeus: Ein Crosstrainer. Und ich habe ein Vibrationsgerät, mit dem ich, Sie wissen schon, Sachen mache.

Abbas Karriere

1974 Anfänge
Agnetha Fältskog, Anni-Frid Lyngstad, Benny Andersson und Björn Ulvaeus veröffentlichen ihre erste Single, das Liebeslied »Waterloo«. Sie gewinnen damit beim Eurovision Song Contest in Brighton – ihr internationaler Durchbruch.

1982 Rückzug
Abba treten in einer BBC-Show zum letzten Mal auf.

1999 Kultstatus
Das Abba-Erfolgsmusical »Mamma Mia!« feiert seine Premiere in London.

2021 Comeback
Abba veröffentlichen das neue Album »Voyage« und kündigen eine Bühnenshow an.

Pop-Phänomen Abba 1974

Olle Lindeborg / AP Photo / picture alliance

Industrial Light & Magic / Universal Music

Abba-Bandmitglieder als Avatare: Gemacht für die Ewigkeit

SPIEGEL: So ein Muskelvibrationsgerät?
Ulvaeus: Ja, genau. Es soll sehr effizient sein.
SPIEGEL: Wenn Sie so fit sind, warum gehen Sie dann nicht selbst auf Tournee? Wie gerade, mal wieder, die Rolling Stones.
Ulvaeus: Das wäre so ein Affentheater. Keiner von uns empfindet auch nur den geringsten Wunsch, das zu tun. Es steht absolut außer Frage.
SPIEGEL: Bereits im Jahr 2000 haben Sie das Angebot ausgeschlagen, für eine Milliarde US-Dollar auf Tour zu gehen. Warum?
Ulvaeus: Soweit ich weiß, ging es da um ein ganzes Jahr. Und ich weiß nicht, um wie viele Konzerte…
SPIEGEL: Etwa 120.
Ulvaeus: Ja, Sie können sich vorstellen, dass uns das umbringen würde. Das wäre so schlimm gewesen.
SPIEGEL: Ist das Lampenfieber bei Abba so groß?
Ulvaeus: Ist es nicht.
SPIEGEL: Ist das Reisen das Problem?
Ulvaeus: Der ganze Rest. Das Sozialleben. Es tut einem nicht gut, auf Tour zu sein. Darum haben wir beschlossen: Nein, machen wir nicht.
SPIEGEL: Das erinnert an eine Zeile aus »Super Trouper«, die Sie geschrieben haben und die Anni-Frid Lyngstad gesungen hat: »All I do is eat and sleep and sing…«
Ulvaeus: *(lacht)* Ja!
SPIEGEL: »… wishing every show was the last show.«
Ulvaeus: Das ging mir damals so und Frida auch: Wir wollten nach Hause und nicht mehr auf Tour sein.

»Super Trouper« ist einer von vielen Nummereins-Hits, die Abba seit ihrem Sieg beim ESC 1974 hatten. Teils lesen sich die Titel wie Kurztrips durch Europa: »Mamma Mia«, »Chiquitita«, »Voulez-Vous«. Oft sind diese Hits von eingängigen Hooklines getragen, von den in Refrains zu einem Superorgan verschmelzenden Stimmen der Frauen und, fast immer, von der ganz großen Geste.

Von 1973 bis 1981 veröffentlichten Abba acht Alben. Sie verkauften Millionen.

Zu den Fans zählt die discoerprobte Kylie Minogue, aber auch Ex-Nirvana-Schlagzeuger Dave Grohl. Abba ist Musik für die ganze Familie, Volksmusik für Teenager. Sound gewordene Paillettenhemden. Disco ohne Kokain, Rock ohne Heroin, Pop mit viel Dopamin.

Abbas Songs handeln von der Liebe, vom Drama, Herzschmerz, Verlangen. Und von der Trennung.

1979 kündigten Ulvaeus und Fältskog ihre Scheidung an.

1979 brachten Abba ihr Album »Voulez-Vous« raus, das in den ersten Minuten die prophetisch anmutenden Zeilen wiederholt: »So gut wie neu« und »Es nimmt eine neue Dimension an«.

1979 ist nun auch das Jahr, dem die Avatare nachempfunden sind.

SPIEGEL: Warum 1979?
Ulvaeus: Die Avatare sollten aus irgendeiner Phase unserer aktiven Karriere stammen, nach dem Motto: Abba, wie sie die Leute kennen, kehren zurück. Wir hätten uns jeden Zeitpunkt zwischen 74 und 82 aussuchen können. Aber ich denke, die beiden Ladys wollten diese Zeit.
SPIEGEL: Wieso?
Ulvaeus: Nun, sie sahen beide zu dieser Zeit sagenhaft aus. Aber das taten sie auch davor. Will sagen: Ich weiß es nicht. Sie haben das beschlossen, Benny und ich mussten mitziehen.
SPIEGEL: Bei der Pressekonferenz waren Agnetha Fältskog und Anni-Frid Lyngstad nicht dabei. Jetzt auch nicht. Meiden die beiden das Rampenlicht des Comebacks?
Ulvaeus: Ja, das tun sie. Sie sind wahre Künstlerinnen. Wir haben übrigens hier zusammen gearbeitet – und dort *(deutet auf den Aufnahmeraum nebenan)*. Diese kreative Arbeit, das Singen und das Musikmachen, lieben die beiden. Der Rest interessiert sie überhaupt nicht. Nur muss jemand über diese Platte sprechen. Also haben Benny und ich gesagt: Wir machen das.

Auf einem Tisch neben dem Mischpult liegt ein Notizblock mit dem Logo des »Mamma Mia!«-Musicals. Daneben steht ein Minimoog-Synthesizer, das Instrument, dessen strudelnder Sound 1975 in den Refrain der Abba-Sehnsuchtshymne »SOS« führte.

Im Riksmixningsverket haben Abba sich 2017 zusammengesetzt, um die Gesänge für »Don't Shut Me Down« und »I Still Have Faith in You« aufzunehmen, zwei neue Songs. Einfach so, aus Spaß.

Aus zwei Songs wurden fünf.
Aus fünf Songs wurde Ernst.
Ein Album.

Die Platte ist gelungen. Die zehn Tracks auf »Voyage« bewegen sich – passend zu den zwei Songs, die das Comeback einläuteten – zwischen balladesker Kaminfeuerromantik und nostalgischer Aufforderung zum Tanz. »Ich vermisse die guten alten Zeiten, als du mit mir getanzt hast«, heißt es in einem Stück. In einem anderen tanzen Abba »durch die Nacht«. Das klingt nicht bemüht oder peinlich wie manches musikalische Alterswerk. Eher als hätte die Discokugel etwas Patina angesetzt.

»Little Things« heißt ein Weihnachtslied, darin schauen die Abba-Mitglieder Kindern beim Spielen zu. In einem anderen Song ist das Objekt der Beobachtung eine Hummel: »Sie ist nur ein winziger flauschiger Ball, und ich frage mich, wie sie überhaupt fliegen kann.« Abba – immer noch familientauglich.

SPIEGEL: Mit 53 haben Sie gesagt: »In meinem Alter macht man keine Popmusik mehr.« Wieso geht das mit 76 wieder?
Ulvaeus: Wer sagt denn, dass es Popmusik ist? Wir haben einfach die Musik gemacht, auf die wir Lust hatten: Diesmal schreiben wir, was uns gefällt. Und was uns gefällt, das nehmen wir auf. Wir haben nicht rumgegrübelt. Wir haben nicht darauf geachtet, was andere Leute machen. Wenn das also Popmusik ist, dann ist das Zufall.
SPIEGEL: In meinen Ohren klingt das Album nach Pop.
Ulvaeus: Ah! Gut! Aktuelle Popmusik wird ja meist von jungen Künstlern geschrieben und performt. Ältere Leute sind nicht mehr so nah am Zahn der Zeit. In den Siebzigern befanden Benny und ich und Abba uns im Pop-Mainstream. Wir waren Pop. Aber wenn man zehn Jahre lang Pop, Pop, Pop, Pop gemacht hat, dann verlässt man diese Strömung vielleicht für eine Weile. Und vielleicht lässt man sie für immer hinter sich.
SPIEGEL: Hören Sie privat inzwischen ganz andere Musik? Klassik?
Ulvaeus: Ich höre alle Arten von Musik. Klassik? Immer. Beethoven? Immer. Aber ich höre mir auch die Charts an, wo es gelegentlich wirklich gute Songs gibt. In unserer Glanzzeit haben wir geguckt: Was machen die Bee Gees gerade, was ist das?
SPIEGEL: Sie verfolgen nicht mehr minutiös, was Billie Eilish gerade macht.
Ulvaeus: Wir haben uns entspannt.
SPIEGEL: Vor zwei Jahren haben Sie noch einmal eines Ihrer alten flamboyanten Outfits angezogen.
Ulvaeus: Das war bei der Eröffnungsnacht von »Mamma Mia! The Party« in London. Es tat gut zu wissen, dass ich es immer noch tragen kann. Aber das war nur Spaß. Ich habe es also, so schnell es ging, wieder ausgezogen.
SPIEGEL: Haben Sie früher eigentlich gern Plateauschuhe getragen?
Ulvaeus: *(guckt runter, auf seine Schuhe mit Profilsohle)* Wenn ich wählen müsste, wären mir normale Schuhe lieber. Ich bin normalerweise auch nicht in Plateauschuhen rumgelaufen, aber ich habe gelernt, wie man darin geht. Ich bin sogar darin gesprungen. Wir hatten ein Podest, das ungefähr so hoch war *(zeigt an die hintere Kante des Mischpults, neben dem er bis eben gesessen hat)*. Und ich bin in meinen Stiefeln auf der Bühne von diesem Podest runtergesprungen.
SPIEGEL: Was machen Sie, wenn auf einer Party plötzlich »Dancing Queen« läuft?
Ulvaeus: Ich war noch nie auf einer Party, auf der »Dancing Queen« lief, glaube ich.
SPIEGEL: Oh.
Ulvaeus: Wenn ich auf eine Party von Leuten gehe, die ich kenne, spielen die nicht »Dancing Queen«. Falls das liefe, würde ich vermutlich einfach lächeln und versuchen, höflich zu sein: »Ja, ja, das ist ›Dancing Queen‹.«
SPIEGEL: Und wenn der Song im Radio läuft?

ABBA-SHOW IN LONDON

Eine Art Auferstehung

Die Band baut in London ihre eigene Arena, auf der Bühne werden aber nur ihre Avatare stehen. Ist das einfach irre – oder die Zukunft?

Die Baustelle liegt zwischen der Haltestelle Pudding Mill Lane und der Siedlung Sugar House Island. Zwischen Puddingmühle und Zuckerhaus also. Das klingt süß, sieht aber nicht so aus: Am Horizont ragen hier, im Londoner East End, Hochhäuser in den Himmel. »Warning«, steht an der Wand vor einem Privatgelände, »Robowatch«. In einem Bau, der aus alten Schiffscontainern besteht, liegt ein Café; als wäre es die Kulisse für einen retrofuturistischen Science-Fiction-Film.

In dieser Umgebung entsteht die Abba-Arena, ein Riesengebäude, das im halb fertigen Zustand eher nach dunkler Bedrohung aussieht als nach einer Popshow für die ganze Familie – ein riesiges Raumschiff, das in London parkt und auf den Start wartet. Noch arbeiten Männer mit Helmen und Warnwesten daran.

Im Mai 2022 soll die Arena fertig sein und die Show beginnen, so Benny Andersson und Björn Ulvaeus vor zwei Monaten bei einer live auf YouTube übertragenen Pressekonferenz, die ebenfalls in London stattfand. Die Stadt ist schon länger Abba-Gebiet: Vor mehr als 20 Jahren hatte das Musical »Mamma Mia!« hier seine Premiere, und vor über 40 Jahren versuchten mehr als drei Millionen Menschen, eines der 11 212 Tickets für Abba in der Royal Albert Hall zu bekommen.

Bei der Pressekonferenz trugen Ulvaeus und Andersson Schwarz, als wären sie zu einer Beerdigung gekommen. Dabei ging es um eine Art Auferstehung: Die Bandmitglieder von 1979 kommen für die Show als computergenerierte Avatare zurück, in einer eigens erbauten Kathedrale. In einer Zeit, in der kommerziell erfolgreiche Bands wie Coldplay ankündigen, klimaneutral touren zu wollen, gehen Abba erst gar nicht auf Tour.

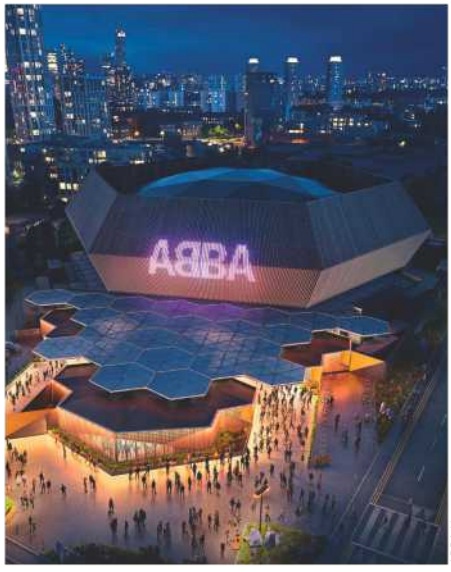
»Das Gebäude ist so konstruiert, dass es für ein transzendentes Musikerlebnis sorgt«, sagt Ludvig Andersson. Er sitzt in einem Büro in Soho, zehn Kilometer von der Baustelle entfernt. Der jüngste Sohn von Abba-Mann Benny Andersson ist einer der Produzenten von »Abba Voyage«, der Show mit den Avataren. Er erinnert sich noch daran, wie er als Kind vom coolsten Mädchen der Schule, einer Punkerin, gehänselt wurde, weil sein Vater in dieser »verdammt lächerlichen Gruppe« gespielt habe. Es mache ihm nichts aus, seinen Vater als Avatar zu sehen, sagt Ludvig Andersson. Die Bilder von Abba würden ihn ja, wie so viele Menschen, schon sein ganzes Leben lang begleiten.

Die Abba-Avatare baut »Industrial Light & Magic«, eine Firma, die einst »Star Wars«-Regisseur George Lucas gegründet hat und die heute zum Disney-Konzern gehört. Dass es Avatare sind und keine Hologramme, ist Andersson wichtig. Hologramme seien nicht dreidimensional, sagt er, sie gäben das bloß vor. Bei den Avataren sei das anders.

160 Infrarotkameras haben die vier Abba-Mitglieder beim Performen gefilmt, über einen Zeitraum von fünf Wochen. Die gescannten Daten fließen in die Avatare, die begleitet von einer zehnköpfigen Liveband auf der Bühne der Arena 22 Songs spielen sollen. Darunter die ersten zwei Singles des neuen Albums »Voyage«, aber auch altbekannte. Das Ganze solle sich anfühlen wie ein normales Konzert, sagt Andersson. »Man soll nicht denken: ›Wow, was für eine coole Technologie!‹ Dann haben wir versagt.«

Die Stadt London habe ihnen die Fläche, auf der sich ursprünglich tatsächlich ein Parkplatz befand, für fünf Jahre zur Verfügung gestellt. Danach sollen dort Wohnungen gebaut werden. Und die Arena? Sei nicht in den Grund eingelassen, könne wieder eingepackt und bewegt werden, in eine andere Stadt. Vielleicht geht also die Abba-Arena eines Tages auf Tour. Wenn Abba es schon nicht tun.

Jurek Skrobala ■



ABBA Voyage

Geplante Abba-Arena (Illustration)

Robert Harding / mauritius images

Besucherin in Stockholmer Abba-Museum: Unternehmerisch ihrer Zeit stets voraus

Ulvaeus: Dann höre ich manchmal zu. Aber wenn ich Videos oder so im Fernsehen sehe, dann gucke ich mir selbst nicht gern zu. Ich schaue mir nie Interviews an, die ich gegeben habe. Da zappe ich lieber zu einem anderen Kanal.

SPIEGEL: Sie werden sich also nicht oft die »Abba Voyage«-Show ansehen? Immerhin müssten Sie dann einer Version Ihrer selbst zugucken.

Ulvaeus: Nein, ich werde mir die wohl nicht oft ansehen. Während der Proben und bis zur Premiere schon. Ab und an werde ich da sein. Ich kann mir vorstellen, dass es für mich auf musikalischer Ebene spannend sein könnte. Ich habe es noch nicht gesehen. Es ist noch in der Mache.

Die Show mit den Avataren klingt jetzt schon, ungesehen, nach der absoluten Überhöhung.

Sie fügt sich aber auch gut in eine Ära, in der die Endlichkeit die großen Namen der Pop- und Rockgeschichte erreicht: In den vergangenen zehn Jahren starben Prince, David Bowie, Aretha Franklin, Leonard Cohen, Whitney Houston, George Michael, Tom Petty und B.B. King. Zuletzt Charlie Watts, die scheinbar unkaputtbare Rhythmusmaschine der Rolling Stones.

Abba sind wohl die ersten gealterten Popstars, die öffentlichkeitswirksam ihr Vermächtnis ordnen. Die so klar bestimmen, welches Bild die Nachwelt von ihnen haben soll.

Mit einer Show, die Raum und Zeit aushebeln und ihrer Musik wohl einen Hauch Ewigkeit verleihen soll.

Mit einem Album, das ihr letztes sein soll, wie Benny Andersson kürzlich sagte.

Was Abba machen, passt aber auch in eine Zeit, in der das Virtuelle eine normale Bühne für Popstars darstellt. Der Rapper Travis Scott spielte im vergangenen Jahr bei »Fortnite Battle Royale« einen Überraschungsgig. Heißt naturgemäß: Er ließ seinen Avatar dort auftreten. Knapp 28 Millionen Spieler schauten zu.

So einen Avatar ließ auch der R&B-Sänger The Weeknd für sich tanzen, im Rahmen eines Konzerts vor drei Monaten, diesmal auf TikTok. Und der Rap-Pop-Superstar Lil Nas X zeigt sich in Videos auch mal als virtuelle Variante seiner Selbst. Als wären die Binärcodes eine zweite Haut für ihn.

Pop ist ein Vehikel, mit dem sich Grenzen überschreiten lassen, nicht nur beim Sprung vom Analogen ins Digitale. Michael Jackson und Prince ließen Gender- und Identitätsgrenzen hinter sich, David Bowie probierte Images an wie andere Kleider. Pop ist auch dazu da, Tabus zu brechen. Der Tod könnte eines der letzten dieser Tabus sein.

SPIEGEL: Ein im Pop wiederkehrender Wunsch lautet zum Beispiel, »forever young« zu sein, wie die Gruppe Alphaville mal sang. Wollten Sie sich mit den Avataren diesen Wunsch erfüllen?

Ulvaeus: Was mich daran gereizt hat, war die Idee, etwas zu machen, das bisher noch niemand gemacht hat. Es ging darum, Grenzen zu überschreiten. Aber nicht darum, ewig jung zu bleiben.

SPIEGEL: Die Avatare erinnern an etwas, das schon gemacht wurde: Hologramme.

Ulvaeus: Das ist eine alte Technologie. Worüber wir hier sprechen, ist neu.

»Ich war noch nie auf einer Party, auf der ›Dancing Queen‹ lief.«

Björn Ulveaus

SPIEGEL: Okay, aber es gab in den vergangenen zehn Jahren zumindest einige dieser Hologramm-Shows – mit Tupac, Frank Zappa, Roy Orbison, Buddy Holly …

Ulvaeus: … Michael Jackson.

SPIEGEL: Allesamt verstorbene Musiker. Warum Avatare, wenn Sie noch leben?

Ulvaeus: Weil man sie genau dann machen sollte.

SPIEGEL: Wieso?

Ulvaeus: Der Schädel ändert sich mit dem Alter nicht. Der Rest des Körpers schon, er fällt auseinander. Aber der Schädel ist auch im Alter derselbe wie mit, sagen wir, 20. Wenn man also versucht, solche Avatare auf Basis alter Videos oder Fotos zu erstellen, werden sie nie so gut, wie wenn man wirklich nachmisst. Das haben sie bei uns getan. Alles wurde gemessen. Das heißt, dass sie viel lebendiger sein werden.

SPIEGEL: Das Wort »Avatar« hat seinen Ursprung im Sanskrit und meint dort die Verkörperung einer Gottheit auf Erden.

Ulvaeus: Oh, wirklich? Das wusste ich nicht.

SPIEGEL: Können Sie sich damit identifizieren?

Ulvaeus: Nein, kann ich nicht. Es ist eindeutig nicht göttlich. Es ist die Verkörperung von etwas auf Erden, ja. Die Verkörperung von uns selbst, weil wir unsere Seelen in diese Avatare gesteckt haben, mittels Motion Capture. Als hätte man uns in die Avatare eingegossen. Das sind mehr als unpersönliche Avatare. Das sind wir. Das sind wirklich wir. Das fand ich auch so faszinierend daran: Wenn man sich die Avatare anguckt, glaubt man nach einer Weile, dass man tatsächlich Abba zuschaut.

SPIEGEL: Sie haben mal gesagt, Abba wäre Pop für das Hier und Jetzt. »Abba Voyage« hat den Anschein, als wäre es gemacht für die Ewigkeit.

Ulvaeus: Ja *(lacht)*.

SPIEGEL: Ist das nicht eine Art Widerspruch?

Ulvaeus: Stimmt, das klingt widersprüchlich. Nur: Als wir die Musik geschaffen haben, sind wir davon ausgegangen, dass sie für das Hier und Jetzt ist. Wir haben nie erwartet, dass sie so lange überdauern würde. Niemals! Gewissermaßen ist das also kein Widerspruch. Die Musik hat bewiesen, dass sie zwar vielleicht nicht für alle Zeiten gemacht ist, aber möglicherweise für 10, 20 weitere Jahre. Nachdem sie nun schon 40, 50 Jahre lang da war.

Jurek Skrobala ■

Die Kraft von innen

Verletzende Erfahrungen können uns dauerhaft belasten. Forschung und Therapie zeigen Wege zurück in ein zufriedenes Leben.

Jetzt im Handel

Immer geht es jetzt um alles

GASTBEITRAG *Thomas Gottschalk* über den Graubereich zwischen Richtig und Falsch und das Ende der Leichtigkeit in der deutschen TV-Unterhaltung

An diesem Samstag kehrt Gottschalk, 71, auf die legendäre Wettcouch zurück: Aus Nürnberg präsentiert der TV-Entertainer eine Neuauflage der Unterhaltungsshow »Wetten, dass..?«. Für den SPIEGEL *hat er aufgeschrieben, wie lockere Sprüche seine Karriere geprägt haben – und warum er die Freiheit vermisst, nicht immer ernsthaft sein zu müssen.*

Die deutsche Mentalität, die Dinge des Lebens nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, habe ich vielleicht deswegen nie verstanden, weil ich sonst meine gesamte Karriere versemmelt hätte. Schon die Schule nahm ich leicht, auch wenn ich mich dort schwertat. Dieser Widerspruch hielt mich aber nicht davon ab, trotz schlechter Noten und dadurch bedingtem häuslichen Gezeter, immer gerne hinzugehen. Man saß mit Gleichaltrigen in geheizten Räumen und folgte ohne Widerspruch Caesar in den Gallischen Krieg, obwohl man schon wusste, wie er ausging. Da hatten die Generationen vor uns schwer gespoilert. Homeschooling und Stoßlüften kamen nicht mal in meinen seltenen Albträumen vor.

Pubertäre Depressionen oder andere Formen von Trübsinnigkeit, die sich bei vielen Mitmenschen bis ins hohe Alter fortsetzen, blieben mir erspart, obwohl ich bei den Mädchen regelmäßig abblitzte. Immerhin versicherte mir Roy Black »Irgendjemand liebt auch dich«, und es gab so oft »hitzefrei«, dass ich keinen Anlass sah, das Klima retten zu müssen.

Die Kriegerwitwen wurden weniger, die Wohlstandsmillionäre vermehrten sich, und auch, wenn wir nicht dazugehörten, hatte man das Gefühl, es ging aufwärts. Mein Vater starb früh, aber meine Mutter hatte uns derart im Griff, dass sich die Frage nach weiblicher Emanzipation gar nicht stellte, sie bestimmte, wo es langging, und ich hatte, bei allem Gemaule, immer das Gefühl, dass die Richtung, die sie vorgab, irgendwie stimmte. Und wenn nicht, dann parierte ich trotzdem, auch als Mutti mir verbot, mit 17 die Schule zu verlassen um Journalist zu werden. Ihre Antwort auf meine längliche Begründung dieses Entschlusses reichte, um ihn sofort aufzugeben: »Ich knall dir gleich eine!«

Diversität war kein Thema, Migranten waren wir selber. Meine Eltern waren aus Schlesien geflüchtet, ein Schicksal, das mich nicht betraf, mit dem ich aber gut leben konnte, denn meine flotten Gene ließen mich schneller reden, als meine oberfränkische Umgebung mir folgen konnte.

Als auf andere nach dem Abitur der Ernst des Lebens wartete, stellte ich mich wieder nicht in die Reihe, sondern nervte im Bayerischen Rundfunk so lange rum, bis man mir beim Jugendfunk eine Chance gab. Mit meinen naiv-fröhlichen Programmvorschlägen machte ich in den Redaktionsrunden keinen Stich und dachte mir daraufhin Kopfschmerzthemen aus, mit denen ich sofort eine Punktlandung hinlegte. Eine Statistik, nach der die Selbstmordrate bei der Bundeswehr eine steigende Tendenz zeigte, war mein journalistischer Einstieg in die »ernsten Themen«. Den steinigen Pfad der Recherche verließ ich bei erster Gelegenheit und interviewte fortan internationale Popstars, die nach München kamen und sich wunderten, warum ein Mensch namens Ilja in Husarenuniform eine Popsendung moderierte, die »disco« hieß. Der »Musik-Report« des BR war ein Hort oberflächlicher Musikbetrachtung, und ich war dafür der geeignete Reporter. Johnny Cash fragte mich, was ich wissen wollte, und ich fragte ihn, was er erzählen wollte. Diese Wurschtigkeit habe ich während meiner gesamten Karriere beibehalten, mich immer damit selbst entschuldigend, dass es ja nie wirklich um etwas Wichtiges ging. Im Morgenrot meines Schaffens marschierten die Bay City Rollers ein, dann kamen viele Stars wie Elton John und Madonna, aber bei Justin Bieber und Miley Cyrus machte ich dann das Licht aus und begrüße seitdem mit eiserner Freundlichkeit nette Menschen, die man mir zuvor erklären muss.

Dass sich bei einer solchen beruflichen Laufbahn nie der Sinn für Ernsthaftigkeit, Verantwortung und Nachhaltigkeit eingestellt hat, mag für gutwillige Fans meines Wirkens

Gottschalk, geboren 1950 in Bamberg, hat in seiner langen Karriere zahlreiche Radio- und Fernsehsendungen moderiert – allen voran die Spielshow »Wetten, dass..?«.

Entertainer Gottschalk 1999 auf Mallorca

Katja Lenz / dpa

in der deutschen Unterhaltungsszene nachvollziehbar sein. Aber für eine nachwachsende Generation, die woke und ernsthaft unterwegs ist, bin ich einer dieser alternden weißen Männer, die nichts dazugelernt und den Schuss nicht gehört haben. Ich weiß, dass ich vieles heute nicht mehr sagen könnte, was mir einst Lacher und Beifall beschert hat. Ich habe es damals ohne Arg gesagt und weiß, dass ich dabei öffentlich nie jemandem zu nahe treten, geschweige denn, ihm wehtun wollte. Meine Mutter stand immer als Geist neben mir, und es hing ein »Ich knall dir gleich eine« in der Luft. Aber ich behaupte weiterhin bockig, dass die »Sieben Zwerge« Schneewittchen das Leben gerettet haben und dass die Welt kein bisschen besser wird, wenn es dann doch »Sieben Kleinwüchsige« waren.

Nicht im Märchen, nicht im Unterhaltungsfernsehen, in dem ich immer noch unterwegs bin. Aber ich stolpere nun dauernd über solche Sachen und will es weder begreifen noch hinnehmen, dass mich im Netz Influencerinnen zur Ordnung rufen, die sich erst ihre Fingernägel ankleben, bevor sie mich beschimpfen. Was immer ich da sage, ist eine Meinung, zu der ich im Laufe eines längeren Lebens gekommen bin. Und es geht beruflich weiterhin um nichts. Dass ich Eric Clapton lieber im Radio höre und spiele als Drake, lasse ich mir gerne vorwerfen. Dass ich weder vor ein Mikrofon noch vor eine Kamera gehöre, behaupten Dutzende kluger und engagierter Journalisten seit Jahrzehnten. Sie mögen ja recht haben. Aber was ich da von mir gebe, ist *eine* Meinung, man kann anderer sein, und ich finde das völlig in Ordnung. Man konnte mal streiten, ohne sich zu beschimpfen. Das scheint mir verloren gegangen zu sein. Auch und gerade wenn es um mehr geht als um musikalische Präferenzen und modischen Firlefanz. Jetzt, wo ich endlich anfange, mich zu trauen, auch mal den Mund aufzumachen, wenn es um Substanzielles geht, merke ich, wie schwer mir das fällt.

Die Leichtigkeit im Umgang miteinander darf auch dann nicht verloren gehen, wenn die Schwere des Themas sie anscheinend verbietet. Diesen Punkt haben wir leider hinter uns gelassen. Einer anderen Meinung zu sein darf Widerspruch und meinetwegen auch Widerstand erzeugen. Aber keinen Hass. Und da stehen wir gerade. Mein Unterhaltungsmantra »Es geht doch um nix« hat ausgedient. Es geht mittlerweile immer um alles. Die Guten gegen die Bösen. Woke oder tot. Die Aufgewachten gegen die Entschlafenen. Dazwischen gibt es nichts. Ich vermisse diesen Freiraum. Im Graubereich zwischen Richtig und Falsch durfte man ein Suchender sein, der zwar immer strebend sich bemüht, aber eben auch irrlichtert, blödelt und provoziert.

Ich habe mal irgendwo gelesen, ich hätte die Leichtigkeit ins deutsche Fernsehen gebracht. Das war zu Beginn meiner Karriere nicht meine Absicht. Es ist auch nicht mein Ziel, sie an deren Ende wieder mitzunehmen. ■

SPIEGEL Bestseller

BELLETRISTIK

Eine Frau erzählt der Tochter von ihrem Leben, das wiederum geprägt ist vom frühen Verlust der eigenen Mutter – die war die berühmte Schauspielerin Romy Schneider. Nicht einmal eigene Erinnerungen sind ihr geblieben. | **Platz 12**

1	(–)	**Sebastian Fitzek**	Playlist	Droemer; 22,99 Euro
2	(2)	**Antje Rávik Strubel**	Blaue Frau	S. Fischer; 24 Euro
3	(1)	**Dirk Roßmann / Ralf Hoppe**	Der Zorn des Oktopus	Lübbe; 20 Euro
4	(3)	**Kerstin Gier**	**Vergissmeinnicht – Was man** bei Licht nicht sehen kann	S. Fischer; 20 Euro
5	(5)	**Michael Hjorth / Hans Rosenfeldt**	Die Früchte, die man erntet	Wunderlich; 24 Euro
6	(6)	**Jonathan Franzen**	Crossroads	Rowohlt; 28 Euro
7	(8)	**Edgar Selge**	Hast du uns endlich gefunden	Rowohlt; 24 Euro
8	(–)	**Bernhard Schlink**	Die Enkelin	Diogenes; 25 Euro
9	(7)	**Volker Klüpfel / Michael Kobr**	Morgen, Klufti, wird's was geben	Ullstein; 14 Euro
10	(9)	**Juli Zeh**	Über Menschen	Luchterhand; 22 Euro
11	(10)	**Dora Heldt**	Geld oder Lebkuchen	dtv; 15 Euro
12	(–)	**Sarah Biasini**	Die Schönheit des Himmels	Zsolnay; 22 Euro
13	(–)	**Cecelia Ahern**	**Sommersprossen – Nur** zusammen ergeben wir Sinn	Fischer Krüger; 20 Euro
14	(12)	**Susanne Abel**	Stay away from Gretchen	dtv; 20 Euro
15	(–)	**Ellen Sandberg**	Das Geheimnis	Penguin; 20 Euro
16	(4)	**Sarah J. Maas**	**Das Reich der sieben Höfe –** Silbernes Feuer	dtv; 21 Euro
17	(11)	**Hervé Le Tellier**	Die Anomalie	Rowohlt; 22 Euro
18	(15)	**Ursula Poznanski**	Shelter	Loewe; 19,95 Euro
19	(13)	**Eva Menasse**	Dunkelblum	Kiepenheuer & Witsch; 25 Euro
20	(17)	**Simon Beckett**	Die Verlorenen	Wunderlich; 24 Euro

SACHBUCH

Erneut wendet sich der Bestsellerautor dem 20. Jahrhundert zu, schildert das Jahrzehnt vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs – und zwar über ausgewählte Romanzen. Sophie Scholl kommt ebenso vor wie Pablo Picasso. | **Platz 1**

1	(–)	**Florian Illies**	Liebe in Zeiten des Hasses	S. Fischer; 24 Euro
2	(2)	**Hape Kerkeling**	Pfoten vom Tisch!	Piper; 22 Euro
3	(–)	**Barack Obama / Bruce Springsteen**	Renegades	Penguin; 42 Euro
4	(4)	**Marianne Koch**	Alt werde ich später	dtv; 18 Euro
5	(1)	**Roland Kaiser / Sabine Eichhorst**	Sonnenseite	Heyne; 20 Euro
6	(5)	**Elke Heidenreich**	Hier geht's lang!	Eisele; 26 Euro
7	(8)	**Harald Welzer**	Nachruf auf mich selbst	S. Fischer; 22 Euro
8	(7)	**Laura Malina Seiler**	Zurück zu mir	Rowohlt; 15 Euro
9	(3)	**Anne Fleck**	Energy!	dtv; 25 Euro
10	(10)	**Joe Miller / Uğur Şahin / Özlem Türeci**	Projekt Lightspeed	Rowohlt; 22 Euro
11	(12)	**Boris Herrmann / Andreas Wolfers**	Allein zwischen Himmel und Meer	C. Bertelsmann; 24 Euro
12	(13)	**Eckart von Hirschhausen**	**Mensch, Erde!** Wir könnten es so schön haben	dtv; 24 Euro
13	(20)	**Mai Thi Nguyen-Kim**	**Die kleinste** gemeinsame Wirklichkeit	Droemer; 20 Euro
14	(–)	**Stefan Aust / Adrian Geiges**	**Xi Jinping –** der mächtigste Mann der Welt	Piper; 22 Euro
15	(19)	**Frank Schätzing**	**Was, wenn wir einfach** die Welt retten?	Kiepenheuer & Witsch; 20 Euro
16	(–)	**Hendrik Streeck**	Unser Immunsystem	Piper; 22 Euro
17	(11)	**Daniel Schreiber**	Allein	Hanser Berlin; 20 Euro
18	(–)	**Norbert Häring**	Endspiel des Kapitalismus	Quadriga; 22 Euro
19	(–)	**Peter Wohlleben**	Der lange Atem der Bäume	Ludwig; 22 Euro
20	(–)	**Volker Struth**	Meine Spielzüge	Piper; 22 Euro

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); Informationen unter spiegel.de/bestseller

Autorin Rijneveld

Julia Steinigeweg / DER SPIEGEL

Unerhört sie selbst

LITERATUR Als mögliche Übersetzerin des Amanda-Gorman-Gedichts geriet sie in einen Shitstorm, jetzt ist ihr zweiter Roman erschienen: Marieke Lucas Rijneveld ist in jeder Hinsicht eine Ausnahmeschriftstellerin.

Dass sie den International Booker Prize erhalten würde, erfuhr Marieke Lucas Rijneveld wenige Stunden vor der Preisverleihung. Sie war 29 Jahre alt, außerhalb der Niederlande so gut wie unbekannt, und sie hatte einige namhafte Mitbewerber aus dem Rennen geschlagen, Michel Houellebecq und Daniel Kehlmann zum Beispiel. Zudem war es ihr Debütroman »Was man sät«, der ausgezeichnet wurde, die Geschichte einer streng religiösen Bauernfamilie, in der ein Kind stirbt und die Traurigkeit alle Überlebenden voneinander wegtreibt. Bis die Zeremonie in jenem August 2020 begann, durfte Marieke Lucas Rijneveld niemandem etwas von dem Preis sagen. Das Glück gehörte ihr einige Stunden lang allein. Sie sei in ihr Hotel gegangen, so erzählt sie es, setzte sich in die Badewanne und dachte: »Jetzt bin ich Schriftsteller.«

Bis zu diesem Moment, sagt sie, habe sie nicht daran geglaubt, dass ausgerechnet ihr das gelingen könnte. Während ihrer Grundschulzeit gab es Zweifel, ob sie überhaupt jemals lesen und schreiben lernen würde, oft hatte sie Dinge, die sie an einem Tag gelernt hatte, am nächsten Tag schon wieder vergessen. Die Fantasiewelt verdrängte in ihrem Kopf den Schulstoff. Später halfen ihr Nachhilfe- und Therapiestunden.

Beim Schreiben ihres Debütromans sei sie einer Art innerem Drang gefolgt. Das mag etwas klischeehaft klingen, aber die Lektüre wischt alle Einwände hinweg. Schon die ersten Kapitel, die ersten 30, 40 Seiten, sind von einer Wucht und Schönheit, wie sie nicht häufig vorkommen: ein eigener Ton, so noch nicht gehört, noch nicht gelesen. Eigentümliche Szenen der Zuneigung wie diese sind in »Was man sät« zu entdecken: »Matthias war schon früher auf den See gegangen, er lief zusammen mit ein paar Freunden die Poldertour mit. Das war eine Strecke von 30 Kilometern, und der Sieger bekam ein Euterbrötchen mit Senf und eine Goldmedaille mit der Jahreszahl 2000. Am liebsten hätte ich ihm einen Gefrierbeutel über den Kopf gezogen, damit ihm lange warm blieb, den Klackverschluss um seinen Hals zugedrückt. Er wuschelte mir kurz durchs Haar, ich strich es schnell wieder glatt, wischte mir ein paar Krümel vom Schlafanzugoberteil.«

Bei der Booker-Prize-Verleihung sagte Rijneveld, dass sie überwältigt sei und so glücklich »wie eine Kuh mit sieben Eutern«. Nach gut einem Jahr ist die Euphorie etwas abgeklungen, aber die Dankbarkeit für die Anerkennung ist noch immer groß, und es wird deutlich, dass hier jemand ermutigt wurde, dessen Talent zwar überbordend, doch dessen Selbstvertrauen löchrig ist. Die Zweifel sind ein ständiger Begleiter. »Ich habe jetzt nicht mehr so große Angst, dass mir alles verloren geht, wenn ich einen Tag nichts geschrieben habe«, sagt Rijneveld. »Ich habe jetzt schon was geschafft, den Preis nimmt mir ja niemand mehr weg.«

Sie ist nach Berlin gekommen, um die deutsche Übersetzung ihres zweiten Romans »Mein kleines Prachttier« vorzustellen. Allein dieser Titel ist verwirrend, einerseits klingt er altmodisch schön, zugleich wirft er die Frage auf, was damit wohl gemeint sein könnte. Es ist ein grauer, regnerischer Tag im Oktober, das Interview findet im Haus des Suhrkamp Verlags statt. »Hallo, ich bin Marieke Lucas Rijneveld«, sagt die Person mit den blonden, halblangen Haaren, vorn in einer auffällig rechtwinkligen Stufe geschnitten. Sie trägt ein schwarzes, bis obenhin geknöpftes Hemd, durchwirkt von einem Blumenmuster, eine schwarze Hose, schwarze Halbschuhe. Doch bemerkenswert ist vor allem ihr Lächeln,

Marieke Lucas Rijneveld: »Mein kleines Prachttier«. Aus dem Niederländischen von Helga van Beuningen. Suhrkamp; 364 Seiten; 24 Euro.

schüchtern, offen, umwerfend zugleich. »Nice to meet you.« Die floskelhaften Worte, die in der Regel ja routiniert runtergerattert werden, wirken aufrichtig. Dieser Eindruck – dass hier jemand meint, was er sagt, und darum ringt, mit dem Gesagten möglichst nah an die eigenen Gedanken und Gefühle heranzureichen – wird das Treffen begleiten.

Zum Auftakt an Marieke Lucas Rijneveld die Frage: »Wie möchten Sie angesprochen werden?« Sie wuchs als Marieke Rijneveld auf einem Bauernhof in einem »sehr kleinen Dorf« in Nordbrabant in den Niederlanden auf. Als sie von zu Hause auszog, um in Utrecht eine Ausbildung zu beginnen, entschied sie sich, den zweiten Vornamen Lucas einzufügen. In ihrem Wikipedia-Eintrag steht, sie »identifiziert sich sowohl mit dem männlichen als auch mit dem weiblichen Geschlecht«.

Sie selbst kann mit großer Selbstverständlichkeit davon sprechen, wie sie empfindet, warum sie keine Wahl für ein Geschlecht treffen möchte; dazu später mehr. Doch sie ist einverstanden, dass in diesem Text das feminine Personalpronomen benutzt wird.

Die Mitarbeiter des Suhrkamp Verlags haben auf einem Tisch über 20 Exemplare ihres neuen Romans drapiert, auf einem Stapel thront ein kleiner Plastikhirsch mit einem Geweih. Ein schräger Scherz, der zu dem Buch passt. Es erzählt von einem 14-jährigen Mädchen, das den Wunsch in sich spürt, wie ein Junge im Stehen pinkeln zu können, und gern erleben würde, dass zwischen ihren Beinen »ein Geweih« wächst, kein besonders großes, lieber ein kleiner Pimmel, wie ihn die Marmorengelchen in der Kirche haben. Die Mutter dieses Mädchens ist abwesend, vielleicht ist sie gestorben, vielleicht liegt sie ewig betäubt von Medikamenten im Bett, vielleicht lebt sie aber auch irgendwo fern von ihrer Familie. Die Leserin weiß es nicht so genau, denn das Mädchen, das mit seinem Vater und dem älteren Bruder auf einem Bauernhof lebt, ist sehr fantasiebegabt.

Die Geschichte wird aber nicht aus ihrer Perspektive erzählt, sie ist das kleine Prachttier, der Augenstern eines erwachsenen, viel älteren Mannes, eines Tierarztes, der in schmerzhaft intensiver Liebe zu ihr entbrannt ist. Er ist der Erzähler, was der Geschichte eine herausfordernde Windung verleiht. Denn wer sich auf den Roman einlässt, der ohne Absätze und mit nur sehr wenigen Punkten erzählt wird, befindet sich im Kopf eines Mannes, der eine 14-Jährige dabei beobachtet, wie sie ihre Kindheit abstreift, und sich nach ihr verzehrt. Das klingt allerdings viel eindeutiger, als dieses schillernde Werk daherkommt. Es gleicht einem Blick durch ein Kaleidoskop, jedes Kapitel bringt einen weiteren Dreh, und das ganze Bild verändert sich ständig.

»An Cancel Culture beteilige ich mich nicht. Ich bin immer noch für Meinungsfreiheit.«

Eine entscheidende Brechung besteht natürlich darin, dass eben Marieke Lucas Rijneveld »Mein kleines Prachttier« geschrieben hat, mittlerweile 30 Jahre alt, eine gefeierte Schriftstellerin und ein Vorbild für andere, die sich nicht eindeutig männlich oder weiblich identifizieren. Wäre dieses Buch von einem älteren Mann geschrieben worden, würde man einzelne Szenen als unzumutbare Grenzüberschreitung empfinden. Aber ein anderer Autor hätte es eben auch nicht so geschrieben, nicht so schwebend und spielerisch. Literatur kann einen mitnehmen auf schwieriges, neues Terrain; Rijnevelds Bücher sind dafür exemplarisch. Die Empathie, die aus ihrer Erzählstimme spricht, entzieht der Geschichte den Boden für einfache moralische Urteile. Und als Person verweigert sie sich solchen Kategorien ebenfalls. »Ich habe Schwierigkeiten mit dem Wort Missbrauch«, sagt Rijneveld, »für mich ist es vor allem ein Buch über verbotene Liebe, über ein Mädchen und einen Tierarzt, die beide auf der Suche nach jemandem sind, der sie sieht.« Die Widmung, fast unscheinbar auf einer der ersten Seiten abgedruckt, lautet »Für dich«.

Eigentlich sollte ihr zweiter Roman von einer Flutkatastrophe erzählen, die 1953 in den Niederlanden Zerstörung und Tod brachte. Das Buch war sogar schon angekündigt. Dann aber war Rijneveld bei Freunden eingeladen, und einer fragte, was die Figur des Tierarztes aus ihrem Debüt »Was man sät« eigentlich genau für ein Mann sei. Er taucht darin nur am Rande auf, ist eine Art Gegenfigur zu der durch Trauer ruinierten Familie. Rijneveld aß gerade eine Cremeschnitte, als die Frage sie traf. Das scheint sie noch genau zu wissen, sie erzählt es wie nebenbei, eine Kleinigkeit, die verrät, wie detailliert Rijneveld die Welt wahrnimmt.

Als sie von diesem Besuch nach Hause radelte, habe sie die Erzählstimme des Tierarztes bereits in ihrem Kopf gehört. »Ich habe mich gleich ans Schreiben gemacht und für zwei, drei Monate nicht mehr aufgehört, ich wusste nicht genau, wohin es ging, ich wusste nur, dass ich weiterschreiben musste, um es nicht zu verlieren.« Bei »Was man sät« sei das ganz anders gewesen, den Roman habe sie genau komponiert und sechs Jahre daran gearbeitet.

Was beide Bücher verbindet, ist Rijnevelds Art zu erzählen. Das Nebeneinander eines fast altmeisterlichen hohen Tons und die Unverblümtheit, einfach alles zur Sprache zu bringen: die Besamung von Rindern genauso wie das Antlitz eines Toten, der sich erhängt hat; das Herabsegeln eines Bilds von Königin Beatrix im Moment eines erzwungenen Beischlafs ebenso wie die Keulung von zig Kühen aufgrund der Maul- und Klauenseuche. Diese Schriftstellerin ist so jung und so unerhört sie selbst, dass man ihre Bücher fast etwas ungläubig liest. Woher nimmt sie die Sprachgewalt, den Reichtum an Metaphern?

Rijneveld ist mit der Bibel aufgewachsen, täglich habe ihr Vater der Familie daraus vorgelesen, und bis heute hält sie deren Sprache für das Schönste. Sie habe sich in ihrem Kopf eingenistet. Während ihrer Schulzeit entdeckte sie dann die Bücher von Roald Dahl für sich und die »Harry Potter«-Romane von J.K. Rowling. Eine neue Sprache für Rijneveld und eine neue Erkenntnis: Sie ist nicht allein auf der Welt mit ihrer blühenden Fantasie. »Das fand ich irgendwie schade, aber auch beruhigend.« Als sie 16 war, bekam Rijneveld Unterricht bei einer Logopädin, denn sie lispelte stark. Dort in der Praxis hing ein Gedicht von Anna Enquist. Heute verehrt sie die viele Jahre ältere niederländische Schriftstellerin, Psychoanalytikerin und Pianistin. Damals haben sie deren Verse so beeindruckt, dass Rijneveld anfing, selbst Gedichte zu schreiben.

Doch so wichtig das Lesen für sie auch gewesen sei – stärker habe sie das Schreiben geprägt. Die Erfahrung, dass sich, wenn sie den Laptop

Patrick Semansky / dpa

Dichterin Gorman im Januar bei der Amtseinführung von Joe Biden: Ein Ende der Chancenungleichheit

FASZINATION ERDE

288 Seiten, durchgehend vierfarbig, gebunden · 24,00 €

Qualmende Vulkane, einsame Wüsten, traumhafte Atolle und pulsierende Metropolen: Über 50 faszinierende Aufnahmen aus dem All und die spannenden Geschichten dahinter präsentiert dieses Buch, basierend auf der beliebten SPIEGEL-Kolumne »Das Satellitenbild der Woche«.

Foto: © NASA/unsplash

DVA
www.dva.de

SPIEGEL Buchverlag

aufklappt und loslegt, eine Art Register in ihrem Kopf öffnet, auf das sie schreibend und nur schreibend zugreifen könne, sei manchmal fast ein bisschen magisch. »Dann komme ich überallhin.« Wenn sie das Schreiben beendet, mache sich häufig ein Gefühl breit von – was jetzt?

Die Möglichkeit, schreibend auf die Welt zu reagieren, scheint für Marieke Lucas Rijneveld eine Art Haltegriff zu sein. 15 Monate liegt es nun zurück, dass sie den Booker Prize erhielt, und gleich ein halbes Jahr nach dieser Ehre geriet sie im Februar in eine scharfe Auseinandersetzung. Es ging um die Frage, wer Amanda Gormans Gedicht »The Hill We Climb« übersetzen darf. Rijneveld sagt heute, sie habe diese Situation wie einen Sturm empfunden.

Im niederländischen Verlag Meulenhoff wollte man den Übersetzungsauftrag an sie vergeben, den jungen Star der Literaturszene, eine Dichterin zudem, denn neben ihren Romanen hat Rijneveld in Holland auch schon zwei Gedichtbände veröffentlicht. Doch sehr schnell wurde Einspruch laut: Rijneveld teile als Weiße nicht die Diskriminierungserfahrungen der schwarzen US-Dichterin Gorman und sei deshalb die Falsche für diese Aufgabe.

Heute sagt sie: »Ich denke, dass Amanda und ich mehr Ähnlichkeiten haben, als manche Leute glauben. Ich denke, dass man dasselbe erfahren kann auf verschiedene Weise, und ich glaube, dass übersetzen oder etwas begreifen, dass Empathie und etwas fühlen, das all das nichts mit Hautfarbe zu tun hat.« Der Konflikt war für sie aber auch mit der Erkenntnis verbunden, dass es einen Unterschied gibt zwischen den Aufträgen, die nicht weiße und weiße Menschen bekommen – und dass diese Chancenungleichheit ein Ende haben muss.

Rijneveld hat sich, als die Diskussion im Februar losbrach, sofort selbst aus dem Spiel genommen und ist von dem Auftrag zurückgetreten. Sie hätte die Arbeit nicht mehr in Freiheit machen können, sagt sie heute. Der Sturm traf eine verletzbare Person. Eigentlich wollte sie keine öffentliche Antwort geben, aber sie spürte, wie traurig sie war, dass sie nicht still bleiben konnte. Sie reagierte mit einem Gedicht. Der Titel: »Alles bewohnbar«. Die ersten zwei Zeilen: »Den Widerstand nie aufgegeben, das Urgerangel in Freud und Leid/der Kanzelpredigt nie blind gehorcht«.

Die Begegnung mit Rijneveld ist die Begegnung mit einem empfindsamen Menschen, es ist keine harte Schale spürbar, kaum eine Schutzschicht. Doch »das Urgerangel in Freud und Leid«, von dem sie schrieb, kennt sie gut. Dort, wo sie herkommt, in ihrer calvinistischen Familie, sei es schwer gewesen, den Eltern zu erklären, dass sie sich vielleicht mehr wie ein Junge fühlt, dass sie nicht einfach nur Marieke sein will, sondern fortan Marieke Lucas. Sie war damals 19 Jahre alt. Die Eltern, sagt sie, haben das als schrecklich empfunden. Aber so schön die Sprache der

Samir Hussein / WireImage / Getty Images

»Harry Potter«-Erfinderin Rowling

Bibel auch ist – was von der Kanzel gepredigt wird, ist meist gebieterisch. Rijneveld hat solche Eindeutigkeiten abgestreift.

Den Namen Lucas wählte sie, weil ihr Fantasiefreund in Kindheitstagen so hieß, und als sie die Entscheidung traf, habe sie gedacht, der Name passe, er gehörte ohnehin schon zu ihr. »Ich habe das getan in der Vorstellung, dass ich noch zurückkann zu Marieke oder weiter zu Lucas. Oder ich behalte beide, bleibe dazwischen, so ist es bis heute, dass ich mich mehr dazwischen fühle und noch keine Wahl treffe, und vielleicht werde ich mich auch nie entscheiden.«

Ein anderer wichtiger Freund ihrer Kindheit, »Harry Potter«, führte sie im vergangenen Sommer noch mal mitten hinein in die Debatte um die Frage, ob das eigene Geschlecht eine biologische Tatsache ist oder frei bestimmt werden kann. Ausgerechnet »Harry Potter«-Schöpferin J. K. Rowling stritt dafür, am Determinismus der Biologie festzuhalten. Rijneveld fand das mindestens heikel. Aber sie strahlt auch Gelassenheit aus, als es im Gespräch darum geht.

Anders als viele alte Fans von Rowling liegt es ihr fern, die Schriftstellerin zu verdammen. »An Cancel Culture beteilige ich mich nicht, ich bin immer noch für Meinungsfreiheit.« Das Werk »Harry Potter« betrachte sie losgelöst von dieser Diskussion, für sie bleiben es weiterhin wichtige und gute Romane, auch wenn sie sich gewünscht hätte, dass jemand mit dem Einfluss und so vielen Followern wie Rowling einfühlsamer gehandelt hätte.

Die Kanzelpredigt behagt Rijneveld eben nicht. Wobei so eine Kanzel nicht zwangsläufig in einer Kirche stehen muss, in den sozialen Medien werden ständig neue erbaut. Wie heißt es in ihrem Gedicht? »Den Widerstand nie aufgegeben.« Es ist ein sanfter, fantasiebefeuerter Widerstand. Marieke Lucas Rijneveld erprobt ihn in ihrer Literatur.

Claudia Voigt ■

Starke Kinder –
nur mit Ihrer Hilfe.
RTL
SPENDENMARATHON
Donnerstag ab 18:00 | 18.11.
rtlwirhelfenkindern.de | Charity-SMS mit KINDER
an die 44844 (10€ / SMS + ggf. Kosten für den SMS-Versand)
Sparda-Bank
Spendenkonto: DE55 370 605 905 605 605 605
Jetzt spenden
DZI
Spenden-
Siegel

Peter Hartwig / Zeitsprung Pictures / Wild Bunch Germany

Der Unwiderstehliche

KINO Regisseur Andreas Kleinert und sein grandioser Hauptdarsteller Albrecht Schuch erzählen die Lebensgeschichte des tollen, unglücklichen Dichters Thomas Brasch.

200 000 Dollar für ein Leben. Das ist der Deal, den ein Verleger an einem New Yorker Bartresen der Siebzigerjahre dem deutschen Schriftsteller Thomas Brasch vorschlägt. Sobald Brasch seine Lebensgeschichte aufgeschrieben habe, auf grob geschätzt 800 Seiten, sei ihm das Honorar sicher, verspricht der Amerikaner.

Der Film »Lieber Thomas« zeigt dieses Fünftelmillion-Dollar-Angebot als Märchenszene. In einem himmelhohen, fast menschenleeren Festsaal plaudern zwei trinkende Männer am Tresen. Der ältere verkündet raunzend und großspurig, was er zu bieten hat – und im Gesicht des Schauspielers Albrecht Schuch, der den Brasch spielt, sieht man ein Leuchten.

Einen Moment lang wirkt es so, als wäre da ein Kerl überraschend der Glücksfee begegnet, die ihn mit Glanz und Gold überschütten will. Dann wird sein Blick ernst, die Idee ist verworfen, das Biografieprojekt wird nie zustandekommen.

Der reale, im Jahr 1945 geborene und 2001 gestorbene, Schriftsteller Thomas Brasch hat über die Ablehnung des Lebensberichts-Deals, der ihm bei einem New-York-Aufenthalt tatsächlich angeboten wurde, geschrieben: »Es war richtig, alle Vorschläge abzulehnen, meinen Gefängnisaufenthalt oder meinen Weggang aus der DDR oder die Kadettenschule als Literatur zu verwursten oder zu sensationalisieren.«

Nun haben der Drehbuchautor Thomas Wendrich und der Regisseur Andreas Kleinert zwar keine Literatur, aber einen spektakulären Kinofilm aus den Sensationen im Leben des Dichters Brasch gemacht.

Brasch wuchs im Osten Deutschlands als Sohn eines hohen SED-Funktionärs auf, des vor den Nazis nach England geflohenen Horst Brasch, eines Katholiken mit jüdischer Mutter, und seiner gleichfalls jüdischen Frau Gerda. Er musste als Elfjähriger für vier Jahre in die Kadettenanstalt der Nationalen Volksarmee einrücken und durfte sie auch dann nicht verlassen, als er seinen Vater darum bat.

Brasch-Darsteller Schuch in »Lieber Thomas«: Betreuungsbedürftiger Luftikus

Er verteilte als junger Dichter 1968 in Ost-Berlin Flugblätter gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings und wurde dafür in den Knast geworfen, weil sein Vater ihn an die Stasi verriet. Er protestierte 1976 gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann und siedelte bald darauf gemeinsam mit seiner damaligen Freundin Katharina Thalbach in den Westen über.

Von alldem berichtet der Film »Lieber Thomas«. Er ist, in Anbetracht der vielen dramatischen Wendungen, ein verblüffend ruhiges Werk. In wunderschön stilisierten Schwarz-Weiß-Bildern sieht man einem sensiblen und begabten Jungen, der im Kindesalter von Claudio Magno gespielt wird, beim Aufwachsen in einer Cottbuser Wohnung zu. Das Heim der Funktionärsfamilie Brasch wirkt wie ein Musterhaushalt der sozialistischen Aufbauzeit – und wie ein idyllisches Gegenstück zur Drillhölle der Kadettenkaserne, in die der strenge Vater (Jörg Schüttauf) den jungen Helden bald einliefert.

Nach überstandener Schulzeit wird der nun von Schuch dargestellte Jungdichter Brasch als frecher, umschwärmter, nur manchmal zorniger Draufgänger im Kreis junger Kunstbegeisterter gezeigt. Er ist der König einer Boheme, in der geraucht und getrunken, diskutiert und geliebt wird, als ob es kein Morgen gäbe. Wie die Frauen und Männer, die hier in jungem Ungestüm malen, schreiben und Musik machen, interessiert sich auch der Filmemacher Kleinert erst mal nicht für die Spießigkeit des DDR-Alltags draußen vor der Tür.

Die Zwänge in Ausbildungsstätten und am Arbeitsplatz, die Zumutungen einer von Kommunisten und kaum geläuterten Nazis geprägten Zwangsgemeinschaft bleiben zunächst ausgesperrt. Dafür schwelgt »Lieber Thomas« im jugendlichen Leichtsinn ostdeutscher Hippies und Nonkonformisten, für die nach der Feier stets vor dem Fest zu sein scheint. Oder wie es in einem Brasch-Gedicht heißt: »Wolken gestern und Regen/Jetzt ist keiner mehr hier/Ich bin nicht dagegen/Singe und trinke mein Bier«.

»Ich wollte davon erzählen, dass man als junger Mensch in der DDR Spaß haben konnte«, sagt der Regisseur Kleinert, der 1962 geboren wurde und selbst im Osten Deutschlands aufwuchs, im Zoom-Interview. Im

Film will sein Schriftstellerheld einmal mit einer Gefährtin nach Rumänien reisen, doch das Visum für die Urlaubstour wird ihnen verweigert. So bleiben sie im Land und wälzen sich an der Ostsee nackt im Sand, während ihnen mit Feldstechern ausgerüstete DDR-Grenzwächter beim Liebesspiel zusehen.

»Die gesellschaftlichen Bedingungen sind nicht unbedingt ausschlaggebend dafür, ob ein Mensch glücklich oder unglücklich ist«, sagt der Regisseur. Seinen Protagonisten Brasch sieht man in jungen Jahren selig an einer Werkbank in der DDR-Provinz rackern und später todtraurig durch New York streifen.

Der Filmemacher Kleinert hat 1999 mit dem düsteren Nachwende-Kinodrama »Wege in der Nacht« viele Kritikerinnen und Kritiker begeistert und dann eine Menge Fernsehfilme und »Polizeiruf 110«-Folgen gedreht, von denen einige mit Preisen ausgezeichnet wurden. »Lieber Thomas« ist ein Projekt, an dem er fast zehn Jahre gebastelt hat.

Der Film zeigt Stationen und Traumbilder eines historischen Familiendramas, das sich bereits in Kinowerken und Romanen als lohnender Erzählstoff erwies. In Annekatrin Hendels Dokumentation »Familie Brasch – Eine deutsche Geschichte« aus dem Jahr 2018 beispielsweise oder im Roman »Ab jetzt ist Ruhe«, den die Radiojournalistin und Autorin Marion Brasch 2013 veröffentlicht hat. Sie ist Thomas Braschs 16 Jahre jüngere Schwester.

Es gibt kluge Leute, die das Schicksal der Kulturpolitiker- und Künstlerfamilie Brasch mit den Triumphen und Wirrungen in der Familie des Literaturnobelpreisträgers Thomas Mann vergleichen. Das mag ein bisschen schief sein, aber alle vier Kinder des stellvertretenden DDR-Kulturministers Horst Brasch (1922 bis 1989) und seiner aus Wien stammenden Frau Gerda zeigten künstlerisches Talent.

Thomas war der Star. Der zweitjüngste Sohn Klaus, ein Schauspieler, nahm sich 1980 das Leben. Der drittjüngste Sohn Peter, ein Dramaturg und Autor von Kinderstücken, starb unter unklaren Umständen wie Thomas im Jahr 2001. Marion Brasch hat über ihre Erinnerungsarbeit einmal gesagt: »Ich bin froh, in dieser Familie gelebt zu haben. Das waren alles sehr interessante Leute. Ich bin weder wütend, noch muss ich jemandem vergeben.«

Mit Wut und Anklage hat Kleinerts Film gleichfalls nichts im Sinn. Auch die Verklärung der Lebensverhältnisse von Künstlermenschen und Oppositionellen in der DDR liege ihm fern, sagt Kleinert. Er hält seine Dichterbiografie für ein politisches Werk. »Weil sie die Zuschauerinnen und Zuschauer hoffentlich dazu bringt, die jetzigen gesellschaftlichen Zustände zu hinterfragen und die eigenen Lebensentwürfe zu überprüfen.« Er schildere eine Zeit, die chaotisch und fast immer anstrengend war, so Kleinert. »In erster Linie aber porträtiere ich einen Menschen, der vor allem eines war: frei.«

Der Schriftsteller Brasch wurde geliebt: für seinen Mut, seine Ausstrahlung – und für Gedichte voller Poesie und Zorn.

Der Schriftsteller Brasch, auch davon handelt »Lieber Thomas«, war eine sensationelle Begabung – und wurde zu einem unglücklichen Helden der deutsch-deutschen Literatur. In späten Berliner Jahren erschien der von Kokain- und Alkoholsucht gezeichnete Dichter auch vielen Verehrerinnen und Verehrern als tragische Figur.

In der DDR flog er von der Filmhochschule und musste sich nach kurzer Zeit im Knast und zwei Jahre lang an der Werkbank einer Fabrik bewähren, natürlich wurde er bespitzelt. Sein wohl bekanntester Erzählband »Vor den Vätern sterben die Söhne« durfte im Osten nicht erscheinen, angeblich wegen »DDR-untypischer Tristesse«. Nach der Ausreise in den Westen war das Buch dort ein Bestseller, auch Braschs Theaterstück »Lovely Rita« wurde zum Hit. Seine erste Regiearbeit fürs Kino, die Gangsterballade »Engel aus Eisen«, schaffte es 1981 zu den Filmfestspielen nach Cannes und gewann den Bayerischen Filmpreis.

Danach gelangen Brasch hochgelobte Übersetzungen etwa von Shakespeare-Dramen, aber nur noch wenige eigenständige Werke. Bis zu seinem Tod schrieb er an einem angeblich auf 20 000 Seiten angewachsenen Romanmanuskript, das bis heute nicht vollständig veröffentlicht ist. In einem Fernsehporträt des Journalisten Georg Stefan Troller sagte er einmal, er fühle sich »auf einem Stuhl festgeschnallt wie auf einem Schleudersitz, von dem man nicht weiß, ob er losgeht oder nicht«.

Jens Rötzsch / OSTKREUZ

Autor Brasch 1999

Auch Braschs schönstes Gedicht ist ein Dokument der Zerrissenheit, aus dem natürlich auch Kleinerts Film zitiert: »Was ich habe, will ich nicht verlieren, aber/wo ich bin will ich nicht bleiben, aber/die ich liebe will ich nicht verlassen, aber/die ich kenne will ich nicht mehr sehen, aber/wo ich lebe will ich nicht sterben, aber/wo ich sterbe, da will ich nicht hin/bleiben will ich, wo ich nie gewesen bin«.

»Lieber Thomas« ist eine Huldigung vor allem an den Lyriker und magischen Verführer Brasch. Der Film ist manchmal kitschig, wenn mit Schriftzügen verzierte Frauenkörper dazu herhalten müssen, die Verbindung von Erotik und Dichtkunst zu belegen. Aber der Schauspieler Schuch, der zuletzt in einigen großen Kinorollen zu sehen war, stürzt sich mit Witz und Lässigkeit in die Aufgabe, den Charme eines Kerls lebendig zu machen, von dem der Regisseur Kleinert sagt: »Wenn er in einen Raum kam, haben alle die Luft angehalten. Er wurde geliebt für seine Ausstrahlung, für seine Konsequenz, für seine Direktheit – und auch ein bisschen dafür, dass er ein authentischer Macho war.«

Tatsächlich ist Schuchs Brasch ein betreuungsbedürftiger Luftikus und Melancholiker. Im Kino wirkt es, als blickten die Sängerinnen und Schauspielerinnen an der Seite des Dichters überlegen-fürsorglich auf ihren allzeit flirtbereiten Gefährten. Die Darstellerinnen Ioana Iacob, Emma Bading und Jella Haase (die der jungen Katharina Thalbach staunenswert ähnelt) treten nicht als Groupies auf, sondern als Frauen, die sich mit dem erst aufgekratzten, dann verzagten Poeten durchaus selbstbewusst eine Weile amüsieren – und unverdrossen ihrer Wege gehen, wenn ihnen etwas Besseres, Verlässlicheres in die Quere kommt.

In seinen besten Momenten erinnert Kleinerts Film an das russische Kinomeisterwerk »Leto« aus dem Jahr 2018, den in Leningrad spielenden, elegant den Geist einer Ära lebendig machenden Film des Regisseurs Kirill Serebrennikow über einen sowjetischen Achtzigerjahre-Rockstar. In schlechteren Momenten lässt er einen an Oskar Roehlers Fassbinder-Hommage »Enfant Terrible« von 2020 denken, die als allzu schlichte Verklärung eines unsympathischen Egomanen im Gedächtnis geblieben ist.

Aus allen drei Filmen kann man übrigens lernen, wie sehr das Auftreten von scheinbar besonders eigensinnigen und nur der eigenen Mission verpflichteten Künstlermenschen vom Geist der Zeit geprägt ist, in der sie leben. Die Obsession, die eigene Arbeit unbedingt jeder Art von Kommerz verweigern zu müssen, ist jedenfalls unter Kreativen heutzutage deutlich weniger verbreitet als vor ein paar Jahrzehnten – heute würden wohl nur wenige zu einem 200 000-Dollar-Angebot für ihre Biografie einfach Nein sagen.

Wolfgang Höbel ■

Brutal ödipal

SERIENKRITIK Helfer oder Hochstapler? »The Shrink Next Door« erzählt von einem dubiosen Psychiater – und liefert abgründigen Humor.

Beth Dubber / Apple TV+

Darsteller Rudd, Ferrell

Ödipus geht immer, da macht man als Psychiater eigentlich nie was falsch. Dr. Isaac »Ike« Herschkopf (Paul Rudd) ist nicht unbedingt ein Musterexemplar seines Berufsstands, aber Freud hat er stets parat. Meist setzt er dessen Theorien ein, um sein Gegenüber gefügig zu machen. So wie in dieser Szene, als er mit seinem Patienten Martin »Marty« Markowitz (Will Ferrell) in dessen Garten darüber streitet, ob der schöne Kirschbaum gefällt werden soll.

Marty liebt den Baum, der Therapeut will ihn weghaben, vermeintlich um seinem Patienten zu helfen. Herschkopf erklärt: »Ein Freudianer würde sagen, dass dieser Baum der Phallus deiner Mutter ist, ein großer, drohender Totem ihres verbotenen Begehrens für dich. Oder ihr Geburtskanal, in den du dich zurückziehen willst.« Der Patient bricht zusammen, der Therapeut umarmt ihn und verspricht: »Ich liebe dich angemessen, du wirst blühen wie dieser Baum.«

Brutal ödipal könnte man die Tour nennen, mit der sich der Psychiater der Apple-TV-Serie »The Shrink Next Door« im Leben seines Patienten eingenistet hat: Erst dichtet er ihm einen Mutterkomplex an, dann befreit er ihn vom vermeintlichen familiären Ballast, um die emotionale Leerstelle mit der eigenen Person zu besetzen. Dr. Herschkopf ist das, was man im wahrsten Wortsinn einen Seelenklempner nennt. Mit grobem Werkzeug schraubt er sich in den Kopf seines Gegenübers – und von dort aus über das Herz in die Brieftasche. Bald residiert der Psychiater samt Familie in der Villa seines vermögenden Patienten, während Marty im kleinen Gästehaus auf zärtliche Zuwendungen wartet.

»The Shrink Next Door« basiert auf dem gleichnamigen Podcast des damaligen »New York Times«-Kolumnisten Joe Nocera. Der war im Jahr 2010 in die Hamptons gezogen – in direkte Nachbarschaft zu einem Psychiater der New Yorker High Society, der regelmäßig rauschende Feste feierte: Das war der echte Dr. Herschkopf. An den Wänden der Villa hingen Bilder, die ihn mit Prominenten wie Gwyneth Paltrow oder Henry Kissinger zeigten. Dann traf der Journalist in dem Haus auf einen stillen Mann, den er für den Gärtner hielt: den echten Marty Markowitz, in dessen Villa Herschkopf residierte.

»Ein Freudianer würde sagen, dass dieser Baum der Phallus deiner Mutter ist.«

Nocera begann zu recherchieren und legte ein augenscheinliches Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnis offen, das fast drei Jahrzehnte lang währte. Rund drei Millionen Dollar Honorar soll Herschkopf in dieser Zeit von Markowitz kassiert haben.

In der achtteiligen Serie wird der offenkundige therapeutische Missbrauch nun als pechschwarze Komödie erzählt. Bei allen bizarren Auswüchsen der Beziehung bleibt die Inszenierung subtil und die historische Ausstattung präzise. Die Geschichte beginnt Anfang der Achtzigerjahre in einem mittelständischen jüdischen Milieu, wie man es aus frühen Woody-Allen-Filmen kennt. Probleme mit der eigenen Sexualität werden bei den Protagonisten von Problemen mit den streng religiösen Familien überlagert. Viel Stoff für Therapiesitzungen.

Ike erkennt schnell, wo bei Marty der Schuh drückt: Seine Bar-Mizwa hat der sensible Junge damals vor Aufregung mit Durchfall auf dem Klo verbringen müssen. Nun organisiert er ihm einfach mit bemerkenswertem Pragmatismus eine weitere. In einer der schönsten Szenen sieht man, wie Therapeut und Patient in Zeitlupe wie 13-jährige Jungs in die Luft geworfen werden.

Der Psychiater verfügt über das Talent, leichthändig echte Traumata aufzuarbeiten – und dabei immer neue wie den Kirschbaum-Mutter-Komplex zu konstruieren. So hält er Marty im ewigen Reparaturstatus, gemäß dem Motto: Die Seele ist eine Baustelle.

Es ist erstaunlich, wie zurückhaltend die beiden Hauptdarsteller Rudd und Ferrell in der Comedy agieren. Rudd wurde spätestens als Ant-Man, dem niedlichsten aller Marvel-Helden, zum Superstar; Ferrell hat sich mit Filmen wie »Ricky Bobby – König der Rennfahrer« zum Großmeister grotesk überzeichneter Heldenporträts hochgespielt. Gemeinsam sah man die beiden 2013 in »Anchorman – Die Legende kehrt zurück«, damals gaben sie zwei notgeile Medienfuzzis mit aufgerissenen Hemden und offenen Hosen im US-Fernsehmilieu.

In »The Shrink Next Door« ist der Humor weniger derb – und zugleich abgründiger. Gerade Rudd liefert als Psycho-Schmock eine beängstigend doppelbödige Performance: Wenn er seinen Patienten umarmt, sieht das oft so aus, als legte er ihm eine Schlinge um den Hals.

Christian Buß ■

SZ Plus

Wer authentische Einblicke ins Weltgeschehen liefert

- Urlaubspostings von Freunden
- Beiträge der SZ-Korrespondenten weltweit

Erweitern Sie Ihre Perspektive.
Ab **9,99 €** mtl. mehr sehen –
mit den Digital-Abos der SZ.

Jetzt kostenlos testen:
sz.de/perspektiven

Süddeutsche Zeitung

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, **Telefon** 040 3007-0 · **Fax** -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · **Mail** spiegel@spiegel.de

INTERNET www.spiegel.de
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTION Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Melanie Amann, Thorsten Dörting, Clemens Höges

STRATEGIE & OPERATIONS Susanne Amann; Anne Seith

BLATTMACHER Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITORS Dr. Susanne Weingarten, Birger Menke

CREATIVE DIRECTORS Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz; Friederike Freiburg, Bente Kirschstein, Maximilian Rau, Ole Reißmann

CHEFS VOM DIENST *Print*: Anke Jensen, Jörn Sucher. *Online*: Patricia Dreyer, Anselm Waldermann; Melanie Ahlemeier, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicolai Kwasniewski, Jonas Leppin, Florian Merkel, Malte Müller-Michaelis, Charlene Optensteinen, Dr. Dominik Peters, Dr. Jens Radü (Multimedia), Daniel Raecke, Martin Wolf

REPORTER Ullrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit
Leitung: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock. Wolf Wiedmann-Schmidt (Teamleitung Innere Sicherheit). *Redaktion*: Maik Baumgärtner, Okan Bellikli, Sophie Madeleine Garbe, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Milena Hassenkamp, Julia Amalia Heyer, Valerie Höhne, Timo Lehmann, Veit Medick, Ann-Katrin Müller, Anna Reimann, Sven Röbel, Jonas Schaible, Sven Scharf, Christoph Schult, Christian Teevs, Severin Weiland. *Autoren, Reporter*: Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christiane Hoffmann, Fidelius Schmid. *Politik Hamburg*: Benjamin Schulz (Nachrichtenchef); Marc Röhlig, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA *Leitung*: Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik Ternieden, Dr. Markus Verbeet, Simone Salden (stellv.). *Redaktion*: Birte Bredow, Katrin Elger, Silke Fokken, Maik Großekathöfer, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelrath, Philipp Kollenbroich, Annette Langer, Gunther Latsch, Roman Lehberger, Benjamin Maack, Peter Maxwill, Miriam Olbrisch, Christopher Piltz, Alexander Preker, Ansgar Siemens, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. *Autoren, Reporter*: Jürgen Dahlkamp, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegrefe. *Berlin*: Guido Mingels, Andreas Wassermann

WIRTSCHAFT/NETZWELT *Leitung*: Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Judith Horchert (Netzwelt), Isabell Hülsen, Stefan Kaiser (stellv.). *Redaktion*: Benjamin Bidder, Markus Böhm, Michael Brächer, Florian Diekmann, Kristina Gnirke, Simon Hage, Dr. Claus Hecking, Henning Jauernig, Alexander Jung, Nils Klawitter, Janne Knödler, Matthias Kremp, Alexander Kühn, Maria Marquart, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schultz.
Berlin: Patrick Beuth, Simon Book, Markus Dettmer, Max Hoppenstedt, Michael Kröger, Cornelia Schmergal, Gerald Traufetter. *Autoren, Reporter*: David Böcking, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

AUSLAND *Leitung*: Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Katrin Kuntz (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.), Özlem Topçu (stellv.). *Redaktion*: Monika Bolliger, Fiona Ehlers, Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Muriel Kalisch, Steffen Lüdke, Sonja Peteranderl, Katharina Graça Peters, Jan Petter, Jan Puhl, Alexandra Rojkov, Anna-Sophie Schneider, Lina Verschwele. *Autoren, Reporter*: Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter. *Berlin*: Aleksandar Sarovic

WISSEN *Leitung*: Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.). *Redaktion*: Dr. Philip Bethge, Marco Evers, Susanne Götze, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Viola Kiel, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Julia Köppe, Julia Merlot, Jörg Römer, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität), Felix Wadewitz. *Autoren, Reporter*: Rafaela von Bredow, Christoph Seidler. *Berlin*: Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Frank Thadeusz. *Autor*: Jörg Blech

KULTUR *Leitung*: Sebastian Hammelehle, Stefan Kuzmany, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.). *Redaktion*: Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Xaver von Cranach, Nora Gantenbrink, Elisa von Hof, Oliver Kaever, Ulrike Knöfel, Carola Padtberg, Jurek Skrobala, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt. *Autoren, Reporter*: Lothar Gorris, Wolfgang Höbel. *Berlin*: Lars-Olav Beier, Philipp Oehmke, Hannah Pilarczyk, Tobias Rapp. *Autoren, Reporter*: Andreas Borcholte, Elke Schmitter

REPORTER *Leitung*: Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stuff (stellv.). *Redaktion*: Barbara Hardinghaus, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Max Polonyi, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter*: Uwe Buse, Marc Hujer, Frauke Hunfeld, Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung*: Udo Ludwig, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). *Redaktion*: Peter Ahrens, Anne Armbrecht, Matthias Fiedler, Michael Fröhlingsdorf, Jan Göbel, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Danial Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann

INVESTIGATION *Teamleitung*: Rafael Buschmann; Sven Becker, Roman Höfner, Theresa Locker, Nicola Naber, Sara Wess, Christoph Winterbach, Michael Wulzinger
Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise

MEINUNG & DEBATTE Anna Clauß, Lothar Gorris, Stefan Kuzmany

LEBEN *Leitung*: Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus, Janko Tietz. *Redaktion*: Irene Berres, Antje Blinda (Teamleitung Reise), Franziska Bulban, Markus Deggerich, Detlef Hacke, Maren Keller, Heike Klovert, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Ker (Teamleitung Gesundheit), Eva Lehnen, Philipp Löwe, Katherine Rydlink, Sandra Schulz, Julia Stanek, Nina Weber. *Autoren*: Enrico Ippolito, Jule Lutteroth, Marianne Wellershoff

JOB & KARRIERE (BEREITGESTELLT VON MANAGER MAGAZIN NEW MEDIA) *Leitung*: Helene Endres. *Redaktion*: Helene Flachsenberg, Florian Gontek, Katharina Hölter, Maren Hoffmann, Dr. Matthias Kaufmann, Sebastian Maas, Sophia Schirmer (Teamleitung Start), Markus Sutera, Verena Töpper

GESCHICHTE *Leitung*: Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr. *Redaktion*: Dr. Felix Bohr, Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Uwe Klußmann, Dr. Danny Kringiel, Joachim Mohr, Frank Patalong, Martin Pfaffenzeller, Dr. Johannes Saltzwedel

DEIN SPIEGEL *Leitung*: Bettina Stiebel. *Redaktion*: Antonia Bauer, Claudia Beckschebe, Alexandra Klaußner, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gartred Alfeis, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lüken, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Sandra Waege

PRODUKTION Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Rebecca von Hoff, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung*: Mascha Zuder, Mareile Mack (stellv.); Claudia Apel, Jose Blanco, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Thorsten Gerke, Niklas Hausser, Daniel Hofmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Jan Kappelmann, Elisabeth Kolb, Petra Konopka, Matthias Krug, Charlotte Lensing, Theresa Lettner, Nasser Manouchehri, Parvin Nazemi, Nicole Neumann, Peer Peters, Jens Ressing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubial, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anke Wellnitz, Lena Wöhler
Mail: foto@spiegel.de
SPIEGEL Foto *USA*: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT *Leitung*: Reinhilde Wurst, Dagmar Nothjung (stellv.); Michael Abke, Lisa Debacher, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Jens Kuppi, Annika Loebel, Barbara Rödiger

TITELBILD *Teamleitung*: Johannes Unselt; Suze Barrett, Alexandra Grünig, Pia Pritzel

GRAFIK & INTERACTIVE *Leitung*: Ferdinand Kuchlmayr, Dr. Matthias Stahl (stellv.); Cornelia Baumermann, Alexander Epp, Linna Grage, Guido Grigat, Thomas Hammer, Max Heber, Frank Kalinowski, Anna-Lena Kornfeld, Chris Kurt, Aida Marquez Gonzales, Gernot Matzke, Lina Moreno, Klaas Neumann, Michael Niestedt, Dawood Ohdah, Bernhard Riedmann, Hanz Sayami, Michael Walter

DESIGN/UX *Teamleitung*: Alexander Trempler; Katja Braun, Anna van Hove

KORREKTORAT Sebastian Hofer

TEXTPRODUCING *Leitung*: Helke Grusdas; Christoph Brüggemeier, Fabian Grimm, Angela Ölscher, Gesche Sager, Stefan Schütt, Holger Uhlig, Valérie Wagner

DATENJOURNALISMUS *Leitung*: Marcel Pauly; Holger Dambeck, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA & LESERDIALOG *Leitung*: Ayla Kiran, Angela Gruber (stellv.), Johanna Röhr (stellv.). *Redaktion*: Kai Bonte (Forum), Dennis Deuermeier, Ariane Fries (Teamleitung Community), Eva Horn, Charlotte Klein, Petra Maier, Robert Schlösser, Mara Veigel

SEO *Teamleitung*: Insa Winter; Alexandra Knape, Bastian Midasch, Heiko Stammel, Hanna Zobel

VIDEO *Leitung*: Frauke Böger, Anne Martin (stellv.). *Redaktion*: Benjamin Braden, Sven Christian (Leitung Technik), Andreas Evelt, Birgit Großekathöfer, Janita Hämäläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Marco Kasang, Carolin Katschak, Eckhard Klein, Jonathan Miske, Fabian Pieper, Rachelle Pouplier, Dr. Isabella Reichert, Leonie Voss, Katharina Zingerle

CHEFS VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czaya, Dirk Schulze, Martin Sümening

AUDIO *Leitung*: Sandra Sperber, Yasemin Yüksel, Olaf Heuser (Chef vom Dienst). *Redaktion*: Imre Balzer, Adrian Breda, Philipp Fackler, Robert Hauspurg, Lenne Kaffka, Marius Mestermann, Sebastian Spallek, Regina Steffens, Martin Vornweg-Brückner

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Tobias Großekemper, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Lisa Duhm, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

LEIPZIG Peter Maxwill, Postfach 310315, 04162 Leipzig

MÜNCHEN Jan Friedmann (Koordination Nachrichten), Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN/ KORRESPONDENTENBÜROS AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger

BANGKOK Maria Stöhr

BRÜSSEL Markus Becker (Büroleitung), Ralf Neukirch (Reporter Europapolitik), Michael Sauga (Autor), Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv.bruessel@spiegel.de

HONGKONG Bernhard Zand

KAPSTADT Fritz Schaap, P. O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa

LONDON Jörg Schindler

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 3637623

NAIROBI Heiner Hoffmann, Tel. +254 111 341478

NEW YORK Marc Pitzke

PARIS Britta Sandberg, Tel. +33 158 625120

PEKING Georg Fahrion

ROM Frank Hornig, DER SPIEGEL, c/o Stampa Estera, Via dell'Umiltà 83/C, 00187 Rom

SAN FRANCISCO Alexander Demling

SAO PAULO Nicola Abé

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge

TEL AVIV P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

WARSCHAU Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Roland Nelles, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Giorgos Christides, Arno Frank, Oliver Das Gupta, Jochen-Martin Gutsch, Leo Klimm, Jasmin Lörchner, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel

DOKUMENTATION *Leitung*: Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgar, Nikolai Antoniadis, Dr. Susmita Arp, Lars Böhm, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Matthias Fett, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Anna Köster, Ines Köster, Anna Kovac, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Sandra Öfner, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Friederike Röhreke, Andrea Sauerbier, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Anzeigen: André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 76 vom 1. Januar 2021
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media

Vertrieb: Christoph Hauschild

Herstellung: Silke Kassuba

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass (Vorsitzender), Stefan Ottlitz

USA: DER SPIEGEL (USPS no 01544520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: Data Media (A division of Cover-All Computer Services Corp.), 2221 Kenmore Avenue, Suite 106, Buffalo, NY 14207-1306. Periodicals postage is paid at Buffalo, NY 14205, Postmaster: Send address changes to DER SPIEGEL, Data Media, P.O. Box 155, Buffalo. NY 14205-0155, e-mail: service@roltek.com, toll free: +1-877-776-5835; Kanada: SUNRISE NEWS, 47 Silver Shadow Path, Toronto, ON, M9C 4Y2, Tel +1 647-219-5205, e-mail: sunriseorders@bell.net

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966,
Mail: leserbriefe@spiegel.de
Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörende Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Ombudsstelle
Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice
Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdrucke in Medien aller Art
Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken oder Videos
Kontakt, Beratung: www.spiegelgruppe.de/syndication
und Bestellung: syndication@spiegel.de,
Tel.: 040 3007-3540 für Deutschland, Österreich, Schweiz.
Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing,
Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118
ISSN 0038-7452

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter www.amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audioversion:
Deutsche Blindenstudienanstalt e.V., Telefon: 06421 606265;
elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde,
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 291,20, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter www.spiegel.de/auslandsabo, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnentenservice Persönlich erreichbar
Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

❏ für € 5,60 pro gedruckte Ausgabe

❏ für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,69) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.

Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

NACHRUFE

Horst Galuschka / picture alliance / dpa

Bettina Gaus, 64

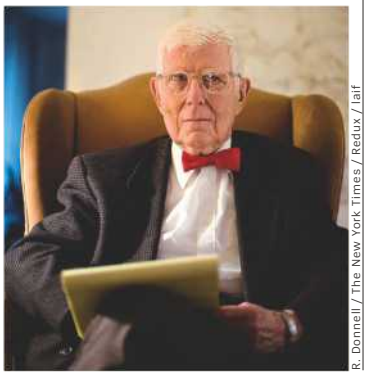
Besser ein Komma oder ein Semikolon? Für sie war diese Frage keine Kleinigkeit. Sie diskutierte die genaue Bedeutung der einen, dann der anderen Variante. Und am Ende war vielleicht doch ein Punkt die Lösung. Erst wenn ein Satz präzise das ausdrückte, was die Kolumnistin sagen wollte, durfte er veröffentlicht werden. Dieselbe Präzision verlangte sie auch den Objekten ihrer oft scharfen politischen Analysen ab, nie gab sie sich mit einem bloßen Eindruck zufrieden: Bettina Gaus nahm die Politik beim Wort. Für die in München geborene Tochter des Journalisten und Diplomaten Günter Gaus gehörte die politische Debatte von Kindheit an zum Abendbrot wie in anderen Haushalten die Butter. Aus dem Schatten des Vaters trat die Absolventin der Deutschen Journalistenschule schnell: zunächst als Korrespondentin für die Deutsche Welle und die »taz« aus Ost- und Zentralafrika, dann als Leiterin des »taz«-Parlamentsbüros. Als politische Korrespondentin der »taz« schrieb sie ungezählte Kolumnen, Kommentare und Analysen, bis der SPIEGEL sie im April 2021 als Kolumnistin gewinnen konnte. Da war sie längst eine der tonangebenden Stimmen im deutschen Journalismus und gefragte Gesprächspartnerin. Bis zuletzt bildete Gaus junge Journalistinnen und Journalisten aus, nahm Teil an der politischen Debatte, schmiedete Pläne für Reisen und arbeitete an der These für ihren nächsten Text. Bettina Gaus starb am 27. Oktober in Berlin. KUZ

Nelson Freire, 77

Das Konzertritual beherrschte der brasilianische Pianist perfekt. Aber so routiniert er Zugaben lieferte, der kleine Virtuose mit der grandiosen Technik wirkte stets ein wenig introvertiert – als spielte das einstige Wunderkind für sich selbst. Schon mit vier Jahren hatte der Apothekersohn aus Boa Esperança zu üben begonnen; als er sechs war, zog die Familie seinetwegen nach Rio de Janeiro. Nach zweijährigem Feinschliff beim Wiener Pianistenguru Bruno Seidlhofer war Freire rasch weltweit gefragt. Doch Starrummel und Termindruck waren ihm zuwider. Lieber feilte er an der Binnenbalance bei Schubert oder einer perlenden Tonkaskade von Chopin so lange, dass Konkurrenten ihn mehr bewunderten als das weniger kundige Publikum. Jahrelang spielte er mit der Kollegin Martha Argerich im Duo, danach konzertierte er noch seltener. Als er 2019 einen Armbruch erlitt, musste der in sich selbst ruhende Künstler notgedrungen die Tasten aufgeben, die sein Leben gewesen waren. Nelson Freire starb am 1. November in Rio de Janeiro. SAL

Aaron Beck, 100

Der Psychiater hat den Umgang mit seelisch erkrankten Menschen revolutioniert. Aaron Beck, einer der Begründer der kognitiven Verhaltenstherapie, wurde 1921 in Providence im US-Bundesstaat Rhode Island geboren. Er studierte in Yale Medizin und diente als junger Arzt zur Zeit des Koreakriegs in einem Militärkrankenhaus. Mitte der Fünfzigerjahre wechselte Beck an die medizinische Fakultät der University of Philadelphia. Zu Beginn seiner Karriere folgte er noch dem psychoanalytischen Ansatz, wonach depressive Patienten ein Leidensbedürfnis haben sollen, das es zu analysieren und zu therapieren gelte. Beck aber gewann den Eindruck, dass sich mit dieser langwierigen Methode kaum etwas ausrichten lässt, und entwickelte seine eigene, pragmatischere Therapie: Er ging davon aus, dass depressive Menschen vor allem in negativen Überzeugungen von sich selbst gefangen seien, und prägte den Begriff der »automatischen Gedanken«. Mit seiner Verhaltenstherapie sollen diese sich ständig wiederholenden Denkmuster erkannt und überwunden werden. Nachdem Beck gute Erfolge verzeichnen konnte, erweiterte er seine Methode, um auch Persönlichkeits-, Angst- oder Essstörungen behandeln zu können. Mit seiner Tochter, der Psychologin Judith Beck, gründete der mehrfach ausgezeichnete Psychiater 1994 das »Beck Institute for Cognitive Behavior Therapy«. Das Ausbildungs- und Forschungszentrum verfolgt das Ziel, mithilfe der Verhaltenstherapie »weltweit Leben zu verbessern«. Aaron Beck starb am 1. November in seinem Haus in Philadelphia. KK



R. Donnell / The New York Times / Redux / laif

Doğan Akhanlı, 64

Er hat viele Romane und auch fürs Theater geschrieben. Doch einer breiten deutschen Öffentlichkeit wurde der deutsch-türkische Schriftsteller Doğan Akhanlı erst bekannt, als er 2017 auf Betreiben der türkischen Regierung in Granada, Spanien, vorübergehend festgenommen wurde. Angeblich soll Akhanlı an einem bewaffneten Raubüberfall beteiligt gewesen sein. Tatsächlich ging es Präsident Recep Tayyip Erdoğan wohl darum, einen weiteren Kritiker mundtot zu machen. Akhanlı hat sich zeitlebens mit den Mächtigen angelegt, mehrmals saß er des-

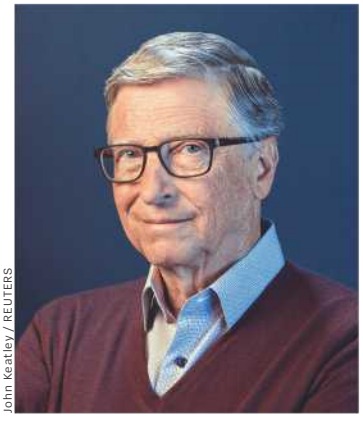
C. Hardt / Future Image / IMAGO

halb in der Türkei im Gefängnis. 1991 floh er mit seiner Frau und seiner Tochter nach Deutschland, wo er eine Karriere als Schriftsteller begann. Schonungslos setzte er sich mit der europäischen Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts auseinander, insbesondere mit dem Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich. In Spanien verbrachte Akhanlı letztlich nur kurze Zeit in Haft, zwei Monate lang musste er sich allerdings regelmäßig bei der Polizei melden, ehe er nach Deutschland ausreisen durfte. Die Erfahrung diente ihm als Anlass für seine eindrucksvolle Autobiografie »Verhaftung in Granada«. Sein Freund Günter Wallraff konnte dem Vorfall deshalb auch etwas Positives abgewinnen. Dank der »irrsinnigen Festnahme in Spanien werden jetzt endlich seine Bücher auch ins Deutsche übersetzt«, sagte er damals. Doğan Akhanlı starb am 31. Oktober nach kurzer schwerer Krankheit in Berlin. POP

»Ich bin süß«

Ziemlich genau vor einem Jahr machte **Harry Styles,** 27, britischer Popstar und Teenieschwarm, Furore als Coverboy der US-»Vogue«: Er war nicht nur der erste Mann, der diese Ehre genoss, er war auch der Erste, der dies in einer elaborierten Abendrobe tat. Jetzt trat er in New York im kurzen Kleid auf. Im Madison Square Garden gab Styles mit seiner Band zwei Vorstellungen mit Halloweenflair, nannte das ganze »Harryween« und verkleidete sich als Dorothy, die Hauptfigur aus dem Musical »Der Zauberer von Oz«. Styles tanzte ausgelassen in seinem blau karierten Kleid und roten Glitzerschuhen und riss die tätowierten Arme in die Luft, er schwenkte sein Röckchen und amüsierte sich: »Ich bin süß«, befand er. Die Schleife in seinem kurzen Haar hielt, doch die künstlichen Wimpern inklusive Mascara lösten sich im Laufe des Auftritts, wie »Variety« berichtet. Der ehemalige One-Direction-Sänger überraschte das Publikum nicht nur mit seinem Outfit. Als Hommage an die originale Dorothy, 1939 von Judy Garland verkörpert, sang er »Somewhere over the Rainbow«. KS

Theo Wargo / Getty Images



John Keatley / REUTERS

Auf Klimasause

Wenn Milliardäre feiern, sind häufiger Jachten, Hubschrauber und jede Menge Champagner im Spiel. Wenn der Gastgeber jedoch gleichzeitig Autor eines Buchs ist, das den Titel »Wie wir die Klimakatastrophe verhindern« trägt, kann das unangenehm auffallen. So ist es jetzt **Bill Gates,** Mitbegründer von Microsoft ergangen, nachdem er vergangene Woche seinen 66. Geburtstag feierte. Seine 50 Gäste ließ er von der 107-Meter-Jacht »Lana« (Wochenmiete 1,8 Millionen Euro) mit dem Hubschrauber zu einem Beachklub fliegen. Dort gab es Pizza, Sushi, Krustentiere und – warum auch nicht – Champagner. Türkische Medien wie die »Hurriyet« berichteten darüber, wie auch schon zuvor von Gates' Tour mit dem Luxusschiff entlang der Küste. Der Helikoptereinsatz brachte das Fass wohl zum Überlaufen, in den sozialen Netzwerken musste Gates sich »Heuchler« nennen lassen; der »enorme Energieverschwender« mache »seinen Beitrag zur CO_2-Reduktion«, indem er sich mit einer Jacht und einem Hubschrauber transportieren lasse, schrieb ein Twitter-User ironisch. Wenige Tage vor der brennstoffintensiven Sause war Gates in Australien noch als Klimaaktivist gefeiert worden. Er soll geholfen haben, den australischen Premier zu überzeugen, sich zur Klimaneutralität bis 2050 zu bekennen. KS

Die Wahrheit sagen

Die Schriftstellerin **Elizabeth Strout,** 65, findet, dass es zu viele Frauen im Literaturbetrieb gibt. Die »Sunday Times« hat errechnet, dass sich das Verhältnis von männlichen und weiblichen Bestsellerautoren in den vergangenen 20 Jahren umgekehrt hat. Demnach kamen 61 Prozent der Hardcover-Toptitel im Jahr 2000 von Männern, 2020 hingegen lieferten Frauen 57 Prozent dieser Kategorie. Das sei keine gute Entwicklung, sagte Strout der Zeitung. So verengten sich die Perspektiven, sie wünscht sich, dass Männer und Frauen gleichermaßen auf dem Buchmarkt vertreten sind: »Wir müssen das mischen.« Sie bedauert auch den Rückgang der männlichen Leserschaft im fiktionalen Bereich. Dabei muss Strout keine Angst vor mangelndem Interesse an ihren Büchern haben. Ihr Erfolgsrezept: die Wahrheit sagen. Das habe sie allerdings auf die harte Tour gelernt, verriet sie der »Sunday Times«. Als 30-jährige Autorin kam sie nicht recht voran mit ihrer Schreiberei, bis ihr beim Besuch einer Comedyshow in New York auffiel, dass das Publikum immer dann lachte, wenn eine Wahrheit ausgesprochen wurde. Um dem Phänomen auf den Grund zu gehen, nahm Strout an einem Comedykurs teil, der mit einem Liveauftritt abschloss. Das sei extrem stressig gewesen: »Das hat mich bestimmt zwei Jahre meines Lebens gekostet«, so Strout. Gleichzeitig genoss sie jeden Lacher, den sie provozierte: »Es hatte fast etwas Erotisches.« Wiederholt hat sie das Experiment trotzdem nicht. Fortan hielt sie sich aber an die Maxime, dass Wahrheiten für gute Texte unerlässlich sind. Mit großem Erfolg. Ihre Bücher finden sich regelmäßig in den Bestsellerlisten der »New York Times«. Und für ihren Roman »Olive Kitteridge« über eine widerborstige pensionierte Lehrerin, die kein Blatt vor den Mund nimmt, wurde Strout mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnet. KS

A. Smith / Guardian / eyevine / ddp

Endlich ein schlechtes Vorbild

Anfang des Jahres verschwand in Paris plötzlich **Diary Sow,** 21, eine senegalesische Studentin. Viele Menschen nahmen Anteil und waren sehr beunruhigt. Es hieß, sie wäre womöglich entführt worden, manche fürchteten sogar, sie könnte ermordet worden sein. Man suchte sie in Krankenhäusern, Studentinnen und Studenten verteilten Flugblätter, der Präsident Senegals setzte seine diplomatischen Kräfte ein, um sie rasch wiederzufinden. Als die junge Frau, die mit einem Stipendium nach Paris gekommen war, Wochen später wohlbehalten wieder auftauchte und statt eine Erklärung abzugeben, ihren zweiten Roman ankündigte, schlug die Sorge vieler Menschen in Wut um. Man warf Sow vor, sie habe mit den Ängsten anderer gespielt, um ihr Buch besser zu verkaufen – kein ganz unplausibler Gedanke. »Ich habe kränkende Nachrichten auf Instagram erhalten«, klagt Sow jetzt in einem Interview. Man habe sie als Hure beschimpft. Sie sehe aber keinen Grund dafür, sich zu rechtfertigen oder sich schlecht zu fühlen. Im Gegenteil. Der plötzliche Hass auf sie habe auch etwas Befreiendes: Seit ihrer Kindheit habe sie in ihrer Heimat als braves und fleißiges Mädchen gegolten, das immer alles richtig mache. Sie ist zweimal als »beste Schülerin Senegals« ausgezeichnet worden und galt vielen als Vorbild. Mit diesem Bild habe sie nun aufgeräumt: »Ich bin vom Podest gefallen, auf das man mich setzen wollte.« Ihr Roman »Je pars« (»Ich verschwinde«) ist seit Donnerstag in den französischen Buchhandlungen. PE

Senegalese Presidency / AFP

Das Geheimnis der Mutter

Die britische Schauspielerin **Rebecca Hall,** 39, feiert mit ihrem Regiedebüt nicht nur künstlerisch, sondern auch privat einen Neuanfang. Ihr Film »Seitenwechsel« erzählt die Geschichte zweier amerikanischer Frauen im New York der Zwanzigerjahre. In der Kindheit waren sie Freundinnen gewesen, beide mit schwarzen Elternteilen, beide eher hellhäutig. Als sich ihre Wege trennen, gibt sich eine bald als Weiße aus, ein Phänomen, das in der Zeit – und auch später noch – immer wieder vorkam. Die andere lebt als Schwarze unter Schwarzen in Harlem. Fragen nach Identität, Rasse, Familiengeschichte treiben diesen Film an. Das Drehbuch auf der Grundlage des gleichnamigen Romans verfasste die Tochter von Sir Peter Hall, Gründer der Shakespeare Company, und der amerikanischen Opernsängerin Maria Ewing bereits vor mehr als zehn Jahren. Damals beschäftigten Hall genau diese Fragen. Ihre Familiengeschichte mütterlicherseits schien mysteriös. Ewing galt in Opernkreisen als »exotisch«, Hall fand immer, dass sie wie eine Schwarze aussah, die Mutter sprach lange Zeit wenig über ihre Vorfahren. Als Hall 2008 in den USA lebte, beschäftigte sie das Thema noch stärker. Die Lektüre des Romans »Seitenwechsel« (1929) der afroamerikanischen Autorin Nella Larsen öffnete Hall die Augen: Ihr Großvater war ein Schwarzer, der sich als Weißer ausgab. Nach und nach hörte sie von rassistischen Erfahrungen, die ihre Mutter als Kind in den USA machen musste, ohne diese einordnen zu können. Was hat Hall aus diesen Erkenntnissen über ihre Identität gelernt? »Vielleicht wechsle ich permanent die Seiten«, schreibt sie. Sie könne sich nicht aussuchen, wie sie aussehe, aber sie könne sich entscheiden, die Geschichte ihrer Familie wertzuschätzen. »Und ich hoffe, mit diesem Film damit begonnen zu haben.« KS

ddp socialmediaservice

Das wahre Dilemma

Nr. 44/2021 Der Planet kollabiert – Wie stoppen wir das?

Wenn ich wieder mal, wie hier beim Thema Metalle, lesen muss, welche grundsätzlichen strategisch-strukturellen Fehlentscheidungen unsere überbezahlten »Supermanager« in Zusammenarbeit mit der Politik getroffen haben und leider immer noch treffen, bin ich sprachlos. Schade.

Dr. Jean-Arno Topp, München

Ich hatte mir schon Wörter wie Wiederverwertung und Aufarbeitung an den Rand geschrieben, als ich endlich das Wort Recycling las. Das Aufatmen hielt aber nicht lange an, als ich las, dass »die Menschheit schrumpfen« muss. Das wäre zwar sinnvoll, wenn man gleichsam an Hungersnöte oder Wasserknappheit denkt, aber wie soll das gehen? Solange Verhütung und Abtreibungsrecht auf der einen Seite verhindert werden und Bildung sowie Menschenrechte nicht für alle Menschen gelten, wird es für die Menschheit auf unserem Planeten eine Zweiklassengesellschaft geben. Deshalb muss ein Umdenken global stattfinden – nicht die Ausbeutung.

Barbara Lissack, Dresden

Es könnte, sollte, müsste, bräuchte? Stopp! Die Fakten sind eindeutig! Wir scheitern nicht an mangelndem Wissen, sondern an der Unfähigkeit, dieses umzusetzen, weil es uns an nötigem ehrlichem Willen zur Vernunft zu sehr mangelt. Mit einem persönlichen Blick in den Spiegel zeigt sich das wahre Dilemma.

Rüdiger Reupke, Isenbüttel (Nieders.)

Das ist mal ein wirklich gutes Titelbild. Es hat mich sehr bewegt und ist auch dringend notwendig. Bislang sahen wir Bilder von der Erde immer als diesen gewaltigen blauen Planeten, der in seiner Schönheit unantastbar scheint. Aus dem Weltall betrachtet, scheinen unsere irdischen Nöte oft unwirklich und lächerlich klein. Das Gegenteil ist der Fall: Wenn wir nicht endlich verstehen, dass wir Raubbau an unseren Lebensgrundlagen betreiben, werden lebensnotwendiges Blau und Grün sicher immer weiter von der Erdoberfläche verschwinden. Der Planet wird in weiten Teilen unbewohnbar. Was fehlt: Auf dem Bild sieht das Weltall unversehrt und rein aus. Sollte man die Millionen Teile von Weltraumschrott, die wir dorthin geschossen haben, nicht auch einmal sichtbar machen?

Inka Brunke, Hannover

Welch ein Segen, dass es den SPIEGEL gibt. Erkenntnisse wie »rund 67 Tonnen Kupfer allein in einer Windkraftanlage auf See« und die schändlichen, menschenverachtenden Förderbedingungen, unter denen unter anderem dieses kostbare Metall in einer der weltgrößten Kupferminen im Norden Chiles gewonnen wird, haben mich sprachlos gemacht. Wer stellt sich angesichts dieser großartigen Recherche nicht die Frage: Warum habe ich das alles in dieser erschreckenden Deutlichkeit nicht schon vor der Bundestagswahl erfahren können? Dennoch: Danke!

Karl-Heinz Groth, Goosefeld (Schl.-Holst.)

Durch den Einsatz von E-Mobilität, Solardächern, Windrädern und Lastenfahrrädern bleiben trotzdem in Teilen des globalen Südens und Ostens die Teller leer, Hunger und mangelnde medizinische Versorgung sind weiter an der Tagesordnung. Es fehlt eine wirkliche internationale Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik auf Augenhöhe, mit der Forderung, in den jeweiligen Ländern die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen anzuerkennen und die Religionen zu achten. Die Fördergelder müssen aber ergebnisorientiert und kontrolliert investiert werden.

Lutz Grosskopf, Erfurt

Ich habe die Titelstory mit großem Interesse gelesen, insbesondere die letzten Sätze: »Wackernagel hält es für sinnvoll, dass die Menschheit schrumpft. Weniger Menschen verbrauchen weniger Ressourcen: Das ist der größte Hebel.« Ich wünsche mir, dass der SPIEGEL einen Beitrag zum Thema Bevölkerungsentwicklung im Kontext der Energiewende veröffentlicht und aufzeichnet, welche Maßnahmen erforderlich sind, damit die Menschheit schrumpft. Ich weiß, dass dieses Thema tabuisiert ist, hoffe aber, dass der SPIEGEL den Mut hat, sich auch mit unbequemen Themen zu befassen.

Rainer Sager, Essen

Chapeau und Dank für die aufrüttelnde Titelstory; die Ausführlichkeit und der Überblick – das macht dem SPIEGEL keiner nach. Und was lernt man daraus? Wir müssen uns umstellen. Und zwar schnell. Jede und jeder Einzelne ist gefordert, jeder kleine Betrieb, jede große Firma muss mitmachen. Nicht nur hierzulande, sondern weltweit. Denn eine wirkliche Umkehr wird nur möglich sein, wenn auf der Ebene der Supermächte ein Umdenken einsetzt. Ich weiß, das klingt unwahrscheinlich, das betonen auch immer wieder die Berufsskeptiker; aber was wir brauchen, ist Hoffnung, nicht Skepsis – und immerhin ist der Mensch ein lernendes Wesen. In zehn Jahren werden wir klüger sein, hoffentlich zum Besseren. Denn sonst überlassen wir unseren Enkeln einen Scherbenhaufen, und das wäre eine schreckliche Schande.

Dirk Roßmann, Gründer der Drogeriekette Rossmann, Burgwedel (Nieders.)

Die Menschheit muss die Folgen ihres unbesonnenen Verhaltens illusionslos zur Kenntnis nehmen: Das Klima hat Fieber. Ohne wirkungsvolle globale Maßnahmen wird es weiter steigen und vor allem ungewiss lange anhalten. Eine einfache Therapie gibt es nicht, auf jeden Fall wird sie teuer werden und nicht ohne Einschränkungen auskommen.

Dr. Hans-Jürgen Quadbeck-Seeger, Bad Dürkheim (Rhld.-Pf.)

Lieber Macho als Macher

Nr. 43/2021 Reformstau – Unterwegs in einem Deutschland ohne Tempolimit

Wow! Nach Abwahl von Verkehrsminister Scheuer keimte Hoffnung auf Normalisierung auf, aber so wie CSU-Legende und Pilotenscheininhaber Strauß die Nichtbesteuerung von Flugbenzin für Privatpiloten mal durchsetzte, wird wohl Rennfahrerlizenzbesitzer FDP-Chef Lindner jegliches Tempolimit – egal ob bei 130 Kilometern pro Stunde oder bei 310 Kilometern pro Stunde – verhindern wollen. Klientel- und Symbolpolitik aus ideologischen Gründen – Liberalität, Freiheit! Quasi nach dem Motto: Lieber wie ein verrückter Macho rasen – als wie ein vernünftiger Macher regieren.

Anders Eriksson, Bühl (Bad.-Württ.)

Ein sehr schöner Bericht. Leider fehlt noch das i-Tüpfelchen: Polizeibehörden, die ihre Kontrolldaten samt Standortangaben über die Medien vorab verbreiten. Da fährt man langsam vorbei und gibt 200 Meter weiter wieder richtig Gummi. Man stelle sich vor, der Warenhausdetektiv würde seinen Besuch am Regal ebenso anmelden.

Christof Sperl, Kassel

Die neuerliche Aneinanderreihung der immer gleichen lauwarmen Begründungen für ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen im Beitrag von Herrn Fichtner ist einfach nur ermüdend. Ich selbst danke jedenfalls, obschon SPD-Mitglied, den Ampelverhandlern der FDP, dass

Die Frauenunion der CSU will zwar kein Verbot der Prostitution, aber eine Kriminalisierung der Freier. Selten etwas so Widersinniges gelesen! Das wäre etwa so, als dürfte ein Bäcker Brötchen anbieten, der Kunde diese aber nicht kaufen.

Joachim Kaden, Backnang (Bad.-Württ.)

Nr. 43/2021 CSU-Frauen erwägen Sexkaufverbot

Die Grünen und die SPD haben für die Ampel weit mehr geopfert als den Klimaschutz. Schon in den Sondierungsgesprächen (!) hat sich gezeigt, welcher Schwanz die kommenden Jahre mit dem Hund wedeln wird: die FDP.

Jürgen Blöhs, Hamburg

Nr. 43/2021 Annalena Baerbock kündigt im SPIEGEL-Gespräch eine Wende der Energiepolitik durch die Ampelkoalition an

Mit diesem Artikel haben Sie mich einmal wieder daran erinnert, warum ich seit gefühlten 40 Jahren Abonnent bin. Gründliche Recherche, bedachte Analyse und disruptive Schlussfolgerungen.

Dr. Hartmut Buhck, Berlin

Nr. 44/2021 Ökotechnologien brauchen Kupfer, Nickel, Kobalt. Plündern wir den Planeten im Namen des Klimaschutzes?

sie eine weitere symbolpolitische Beschneidung von Freiheitsrechten durch Einführung eines allgemeinen Tempolimits offenbar verhindern konnten.

Benedict Bock, Essenheim (Rhld.-Pf.)

Ein Tempolimit ist Klimaschutz, Lärmschutz und Gesundheitsschutz in einem, und eine Reform der Berechnungsmethoden für Straßenverkehrslärm ist überfällig. In der bisherigen Form sind diese Berechnungen unrealistisch und schützen nicht die Gesundheit der lärmgeplagten Anwohner, sondern die »freie Fahrt für freie Bürger«.

Rosemarie Fano, Kirchheim-Teck (Bad.-Württ.)

Jetzt bin ich seit über 30 Jahren SPIEGEL-Abonnent und habe mich wirklich selten gewundert über Ihre Berichterstattung. Der offensichtlich mit gehörigem Sendungsbewusstsein ein Tempolimit verherrlichende Artikel vermischt Fakten. Wenn es so einfach wäre, dann verbieten Sie doch morgen Kreuzfahrtschiffe, Rauchen – und Alkohol sowieso. Alle diese Dinge sind erwiesenermaßen der Gesundheit kaum zuträglich. Wie meist im Leben gilt doch der Grundsatz des verantwortungsvollen Umgangs mit den Spielregeln.

Sascha Hancke, Weichering (Bayern)

KORREKTUR

Zum Artikel »Und raus bist du« in Heft 44/2021, Seite 51:
Das Geld aus dem Digitalpakt kann anders als berichtet nur teilweise, nicht vollständig verwendet werden, um Schülerinnen und Schüler mit digitalen Lernmitteln auszustatten; die Geräte gehören nach 36 Monaten nicht der Schule, sondern werden nach deren Angaben an den Leasinggeber zurückgegeben.

Idealistisch bis märchenhaft

Nr. 43/2021 Daten lügen nicht – der Autor Kishore Mahbubani über Ostasiens erfolgreicheren Umgang mit Covid-19

»China hat nicht den Wunsch, dem Westen seine Sicht aufzuzwingen« – eine erstaunliche Feststellung angesichts der dringenden Warnung von Bildungsministerin Karliczek vor dem Einfluss der chinesischen Konfuzius-Institute an verschiedenen deutschen Universitäten.

Rüdiger Patschan, Berlin

Der Beitrag des Herrn Mahbubani spricht für die bewährte Meinungsvielfalt des SPIEGEL. Meine Ehefrau und ich bedanken uns ausdrücklich bei Ihnen. Und so nebenbei: Manches Kopfschütteln aufgrund uns nicht genehmer Beiträge verwandelte sich jetzt in laute Begeisterung. Die Aussagen des Autors bekräftigen unsere Auffassungen über die treibenden, oft unheilvollen Kräfte des Westens. Andere Kulturkreise mit westlichen Werten zu züchtigen oder unsere kränkelnden Demokratiemodelle anderen Völkern überzustülpen – im häufig herbeigeführten Zweifelsfall mit kriegerischer Gewaltanwendung –, all dieses darf nach dem Lesen des Beitrags infrage gestellt bleiben.

Ursula und Bernd-Ulrich Maciejewsky, Annaberg-Buchholz (Sachsen)

Idealistisch bis märchenhaft, wie simpel laut Herrn Kishore Mahbubani doch unterschiedliche Weltanschauungen zur globalen Einheit führen könnten. Gäbe es da nur nicht uns Menschen. Sind wir doch das großartige Wesen, das sich mittels Denkvermögen über die eigene Ratio hinwegzusetzen vermag. Und das seit jeher tut und weiter tun wird. Prädikat: hoffnungslos.

Tom Brüderl, Landshut (Bayern)

Köstliche Gaunerkomödie

Nr. 43/2021 Malerei – Helene Beltracchi und die Fälschungen ihres Mannes

In allen Artikeln, die ich zu den Beltracchis gelesen habe, kommt eine Gruppe, die in meinen Augen die wichtigste ist, kaum oder allenfalls am Rande vor: die »kopierten« Künstler! Da hat sich jemand ihre unter oft größten Opfern entstandenen Lebenswerke zu eigen gemacht, und merkwürdigerweise wird dieses Verbrechen in den meisten Artikeln auch noch gefeiert. Künstler, die sich nicht mehr wehren können, wurden in der miesesten Weise beklaut, und (fast) alle empfinden das als gut. Es ist wohlfeil, sich über Kritiker, Sachverständige, Auktionatoren mitunter lustig zu machen. Niemand ist perfekt.

René Böll, Maler und Grafiker, Köln

Kleinkriminelle ohne Reue. Ob jemand Geld, Zeugnisse oder Bilder fälscht, ist letztlich egal. Allen gemein ist ein krimineller Geist, der glaubt, durch Schlauheit andere zu seinem Vorteil austricksen und sich an der Unwissenheit seines Opfers bereichern zu können.

Ulrich Bihler, Homburg (Saarl.)

Endlich wieder einmal eine Nachricht von den Beltracchis. Vor allem freut mich, dass Frau Beltracchi ihrer Erkrankung weiterhin Widerstand leistet. Reue über diese köstliche Gaunerkomödie würde nicht ins Bild passen. Als ihr Buch »Selbstporträt« 2014 erschien, habe ich es unbesehen gekauft, aus Sympathie und Freude darüber, dass da jemand die Verlogenheit und Profitgier der Kunstszene so schön vorgeführt hat. Was ich nicht ahnte: Das Buch ist ein Meisterwerk als Gaunerkomödie. Ich habe es zweimal gelesen und viele Male verschenkt. Es wäre wirklich schade, wenn es in Vergessenheit geriete. Leider spricht mich Beltracchis eigenständige Malerei nicht an; von ehrlichen Nachschöpfungen seiner Vorbilder könnte er aber natürlich nicht leben.

Dr. Michael Schunck, Ludwigshafen (Rhld.-Pf.)

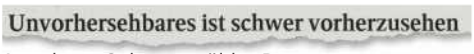
Mit dem Text leistet sich der SPIEGEL einen Beitrag zur immer wieder zu beobachtenden Relativierung, Verharmlosung oder gar Bewunderung und Nobilitierung von Fälschern und ihren Straftaten. Das ist unethisch und eines Presseorgans, das sich jenseits vom Boulevard verortet, unwürdig.

Heinrich Wagener, Bergisch Gladbach (NRW)

Leserbriefe bitte an leserbriefe@spiegel.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.de zu archivieren.

Aus der »Leonberger Kreiszeitung«

Aus der »Badischen Zeitung«: »Über Seitenhiebe des Wahlkampfs – er mit der Raute, sie mit dem Linkskoalitionsvorwurf – können die Politprofis Merkel und Scholz hinwegsehen. Jedenfalls kann sie mit dem Sozialdemokraten im Kanzleramt ruhig schlafen, wie sie jüngst erzählte.«



Aus dem »Schwarzwälder Boten«

Aus einer Artikelbeschreibung bei Amazon: »Schalten Sie einfach den Milchschäumer ein, während Sie sich unter Wasser befinden, um ihn zu reinigen. Rosten Sie niemals.«

In einer Berliner Edeka-Filiale

Aus einer Meldung der Polizeiinspektion Kelheim: »In der Zeit vom 15.10.2021 bis zum 18.10.2021 nahmen bisher unbekannte Täter Kontakt mit einer 55-jährigen Frau per WhatsApp auf. Dabei gaben sie sich als Tochter der Seniorin aus.«

Anzeige aus der »Berliner Zeitung«

Von der Website des »Wiesbadener Kuriers«: »Die Einrichtung und der Betrieb seien auch wegen der ganz speziellen Anforderungen bezüglich der Transport- und Lagerbedingungen des Impfstoffs notwendig gewesen. Mehr als 4,7 Impfungen waren in den Impfzentren durchgeführt worden.«

Transparent im saarländischen Merchweiler

SPIEGEL
Geschichte

Jetzt als Kalender

€ 19,99
Im Buchhandel und überall, wo es Kalender gibt

Geschichte kompakt und anschaulich erzählt:
Über die größten Erfindungen und Entdeckungen der Menschheit sowie die größten Abenteurer und ihre Expeditionen.

+ Wochenkalender
+ 54 Blatt
+ 25 x 35,5 cm
+ Spiralaufhängung
+ Eindrucksvolle Bilder & informative Texte

Besuchen Sie uns im Internet:
www.harenberg-kalender.de

In Kooperation mit: Harenberg

Zitate

Die »Berliner Zeitung« zu den SPIEGEL-*Enthüllungen über ein Compliance-Verfahren innerhalb der »Bild«-Zeitung, die von der »New York Times« aufgegriffen wurden (»Vögeln, fördern, feuern«, Nr. 11/2021):*

Ist es Zufall, dass in dieser Woche ausgerechnet ein »New-York-Times«-Artikel die Absetzung des »Bild«-Chefredakteurs Julian Reichelt ausgelöst hat? Reichelt wird Machtmissbrauch vorgeworfen. Der SPIEGEL deckte im März die Vorwürfe auf, nach einer kurzen Auszeit war Reichelt wieder im Amt. Nach dem Artikel in der »New York Times«, von dem der Autor selbst sagt, er habe kaum Neuigkeiten enthalten, wurde Reichelt von seinen Aufgaben freigestellt. Ben Smith, der Autor des Artikels, sagte im Interview mit der »Zeit«, ihn wundere, wie lange das gedauert habe: »Schon wegen fünf Prozent der bekannten Vorwürfe wäre ein amerikanischer Manager sofort gefeuert worden.«

Die »Stuttgarter Zeitung« über die SPIEGEL-*Recherchen zum Verrats-Skandal in der Berliner Justiz (»Die Akte Attila«,* SPIEGEL+ *am 1. November):*

Der rechtsradikale Verschwörungserzähler Attila Hildmann soll von einer ehemaligen Mitarbeiterin der Berliner Justiz interne Informationen zu Ermittlungen gegen ihn erhalten haben. »Wir müssen leider von einem Maulwurf in den eigenen Reihen ausgehen«, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Martin Steltner, am Montag in Berlin. Nach den Recherchen des ARD-Politikmagazins »Kontraste«, des Rechercheformats »STRG_F« des NDR und des SPIEGEL handelt es sich um eine ehemalige Angestellte aus der IT-Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft. Laut SPIEGEL schickte die Frau Hildmann den Haftbefehl im Original.

Die »Frankfurter Allgemeine« über die vom SPIEGEL *publik gemachte Begründung des gescheiterten Parteiausschlussverfahrens gegen Sarah Wagenknecht (»Wagenknecht hat der Linken ›schweren Schaden zugefügt‹«,* SPIEGEL.de *am 18. Oktober):*

Nachdem die Linkspartei Anfang September entschieden hatte, Sahra Wagenknecht nicht aus der Partei auszuschließen, ist nun die Begründung öffentlich geworden … In dem Dokument, das der Zeitschrift DER SPIEGEL vorliegt, werden schwere Vorwürfe gegen Wagenknecht erhoben, die bis 2019 Fraktionsvorsitzende der Linkspartei war und im Bundestagswahlkampf Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen. Demnach habe Wagenknecht mehrfach gegen Grundsätze und Ordnung der Partei verstoßen und sich parteischädigend verhalten.

Wie Sie Umwelt und Umsatz gerecht werden? Mit uns.

Weil's um mehr als Geld geht.

Große Schritte gehen Sie am besten gemeinsam mit uns. Ob in eine grüne Zukunft, auf globalen Märkten oder in digitalen Welten – als starker Partner an Ihrer Seite unterstützen wir Sie bei allen Themen, die Ihnen wichtig sind.
Mehr Infos auf **sparkasse.de/unternehmen**

RENAULT ZOE E-TECH

100 % elektrisch

Jetzt ab 79,– € mtl.

Inkl. 10.000 € Elektrobonus* und für ADAC Mitglieder mit exklusivem Finanzierungsvorteil

Renault Zoe Life R110 Z.E. 40 (41-kWh-Batterie): Fahrzeugpreis nach Abzug des Renault Anteils Elektrobonus*: 25.311,– €. Finanzierung: Anzahlung 2.490,– € (bereits abgezogen: 6.000 € Bundeszuschuss*), Nettodarlehensbetrag 16.821,– €, 24 Monate Laufzeit (23 Raten à 79,– € und Schlussrate 15.324,– €), Gesamtlaufleistung 15.000 km, eff. Jahreszins 0,99 %, Sollzinssatz (gebunden) 0,99 %, Gesamtbetrag der Raten 17.141,– €. Gesamtbetrag inkl. Anzahlung 25.631,– €. Zzgl. Überführungskosten. Ein Finanzierungsangebot der Renault Bank, Geschäftsbereich der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstr. 1, 41468 Neuss. Gültig für Privatkunden mit Mitgliedschaft beim ADAC mit Kaufvertragsdatum und Zulassung bis 31.12.2021. Nicht mit anderen Aktionen kombinierbar. Bei allen teilnehmenden Renault Partnern.
Renault Zoe Life R110 Z.E. 40 (41-kWh-Batterie), Elektro, 80 kW: Stromverbrauch kombiniert (kWh/100 km): 17,2; CO_2-Emissionen kombiniert: 0 g/km; Energieeffizienzklasse: A+++ (nach gesetzl. Messverfahren). Renault Zoe: Stromverbrauch kombiniert (kWh/100 km): 17,7–17,2; CO_2-Emissionen kombiniert: 0–0 g/km; Energieeffizienzklasse: A+++–A+++ (nach gesetzl. Messverfahren).
* Der Elektrobonus i. H. v. 10.000 € umfasst 6.000 € Bundeszuschuss sowie 4.000 € Renault Anteil gemäß den aktuellen Förderrichtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Auszahlung des Bundeszuschusses nach positivem Bescheid eines von Ihnen gestellten Antrags bei der BAFA. Kein Rechtsanspruch. Abb. zeigt Renault Zoe Intens mit Sonderausstattung. Renault Deutschland AG, Postfach, 50319 Brühl.

In Kooperation mit **ADAC SE**

renault.de/zoe